

STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

36

**Verzeichnis**  
**der Verhandlungsgegenstände**  
**der Stadtverordnetenversammlung**  
**für das Jahr 1921-22.**

-----

Die bruchartig geschriebenen Zahlen hinter den  
Gegenständen der Beratung geben an

die Nummer des Berichts und

die Seite desselben,

also 11/3 bedeutet:

Bericht Nr. 11, Seite 3.

23.11.22

*Registrator*



a.

Ablösungssumme für Befreiung von Beschlagnahme und

Wohnungsluxussteuer 11/3 12/24 13/39

Abwässer-Pumpstation 7/250

amerikanische Gaben, Verteilung ders. 14/7, 15/176

Anfragen der Stadtverordneten

Burgdorff über den Stand des Bahnhofsumbaus 15/15  
15/153

Dietermann, betr. die Wohnungen im städtischen  
Hause Bahnhofstraße 14 - 11/4, 12/16.

Gartung, betr. die Verteilung des Mehls unter  
die Händler 21/5

Graf, betr. städt. Verkauf von Fett 2/9, 2/197

Gräf, betr. die Arbeiten des Unterausschusses  
für die Beamten-Besoldungs-Revision  
20/4, 21/118

Jahns, betr. Kündigung der Kleinpächter vom  
Großen Exerzierplatze und  
Verpachtung der Waisenhausländerei am  
Hopfengarten 13/4, 13/212, 15/156

" , betr. die Änderung der Straßenpolizei-



ordnung 21/4

Jahns, betr. die Witwengelder 19/8, 19/259.

Dr. Jasper, betr. Regelung der Armen-  
unterstützungssätze 14/8, 15/191

Dr. Jasper, betr. den Zuschuß zur Volkslese-  
halle 19/6, 19/179

Maß, betr. Brauerei Steger 7/154

" betr. die Kartoffelversorgung 10/223

" betr. das Beten nach dem Kochunterricht  
in der Fortbildungsschule 14/7 15/172

" betr. Verteilung der amerikanischen Gaben  
an notleidende Kinder 14/7, 15/176

Marth, betr. Villa Hörstel 10/4, 10/189

" betr. Revision der Besoldungsordnung 13/213

" betr. Fertigstellung der medizinischen  
Bäder 19/5, 19/223

Pieper, betr. Anstellung eines Bautenkontrol-  
leurs 8/108

" betr. Tätigkeit der Braunschw. Siedlungs-  
gesellschaft 18/5+6, 18/121

Pieper, betr. die Baracken auf dem Flugplatze  
19/7, 19/235

Nessenius, betr. Aufnahme der Siedlerkinder in die  
städtischen Bürgerschulen 9/14

" betr. Arbeitsperrung durch die Metall-  
industriellen 8/102

Regener, betr. die Flüchtlingsbaracken 8/6, 8/135.

" betr. Abfertigung des Publikums in Woh-  
nungsante 20/5, 21/63

" betr. die Besoldung der Reinmachefrauen  
in den Schulen 19/8, 19/252

" betr. Beleuchtung der Höfe bei den Wohn-  
grundstücke Korfesstr. 19/8, 19/255

Sauerbier, betr. Aufrückungsstellen der städtischen  
Beamteten 17/4, 17/114

Schmerbach, betr. Beschaffung von Kartoffeln für  
die Einwohner 9/13, 9/207

Schmerbach, betr. Aufnahme von Notstandsarbeiten  
18/5, 18/116

Schmerbach, betr. Erhöhung der Armengelder 19/6,  
19/232

**Sievers, Arbeitsbeschaffung betr. 8/90**

- " betr. Einrichtung eines Jugendheims  
15/10, 16/39.

**Stegmann, betr. Werkstätten und Verkaufsräume für  
Blindenarbeiten 3/85**

- " betr. Betriebs-Einschränkung auf dem städti-  
schen Lagerplatze 8/111 10/5
- " betr. die Turmuhren der Stadt 14/9, 16/34
- " betr. die Berechnung des Gasverbrauchs  
19/5, 19/215
- " betr. Abfertigung vor den Kassenschaltern  
im Rathause 20/4, 20/186

**Steinert, betr. Versendung von Kindern nach Salz-  
dethfurt 9/12**

- " betr. Anstellung von Hebammen 19/8, 19/242
- " betr. die Arbeiten der Pfleglinge des  
Pflegehauses 21/5

**Stukenberg über den Stand des Baus eines Schwimm-  
bades 19/6, 19/223**

**Angestellte, Bezüge der Ortsklasse A entsprechend  
21/163**

- " , Erhöhung der Bezüge 9/191 14/10
- " y Arbeiter und Reinmachefrauen, Nachzahlungen an dieselben 10/29 + 8/86
- " , Nachzahlungen an dies. 9/37, 11/5a
- " , und Arbeiter, Nachprüfung der Bezüge ders. 5/98, 5/165
- " , Teuerungszulage 19/10, 19/160
- " , Zahlung eines Vorschusses 9/196

**Anleihe, Aufnahme einer solchen von der Staatsbank  
20/160**

**Anleihe zu Baukostenzuschüssen 7/221**

**Anleihebeträge, Verrechnung von solchen 15/144**

**ansteckende Krankheiten, Untersuchungsstelle dafür  
10/76**

**Anträge des Rates der Stadt, { 1/51, 1/66, 5/16**

**Verzeichnis ders. { 8/30, 8/102**

**(Anträge des Ausschusses siehe hier unter  
Kommission)**

Anträge der Stadtverordneten.

Böhm, betr. Abgabe von Milch an Minderbemittelte

7/4 7/228

- " betr. Beitrag für die hungernde russische Bevölkerung 10/47, 9/11, 11/44

Burgdorff, betr. Fertigstellung von Straßen 5/12,  
5/233, 8/40

Dietermann, betr. Archiv und Bibliothek 6/234

Fay, betr. Besichtigung der städtischen Werke 5/9

- " betr. eine Friedhofspforte bei Streitberg  
14/6, 16/46, 17/4

- " betr. die Müllabfuhr von der Gutenbergstraße  
17/3, 17/111, 18/26

- " betr. bessere Beleuchtung der Bernerstraße  
19/207, 20/18

- " betr. die Fremdensteuersatzung 19/74, 19/98

- " betr. Rückzahlung der von Gehalts- und Lohn-  
empfängern zu viel erhobenen Steuern 20/4  
20/186

- " betr. der Ortsklasse A entsprechende Bezüge der  
Angestellten 21/6, 21/163, 21/179

- Frede, betr. das Recht der Stadt der Lehrervahl <sup>1/47</sup> ~~147~~
- " betr. das Wohnungssteuergesetz 31/212
- Gartung, betr. Aufhebung des städtischen Fleischver-  
kaufs 7/5, 8/153, 9/21.
- " betr. Höhe der Gewerbesteuer 7/144, 7/208.
- " betr. die Fremdensteuer-Satzung 19/66
- Götze, zur Hundesteuer 13/140
- Graf, betr. die Armenunterstützungssätze 7/9, 8/79  
14/6, 15/191
- " betr. Unterbringung obdachloser hiesiger Ein-  
wohner 7/9, 7/21, 8/83
- " betr. die Grundlöhne in Gruppe V (Frauen und  
Reinmachefrauen 14/27, 16/30
- Gräf, Spielplätze betreffend 7/50, 7/53, 7/68, 7/97, 9/25
- " betr. Beihilfen an Turn- und Sportvereine 7/50  
7/97, 8/161 + 8/84, 9/20, 10/7
- " betr. die Vergütung des Baukostenkontrolleur 12/6
- " betr. das Flüchtlingsheim des Roten Kreuzes  
13/5, 13/250
- Herbst, Dauer der Kinderbeihilfen betr. 21/186

Jahns, betr. die Fahrscheine der Straßenbahn

5/12, 5/219

" die Bezüge der Hinterbliebenen der Beamten  
usw. betr. 21/133.

Dr. Jasper, zur Beratung der Friedhofs- und  
Begräbnisordnung 2/10, 2/30, 2/49

Dr. Jasper, betr. Erhöhung des Ausgleichszuschlages  
und der Kinderbeihilfen 9/189.

Dr. Jasper, betr. Nachprüfung der Armengelder- und  
Ausschlußsätze 11/116.

Dr. Jasper, betr. die Fremdensteuersatzung 19/98.

Dr. Jasper, betr. die Bezüge der Hinterbliebenen  
der Beamten, der Altruhegehalts- und Altru-  
helohn-Empfänger 21/125.

Anträge der Kommissionen der Stadtverordneten.

betr. Regelung der Bezüge der Arbeiter und  
Angestellten 5/86

betr. die Bürgerpark-Miete 6/75

betr. Schulgelderhöhung für ortsfremde

Schülerinnen der Mädchen-Mittelschule 6/212

## Anträge der Kommissionen

- " betr. angemessene Zuschüsse des Staates zu den Lasten f.d.höheren Schulen 6/207
- " betr. Gebühr f.d.Jagdscheinen 7/141, 7/209
- " betr. Grundsteuer nach gemeinem Wert 9/27
- " betr.zum Antrage Hassenius, Wohnungsnot betr.  
13/8

- " wegen Einführung der Wohnungsluxussteuer  
13/42

- " zur Hundesteuer 13/123, 13/127, 13/147
- " zur Gaspreis-Skale 21/18

Lehnert, betr. Instandsetzung der Jahnstr. 4/173

- " zur Hundesteuer-Satzung 13/109
- " betr. Verendung der Krankenkassenausweise bei Schulversäumnissen 13/6, 13/237, 15/62.
- " betr. Behandlung der Freidenkerkinder in den Schulen 21/6.

Maaß, Ausbesserungen an Straßen betr. (West-, Kramer-Bergfeldstr.) 8/5, 8/146, 9/38

- " betr. Beschaffung von Kartoffeln f.d. Einwohner 9/13, 9/20<sup>1/2</sup>, 10/223



Maaß, betr. die Bedürftigkeit bei der Schulentlassenen-Spende 18/7, 18/139.

Marth, betr. Deckung der Mehrausgaben f. d. Beamtenbesoldung 5/14, 5/80, 5/95

" betr. Den Sitzungssaal im Rathause 6/67

" betr. Prüfung der Besoldungsordnung 9/161

" betr. Prüfung, ob die Armenrentensätze ausreichen 11/92 <sup>10/34</sup>

" zur Wertzuwachssteuer-Änderung 11/175

" betr. Erhebung einer Wohnungsluxussteuer 13/57, 13/87

" zur Hundesteuersatzung 13/131

" Erhöhung der Arbeiterlöhne vom 1. Oktober 1921 ab 14/26

" Frauenlöhne betr. 14/68

" betr. Teuerungszuschläge für Beamte und Angestellte 19/10, 19/160.

Nöll, betr. Anrechnung des Arbeitsverdienstes bei Armenunterstützung 9/79

Pieper, betr. Ausführung der Reparaturarbeiten 6/109

Mädge, betr. Anrechnung der Zinsen-Einnahme bei  
Armenunterstützung an Kleinrentner 16/207

Nessenius, betr. Maßnahmen gegen die Unsicherheit  
in der Stadt 7/4, 8/175, 9/30

" betr. Sonderbesteuerung parkartiger Gärten  
7/220, 8/156, 9/27

" Siedlerkinder in den hiesigen Schulen zu be-  
lassen 10/55, 11/41, 16/50

" betr. Verzicht auf die Tagegelder der Stadt-  
verordneten zu Gunsten Oppaus 10/3, 12/13, 13/30

" betr. <sup>1)</sup> Feststellung überflüssiger Wohnräume,  
2) eine Wohnungsluxussteuer,

3) Schaffung einer Barablössungssumme für  
Großwohnungsinhaber 11/3, 12/28, 13/39

s. a.: bezahlagnohnte Wohnräume

" betr. die Kinderbeihilfe bei Arbeiterlöhnen  
14/86

" betr. die Armenunterstützungssätze 15/248

" betr. einen Kleinkinder-Spielplatz auf d.  
Löwenwalle 21/5

Rasche, betr. die Höhe der Grundsteuer 7/150, 7/208  
Rönneburg, Besoldungsordnung betr. 2/10, 2/202, 3/9,  
5/82

Regener, betr. Kommission zur Schlichtung von Differenzen aus der Vergnügungssteuer 12/220

" betr. den Ausgleichszuschlag der Gruppen  
XI - XIII 14/26

" Errichtung eines Kinderheims betr. 15/11

" Fleischwarenstände in der Markthalle betr.  
17/27

" betr. die Fremdensteuerersatzung 19/84.

Sauerbier, betr. Erhöhung des Ausgleichszuschlages  
und der Kinderbeihilfen 9/10, 9/171

" betr. Anstellung eines zweiten Überwachungs-  
beamten für die Vergnügungssteuer 12/6,  
13/155, 15/17

" betr. die Federung des Sanitätsautos 11/4,  
12/24, 13/35

" betr. Teuerungszulage für Beamte und Lehrer  
19/10, 19/160

" betr. Vorschußzahlung auf die Beträge aus  
Ortsklasse A 21/168, 21/190

Schilke, betr. Besoldung der Angestellten und Beamten 2/22, 2/216, 3/36

" betr. die Höhe der städtischen Baukostenzuschüsse 2/167, 2/182, 2/186

Schmerbach, Instandsetzung von Straßen betr. (Marien-, Rosenstr.). 8/6, 8/150, 9/40

Dr. Schultze, betr. Einrichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts 12/5, 13/160, 15/17

" betr. die Räume der Tuberkulose-Fürsorgestelle 12/7, 9/12, 10/49, 13/7

" betr. Armenunterstützungssätze 15/246

" betr. die Bezüge der Hinterbliebenen von städtischen Beamten und Lehrern 20/71, 21/119, 21/123. 119

Schulze, betr. die Wege nach der Siedlung Altpetritor 19/11, 19/127

Stievers, betr. das Verzeichnis der Ratsanträge 8/101

" betr. Hochzahlungen an die städtischen Angestellten, Arbeiter und Reinmachefrauen 8/86, 9/37, 10/29, 11/5a

" betr. Erhöhung der Grundlöhne der Arbeiter 14/78.

- Sievers, betr. den Zuschuß zur Volkslesehalle 19/10,  
19/179.
- " betr. Fußweg Bienröder Weg 1/7, 1/157, 2/74  
2/104
- " betr. Klubhaus für Ruderklub Fortuna 5/13,  
5/170 (s. a. 15/142).
- " betr. Bezüge der Arbeiter und Angestellten  
5/80, 5/87
- " betr. Bezüge von Angestellten, Arbeitern,  
Reinmachefrauen und Ruhegehaltsempfängern  
5/165
- " betr. Vervielfältigung der Sitzungsberichte  
5/13, 5/216, 8/21
- " Erhöhung der Mieten für die städtischen Re-  
staurants 6/108, 8/64, 9/19.
- " betr. die Zuschüsse an den Evangelischen  
Verein 7/97
- " betr. den Zuschuß an die Volkslesehalle  
7/98, 7/106, 9/22

- Stegmann, betr. Nichtanrechnung des Arbeitsverdienstes bei Armenunterstützung 11/90**
- " betr. Neuregelung der Armenunterstützungssätze 11/112
  - " betr. Erhöhung des Stundenlohns der Arbeiter 14/86
  - " betr. Erhöhung des Erwerbslosen-Fürsorgebetrages 14/5, 16/64
  - " betr. den Gaspreis 16/135,
  - " betr. Winterbeihilfe für Erwerbslose und Abgabe von Winterfreuerung 18/6, 18/130
  - " betr. Beschaffung von Räumen f.d. kaufm. Fortbildungsschule 19/9, 19/172
  - " betr. Straßenbahn Braunschweig-Wolfenbüttel (Nochenkarten für Angestellte usw.) 19/9, 19/209, 20/11.
  - " Gaspreis-Skala betr. 21/19ff, 21/31
- Stukenberg, Vorauszahlung an städtische Angestellte**
- betr. 5/209, 9/10, 9/196,
  - " betr. Beleuchtung der Höfe bei den Baracken Korfesstr. 9/11, 10/50, 11/44

- Stukenberg, betr. Überwachung der Ausfahrt aus dem  
Johannishofe 12/5, 13/168, 15/13
- " betr. Spende für in Not Geratene und  
Schulentlassenen-Spende 13/5, 13/226,  
14/150.
- Fostmann, betr. Nichtanrechnung von Arbeitsver-  
dienst und Reichsrenten bei Armenunter-  
stützung 10/60, 11/70
- Wolters, betr. die Zeit der nächsten Mehlervertei-  
lung 20/229.
- Anwärter, Anstellungsbedingungen dafür 10/86
- Arbeiter, s.a. Lohn Nachzahlungen an solche 8/86,  
11/5a.
- " das Elektrizitätswerks, Arbeitsbeschaffung  
für solche 8/90
- " Entstehungsgeschichte der städtischen  
Lohnregelung 14/37
- " Lohnforderungen des Gemeinde- und Staats-  
arbeiter-Verb. (Eingabe) 14/2
- " Erhöhung der Bezüge ders. 14/10, 21/182

Arbeiter, Lohnerhöhung vom 1. Oktober 1921 (Antrag  
Marth) 14/26

" Kinderbeihilfe betr. (Antrag Kessenius/  
14/86

" Grundlohn 14/27, 14/78

" - Samartier-Kolonie, Beihilfe, 19/124

Stegen Arbeiter und Angestellte, Erhöhung der Bezüge  
5/80, 5/87

Arbeiter- und Reinmachefrauen, Nachzahlungen an die-  
selben 9/37, 10/29

Arbeiter, Teuerungszulage an dieselben 11/23a,  
11/26, 11/34, 11/35

Arbeitsbeschaffung für Arbeiter 8/90

Arbeitsnachweis betr. 5/15

" " Anschaffungen dafür 12/310

" " Gebäude dafür 17/13

Arbeitssperrung durch die Metallindustriellen 8/102

Arbeitsverdienst und Reichsrente, Nichtanrechnung  
bei Armenunterstützung (s.a. Antrag Post-  
mann, s.a. Antrag Stegmann) 11/70



Arbeitszeit in den städtischen Büros während der  
Sommerzeit 21/217

Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe, Eingabe 5/4

Archiv und Bibliothek, Erhöhung der Etatsumme 6/234

Armenbüro, bauliche Änderungen 3/50

Armenpfleger, Ersetzung des Wortes „<sup>durch</sup>Fürsorge“ 7/26

Armenpfleger, Eingabe gegen das Verfahren bei Wahl ders.

2/9

Armenunterstützungssätze, Erhöhung derselben 7/9, 8/79,

9/76, 15/4, 15/101, 16/177, 19/6, 19/232

Armenunterstützungssätze, Prüfung der Höhe derselben

11/116, + 11/112

Armenunterstützungssätze, Anträge 14/6, 14/8

„ „ Anrechnung von Arbeitsverdienst  
und Reichsrente?

9/79, 10/60, 11/70, 11/90

Armenunterstützungssätze, Ermächtigung des Rats, vor-

läufige Regelungen zu treffen 16/183

Armenunterstützung und Kleinrentner 16/205

Aschen-

Aschenurnen, Lieferung ders. 15/108

Aschenlagerplatz, an dem Feuerlösch-Grundstück 19/121

Aufrückungsstellen für städtische Beamte, 17/4, 17/114

Ausgleichszuschlag und Kinderbeihilfen, Erhöhung ders.

9/10, 9/161

Ausgleichszuschlag für Gruppe XI - XIII. 14/26

Ausschüsse der Stadtverordneten, 4/19, 4/104,

Wahl ders. 9/146, 10/66,

Wahl eines 2. Vors. dess. 10/79, 9/18.

Ausschuß der städtischen Beamten, Eingabe, betr.

Härten in der Besoldungsordnung, 19/15.

---

Ausschuß für Volksbildung

(Kulturfilmbühne betr.) 19/117

Eingabe 7/3

---

Ausschuß, gemischter, für Abtretung des Friedhofs

an die Stadt (Wahl dess.) 17/103

---

Ausschuß-Anträge (s. unter Anträge der Kommissionen)

Autodroschken, Steuer für dies. 16/132

Ärke-

Ankeröder Feld 1/9  
 " " " , Überlassung v. Gelände 1/79  
 " " " , Notstandsarbeiten dort 17/104

---

## b.

-----

Badeanstalt, städtische (Bademeisterstelle) 2/195  
 " " " (Luftbad) 2/90  
 " " " (Pachtpreis) 19/20 ff

---

Bahnhofsumbau (Anfrage Burgdorff) 15/153

---

Baracken, Abbruch von solchen 12/311  
 " " , Ankauf von solchen 12/311  
 " " auf dem Großen Exerzierplatz  
 Instandsetzung 9/138  
 Bader, medizinische , 19/3, 19/223  
 Bauarbeiten, Vergebung von solchen 3/84  
 Baugewerkerinnung, Eingabe 3/4  
 Baukostenzuschüsse, 1/138, 2/120 , 7/221

Grundsätze für Gewährung 1/141, 2/120

Gewährung von solchen 2/120

Antrag Schilke 2/157, 2/192, 2/186

Aufnahme einer Anleihe? 20/160

Streichung von 2 Millionen durch

das Staatsministerium 20/102, 21/107

---

Loni =

Bausachen, Vergebung von solchen

Deputation dafür 8/18

Bautenkontrollleur, Anstellung eines solchen 8/108

Vergütung desselben 12/6

Beamten - und Angestellten -Besoldung

betr. 2/10, 2/22, 2/202, 3/9,  
3/12, 20/4.

Beamten - und Lehrkräfte

Ortszuschlag nach Klasse B 5/80

" " " A. 21/163

Beamten und Lehrkräfte Teuerungszulage 19/10, 19/160

Beamt, Lehrkräfte, Angestellte und

Arbeiter Erhöhung der Bezüge 14/10

Beamt, Aufrückungsstellen derselben 17/4, 17/114

Beamt und Angestellte, Urlaubsregelung 2/78

Beamt mit Sondergehältern 14/30, 14/213,

Beamten, Pensionsbezüge der Witwen 5/14

Beamten, früher Städtisch jetzt im

Reichsdienst 6/2, 8/50, 12/239, 21/3, 21/168

21/171 { *hier auf Beförderung,*

" " *hier auf Abnahme -  
bezüge.*

~~(s. auch Besoldung) (s. a. Hinterbliebenen-Bezüge)~~

Bedürfnisanstalt am Stadtpark	8/300
beim Rathause	8/301
Begräbnisgebühren	17/84
Beihilfen an Vereine, Streichung von solchen	7/56, 7/69
Beihilfen an Vereine, Gesellschaften Institute u. s. w. Siehe die Namen der zu unterstützenden Vereine etc.	
Beihilfe für Drucklegung einer Dissertation ( Krahe betr. )	20/6
Berechnung des Gasverbrauchs	19/5 19/215
Bergfeldstraße	9/38, + 8/143
Berichterstattung, mündliche, in den Stadtverordnetensitzungen ( s. auch Ratsanträge )	8/30
Berichte, stenographische über die Stadtverordnetensitzungen	8/22, 5/13, 5/216, 8/21
Bernerstraße, Beleuchtung derselben	20/18 + 19/207

Be-

Berufsfeuerwehr, Eingabe

20/3

Beschlagnahmte Wohnräume, Abfindungssumme

für Befreiung davon 11/3, 12/24, 12/28, 13/39,  
13/85, 13/88.

Beiträge zu Vereinen etc.

2/74

etc.

( <sup>hier</sup> ~~50~~ auch Beihilfen )

<sup>hier</sup> Befestigung der städtischen Werke 5/9

Besoldungsordnung, vorläufige,

Weitergeltung derselben 5/80

Nachprüfung derselben 3/12, 5/80, 9/161,  
10/34, 13/213, 14/31.

Bethanien, Zuschuß aus der Jüdelstiftung

7/252

Betriebsräte der städtischen Werke, Teil-

nahme an den Deputationssitzungen 5/62

Bezirkspachteinigungsamt

14/168

Vertreterwahl

Bezirkseinteilung für den Milchhandel

20/88

Bienröder Weg

15/113

Wasser-

Wasserleitung dort	3/63
Bierbrauerei Steger, Wasserleitung betr.	7/154
Bismarkstraße	15/113
Blinde, Werkstätten, und Verkaufsräume	
für deren Arbeiten.	3/85
Blindenerziehungsanstalt	3/93
Blitzschutzanlagen an dem Rieselgut	3/65
Bootshaus ( f. Maschplatz )	
Braunkohlen- Briketts, Reserve davon	19/116
Braunkohlenfeuerung im Gaswerk ?	16/152
Briketts- Beschaffung zur Reserve	19/116
Broitzemer Grundbesitzer, Eingabe	5/7
"                    "    Flugplatzgelände	8/7
Brunonia, Grundstücke, Vermietung eines	
Teiles	6/251
Bürgerpark, Restaurant	6/75, 8/64, 12/306, 21/4
Bürgerschaft der Stadt für ein Darlehn an	
die Straßenbahngesellschaft	8/182
Bürgerschulen	1/13, 3/62, 15/126
"    "    Aufnahme der Siedlerkinder	9/14, 11/41
"    "    neue Lehrerinnenstellen	10/82
"    "	

In-



27

Bürgerschulen Instandsetzung von Turnhallen 12/309  
Büssing, H. u. Sohn, Eingabe, Verbindungs-  
weg betreffend 6/3, 8/61

---

Charlottenhöhe, Neueinteilung von Baustellen,	5/31
" " " Notstandsarbeiten, Straßenbauten	17/105
" " " Gasrohrverlängerung	17/41
" " " Wasserrohr - <i>Entwässerung</i> 8/284, 12/311, 16/86	8/284
" " " Verkauf von Baustellen 1/130, 7/293, 12/30	20/86
Chemische Fabrik Vechelde (Landankauf )	8/43
Clahes, Eingabe und Einspruch gegen Ver-	
Kaufsrecht der Stadt	2/9, 3/50
Curdts, Direktor, Gehalt desselben	3/5

27

d

=====

Dannes Hotel	16/39
" " Jugendheim	15/10
Deckungsfrage für Gehalts- und Lohn- erhöhungen	14/47
Depositenverwaltungs- Zimmer im Rat - hause	21/159
Deputationen, Wahlen derselben	4/28
Deputation für Vergebung von Bausachen	5/4, 8/18
" " " gemischte, zur Beratung von Gehalts- und Lohnfragen	13/217
Deputationssitzungen und Teilnahme der Be- triebsräte der städtischen Werke	5/62
Desinfektionsanstalt	1/48, 1/58
Desinfektion, gebührenfreie Ausfüh- rung betr.	7/42
Dispositionsfonds des Rats, Erhöhung desselben	17/106
Drogisten - Akademie, Instandsetzungsarbeiten	8/269

=====

Edison- Theater als Kulturfilmbühne	11/36
( s. a. Kulturfilmbühne )	
Ehrenfriedhof, Grabschmuck betreffend	8/10
Eingemeindungsfrage	11/42
Ein - Und Verkaufsgenossenschaft gewer- betreibender Kriegsblinder	10/177
Kriegsblinder	
Elektrizitätswerk, Arbeitsbeschaffung für Arbeiter desselben	8/91
Elektrizitätswerk, u. Straßenbahn-Arbeiter Eingabe	10/4
<hr/>	
Elm - Lutherstraße, Verbindung	6/3, 8/61
Enteignungsverfahren an den Flug - platzgelanden	8/7
" " " gegen Broitzemer Be- sitzer	5/7
Erbbaupachtverträge, Wortlaut derselben	1/92
" " " Abschluss von solchen	1/79
Erbbaupacht, Vergebung von Gelände	2/187

Erwerbslose, bisher nicht unterstützte, Zuschuß <sup>zu</sup> einer Staatlichen Unterstützung	16/253
Erwerbslose, Beschäftigung von solchen	3/43
Erwerbslosenfürsorge betreffend	5/26
" " " Höhe der Beträge	14/5 16/64
" " " Zuschuß aus derselben	3/43
" " " Anschaffung eines Regals	12/309
" " " Arbeitsnachweis, Gebäude dafür	17/13
Erwerbslose Winterbeihilfe für diese	18/6, 18/130
Etatberatung ( 1921- 22 )	6/5, 7/5
Eulenspiegelbrunnen, Instandsetzungs - kosten	5/60
Exerzierplatz, großer Baracke dort	9/138
" " " Pächter dort	13/4 13/212
	15/156

=====

Fahrrad - Aufbewahrung vor dem Postgebäude	12/296
Fahrscheine der Straßenbahn	5/12, 5/219
Fahrzeug - Luxussteuer	5/14, 5/80, 5/95
Farbenwerke, Braunschw. Eingabe	3/8
Ferien - Ausflüge der Schulkinder	1/64
"      "      der katholischen Schule	5/183
Fettverkauf, städtischer betr.	2/9 2/197
Feuerbestattung betreffend	15/108
"      "      Gebühren für Beleuchtung	17/85
"      "      Ermächtigung des Rats die Gebühren selbständig festzu- setzen	17/88
Feuerlösch - Grundstück ( Aschenlagerplatz)	19/121
Feuerlöschwesen betr.	7/110
Feuerung, Abgaben von verbilligter	18/6, 18/130
Feuerversicherung von Einrichtungen - gegenständen	20/48
Feuerwehrleute in anderen Städten, Zusam- menstellung ihrer Bezüge	20/3

Feuermeldestellen, Laternen dort	5/200
Finanzlage der Stadt im Dezember 1921	14/53 ff.
Flachbau oder Mehrfamilienhaus	2/138 ff.
Fleischwarenzellen in der Markthalle	5/186
Fleischwaren - Verkauf, städtischer	7/5 8/153, 9/2/
Flugplatz, Abbruch der Baracke 13	19/154
" " " " 14	13/207
Flugplatzbaracken 16/172, 19/7, 19/235	
Flugplatz, Freiland- Siedlungen	10/139
Flugplatz, Überlassung von Gelände	1/79, 2/187
" " Enteignung betr.	8/7
Flüchtlingsfürsorge - Verein	3/85
Flüchtlingsbaracken, Unterkunft und Ver-	
pflegung dort	8/135
Flüchtlingsbaracken des Roten Kreuzes 13/5, 13/250	
Fortbildungsschule, besonderes Schulgebäude	
dafür	16/39
" " " Kochunterricht 14/7, 15/172	
" " " Neuwahl des Schulvorstandes 10/79,	
	20/78
" " " Vergütungssätze 2/23, 20/74	

Fortbildungsschule, Schulvorstand	2/7
" " " Plattersaal	19/148
Förderung des Wohnungsbaues, Grundsätze dafür	1/138, 2/120
Frauenschule, Errichtung einer solchen	1/123
Frauengruppe für soziale Arbeit	2/23,
" " " " Kaffeehalle	13/186
" " " " Kinderspeisungen	21/194
" " " " Jugendheim	
Helmsdatterstrasse	21/199
Frauenklub, Vermietung der Hörstel sehen Villa an einen solchen	10/189
Frauenlöhne, ( Antrag Graf )	14/121
Freidenkerkinder, Behandlung solcher in den Schulen	21/6
Freiland- Siedlung <sup>auf</sup> <del>an</del> dem Flugplatze Was - Schlaßerpreis	10/139
Fremdensteuer, Einführung derselben	7/178 ff
Fremdensteuer - Satzung	19/29 <sup>16/131</sup>

Fried-



35

Friedhofs- und Begrabnisordnung 2/10, 2/24  
Fußwege, außenstädtisch, Instandsetzung 15/112.

Gashauptrohr, Auswechslung i.d. Kastanienalle 9/149

" Charlottenhöhe (Verlängerung) 17/41

Gas- und Wasserrohr, Kalandstr. 13/211.

Gaswerkerarbeiter, Eingabe (Lieferung von Anzugstoffen) 10/4

Gas- und Wasserwerke, nächstjähr. Etat 17/43

Gas- und Wasserpreis, Erhöhung 10/143, 16/120

" " gleitende Skala

16/133, 16/168, 21/7

Gaußschule, elektr. Heizofen 19/141

Gärten, parkartige, Besteuerung dess. 7/220,

8/156, 9/27

Gehaltsordnung, Nachprüfung ders. 3/12, 20/4

Gemeinde-Grundsteuer 18/96 (s.a. Grundsteuer)

Gemeinde-Gewerbsteuer 7/144, 18/96

Gemeinde- und Staatsarbeiter-Herband (Eingabe Lohnforderungen) 14/2.

Gewerbegericht, Abänderungsstatut betr. 1/135

" Änderung der Vorschriften über den  
Vorsitzenden 14/176

37

Gewerbesteuer (Antrag Gartung) 7/144

Gewerbesteuer 18/96

Gewerbe- und Grundsteuer, Einsprache gegen Erhöhung  
derselben 9/15

Geschäftsordnung, kurze Behandlungsweise <sup>1/66, 5/16</sup> 1/49 ff.)

" " Behandlung von Eingaben 2/11

" " betr. 3/4, 3/34, 4/6, 4/13, 4/176

" " 6/3, 6/5, 7/101, 7/298, 7/223, 8/163,  
8/259, 9/18, 9/25, 9/81, 9/193, 10/64,  
11 127 13 90 13 244 ff, 14 135, 14 176  
15/266 ff, 20/118, 20/141 ff, 21/135.

Gesundheitsfürsorgeamt, Einrichtung eines solchen  
12/5, 13/160, 15/17, 21/138

Gesundheitsfürsorge-Tag 3/8, (Einladung dazu)

Gildenhau, Doppelfenster 16/74,

Gleitende Skala für Gas- und Wasserabgabe 16/133,  
16/168, 21/7.

Goldap, Frau, Eingabe 15/5

Großer Exerzierplatz, Kündigung der Pächter betr.  
13/4, 13/212

32

Großer Exerzierplatz, Kleinpächter dort 15/156

Großwohnungsinhaber, Zahlung einer Abfindungssumme

durch dieselben 11/3, 12/24, 12/28, 13/39,

13/85, 13/88.

Grunderwerbssteuer-Zuschlag, Überweisung dess. 5/35

Grundlohn der Arbeiter (Antrag Sievers) 14/78

Grundlohn in Gruppe V 14/27

Grundsteuer 18/96

" Zeitpunkt der Erhöhung 8/186, 9/48

" nach gemeinem Wert 7/187 ff, 9/27

Grundstück der Stadt an der Korfesstraße

Einfriedigung 13/209

Grundstücke der Stadt (s. „Haus“.)

Gutenbergstr. Müllabfuhr dort 17/3, 17/111, 18/26

Günter, Albin, Blankenburg i. Thür. ~~6/1~~

Eingabe . . . . . 6/1 .

h.

Handwerkskammer, Eingabe	5/4
Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Nachver-	
willigung	1/65
" " Kunstgewerbeschule, Besol-	
dung der Lehrkräfte	2/8, 2/11
" " Kunstgewerbeschule, Ver -	
gutungssätze	2/23, 20/74
" " Kunstgewerbeschule, Ein -	
gabe der Lehrerschaft	3/5
" " Kunstgewerbeschule, Be -	
leuchtungsanlage	12/310
Hauptfriedhof, Abtretung an die Stadt ?	17/94, 17/103
" " Gebühren dort	17/94
" " Pforte nahe dem Streitberg	14/6, 16/46,
	17/4
Haus, städtisches, Bahnhofstraße 14 -	11/4, 12/16
" " Breitestraße 1	5/181

Haus

40

**Haus städtisches, Hagenbrücke 7, Vergleich**

mit dem Eigentümer 15/128

"	"	Leopoldstraße 10 -	17/15, 9/133
"	"	Leopoldstraße 11 -	5/188
"	"	Leopoldstraße 12 -	8/188
"	"	Leopoldstraße 16 -	10/180
		Hypothekenregelung	18/144
"	"	Leopoldstraße 32 -	18/148
"	"	Nickelnkulk 12 -	2/77
"	"	Wilhelmstraße 21	2/78
		Studentenheim	13/171
"	"	Wolfenbüttelerstraße 27 a,-	5/198

Haushaltsplan, 1921 22 6/5, 7/5

Hauskrankenpflege betreffend, 18/124 b

Hebammen, Anstellung einer solchen 18/8, 18/242

Heilbäder, Entsendung von Kindern 5/190

Heizmaterial - Reserve, Beschaffung einer  
solchen 18/116

Hinterbliebenen - Bezüge (Beamten und Leh-  
rer ) 7/306, 20/53  
21/118

Hilfs -

44

Hilfslehrkräfte, Vergütungssätze	15/138
Hochschule, technische	2/76, 13/171
Holzlagerplatz Westbahnhof	8/111, 10/5
Honrothstraße, Verkauf von Bauplätzen	15/140
Hopfengarten, (Waisenhausladerei)	7/53, 7/68, 13/4, 13/212
	15/156 + 9/29
Hornburg, Eingabe	1/7
Hortkinder, Schränke und Beschäftigungs-	
material dafür	1/8
Hottnerinnen - Seminar	1/118
Horstel sehe Villa betreffend	10/4, 10/189
Handsteuer	5/142, 7/201, 7/209
" " neue Satzung	13/99
Handsteuererlaßgesuch	15/9
" " " Weg zur Erledi-	
gung derselben	13/128
Hutnadeln, ungeschützte, Verbot für Stra-	
ßenbahnwagen	8/304
Hygiene - Museum, Jahresbeitrag	2/74

~~76~~

J.

\*\*\*\*\*

Instandsetzungsarbeiten in städtischen Ge- 2/77  
bäuden, s. a. die Namen der in  
Betracht kommenden Stellen

Instandsetzung von Straßen betreffend Ma-

Marlen - Rosenstrasse ) 8/6, 8/150, 9/40

" { West - Kramerstrasse, *und*  
Bergfeldstrasse 8/5, 8/146, 9/38

" Bienroderweg - Fußweg 1/7, 1/157, 2/74

Interessenschaftsweg i. d. Altwiek,

Aufhebung 15/105

Invaliden - und Witwen Deutschland, Zen-  
tral - Verband derselben, Un-  
terstützungsgesuch 10/33

\*\*\*\*\*



43  
J

=====

Jahnstraße, Instandsetzung 4/173  
Jagdschein - Gebühr 7/141, 7/209, 9/5  
Johann - Albrecht- Oberrealschule 15/103  
Johannishof, Überwachung der Ausfahrt 12~~7~~/5, 13/168,  
15/13  
Jugendheim an der Helmstedterstraße 21/199  
" " städtische Errichtung eines  
solchen 15/10, 16/39  
Jugendfürsorge, staatliche 6/251  
Jugendschutzgesetzgebung betreffend 19/11  
Juristen als Vorsitzende des Gewerbe -  
gerichts und des Rechtsfriedens-  
amts 14/176 ff  
Jüdelstiftung 2/282, 5/190, 7/252, 7/271, 7/282, 8/45  
9/19, 12/308, 13/183, 14/151  
( s. a. die Namen der Unterstützten ).

=====

Kanal in der Salzdahlumerstraße	3/62
s. auch die betreffenden Straßen	
Kaffeehalle an der Helmstedterstraße	13/186
Kalandstraße, Kanal dort	12/299
" " Gas und Wasserrohre	13/211
Kaninchenzucht - Anstalt, städtische	3/38
Kartoffeln, Beschaffung für die Einwohner	9/13, 9/207, 10/223
Kastanienallee, Gasrohranswechselung	9/149
Katholische Schule	1/13
" " Ferienausflüge	5/183
Kaufmännische Fortbildungsschule Zuschuß	12/229, 21/192
" " Vergütungssätze	20/74
" " Grundstück dafür	19/9, 19/172
" " Übernahme derselben	12/233
Kälberwiese, Wasserrohr betreffend	7/237
Kinder - Beihilfen, bis zu welchem Jahre	21/186
Kindergarten Petrihof, 7/271, 8/45, 9/19.	

Kindergärtnerinnen, Bezahlung derselben	1/122
" " " Hortnerinnen Seminar	1/118
Kinderheim im Prinz Albrechtpark, Errich - tung eines solchen	15/11
Kinderheim, städt. ( Heizanlage )	5/33, 15/133
Kinderhorte,	1/8, 1/12
" Bewirtschaftung von Gartenland	1/12
Kinderlösezimmer ( Verwaltung	20/74
Kinder, notleidenden, Verteilung amerikani- scher Gaben	14/7, 15/178
Kinderschutz - Kommission der freien Gewerkschaften	1/64
Kinderschutz - Gesetzgebung	19/11
Kinderspeisungen durch die Frauengruppe für soziale Arbeit	2/23, 21/194
Kleingärten betreffend	15/33
" " und Kleinpachtland, Bei- sitzerwahl	16/71
Kleinpächter am Gr. Exerzierplatz	13/4, 13/212
Kleinrentner und Armenunterstützung	16/205
Kokspreise betreffend	21/44 ff

Kohlen-

- Kohlenversorgung, Änderung in der Regelung 19/112
- Kolonnenweg, ( Altewiek - Feldmark) 15/105
- Kommissionen, Wahlen derselben 4/19, 4/104, 9/148
- Kommissionen und Deputationen, Wahl 9/115, 10/86, 10/79  
12/36, 18/109, 19/117
- Kommission zur Vertilgung des Franzosen-  
Krautes 9/146
- Kommissionsanträge, (s. unter „Anträge der Stadtver-  
ordneten - Kommissionen)
- Korfesstraße, Barackenaufstellung 3/85
- Beleuchtung der Höfe, 9/11, 10/50  
11/44ff. 19/8, 19/255  
Nachtschutzleute dafür 11/44
- Kraftverkehrslinie Braunschweig - Abbenrode 1/65
- Krahe, Peter Joseph (Dissertation) 20/6
- Kramerstraße 8/143, 9/38, 15/113
- Krankheiten, ansteckende, Untersuchungsstelle 10/78
- Krankenauto, städt. Federung desselben 11/4, 12/24,  
13/35
- Krankenhaus, städt.  
Vergütung der Rote Kreuz-Schwestern 9/87  
betr. Rote Kreuz Schwestern 20/20

Korfesstraße, Barackenaufstellung	3/85
" " Beleuchtung der Höfe	9/11, 10/50, 11/44
	ff 10/8, 19/255
Nachtschutzleute dafür	11/44
Kraftverkehrs Braunschweig - Appenrode	1/65
Krahe, Peter Joseph ( Dissertation )	20/6
Kramerstraße,	8/143, 9/38, 15/113
Krankheiten, ansteckende Untersuchungsstelle	10/76
Krankenauto, städtisches, Federung desselben	11/4, 12/24
	13/35
Vergütung der Roten Kreuzschwestern	9/87
betreffend Rote Kreuz - Schwestern	20/20
Krankenkassen - Ausweise bei Schulversäumnissen	13/6
	13/237, 15/62,
Kredit der Stadt bei der Staatsbank	16/4 a
Kriegsblinde, Ein - und Verkaufsgenos-	
senschaft derselben	10/177
Kriegsfürsorgestelle ( Schreibmaschine )	8/266
Kriegshilfskassen - Ausschuß Ersatzwahl	9/115, 19/110
Krüppelheim	3/94, 12/307

Kul -

Kulturfilm - Bühne 7/3, 9/117, 10/31, 11/36

Kühle, Eisenbahnsekretär a. D., Eingabe 14/2

\*\*\*\*\*

L

-----

Lagerplatz, städtischer am Westbahnhof Be -

triebseinschränkung 8/111, 10/5

Landaufenthalt für Schulkinder 3/80, 8/90

Landausschuß, Beisitzerwahlen, 10/66, 12/36, 18/109

Landeskrüppelheil -und Pflegeanstalt 12/307

( s. a. Krüppelheim )

Landessäuglingsheim, Besichtigung desselben 11/5

Zuschuß 11/5, 12/308, 13/174

Landtagswahl, Einsprache gegen die Wählerlisten 17/50

Lebenskundl. Unterricht besuchende Kinder

Behandlung derselben in den Schulen 21/6

Lehrerinnenstelle, neue 1/13

Lehrerverein, ( Vortrag Agahd. ) Einladung 19/11

Lehrer, Wahl derselben, durch die Stadt 1 13/ff

Lehrkräfte und Beamte etc. Erhöhung der Be -

züge 14/10

( s. a. Beamte )

Lehrkräfte, nebenamtlich tätige, Vergütungs-

sätze 20/74

Licht-

Lichtspieltheater, Einladung 14/5

Licht - und Luftbad in der Städtischen  
Badeanstalt 2/90

Lohnerhöhungen der Arbeiter gegenüber  
den Gehaltserhöhungen 9/173, 9/184

Löhne für Frauen ( Antrag Graf ) 14/121

Lohnregelung bei Monatslöhnern 14/45

" " Entstehungsgeschichte derselben 14/37

Loskauf von Wohnungsluxussteuer und Be-  
schlagnahme 13/38

( s. Antrag Nessenius )

Löwenwall, Kleinkinderspielplatz dort 21/5

Luftverkehrsstelle, Weiterführung der Ge-  
schäfte 16/115

Lungenkranke, s. Tuberkulose

Lustbarkeitssteuer ( s. Vergnügungssteuer )

Lutherstraße - Einstraße, Verbindung 6/3, 8/61

Luther, G. Geländeankauf, 8/43

Lyzeum , Spielgeräte für dieses 1/12



M

=====

Marktgebühren	17/17
<u>Markthalle Gebühren</u>	17/17
Sicherung gegen Einbruch	3/37
Fleischwarenzellen betreffend	5/186
städtischer Fleischverkauf dort	8/153, 9/21
Maschplatz, Bootshaus,	5/13, 5/169, 5/170, 15/142
Maienstraße, Beleuchtung dort	18/8, 19/17
Marienstraße,	8/156, 9/40, 15/113
Mädchen - Fortbildungsschule, weitere Schul-	
räume dafür	19/151
Mädchen - Mittelschule, elektrische Be-	
leuchtung	19/151
Medizinische Bäder ( Residenzbad )	20/154
Mehlverteilung Zeitpunkt der nächsten	20/229
" " an die Händler	21/5
Messen und Märkte, Gebührensätze	17/17
Metallarbeiter, Arbeitsbeschaffung für	
solche	8/91
Metallindustrielle, event. Arbeitssper-	
rung durch dieselben	8/102

Miet

Mieteinigungsamt, Ersatzwahlen 7/239, 20/45, 21/197

(Neuwahl der Beisitzer) 14/156

Mieteinigungsamt, Tätigkeit desselben betr. 9/57

Besetzung desselben 14/2

Mieterverein, Besetzung des Mieteinigungs-

amt betreffend 14/2 + 7/240

Milch, Abgabe an Minderbemittelte 7/4, 7/228

Milchvieh, für das Rieselguth 1/126, 3/63, 3/66, 15/135

Milchhandel, Aufhebung der Bezirkseinteil-

lung ? 20/88

Militäranwärter 3/22

Mittellandkanal, (Stichkanal und Hafen betr.) 3/43

Museumsdirektor, Eingabe 6/2

Müllabfuhr, Änderung derselben 18/55 ff

" " von der Gutenbergstraße 17/3, 17/111, 181/26

Müllabfuhr, - Gebühren, Erhöhung 18/55

KKKKKKKKKKKK

N.

\*\*\*\*\*

## Nachprüfung der Besoldungsordnung

( s. a. Besoldungsordnung ) - 3/12, 5/80,

9/161, 10/34, 13/213, 14/31,

Nachtschutzmann Scheilecke, Eingabe 15/10

*Nachtschutzmannschaft, Eingabe 7/3*

Nachtschutzleute, Bewaffnung derselben 8/177, 9/30

Hunde für dieselbe 9/30

Löhne derselben 7/3

Beamte oder Arbeiter ? 7/117

für die Wohnungen Korfestra-

ße 11/44

Neustadtmühle, nächstjähriger Etat 17/43

*Abfluß 1920-21* 18/7

bäuliche Änderungen 18/23

## Notstandsarbeiten für das Elektrizitätswerk

und Straßenbahn - Arbeiter 10/4

" " " Inangriffnahme von solchen 18/5, 18/116

auf dem Spielplatze Eisenbüttelerstraße 20/141

200 000 M. dafür 17/104

\*\*\*\*\*

Oberrealschule 15/103  
Obdachlose hiesige Einwohner, *Unterbringung folger* 7/9, 7/21, 8/83,  
Oberbürgermeister Retemeyer 70 Jahre - 2/4  
Oberschlesier - Hilfswerk 10/103, 12/39  
Okerdurchstiche bei Watenbüttel 3/43  
Ortsbauplan, Änderungen desselben 2/75 (s. a. dāe betr.  
Straßen.)  
Ortskasse A, 21/6, 21/163, 21/192  
Ortskasse B. 5/80, 6/2, 8/50  
( s. a. Anträge Rönneburg, Martā, Stegmann )  
Oppauer Katastrophe 10/3, 10/103, 12/13, 13/30  
( s. a. Antrag Nessenius )  
KKKKKKKKKKKKKKKK

P.

-----

Parkartige Gärten, Sondersteuer dafür 7/220, 8/156,

9/27

Pensionsbezüge der Hinterbliebenen der Beamten 5/14

Petrihof - Kindergarten, Beihilfe 7/271, 8/45, 9/19

Pflegesätze im Roten Kreuz 9/87

Pfleglinge des Pflegehauses betreffend 21/5

Plättesaal, Einrichtung, Leopoldstraße 32 - 19/148

Polizeiwachen, Laternenaufstellung davor 5/200

Postfuhrwerke, Ausfahrt aus dem Johannishof 12/5, 13/168

15/13

Präsentationsrecht der Stadt für Lehrer 1/13 ff

Privateinrichtungsgeschäft, nächstjähri-

ger Etat 17/43

" " " Abfluß 1920-21 18/7

Prozeß - Aufnahme, Rassmussen 3/81

Flugplatzgelände 8/7

Schneiders Erben 9/135

Reichardt

Prozeßaufnahme,	Reichard	10/73	
"	"	Rohde	10/92
"	"	Villa Charlottenhöhe	12/312
C	"	Kühnel	16/172
"	"	Mundt,	5/26

Prüfung der Besoldungsordnung 3/12 7 5/80, 9/181, 10/34  
13/213, 14/31

\*\*\*\*\*

R

-----

Raabefeier	8/281, 9/6,
Rassmussen Rechtsstreit	3/81
Ratsanträge , Verzeichnis derselben	1/51, 1/66, 5/16 8/30, 8/102
Rathaus, bauliche Veränderungen	3/50
Depositenverwaltungszimmer	21/159
Heizeinrichtung betreffend	9/45
Rat der Stadt, Erhöhung der Summe für selbständige Bewilligungen	17/108
Ratsmitglieder, Bezüge derselben	14/44, 14/213
Ratskeller	6/75, 8/64, 12/306
Rechtsstreit - Aufnahme s. Prozeß	
Rechtsfriedensamt, Vorschriften über Bestellung des Vorsitzenden	14/176
Referate in den Sitzungen der Stadtverordneten	5/16
Reinemachefrauen	8/75, 8/86, 9/37, 10/29, 11/5 a, 14/27, 14/41, 14/112 15/5, 16/30, 18/8, 18/104, 19/252
	<u>15/5</u>

Reinemachefrauen, ~~15/5, 16/30, 18/8, 18/101, 19/252~~

Residenzbad - Umbau, 3/72

Revision der Besoldungsordnung 3/12, 5/80. 9/161, 10/34  
13/213, 14/31

---

Rieselgut, 1/126

Abschluß 1920 - 21 - 18/8

Milchkühe, 1/126, 3/63, 3/66, 15/135

bauliche Änderungen 20/81

Erweiterung eines Stalles 3/63

Blitzschutzanlage 7/314

Verwendung alten Baumaterials 19/154

Anlage einer Wasserleitung 7/303, 12/307

---

Rimpause Villa, betreffend Wohnungs -

beschaffung 13/66

Rosenstraße 8/150, 9/40. ~~15/43~~ 15/113

Rotes Kreuz, Zuschuß 7/281

Zuschuß - Erhöhung 9/85

Pflegesätze dort 8/87

Zahl der Betten für Armenpflege 9/92

Flucht-



Rotes Kreuz , Flüchtlingsheim 13/5, 13/250

Rote Kreuz - Schwestern, Bezüge derselben im Städtische

Krankenhaus 20/20

" Bezüge derselben 9/85 ff

" zu Arbeiten wie Gemeindeschwestern 9/83

Rotenburg ( Vorkaufsrecht ) 15/5, 16/21

Rudervereine, 2/8, 2/14, 5/13, 5/69, 5/170, 15/142

Ruhegehaltsempfänger, Eingabe 14/2

Teuerungsbeihilfen 7/236, 7/263

Russische Bevölkerung , hungernde Beihilfe seitens  
der Stadt 9/11, 10/47, 11/44

=====

Sachverständiger Ausschuß gemäß Satzungen gegen Verun-  
staltungen Wahl, 15/31

↑ Satzung über Wertzuwachssteuer 5/14, 5/80, 5/95

Satzung über Fremdensteuer 19/29

Satzung gegen Verunstaltung der Straßen und Plätze,  
Änderungen dess. 9/152

Wahlen von Sachverständigen 15/31

Satzung über Vergnügungssteuer 12/52

" zur Änderung der Schulgeldsätze 5/202

" für das Gewerbegericht ( Änderung) 1/135

Sander sches Grundstück (Glückstr.) 15/33 , 16/18

Eingabe 13/6

Sanitätsauto, Federung desselben 11/4, 12/24 , <sup>13/35</sup>

Salzdahlumerstraße, Kanalbau 3/62

" " " 15/113

Säuglingsheim betreffend 11/5, 12/308, 13/174

Säuglingsfürsorge 1/65

Scheller-

Scheller sches Grundstück in Lehn Dorf	2/76
Schlachthaus, Gebührenerhöhung	7/295, 18/39
" Brausebad dort	9/73
" Trichinoskop	9/156
" Dampfkesselanlage	9/143
" Rinderstall- Umbau	18/29
Schreibergarten an der Eisenbüttelerstraße	20/151
Schreibmaschine für die Kriegsfürsorgestelle	8/266
" " für das Wohlfahrtsamt	19/38
Schriftführer, Wahl desselben	1/7, 4/19
Schulgebäude, Leonhardtstraße	15/126
" Büldenweg	15/126
" <sup>poli</sup> Leonhardtstraße (Umbau)	17/13
Schulärzte im Hauptamt	2/91, 7/43
" " <sup>Morgens</sup> - 2/90	
Schuldiener - Vereinigung, Eingabe	15/5
Schulentlassenen - Spende	13/5, 13/226, 14/150, 18/7
	18/139
Schulgeldsätze	5/202, 8/262
Schulhöfe, Erhöhung der Summe für Reparaturen	6/220

Schul-

Schulkinder, Entsendung aufs Land	3/80
Schulmuseum, Bericht desselben	9/9
Schulräume, Reinigung derselben ( s. Reine- machefrauen	
Schulküche, Leopoldstraße	14/174
Schulturnhallen, für einen Jugendtag	18/115
" " Bültenweg	3/62
Schulversäumnisse, Krankenkassenausweise als Entschuldigung 13/6, 13/237, 15/62	
Schunterstraße, Ausbau des westlichen Teiles, Eingabe	2/8
Schutzverein für Handel und Gewerbe Eingabe	9/14
Schützenwesen, Beitrag dafür	7/79, 7/89
Schwerhörigen - Unterricht, Vergütungssätze	20/74
Schwimmbad - Bau,	19/6, 19/223
Seminar für technische Lehrerinnen	1/123
Siedlerkinder, Belassung in den Bürgerschulen	9/14, 10/55, 11/41, 16/50
<u>Siedelung</u>	

{ Siedlung, Altpetritor, Wasserröhrliegung 9/140

„ „ *Altpetritor* Wege und Beleuchtung 19/11, 19/12, 19/197

Siedlung Freiland bei Lehnauorf 1/79, 2/187, 19/11, 19/197

Siedlungsgesellschaft, Braunschw, Tätigkeit

*derselben 18/5, 18/6, 18/121*  
*Mischungsgefellpfaß, Braunschw, Beförderung der Kammeranlage 15/149.*  
Sitzungsberichte über die Stadtverordneten - Sitzungen

Vervielfältigung derselben 5/13, 5/216

8/21

Sitzungssaal der Stadtverordneten, Vergütung für

Benutzung 9/42

Sommer - Arbeitszeit in den städtischen Büros 21/217

Sondersteuer für parkartige Gärten 7/220, 8/156, 9/27

Spende, amerikanische Verteilung derselben 15/176 *14/7*

Spende für in Not *Geräte* 13/5, 13/226, 14/150

Spielgeräte für das Lyzeum 1/12

Spielplätze 7/53, 7/68, 16/83

am Hopfengarten, Einrichtung ? 9/25

am Eisenbütteler Wege 16/78, 20/149

Gesuch um Überlassung 15/9, 16/78.

Sport-

Sportverein Wacker, Eingabe	15/9, 16/78
Staatsbank, Kredit bei derselben	16/4 a
" " 1/9	<del>1/9</del>
" " Aufnahme einer Anleihe ?	20/60
Stadtarchivar und Bibliothekar, Eingabe für denselben	3/7
Stadthaushalt, augenblicklicher Stand der Finanzen	2016
Stadthaushaltsplan, 1921 - 22, Beratung,	6/5, 7/5
Stadtkirchenausschuß, Benutzung des Stadtver- ordneten - Sitzungssaales	9/42
Stadtpark - Restaurant	6/75, 12/306
Stadtpark, Bedürfnisanstalt dort	8/300
Stadtverordneten, im Amte befindliche	1/3 a, 4/2
Stadtverordneten - Sitzungssaal, Vergütung für Benutzung	9/42
Statistiker, Berufs, Anstellung eines solchen	10/99
Statistisches Jahressbuch deutscher Städte, An- schaffung zweier Jahrgänge	10/96

Statut

Statut ( s. Satzung )

Städtetag, deutscher, Beitragserhöhung 16/69

Städtischer Verkauf von Fett ( Antrag Graf ) 2/9, 2/197

" " " Fleisch (Antrag Gartung ) 7/3,  
8 /153, 9/21

Steinhof ( s. Rieselgut )

Stenograph, Wahl desselben 4/19 ( s. a. Sitzungsberichte

Sterbekasse für städtische Beamte 2/75

Steuerausschreiben, Zustellung derselben 12/256

Steuerquellen, zu erschließende 16/131

Steuern, neue 7/178, + 6/50

Steuer, Sonder, für parkartige Gärten 7/220, 8/156, 9/27

Steuern, zuviel erhobene, Rückzahlung 20/4, 20/186

Strafanstalt, Beirat für diese 1/72

Straßen, Fertigstellung von solchen 5/12, 8/40

Straße 443 a -- 8/43 } ( s. auch die Namen der betr. Stra-  
" 555 -- 5/23 } ßen )

Straßenbauvertrag, Aufhebung 5/23

Straßenbeleuchtung 18/3, 19/207, 20/18 .

20/18

Straßenbeleuchtung 20/18 ( s.a.Siedlung Alt-Petri-  
tor )

Straßenbesprengung ( Lastkraftwagen dafür ) 16/93

Straßeneisenbahngesellschaft, Bürgschaft für  
eine Anleihe 8/182

Straßenbahn - Arbeiter, Arbeitsbeschaffung für  
solche 8/91

Straßenbahn Braunschweig - Wolfenbüttel ( An -  
trag Stegmann ) 12/8, 19/208, 20/11

Straßenpolizei - Ordnung, Atrag, Änderung  
derselben 21/4

Studenten, Klubräume für solche 10/198, 10/219

Studentenheim, Wilhelmstraße 21 13/171

Stundenlohn der Arbeiter, 14/86 ff  
( Erhöhung desselben, Antrag Stegmann )



T  
=====

Tagesordnung betreffend 3/37, 8/5, 8/180, 9/17, 9/159  
11/132, 14/148, 19/213, 19/221, 20/228,  
21/182.

" " Aufstellung derselben 8/240

Tagegelder der Stadtverordneten betreffend 10/3, 12/13  
13/30

Tagegelder und Übernachtungskosten für städti-  
sche Beamte 8/272

Tilgung eines Darlehns für das Ärkeroder Feld 1/9

Tostmann, Stadtverordneter als Mitglied der

Deputation zur Vorgebung von Bausachen 5/4, 8/18

Trichinoskop, für das Schlachthaus 9/156

Tuberkulose, Fürsorgestelle 9/12, 10/49, 12/7, 13/7

" " Maßnahmen dagegen 13/7

" " Vorführung eines Lehrfilms 21/205

" " , Erkrankte, Verband derselben,

Eingabe 2/8

Turm-

Turmanren, betreffend Regulierung 16/34

Turnhallengebäude Leopoldstraße 14/174, 19/148

Turn - und Sportvereine, Beihilfen an diese 7/50,8/84

9/20 10/7

u.

Unsicherheit in der Stadt, Maßnahmen dagegen 7/4,  
8/175, 9/30.

Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten 7  
10/76.

Unterstützungen von Vereinen etc. 7/50, 7/48 ~~(siehe~~  
(siehe auch den Namen des betr. Unter-  
stützten.)

Urlaubsregelung für städtische Beamte 2/78.

Überflüssige Wohnräume, Feststellung von solchen  
(s. Antrag Kessenius) 13/39

Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten, Eingabe 2/8

Verbindungsstraße Elm- und Lutherstraße 6/3, 8/61

Vereinigung deutscher Wohnungsmieter 1/128

Verfügungsfonds des Rats 17/43

Vergebung von städtischen Bauarbeiten 3/84, 5/4, 8/18

Vergnügungssteuer, Satzung 12/52, 16/88

" 2. Überwachungsbeamter

12/6, 13/155, 15/17

Vergnügungssteuer betr. 18/50

Verkauf von Geländestreifen an der Weststraße 8/43

Verkehrsverein 1/104, 3/38

Vermietung von Grundstücken 10/180

" " städtischen Räumen 2/76

Verpachtung von Gelände am Maschplatze 2/8, 2/14,

5/13, 5/169, 5/170, 15/142

Anleihebeträgen

Versöhnung von Gelände-am-Maschplatz 15/144

Versorgungssätze für Kriegsteilnehmer 8/14

Veranstaltung von Straßen und Plätzen 9/152, 15/31

Verzeichnis der Ratsanträge 1/451, 1/66, 5/16, 8/30,  
8/102.

Volksbäder, Gebühren 16/239

Volkskaffeehalle Helmstedterstraße 13/186

Volkslesehalle 7/48, 7/71, 7/98, 7/106, 9/22, 13/183  
19/6, 19/10, 19/179

Voranschlag, nächstjähriger, betr. 17/43

Vorauszahlung an städtische Angestellte 5/209

Vorkaufsrecht, Ausübung desselben 3/50, 15/5, 15/33,  
16/18, 16/21 / 18/4=Einsprache dagegen

Vorsitzender, Wahl desselben 1/4, 4/8

"           Schlußworte desselben am Ende der Wahl-  
periode 3/100.

72.

W.

Wahl der Ausschüsse und Deputationen (Hauptwahl  
für das Jahr) 4/19, 4/104

Wahl des Vorsitzenden, 1/4, 4/8

Wahlbezirke, Einteilung der Stadt in solche 14/171

Wanderlagersteuer, Zuschläge 3/40

Waisenhaus, großes (Aschenlagerplatz) 19/21

Anteil a. d. Grunderwerbssteuer 5/35

Länderei am Hopfengarten 13/4, 13/212,  
15/156

Wasserabgabe an Brauerei Steiger 7/154

Wasserbesprengung der Straßen 16/98

Wassermesser, Beschaffung von solchen 7/300

Wasserleitung, Anschluß an dies. 2/76

Anlage ders. 3/63

Wasserrohr, Kalandstraße 13/211

Kälberwiese 7/237

Charlottenhöhe 8/284

Legung 12/311, 9/140, 16/86

Wasserpreis für Freiland-Siedelung (Flugplatz) 10/139

73

Wasserpreis, Erhöhung des Preises 10/143, 16/120  
gleitende Skala 21/7

Wasserwerk Bürgerpark Erweiterung der Werkstätten  
16/173

Wählerlisten zur Landtagswahl 17/50

Wendenwehr, am, Übernahme dies. Straße 17/11

Werkstätten beim Wasserwerk Bürgerpark 16/173

Werkunterricht, Vergütungssätze 20/74

Wertzunwachssteuer, 5/14, 5/80, 5/95

" Satzungsänderung 11/134, 14/173

" Gesuch um Ermäßigung 20/3.

Westbahnhof, Holzlagerplatz 8/111, 10/5

Weststraße 8/146, 9/38

" Verkauf von Geländestreifen 8/43

Wirtschaftsamt der Technischen Hochschule 2/76

Wirtschaften, städt., Pachten f. dies. 12/306

wirtschaftlicher Verband, Deutscher, Eingabe 5/15

Witwengelder 6/3 (Eingabe), 19/8, 19/259, 21/119.

" Neuregelung 20/53

Wochenkarten auf der Straßenbahn Braunschweig-Wolfen-  
büttel 19/9, 19/209, 20/11

Wohlfahrtsausschuß betr. 15/176 + 14/7

Wohlfahrtsamt, Anstaltsausschuß dess. 7/258 ff.

" Schreibmaschine für das Amt 19/138

" Hauskrankenpflege betr. 19/124b

Wohlfahrtsamt, Gesundheitsamt und Jugendfürsorgeamt  
21/141ff

Wohlfahrtsamt und Wohnungsamt,

Zusammenarbeiten ders. 21/109

Wohnräume, überschüssige, Feststellung ders. 11/3  
13/85 + 13/39 + 12/28

Wohnräume, überschüssige (s. Antrag Nessenius/

Wohnungsbau, Preise dafür 13/76

Wohnungsbau, Grundsätze für Förderung desselben und  
Ausführungsbestimmungen 1/138, 2/120

Wohnungsluxussteuer 11/3, 12/24, 12/28, 13/39, Aus-  
schußantrag [= 13/42 dazzu] 13/87, 13/88

Wohnungsamt, Abfertigung des Publikums 20/5, 21/63

Wohnungsamt und Wohlfahrtsausschuß, Zusammenarbeiten  
ders. 21/109

Wohnungsäuter, Vereinigung ders. in Deutschland 1/128



75

**Wohnungsnot, Behebung derselben 13/39**

**Wohnungsuchende und Wohnungsamt 20/5, 21/63**

**Wohnungssteuergesetz (nach dem gemeinen Wert) 21/208**

**Wörthstraße, Fluchtlinie derselben 13/205.**

76

2.

Zuschüsse zu Stiftungen, Anstalten, Vereinen, Gewerkschaften (siehe Namen des Unterstützten)

Zuschüsse an Vereine etc: Streichung von Empfängern

7/94

Zentralverband der Invaliden und Witwen 9/7, 10/33

Eingabe.

1921-1922.

Nr. 1.

B e r i c h t  
über die Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in deren Sitzung am 21. April  
1921.

---

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter.
2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters.
3. Ankauf von Schränken und Übernahme von Beschäftigungsmaterial für Hortkinder.
4. Tilgung eines bei der Staatsbank aufgenommenen Darlehns für das Arkeröder Feld.
5. Bewilligung von Mitteln zur Bewirtschaftung von Gartenland durch 2 Horte.
6. Bewilligung für Neuanschaffung von Spielgeräten für das Lyzeum.
7. Schaffung zweier neuer Lehrerinnenstellen an den städtischen Bürgerschulen und einer Lehrerstelle an der katholischen Schule.
8. Nachverwilligung von Kosten für Herrichtung einer Dampfleitung nach der Desinfektionsanstalt.

1921

9.

V e r z e i c h n i s  
der am 1. April 1921 im Amte befindlichen  
Stadtverordneten.

=====

1. Bartels, Alfred, Tischler, Virchowstraße 39.
2. Blumeier, Gustav, Geschäftsführer, Leopoldstraße 7.
3. Brandis, Dr. Ferdinand, Oberamtsrichter a. D. Lachmannstraße 8.
4. Böhm, Frau, Emma, Marienstraße 22a.
5. Bunge, Fritz, Kassierer, Eschenburgstraße 2.
6. Engmann, Wilhelm, Lagerhalter, Cammannstraße 8.
7. Einert, Karl, Kaufmann, Bankplatz 3.
8. Frede, Gustav, Lehrer, Wilmerdingstraße 7.
9. Genzen, Albert, Geschäftsführer, Karl Schmidtstraße 1.
10. Gölze, Frau Professor, Hedwig, Kaiser Wilhelmstraße 28.
11. Graf, Frau, Hulda, Schloßstraße 6.
12. Jahns, Ernst, Rechnungsrat, Roonstraße 22.
13. Jasper, Dr. Heinrich, Rechtsanwalt, Bültzenweg 85.
14. Lehnert, Hermann, Büroangestellter, Karl Schmidtstraße
15. Marth, Heinrich, Eisenbahnwerkführer, Odastraße 2.
16. Meyerhoff, Johannes, Schlossermeister, Bohlweg 53.

17. Munte, Hans, Fabrikant, Kastanienallee 40.
18. Papenberg, Hermann, Postschaffner, Steige 10.
19. Rasche, Otto, Architekt, Kasernenstraße 31.
20. Reeter, August, Schneidermeister, Grabenstraße 2.
21. Regensburger, Dr. Norbert, Rechtsanwalt, Bohlweg 64/65.
22. Reinowski, Max, Büroangestellter, Karl Schmidtstraße 12.
23. Reißner, Wilhelm, Oberstadtsekretär, Zeppelinstraße 12.
24. Richter, Karl, Schlosser, Weststraße 61.
25. Rieke, Heinrich, Maurer, Schöppenstedterstraße 48.
26. Rieke, Wilhelm, Geschäftsführer, Karl Schmidtstraße 13.
27. Rönneburg, Heinrich, Lehrer, Raabestraße 27.
28. Salomon, Max, Schulinspektor, Wendenmuschstraße 17.
29. Schilke, Karl, Kaufmann, Hennebergstraße 6.
30. Schmerbach, Reinhold, ~~Geschäftsführer~~ <sup>Verband</sup> Kassierer, Scharnhorst-  
Straße 14.
31. Schmidt, Karl, Geschäftsführer, Sophienstraße 19.
32. Schulze, Henriette, Frau, Gördelingerstraße 43.
33. Stegmann, Karl, Geschäftsführer, Pestalozzistraße 4.
34. Tostmann, Wilhelm, Geschäftsführer, Hamburgerstraße 12.
35. Warendorf, Robert, Klempnermeister, Leonhardstraße 54.
36. Wolters, Fräulein, Else, Pensionsinhaberin, Rankestraße 24.

=====

9. Nachverwilligung von Kosten für Herstellung einer neuen Dampfkesselanlage auf dem Gaswerk Taubenstraße.
10. Bereitstellung von Mitteln für Ferienausflüge der Schulkinder.
11. Übernahme der Garantie für Einrichtung einer Kraftverkehrslinie Braunschweig-Abbenrode.
12. Verwilligung von Mitteln für die Säuglingsfürsorge.
13. Nachverwilligung von Mehrausgaben für die Handwerker- und Kunstgewerbeschule.
14. Wahl von Mitgliedern für den Beirat bei Braunschweigischen Strafanstalten.
15. Abschließung von Erbbaupachtverträgen über städtisches Bauland.
16. Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein.
17. Erhöhung des Zuschusses für das Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminar.
18. Verwilligung von Mitteln für Anschaffung von 10 Milchkühen für das Rieselgut.
19. Beitritt der Stadt zur Vereinigung Deutscher Wohnungsämter.
20. Verkauf von Baustellen der Charlottenhöhe betreffend.
21. Einschaltung in das Abänderungsstatut, das Gewerbegericht für die Stadt Braunschweig betreffend

22. Vorberatung der allgemeinen Grundsätze über die Förderung des Wohnungsbaues und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen.
23. Antrag Stegmann auf Instandsetzung der geteerten Befestigung des Fußweges am Bienröder Wege.

-----

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister  
R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r , Stadt-  
rat von F r a n k e n b e r g , Stadtbaurat  
G e b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r ,  
Stadtrat V o g l e r , Rechtsanwalt P h i l i p p s ,  
sowie die Stadträte F ü e r m a n n , L a n g e -  
m a n n , P i n n o w , R a l f s , Dr. R e i c h e ,  
R ü t e r .

Es fehlen die Herren Stadtverordneten E i n e r t  
R e i ß n e r und H. R i e k e .

1. Wahl des Vorsitzenden und seiner  
Stellvertreter.

Altersvorsitzender M e y e r h o f f : Meine Damen und Herren! Als Altersvorsitzender habe ich hier Platz genommen und eröffne die Sitzung. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Wahl des Vorsitzenden. Ich bitte, geeignete Vorschläge zu machen.

Stadtv. F r e d e : Meine Fraktion spricht sich für Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden, des Herrn Wilhelm R i e k e , aus.



Altersvorsitzender M e y e r h o f f : Werden andere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die Herrn Rieke II mit der Aufgabe betrauen wollen, als Vorsitzender hier zu fungieren, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe! Ich stelle fest, daß Herr Rieke einstimmig gewählt ist, und bitte ihn, hier Platz zu nehmen. (Geschieht.)

Vorsitzender Wilhelm R i e k e : Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Wiederwahl und möchte dabei dem Wunsche Ausdruck geben, daß für die kurze Zeit, wo die Versammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung zu tagen hat, die Verhandlungen im Rathause in derselben Sachlichkeit vor sich gehen möge, wie das bisher in den zwei Jahren der Fall gewesen ist. Ich bitte nunmehr um Vorschläge für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Es waren das bisher die Herren Munte, Rieke I und Frede. - Andere Vorschläge erfolgen nicht; ich nehme die Zustimmung der Versammlung zur Wahl der genannten Herren an.

2. Wahl des Schriftführers und seines  
Stellvertreters.

V o r s i t z e n d e r : Schriftführer der Stadtverordnetenversammlung war bisher Herr Sekretär Müller und sein Stellvertreter Herr Sekretär Kühne. Werden andere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Ich nehme die Zustimmung der Versammlung auch zu dieser Wiederwahl an.

-----

Es sind als Eingänge zu bezeichnen zunächst ein Antrag des Herrn Stegmann, der folgendermaßen lautet: " Die Stadtverordnetensitzung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, baldigst eine Reparatur bezw. Erneuerung der geteerten Befestigung des Fußweges am Bienröder Wege bis zum Wasserwerk vornehmen zu lassen."

Sodann hat Herr Hermann Hornburg, Karlstraße 56, der in der letzten Stadtverordnetensitzung zum

Armen-

Armenpfleger gewählt ist, mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, das Amt zu übernehmen. Vielleicht prüft der Rechtsausschuß den hierfüt<sup>r</sup> angegebenen Grund und sorgt für Ersatz.

Ferner ist ein Gesuch des Invaliden Gebhard um Erlaß von Hundesteuern eingegangen. Ich überweise es dem Rat der Stadt.

3. Ankauf von Schränken und Übernahme von  
Beschäftigungsmaterial für Hortkinder.

(Für den fraglichen Zweck ~~wird~~<sup>sein</sup> ~~werden~~ um Bewilligung von 3150 + 350 = 3500 M ersucht.)

V o r s i t z e n d e r : Nach dem Beschluß der letzten Sitzung wird nur dann eine Berichterstattung und Beratung in der Vollversammlung stattfinden, wenn der vorberatende Ausschuß es für nötig hält oder wenn von einem Mitgliede der Versammlung das Wort in der Sache verlangt wird.

Wird zu Punkt 3 das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann wäre gemäß dem Ratsantrage beschlossen.

4. Tilgung eines bei der Staatsbank aufgenommenen Darlehns für das Ärkeröder Feld.

Stadt v. F r e d e : Es ist hier eine grundsätzliche Frage aufgeworfen und die Herrschaften können aus der kurzen Angabe in der aufgestellten Tagesordnung „Tilgung eines Darlehns“ nicht ohne weiteres erkennen, um was es sich handelt.

Die Stadt hat seinerzeit das Ärkeröder Feld vom Staate für 800 000 M gekauft und 200 000 M auf den Kaufpreis angezahlt. Diese 200 000 M hat die Stadt aber nicht aus ihren eigenen Mitteln genommen, sondern beim Leihhause angeliehen und muß sie mit 4 1/2% verzinsen. Wir haben also in dieser Sache eine Schuld beim Staate im Betrage von 600 000 M, die zu 3% verzinst werden muß und eine beim Leihhause zu 200 000 M, für die wir 4 1/2% Zinsen zahlen müssen. Auf diese letzten 200 000 M sind im Laufe der Zeit bis zum 2. Januar 1921

14 000 M

14 000 M abgetragen, so daß sie noch 186 000 M beträgt. Nun haben Grundverkäufe aus dem Bestande des Ärkeröder Felde an die Braunschweigische Baugenossenschaft im Gesamtbetrage von 121 492,50 M stattgefunden, und es fragt sich, ob es besser ist, daß diese aufgekomenen Gelder abgetragen werden von der Schuld beim Leihhause oder beim Staate. Man könnte der Meinung sein, daß es sich um eine Tilgung des aufgenommenen Darlehns handeln müsse, aber auch die Ansicht vertreten, daß zunächst die Grundschuld beim Staat abgetragen werden müsse. Da wir nun aber beim Leihhause 4 1/2% bezahlen müssen, so wird die Versammlung mit dem Vorschlage des Rats einverstanden sein, daß die aufgekomenen Gelder zunächst zur Schuldentilgung beim Leihhause verwandt werden und erst nach vollständiger Tilgung dieser Schuld an die Abzahlung beim Staate herangetreten wird. Im übrigen ist beim Erwerb des Grundstücks vom Staate zugestanden, daß die restlichen 600 000 M erst im Jahre 1933 bezahlt zu werden

den

den brauchen. Auch das ist ein Grund dafür, daß wir zunächst die Anleihe beim Leihhause teilweise abtragen. Die Finanzkommission hat sich dem dahingehenden Antrage des Rates angeschlossen.

V o r s i t z e n d e r : Widerspruch wird nicht erhoben; es ist also demgemäß beschlossen.

(Punkt 4).

5. Bewilligung von Mitteln zur Bewirt-  
schaftung von Gartenland durch zwei  
Horte.

( 260 M sind zu bewilligen.)

V o r s i t z e n d e r : Wird das Wort zu diesem Punkt gewünscht. Das ist nicht der Fall; es ist demnach dem Antrage des Rats gemäß beschlossen.

6. Bewilligung für Neuanschaffung von  
Spielgeräten für das Lyzeum.

( 980 M sind für die Neuanschaffung erforderlich.)

Ohne Besprechung stillschweigend angenommen.



7. Schaffung zweier neuer Lehrerinnenstel-  
len an den städtischen Bürgerschulen und  
einer Lehrerstelle an der katholischen  
Schule.

Stadtv. S a l o m o n : Zu diesem Punkte bit-  
tet der Schulausschuß, den Bericht entgegenzuneh-  
men und sich zu einer prinzipiellen Frage, die im  
engen Zusammenhang mit diesem Punkte der Tagesord-  
nung steht, im Plenum zu äußern.

Stadtv. F r e d e : Es handelt sich zunächst um den Antrag des Rates, zur Gründung von 2 Lehrerinnenstellen an den städtischen Bürgerschulen und einer Lehrerstelle an der katholischen Schule die Zustimmung zu erteilen. Es sollen 4 Lehrerinnen angestellt werden und für diese sind schon 2 Stellen vorhanden. Zur Anstellung dieser beiden Lehrerinnen haben wir uns nicht zu äußern, aber es werden Mittel verlangt zur Schaffung von 2 neuen Lehrerinnenstellen und einer Lehrerstelle an der katholischen Schule, und dazu sollen wir unsere Zustimmung geben. Der Schulausschuß hat gegen die Personen, die hier in Frage kommen nichts einzuwenden, und da das Bedürfnis für Schaffung dieser Stellen nachgewiesen ist, so hat auch dagegen der Schulausschuß nichts zu erinnern. Die Mitteilung dieser Sachlage bildet den ersten Teil des Berichts, den zu erstatten ich vom Schulausschuß

beauf-

beauftragt bin.

Der zweite Teil meines Berichts knüpft sich an diesen ersten an. Es ist gegenüber früher eine völlig veränderte Sachlage bei der Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen dadurch geschaffen, daß die Stadt nicht mehr die Wahl ihrer Lehrkräfte ausüben soll oder darf. Durch das Schulgesetz von 1913, das eigentlich heute noch in Kraft ~~besteht~~, haben wir noch die Freiheit der Wahl der Lehrkräfte für unsere Schulen. Die städtischen Behörden haben von jeher großen Wert darauf gelegt, die besten Lehrkräfte, die sich ihnen anboten, für die Stadt zu sichern, denn von der Qualität der Lehrer und Lehrerinnen hängt natürlich vor allen Dingen die Güte der Schule ab. Die Stadt Braunschweig hat unendlich viel aufgewandt, um ihr Schulwesen vorbildlich zu gestalten und nicht nur inbezug auf die Stellen, sondern auch auf die Schulen selbst und

ihre

ihre Ausstattung eine Entwicklung zu schaffen, die mit Befriedigung erfüllen muß. Vor allen Dingen muß hervorgehoben werden, daß die Stadt mehr geleistet hat, als sie zu leisten verpflichtet war. Da befremdet es sehr, daß, ohne daß der Rat oder die städtischen Behörden überhaupt gefragt sind, in dem neuen Besoldungsgesetz für die Bürgerschulen ein Passus auftritt, der der Stadt Braunschweig das Recht der Wahl der Lehrer nimmt. Bei der Verhandlung dieses Gesetzes im Landtag ist dieser Passus nicht zutage getreten; trotzdem ich die Verhandlungen mit Interesse verfolgt habe, ist in dieser Beziehung in der <sup>handl.</sup> ~~Versammlung~~ im Landtage nichts vorgekommen, was mich hätte stutzig machen können. Dieser Punkt ist also in der Verhandlung nicht besprochen worden, aber nachdem das Gesetz selbst durch die Abstimmung im Landtag rechtsgültig geworden ist, erscheint nun auf einmal der Paragraph,

der

der der Stadt das Recht der Wahl der Lehrkräfte nimmt. Besonders befremdlich ist, daß den anderen Gemeinden im Lande Braunschweig dieses Wahlrecht verblieben ist und nur der Stadt Braunschweig es genommen ist. Ich habe schon in der vorigen Sitzung auf diesen Zustand hingewiesen und gesagt, daß es uns nicht einerlei sein kann, ob wir auf dieses Patronatsrecht verzichten müssen. Ich habe auch schon an den Rat der Stadt die Frage gerichtet, wie sich die Sache im einzelnen verhält und welche Stellung er dazu einnimmt. Der Herr Oberbürgermeister kündigte an, daß heute eine Erklärung des Rates über diese Sache erfolgen solle, und ich will deshalb vorläufig mit meinen Ausführungen einhalten, um dem Rat Gelegenheit zu geben, sich eingehend über die Sachlage zu äußern.

Stadtrat S c h a p e r : Die Frage, die der Herr Berichterstatter eben angeschnitten hat, hat den Rat der Stadt schon mehrfach lebhaft beschäftigt. Unser Lehrerwahlrecht war begründet in den Paragraphen 42 und 85 des Gesetzes vom 5. April 1913. In Paragraph 42 heißt es, daß die Wahl- oder Patronatsrechte wegen Besetzung von Schulstellen aufgehoben werden sollen, es sei dann, daß dieses Recht einer Gemeinde zusteht, und in Paragraph 85 sind die Sonderbestimmungen für die Stadt Braunschweig zusammengestellt. Dort heißt es unter 2 : „Schulleiter, Unterleiter und Lehrkräfte werden von dem Stadtmagistrate gewählt. Die Anstellung ~~erfolgt~~ erfolgt durch die Landesregierung nach zuvoriger Stellungnahme des Konsistoriums zu dem Ergebnisse der Wahl.“ Nun ist im vorigen Jahre das Lehrerbesoldungsgesetz vom 21. August 1920 erschienen und dort findet sich unter § 25 die Aufhebung dieses von mir erwähnten § 85. Es heißt in

§ 25 des Lehrerbesoldungsgesetzes: „ Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft. Mit demselben Zeitpunkt treten die ihm entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere Gemeindeschulgesetz vom 5. April 1913 ..... § 85, Ziffer 1 - 4 ..... (hier ist der Absatz 2 mit gemeint, in dem unser Wahlrecht angeführt worden ist) außer Geltung.“

Die Außerkraftsetzung des § 85 des Gemeindeschulgesetzes hat keine lange Geschichte. Im Entwurf des Lehrerbesoldungsgesetzes war die Aufhebung des § 85 nicht vorgesehen, es muß also in einer Ausschußsitzung, in der das Besoldungsgesetz beraten wurde, diese Einfügung erfolgt sein. Herr Frede hat schon hervorgehoben, daß über das Besoldungsgesetz im Landtage nicht debattiert ist; das Gesetz ist im ganzen angenommen worden. Wir waren also überrascht, als wir erfuhren, daß das Lehrerbesoldungsgesetz unser Wahlrecht außer Kraft setzt. Der Staat hat einen Gegensatz zwischen den Bestimmungen des Lehrerbesoldungsgesetzes und dem Wahlrecht der Stadt

Braun-

Braunschweig wahrscheinlich darin gefunden, daß er erhöhte Zuschüsse für die Gemeindeschulen zahlt, wie das in § 19 geregelt ist. Darnach zahlt der Staat einen ordentlichen Zuschuß von 60% zu den Lehrergehältern und daneben noch einen außerordentlichen Zuschuß, dessen Höhe schwankt je nach den <sup>möglichen Löhnen</sup> ~~Arten~~ der Gemeinden. Er soll so gestaltet werden, daß die Gemeinden <sup>schon</sup> noch 20% der zu zahlenden Besoldungen erhalten, so daß der Staat ~~80%~~ im günstigsten Falle 80% der Lehrergehälter trägt. Der Staat hat sich gesagt: Ich trage jetzt den größten Teil der Lehrergehälter, deshalb will ich auch die Lehrer wählen können, der Stadt Braunschweig wird also das Wahlrecht entzogen. Ich möchte aber doch gegenüber den Leistungen des Staates darauf hinweisen, daß die Leistungen der Gemeinde zu den Schullasten immer noch bedeutend sind. Ein Fünftel der Lehrergehälter trägt die Gemeinde auf alle Fälle noch und der Herr Berichterstatter hat schon

hervor-



hervorgehoben, daß die Stadt auch noch andere Leistungen für die Schule zu machen hat. Ich erinnere daran, daß sie die ganzen sachlichen Kosten trägt, die Kosten für Beschaffung der Gebäude, für die Verzinsung, Abnutzung und Reinigung, für die Schuldiener, für die Unterrichtsmittel. Außerdem trägt die Stadt noch die Lasten, die das ganze Gebiet der Schulkinderfürsorge von uns fordert, die für die Schulärzte, Schulbäder usw. Bedenkt man dieses, so muß man sagen, daß es nicht für sachlich berechtigt gehalten werden kann, daß der Stadt Braunschweig ohne weiteres das Wahlrecht ihrer Lehrer entzogen worden ist. In Preußen hat der Staat ähnlich wie bei uns, auch einen großen Teil der Gemeindeschullasten übernommen, aber da ist die Frage des Anstellungsrechts der Lehrer für die Gemeinden, vor allen Dingen für die Städte, günstiger geordnet. In Preußen ist nur den kleinen Gemeinden mit bis zu 8 Schulstellen das Anstellungsrecht ent-

zogen

zogen worden, die größeren Gemeinden haben es zum größeren Teil behalten. In dem betreffenden Gesetz heißt es: „In den Schulverbänden mit mehr als 25 Schulstellen verbleibt für zwei Drittel der neuen und freiwerdenden Stellen dem Schulverband das Wahlrecht.“ Wir haben in Braunschweig weit mehr als 25 Schulstellen, und nach preußischem Rechte würden wir zwei Drittel der Lehrkräfte noch wählen können. Das Merkwürdige bei dieser Sache ist, daß der Staat ganz einseitig vorgegangen ist. Die Gemeinden – ich weiß nicht, wieviel es sind –, die außer der Stadt Braunschweig noch das Wahlrecht der Lehrer hatten, können es jetzt noch ausüben, nur uns ist in einseitigerweise dieses Recht entzogen, und so ergibt sich das seltsame Bild, daß wir in diesem Winter als Patronatsherr der ersten Lehrerstelle in Rünigen den ersten Lehrer haben wählen können, aber für unsere Stadt selber können wir die Lehrkräf-

te

te nicht mehr wählen.

Welche Wirkung hat nun die Entziehung des Wahlrechts? Herr Frede hat schon hervorgehoben, daß wir darnach gestrebt haben, immer die besten Lehrkräfte zu erhalten, und daß von der Arbeit der Lehrer das Gedeihen der Schule in hohem Maße abhängt, brauche ich nicht weiter auszuführen. Jetzt schreibt uns das Landesschulamt: „Wir beabsichtigen, bei der Landesregierung die und die Lehrer zur Anstellung vorzuschlagen“, und wir werden nur gefragt, ob wir erhebliche Bedenken gegen die in Aussicht genommenen Personen vorzubringen haben. Wir haben solche Bedenken einmal im Laufe dieses Winters geäußert, aber man hat sie nicht berücksichtigt. Eine andere Wirkung der Neuordnung haben wir zu Ostern dieses Jahres erfahren: 27 junge Hilfslehrer, die sich einigermaßen in die Braunschweiger Schulverhältnisse eingelebt hatten, sind von hier aufs Land versetzt und

an

an ihre Stellen sind andere vom Lande gekommen und dazu 10 <sup>weiteren jungen</sup> ~~neue~~ Lehrkräfte, weil zu Ostern eine größere Anzahl von Lehrern in den Ruhestand getreten und einige Lehrer im Laufe des Schuljahres verstorben waren. Diese 37 oder 36 Hilfslehrer werden jetzt an unseren Schulen beschäftigt, geben 24 Pflichtstunden, sollen bei erfahrenen Lehrern hospitieren und Kurse zu ihrer weiteren wissenschaftlichen Ausbildung durchmachen. Das ist ein Zustand, der vom Standpunkt der Lehrerausbildung wohl zu begrüßen ist, nicht aber vom Standpunkt des Schulwesens der Stadt Braunschweig aus. Diese jungen Lehrer sind noch ungeübt, haben noch <sup>oder das war ganz gering</sup> ~~keine~~ unterrichtliche und erzieherische Erfahrung. Ihnen sollen nun unsere Schulen zu Übungszwecken dienen, und zwar soll alle Jahr oder alle zwei Jahr mit den jungen Lehrern gewechselt werden. Wenn diese Einstellung nur einmal vorgenommen wäre, so könnte man sich das gefallen lassen, wenn aber dieser Wechsel alle Jahre oder alle zwei Jahr eintritt

---

tritt - die Pläne liegen noch nicht fest -, so dienen unsere Schulen zu Übungszwecken für die jungen Lehrer des ganzen Landes. Ich glaube, daß man beabsichtigt, das ganze Schulwesen zu verstaatlichen. Das kann ich vom Standpunkt der Selbstverwaltung der Städte aus durchaus nicht begrüßen und auch nicht vom Standpunkt des Schulwesens der Stadt aus. Ich habe geglaubt, nach der Staatsumwälzung würden die Gemeinden mehr Rechte bekommen, als sie früher gehabt haben, aber dieses ist ein Zeichen dafür, daß das Recht der Selbstverwaltung der Städte arg beschnitten wird. Ich meine, die Städte haben auf dem Gebiete des Schulwesens wirklich ein Recht zur Selbstverwaltung. Wer ist denn vorangegangen auf dem Gebiete des Schulwesens? Nach meinem Dafürhalten nicht der Staat, sondern namentlich die großen Städte. Sie haben ganz erhebliche Summen aufgewandt, um ihre Gemeindeschulen zur Blüte zu bringen. Die Leistungen im einzelnen aufzuzählen, kann ich mir ~~eben~~ wohl schenken. Wenn der Staat das Schulwesen in der

der Hand hat, wird er mehr oder weniger schematisieren müssen; er kann die örtlichen Bedürfnisse und Eigentümlichkeiten, die doch nun einmal vorhanden sind, nicht so beachten, wie es eine Gemeinde kann. Also für das Schulwesen wird die völlige Verstaatlichung, wie sie nach meinem Dafürhalten erstrebt wird, nicht von Nutzen sein.

Was hat nun der Rat der Stadt in dieser Frage bisher getan? Als wir von dem Plane des Landesschulamts, bezüglich der Hilfslehrer, amtlich hörten - in den Zeitungen waren allerdings schon vorher verschiedentlich Berichte zu lesen, die aber nach meiner Erkundigung beim Landesschulamt die Tatsachen nicht genau wiedergeben sollten -, haben wir die Sache im Schulvorstand der Bürgerschulen und im Rat der Stadt besprochen und sofort in einer Eingabe an das Staatsministerium den schärfsten Widerspruch gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen und die Bitte hinzugefügt, diesen Plan nicht zu verwirklichen. Eine Antwort auf diese Eingabe haben

wir

wir bis heute noch nicht erhalten. (Hört, hört!)

Schon vor Monaten haben wir uns gegen die Entziehung des Wahlrechts der Stadt Braunschweig in einer Eingabe an das Staatsministerium gewandt. Wir haben darin einmal hervorgehoben, daß wir die Entziehung sachlich nicht für gerechtfertigt hielten, und haben weiter gebeten, uns auf Grund des § 42 des Gemeinde-Schulgesetzes, der ganz allgemein das Wahlrecht der Gemeinden festlegt, wieder die Ausübung unseres Wahlrechts zu gewähren. Aber es sind seitdem vier Monate verflossen und bis heute haben wir auf unsere Eingabe keine Antwort erhalten. Nun, ich persönlich möchte darum noch nicht alle Hoffnung aufgeben, daß ein Wandel eintritt. Es ist jetzt die Zeit gekommen, in der das Lehrerbessoldungsgesetz, wie alle Besoldungsgesetze, nachgeprüft werden sollen. Vielleicht ist es dabei möglich, einen Wandel eintreten zu lassen, und so möchte ich schließlich der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir das Wahlrecht

ent-

*entweder ganz wieder verliehen bekommen oder wenigstens nach preußischem Muster.*



Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Auch ich muß ~~gestehen~~, daß ich bedauern<sup>er</sup>, daß in dieser Weise von der Regierung <sup>gegen die</sup> in der Stadt Braunschweig vorgegangen <sup>ist</sup>; gerade vom Standpunkt des Selbstverwaltungsrechts der Städte ist es sehr zu bedauern. Wir treten dafür ein, daß die volle Selbstverwaltung den Gemeinden gegeben wird. Was jedoch das Schulwesen betrifft, so stehe ich und meine Fraktion auf einem anderen Standpunkte wie Herr Stadtrat Schaper. Wir sind der Meinung, daß eine Verstaatlichung der Schule, die Einführung der Staatsschule eine Forderung der Neuzeit ist, die durchgeführt werden muß. Wir sehen auch nicht eine Verschlechterung des Schulwesens darin, sondern glauben, daß dadurch das Schulwesen gebessert werden kann. ~~Darin werden Sie mir zustimmen.~~ Wenn Sie sich die <sup>Verhältnisse</sup> vergegenwärtigen, wie ~~es~~ <sup>dem Laufe lagen und zum Teil noch liegt</sup> in dieser Sache früher lag, wo jede einzelne Gemeinde für sich loswurstelte - wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, ~~Wir sahen Verhältnisse~~, die allem gut <sup>sehen Sie mir zustimmen müssen. Ewiger Zufriedenheit,</sup> ten

ten Schulwesen Hohn sprachen. Die Überfüllung der Klassen war eine derartige, daß von einem fruchtbringenden Unterricht überhaupt keine Rede sein konnte. Ich erinnere mich, daß es vor 10 Jahren in der Gegend von Holzminden noch einen Ort gab, wo in einer Schulklasse 160 Schulkinder zusammengepfercht waren. Ähnlich so war überall eine Überfüllung der Schulklassen zu konstatieren. Die Zahl der Lehrkräfte war zu gering, so daß von einem richtigen Unterrichten nicht die Rede sein konnte. Das kam daher, daß die Gemeinden zu arm waren, um die Kosten für das Schulwesen aufzubringen. Eine Vereinheitlichung wird zweifellos dahin wirken, daß überall das Schulwesen auf eine gleiche Grundlage gestellt und verbessert wird. Von diesem Standpunkt, denke ich, geht auch die Landesregierung aus. Trotz alledem muß ich sagen: Wenn jetzt die Dinge so liegen, wie es eben hier dargestellt wurde, so halte ich es für verkehrt, daß man mit einem Federstrich der Stadt das Recht nimmt, die Lehrkräfte zu wählen.

len.

len. Immerhin bezahlen die Gemeinden bis jetzt noch zwei Fünftel der Lehrergehälter. Jetzt soll ja noch ein Fünftel abgehen, aber die hohen Kosten für sachliche Ausgaben scheinen bei der Maßnahme doch nicht genügend berücksichtigt zu sein. Jedenfalls sind die Kosten, die die Stadt Braunschweig für das Schulwesen aufzubringen hat, ganz gewaltig, so daß es wohl gerechtfertigt ist, solange die staatliche Schule nicht eingeführt ist, daß die Stadt ein Mitbestimmungsrecht in der Wahl der Lehrkräfte geltend zu machen hat. Wenn das Landesschulamt auf dem Standpunkt steht, jetzt tabula rasa zu machen, dann halte ich das für verkehrt. Man hätte mindestens eine Mitwirkung der Gemeinde bei Anstellung der Lehrkräfte verlangen müssen. Selbst wenn die Staatsschule eingeführt ist, sollte meiner Meinung nach die Gemeinde in diesen Fragen gehört werden. *mitwirken.*

Auch die andere Maßnahme des Landesschulamts

kann

kann ich nicht gutheißen : daß eine Anzahl junger Lehrer aufs Land geschickt werden und andere dafür hereinkommen, und dieses Verfahren fortgesetzt werden soll. Das wird das Schulwesen der Stadt Braunschweig nicht heben. Ich möchte noch auf eines aufmerksam machen, was aufgefallen ist und was meiner Ansicht nach auf einer bestimmten Absicht des Landesschulamts beruht : es sind bei diesen 25 jungen Lehrkräften alle diejenigen ausgesucht, die sich als sozialistische Lehrer bekannt haben. Diese sollen aus Braunschweig beseitigt werden, und sie sind zum Teil nach recht abgelegenen Dörfern versetzt worden. In Braunschweig, wo sie ein Betätigungsfeld hätten finden können, ist man sie auf diese Weise los, und in den abgelegenen Dörfern ist ihnen die Möglichkeit genommen, ihre Grundsätze geltend zu machen, sie könnten es sonst erleben, daß sie bei den Bauern keine Unterkunft bekommen. Ich kann es nicht für richtig halten, daß ~~die Leitung~~ <sup>der Leiter</sup> des Landesschul-  
amts

ants, ~~die~~<sup>der</sup> der demokratischen Partei angehört, so parteipolitisch gegen die sozialdemokratischen Lehrer vorgeht. Ich kann das nur bedauern und bitte den Rat der Stadt, geeignete Schritte zu übernehmen, daß der Stadt Braunschweig mindestens ein Mitbestimmungsrecht bei der Anstellung der Lehrer gesichert wird.

Stadt v. S a l o m o n : Im Gegensatz zu Herrn Stegmann bin ich nicht ein Anhänger der absoluten Staatsschule, und zwar aus dem Grunde, weil man, wenn man die Schulgeschichte verfolgt, immer wieder deutlich den Nachweis findet, daß die Pioniere für den Fortschritt des Schulwesens stets schulfreundliche Gemeinden gewesen sind, und diese Pionierarbeit der Gemeinden ist nicht hoch genug zu bewerten, wenn man das Schulwesen als Ganzes ins Auge faßt. Fängt man jetzt an, den Gemeinden ihre Rechte in Bezug auf die Schule zu nehmen, so ist es natürlich, daß das Interesse der schulfreundlichen Gemeinden gegenüber dem Schulwesen langsam aber sicher schwindet. Herr Stegmann empfiehlt die reine Staatsschule, aber diese wird nach meiner Überzeugung unbedingt nur nach einer gewissen Schablone arbeiten können. Vor allem ist eines zu bedenken: Was für einem Staate sollen wir die Schule jetzt ausliefern? Einem bettelarmen Staate, der jedenfalls

an

an jedem Punkt, wo es möglich ist, sparen wird.  
(Zuruf Lehnert: Wer hat denn die Schuld daran?)  
Die Schuldfrage will ich eben nicht erledigen,  
weil sie ganz und gar nicht zur Sache gehört.  
Solange die Gemeinden am Schulwesen interessiert  
werden, wird es in einzelnen Gemeinden immer noch  
möglich sein, ihre Schulen aufwärts und vorwärts  
als Vorbild für andere zu entwickeln. Ich will  
dafür ein Beispiel herausheben. Gehen Sie nach  
Oelsburg und sehen Sie die dortige Schule an,  
die die Ilseder Hütte gebaut hat, sehen Sie, wie  
sie ausgestattet ist. Ich behaupte, in ganz Deutsch-  
land finden Sie nicht eine so großartig eingerichte-  
te und ausgestattete Schule wie diese. Warum ist  
das dort geschehen? Weil man dort schulfreundlich  
gesinnt ist. Übergeben Sie diese Schule dem Staat  
und sehen Sie sie sich zehn Jahre später einmal  
wieder an, was daraus geworden ist! (Zuruf: Die  
Ilseder Hütte hat viel Geld.) Das entzieht sich  
meiner

meiner Kenntnis. (Glocke des Vorsitzenden). Jedenfalls haben sie in diesem Falle ihr Geld sehr gut angewandt.

Nun die Entziehung des Wahlrechts, das der Stadt angetan ist. Ich muß es aussprechen, daß ich es tatsächlich für eine große Härte halte, wenn man ausgerechnet der Stadt Braunschweig das Wahlrecht entzogen hat. Wenn ich die sachlichen Lasten und die 20% für Lehrergehälter, die wir noch bezahlen sollen - vorläufig sind es noch 40% - zusammenrechnen, so leistet die Stadt Braunschweig, wie ich glaube, bestimmt noch mehr für ihre Schulen als es der Staat selbst tut. Deshalb sollte man dieses vornehmste Recht, daß die Gemeinde für Leistung dieser Last genießt, nämlich die Arbeitskräfte für die Schulen zu wählen, ihr nicht nehmen.

Schließlich noch eine kurze Frage in der Hilfslehrerangelegenheit. Auch ich mißbillige die

Art



Art und Weise, wie hier die Sache aufgezogen ist. Ich bin gewiß ein großer Freund dessen, daß unsere Lehrer in der denkbar besten Weise vorgebildet werden und daß sie Gelegenheit zur Fortbildung bekommen, wo <sup>es</sup> ~~sie~~ nur geht, aber dem Standesinteresse und dem Interesse der einzelnen Lehrkraft ordne ich über das Interesse der Jugend und der Schule. (Sehr richtig!) Dieses Gesamtinteresse unserer Schule wird geschädigt und gefährdet, wenn man andauernd mit einem solchen Wechsel von Lehrkräften, wie er jetzt in Erscheinung getreten ist und für weitere Zukunft geplant zu sein scheint, zu tun hat. Es wird damit eine Unruhe in den ganzen Schulbetrieb unserer Stadt getragen, die unbedingt schädigend auf die Erfolge in der Schule wirken muß. Als die Vorbesprechungen über diese Maßnahme stattfanden, wurde auch ich hinzugezogen. Dabei habe ich entschieden den Standpunkt vertreten, man solle die Sache nicht zentralisieren, sondern dezentralisieren,

sieren,



bung erfolgt dahingehend, daß die Stadt Braunschweig wieder in den Besitz des Wahlrechts zum Wohle der Schule und im Interesse der Jugend gesetzt wird. Vielleicht läßt sich das ermöglichen, <sup>durch</sup> daß eine Resolution, die wir fassen und die dem Ministerium zur Kenntnis gebracht wird, damit dieser nach meiner Überzeugung nicht zu Recht bestehende Zustand beseitigt wird.

Stadt v. R e c t e r : Solange wir hier noch erhebliche Mittel für unsere Schulen aufzubringen haben, darf man meiner Meinung nach uns nicht mir nichts dir nichts beiseite schieben, ~~und~~ dieses Experimentieren, das stattfindet, indem man die jungen Lehrer hierher zieht und erprobte Lehrer aufs Land schickt, wird sich jedenfalls für unsere Schulen recht unliebsam fühlbar machen. Wir müssen dafür sorgen, daß wir unsere eigenen Lehrer, die wir in Braunschweig erziehen, auch hier in der Stadt an unseren Schulen unterbringen können und wir nicht aus dem anderen Lande Lehrer herbekommen, während unsere Leute aus der Stadt überhaupt keine Stellen erhalten. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir gegen die vom Landesschulamt beliebte Maßnahme protestieren müssen und sie nicht einfach einstecken. Wenn man nicht schleunigst Einhalt gebietet, wird die ganze Maßregel noch zu unliebsamen Folgen führen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich weiß nicht, ob es richtig ist, eine Resolution des Inhalts zu fassen, daß der Stadt das Patronatsrecht wieder verliehen wird; ~~sondern~~ ich glaube, man kann sehr wohl den Standpunkt vertreten, daß das Patronatsrecht der Stadt überhaupt noch nicht genommen ist, und zwar aus folgendem Grunde. Ich erinnere mich genau, daß bei der Beratung des Gemeinde-Schulgesetzes im Landtage der § 85<sup>2</sup> der ~~von dem Rechte~~ der Stadt Braunschweig handelt, zunächst ganz anders gefaßt war. Er lautete ungefähr so, daß in der Stadt Braunschweig die bestehenden Verhältnisse in Bezug auf die Wahl der Lehrer aufrecht erhalten werden sollten. Ein damaliges Mitglied des Landtages - ich glaube, es war der Abgeordnete Floto I - fragte, was für Rechte das wären, und darauf erklärte der Herr Kultusminister, er habe nichts dagegen, daß in den § 85 die Bestimmungen aufgenommen würden, wie sie jetzt darin

darin stehen, das heißt, daß der Stadtmagistrat berechtigt ist, die Schulleiter, Unterleiter und Lehrer zu wählen usw. Das sollte nicht etwa neues Recht schaffen, sondern sollte nur den <sup>bisherigen</sup> ~~bisher vor-~~ ~~handenen~~ Zustand gesetzlich festlegen. Wenn nun daneben die Vorschrift bestehen blieb - und die ist bestehen geblieben - daß die Gemeinde-Patronatsrechte aufrecht erhalten werden, obgleich alle anderen Patronatsrechte beseitigt wurden - so ist gesagt in § 42 -, so kann man zweifelhaft sein, ob durch die Streichung dieser <sup>Aufhebung des § 85</sup> ~~nur~~ <sup>anerkennenden</sup> Sätze in § 85 das ganze Patronatsrecht durch die Aufhebung des § 85 über Bord geworfen ist. Man kann sagen: „Es bleibt bei dem, was gewesen ist; das Patronatsrecht ist aufrechterhalten und nur diese Vorschrift ist jetzt aufgehoben.“

Nun ist es bedauerlich, daß man keine Auskunft erhalten kann, wie es gekommen ist, daß überhaupt in das Lehrerbesoldungsgesetz diese Vor-

schrift

schrift aufgenommen worden ist, wonach in § 85 die Ziffern 1 - 4 aufgehoben werden. Das ist um so bedauerlicher, als in dem Lehrerbesoldungsgesetz gesagt ist : Die dem Lehrerbesoldungsgesetz entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben. Was ist überhaupt anzuführen für Geltendmachung der Ansicht, daß das Patronatsrecht mit den Besoldungsvorschriften nicht in Einklang steht. Dann hätten ja die ganzen Patronatsrechte aufgehoben werden müssen, soweit das die Gemeinden betrifft, und das ist nicht geschehen. Es wäre von Bedeutung gewesen, wenn man von einem Mitgliede der Kommission - ich bin nicht bekannt mit den Herrschaften - erfahren hätte, wie der Landtag oder der Ausschuß dazu gekommen ist, die Sache so zu gestalten, wie es geschehen ist.

Wir haben uns im Rat der Stadt überlegt, was wir in der Sache tun können, und haben es zunächst für durchaus sachlich und angemessen gehalten, uns erst einmal an das Ministerium mit einer Eingabe zu wenden.

wenden. Ja, meine Herrschaften, das Patronatsrecht der Stadt ist nach unserer Auffassung von solcher Bedeutung, daß man eventuell auch nicht davor zurückschrecken sollte, diese Frage, wie es andernorts geschehen ist, im Wege des Prozesses zum Austrag zu bringen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, das Patronatsrecht ist gar nicht aus der Welt geschafft, dann kann man in dieser Sache sehr wohl das Gericht anrufen. Ich muß aber offen gestehen: Ich für meine Person trage <sup>zu empfinden</sup> ~~Bedenken~~, heute einen solchen Prozeß anzustellen, und zwar aus dem einfachen Grunde - mein Kollege Schaper hat ihn schon angedeutet -, weil in dem neuen Gesetz verschiedene Vorschriften Platz gegriffen haben, die die Rechte der Stadt insofern wesentlich beeinträchtigen können, <sup>als</sup> ~~da~~ das Ermessen des Ministeriums in diesen Sachen jetzt entscheidend ist. Ich <sup>schneid</sup> ~~erinnere~~ an das neue Gesetz über die Grunderwerbssteuer. Lediglich das Ermessen des Ministeriums entscheidet, wieviel davon die Gemeinden bekommen. Und

wenn



wenn Sie auf die Vorschriften über die Zuschüsse zu den Schulen achten, so ist auch da ein großer Betrag zur Unterstützung der Gemeinden ausgeworfen, aber irgend welche Ansprüche auf einen Teil dieser Zuschüsse hat die Stadt Braunschweig nicht. Solange die Verhältnisse derartig liegen, ist es ein eigen Ding, sich einem Prozeßgegner gegenüberzustellen, der sagen kann: „Wenn die Stadt Braunschweig noch soviel Geld hat, kostspielige Prozesse einzuleiten, dann hat sie besondere Zuschüsse zu ihren Schulen nicht nötig.“ Aber eins könnte man wohl erwarten, nämlich daß auf einen Bericht, der monatelang beim Ministerium liegt, uns wenigstens Antwort erteilt wird. Es bleibt sonst nichts anderes übrig, als sich an den Landtag zu wenden.

Wenn die Versammlung so beschließen würde, wie es Herr Salomon wünscht, dann würden wir noch einmal beim Ministerium vorstellig werden müssen und im weiteren Verlauf der Angelegenheit uns an den Landtag zu wenden haben, denn ich halte das Recht der Stadt in dieser Sache für eminent wichtig.

Stadt v. F r e d e: Herr Stegmann hat sich für die reine Staatsschule ausgesprochen, aber er hat doch insofern eine ~~große~~ Konzession gemacht, als er gesagt hat, er hielte diese Entziehung des Wahlrechts der Stadt kurzerhand nicht für richtig. Als er seine Ansicht betreffs der reinen Staatsschule begründete hat er auf die kleinen Gemeinden hingewiesen, die ihren Schulen und Lehrer recht stiefmütterlich behandelt haben. Wenn Herr Stegmann daran denkt, dann müßte er sich wenigstens für den preußischen Zustand erklären, der durch Herrn Stadtrat Schaper dahin <sup>skizziert</sup> ~~zitiert~~ wurde, daß nur den kleinen Gemeinden, die weniger als 8 Schulstellen haben, das Wahlrecht genommen ist. Damit würden wir vielleicht einverstanden sein. Ich stelle aber fest, daß Herr Stegmann mit der Streichung des Wahlrechts für die Stadt Braunschweig nicht einverstanden ist, und ich glaube deshalb, daß er und seine Freunde

Freund sich mit uns in einer Entschließung vereinigen werden, die diese Wahlrechtentziehung, die durch nichts gerechtfertigt worden <sup>Ranne</sup> ~~wäre~~, wie wir hier des weiteren ausgeführt haben, mißbilligt und dafr eintritt, daß das Wahlrecht der Stadt wieder hergestellt wird, wie es in den anderen Gemeinden des Herzogtums bestehen geblieben ist. Dieses Wahlrecht der Stadt ist der Hauptpunkt ihrer Patronatsrechte, und warum soll darin eine Ausnahme bei der Stadt Braunschweig gemacht werden, die durch nichts begründet ist. Ich bitte die Herrschaften, sich mit folgender Resolution einverstanden zu erklären:

„Die Stadtverordnetenversammlung bedauert im Interesse der Schule die Entziehung des Wahlrechts der Stadt inbezug auf die Lehrkräfte durch den Staat und erwartet dringend, daß bei der Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes das Wahlrecht der Stadt <sup>vielmehr</sup> ~~wie bisher~~ gestellt wird.“

Vorsitzender: Der Antrag des Schulausschusses geht dahin, die Errichtung zweier neuer Lehrerinnenstellen an den Bürgerschulen und einer Lehrerstelle an der Katholischen Schule zu bewilligen. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (geschieht.) Das wäre beschlossen.

Der Vorsitzende verliest hierauf die von Herrn Frede beantragte Beschließung und die Versammlung stimmt ihr durch Handaufheben zu.

8. Nachverwilligung von Kosten für Herrichtung einer Dampfleitung nach der Desinfektionsanstalt.

(Die Mehrkosten betragen  $126\ 577,80 - 26\ 000 =$  577,80 Mark.)

Vorsitzender: Wird zu Punkt 8 das Wort gewünscht ?

Dr.  
Stadtverordneter B r a n d i s: Meine Damen

und Herren ! Die Art der in der Versammlung <sup>Be-</sup>  
~~handelten~~ <sup>handlung der</sup> verschiedenen Beratungsgegenstände, wie  
sie heute beliebt worden ist, kann ich nicht für  
richtig halten. Der Herr Vorsitzende teilt nicht  
einmal mit, was in den Ausschüssen über diese  
Sachen beschlossen worden ist, aber der Beschluß  
des Ausschusses ist doch für uns sehr wichtig und  
darf uns nicht vorenthalten werden. Um Zeit zu  
sparen, ist es ja sehr zu begrüßen, daß eine gegen  
früher kürzere Behandlungsweise erstrebt wird, aber  
ich halte es doch für empfehlenswert, daß ein kurzer  
Bericht darüber, was vorliegt, auch denjenigen  
Mitgliedern der Versammlung gegeben wird, die nicht  
dem betreffenden vorberatenden Ausschuß angehören,  
denn die meisten der Anwesenden sind nicht in dem  
jeweils in Frage kommenden Ausschusse. Ich möchte  
also bitten, daß der Herr Vorsitzende mindestens  
der Versammlung mitteilt, was der betreffende Aus-  
schuß in jeder Sache beschlossen hat. Dann erst  
kann

kann man sagen, ob man zu der Sache das Wort  
wünscht, aber zu einem Punkt, den ich nicht kenne,  
kann ich das Wort nicht nehmen, auch dem nicht  
zustimmen oder widersprechen.

Vorsitzender: Daß dieses neue Verfahren, wenn es zum ersten Mal angewandt wird, einige Mängel aufweisen würde, darüber war ich mir schon im voraus klar. Aber ich befinde mich in derselben Lage, wie Herr Stadtv<sup>or</sup> Brandis, indem ich auch nicht allen Ausschüssen angehöre und infolgedessen nicht über alle Vorgänge in den Ausschüssen orientiert bin. Ich habe zwar als Vorsitzender der Stadtverordneten das Recht, an allen Ausschüßsitzungen teilzunehmen, aber wer wie ich beruflich noch etwas anderes zu tun hat, wird verstehen, daß es mir nicht möglich ist, von diesem Rechte ausgiebig Gebrauch zu machen. Ich bin also leider nicht in der Lage, Ihnen die Beschlüsse der verschiedenen Ausschüsse hier klarzulegen und könnte nur den Verhandlungsgang der Vorberatungen im Finanz-Ausschuß Ihnen mitteilen. Im übrigen aber glaube ich, daß aus dem Verzeichnis der Ratsanträge, wenn man diesen Mitteilungen des Rates einiges Interesse entgegenbringt, doch jeder einzelne wohl heraussehen kann

kann

kann, um was es sich handelt. Wenn dann ein Stadtverordneter noch den Wunsch nach einer besonderen Aufklärung <sup>über</sup> ~~oder~~ diese oder jene Frage hat, so stelle ich ja deswegen jeden Punkt zur Debatte, so daß es jedem unbenommen ist, von seinem Recht der Redefreiheit hier Gebrauch zu machen. Ob das eben beobachtete Verfahren das glücklichste oder beste ist, wage ich nicht ohne weiteres zu bejahen, wir müssen erst versuchen, aus dem Verlauf der Verhandlungen den besten Modus herauszufinden, durch den am besten eine Abkürzung der manchmal recht langen Debatten im Saale ermöglicht <sup>w</sup>ürde. Wenn in der Beziehung Vorschläge gemacht werden, soll es mir angenehm sein.



Stadtv. Schmidt: Der Herr Vorsitzende hat schon darauf hingewiesen, daß durch das Verzeichnis der Ratsanträge jedes einzelne Mitglied des Hauses weiß, um was es sich handelt. Jedenfalls wird der Wunsch des Herrn Stadtv.<sup>Dr.</sup>Brandis dahin gehen, zu erfahren: „Wie ist der Beschluß der Kommission ausgefallen?“ Und in der Beziehung halte ich es für richtig, daß der Kommissionsvorsitzende – wenn ich den Punkt 8 als Beispiel nehme – mitteilt: „Der Ausschuß oder die Deputation, <sup>haben beauftragt</sup> den Antrag zu Punkt 8 anzunehmen“ oder: „Der Ausschuß empfiehlt ~~Ablehnung~~ Ablehnung bezw. Änderung des Ratsantrages.“ Ich nehme an, daß Herr Stadtv.<sup>Dr.</sup>Brandis nur dieses noch zu erfahren wünscht, im übrigen wird auch Herr Stadtv.<sup>Dr.</sup>Brandis das Verzeichnis der Anträge haben und wissen, um was es sich dreht.

Stadtv. S a l o m o n: Ich möchte nun kurz eine Bitte an den Herrn Vorsitzenden richten. Im Interesse der Öffentlichkeit der Verhandlungen wäre es ganz gut, wenn der Herr Vorsitzende mitteilte, was oder wieviel in irgend einer Sache bewilligt ist. Wenn das noch geschieht, so wüßte ich nicht, was dann noch zu wünschen wäre.

Vorsitzender: Vorläufig läßt sich so ein Weg finden, daß auf den Einladungen zu den einzelnen Ausschußsitzungen, auf denen die Punkte der Tagesordnung vermerkt sind, der Ausschußvorsitzende vermerkt: „Zugestimmt“ oder „Abänderungen getroffen.“ Dann bin ich gern bereit, diese kurze Mitteilung hier zu machen, eine Berichterstattung über alle Punkte der Tagesordnung möchte ich aber nicht übernehmen.

Stadtv. Dr. B r a n d i s: Mein Wunsch geht nur dahin, daß der Herr Vorsitzende den Inhalt des von dem betreffenden Ausschuß gefaßten Beschlusses mitteilt. Ich habe mit meinen Worten dem Herrn Vorsitzenden daraus keinen Vorwurf machen wollen, aber ein solches Verfahren ist mir bisher unbekannt gewesen und ich bin deshalb ~~in~~ im höchsten Grade darüber erstaunt gewesen. Wir können unmöglich einen Beschluß über eine Sache fassen, die wir nicht kennen. Ich möchte beantragen, daß die Ausschüsse verpflichtet werden, ~~im~~ <sup>dem</sup> ~~Mitgliedern~~ <sup>vor</sup> ~~voraus~~ mitzuteilen, was sie beschlossen haben. Aus der Tagesordnung geht das nicht hervor. Wir sind bei Punkt 8; da steht: „Nachverwilligung von Kosten für Herrichtung einer Dampfleitung nach der Desinfektionsanstalt“. Ich habe den Wunsch, zu erfahren, in welcher Höhe die Nachbewilligung ausgesprochen werden soll. (Zuruf: Das steht in dem als Anlage gegebenen Verzeichnis !) Ich habe mich eben orientiert, aber es steht

steht auch dort nur, was beantragt ist und nicht, was vom Ausschuß genehmigt ist. Das muß der Versammlung doch mitgeteilt werden.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r:

Meine Herrschaften ! Die Bedenken des Herrn Dr. Brandis sind wohl dadurch veranlaßt, daß er - ich glaube, es ist so gewesen - in der vorigen Sitzung bei Fassung des diesbezüglichen Beschlusses nicht mehr in der Versammlung zugegen gewesen ist. Die Sache ist hier eingehend besprochen und darauf hat der Rat das jetzige Verfahren eingeleitet. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß der Finanzausschuß der Ansicht war, daß es nicht einmal nötig wäre, daß der Vorsitzende bei jedem Punkt dasselbe noch einmal mitteilte, was Ihnen der Rat durch das vervielfältigte Verzeichnis der Anträge vorgelegt hat, sondern daß es genügt, wenn der Herr Vorsitzende in solchen Fällen, in denen ein vorberatender Ausschuß entweder Ablehnung oder Abänderung des Ratsantrages anheimgibt, dem Ausschuß-Referenten das Wort zur Begründung erteilt. Wenn keine Bemerkung seitens des Ausschusses erfolgt, dann heißt das soviel als: Der betreffende

Aus-

Ausschuß gibt Genehmigung anheim.

Wenn ich nun ein Wort zu den Punkten 8 und 9 der Tagesordnung sagen soll, so ist es immer dieselbe Geschichte, die wir in dieser Zeit immer wieder gehört haben: Die Teuerung hat zugenommen und die Anschläge werden um deswillen überschritten. Hat es noch großen Zweck, die Sache noch lange zu erörtern? Etwas daran ändern können Sie doch nicht. Wir hielten uns aber für verpflichtet, für den Fall, daß der eine oder andere Stadtverordnete Bedenken gegen diese Überschreitungen hat, die Sachen auf die Tagesordnung zu setzen, damit etwaige entgegen stehende Ansichten geltend gemacht werden können. Sonst aber ist bei diesen Punkten nichts zu beraten.

Stadt v. Dr. J a s p e r: Ich kann nur unterstreichen, was der Herr Oberbürgermeister eben ausgeführt hat. Diese Neuerung haben wir in der letzten Sitzung beschlossen, wenn das allerdings auch etwas formlos geschehen ist, indem wir uns nicht genau geeinigt haben darüber, in welcher Weise dabei verfahren werden soll. Das Verfahren, wie es heute hier versucht wird, entspricht im wesentlichen dem Vorgehen in der Landesversammlung und in anderen Landesvertretungen. Bei der großen Fülle der Gegenstände macht sich für die Erledigung der Tagesordnung ein abgekürztes Verfahren nötig, ohne daß dadurch die sachliche Erledigung zu leiden braucht. Das trifft auch für unsere Versammlung zu, wo es nach einer ausreichenden Ausschuß-Vorberatung nicht nötig ist, im Plenum alle Einzelheiten durchzuberaten. Ich bitte, es bei dem Beschluß der letzten Sitzung zu belassen und nicht durch Geschäftsordnungsausschüßungen das Gegenteil von dem zu bewirken, was beabsichtigt

tigt

tigt war, nämlich eine Abkürzung unserer Verhandlungen. Einer Ergänzung bedürfte allerdings das Verfahren insofern, als klar gestellt werden muß, ob auf Antrag jedes einzelnen Versammlungsgliedes ohne weiteres die Beratung aufgenommen werden soll oder ob eine gewisse Minderheit des Hauses dazu nötig ist, wie wir es im Landtage haben. Im übrigen gehen alle Gegenstände, die hier zur Beratung kommen sollen, <sup>nächst</sup> ~~zunächst~~ an einen Ausschuß und alle Fraktionen sind entsprechend ihrer Stärke dort vertreten. Da voraussichtlich die Fraktionsmitglieder untereinander Fühlung haben, ist es leicht, im Ausschuß über die Stellung zu den Einzelheiten Klarheit zu schaffen. Wenn aber „Wilde“ herumlaufen sollten, so ist auf diese im allgemeinen keine Rücksicht zu nehmen; es ist der Überredungskraft ihrer Vertreter anheimzugeben, ob sie es erreichen, daß dieser oder jener Punkt im einzelnen in der Vollversammlung beraten werden muß.

Wir haben es im Finanzausschuß als selbst-

ver-



verständlich angesehen, daß die Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse, wenn ihr Ausschuß Abweichendes von der Ratsvorlage vorschlägt, das dem Vorsitzenden der Vollversammlung mitteilt, damit der Vorsitzende der Stadtverordneten in der Lage ist, diese Abänderung in ausreichender Form mitzuteilen. Wenn einschneidende Änderungen gewünscht werden, dann wird der betreffende Ausschuß voraussichtlich schon von sich aus eine mündliche Berichterstattung für erwünscht halten. Sonst aber dürfte es genügen, wenn jeder Stadtverordnete in dem Ratsverzeichnis das, was beantragt wird, vor Augen hat. Dann kann er dazu Stellung nehmen und wird den Ausschüssen das Vertrauen schenken, daß sie die Sache ausreichend vorberaten haben. Im Landtag wird bei Ausschußberatungen so verfahren, daß aufgerufen wird: „Punkt 1. - Keine Wortmeldungen - . Dem Antrage entsprechend ist beschlossen“. Dann geht die Sache mit Punkt 2 weiter. Der Vorsitzende hat nur dann eine Mit-

tei-

teilung zu machen, wenn der Ausschuß eine Abweichung haben will.

V o r s i t z e n d e r: Ich glaube, im Sinne des Herrn Dr. Jasper bin ich bei den ersten Punkten verfahren. Nur in einem Punkt, glaube ich, ist Herr Dr. Jasper im Irrtum, wenn er nämlich meint, es müßte festgelegt werden, ob jeder einzelne aus der Versammlung eine Besprechung hervorrufen kann oder ob dazu eine gewisse Minderheit notwendig ist. Ich glaube, das letztere ist mit unserer bisherigen Geschäftsführung nicht vereinbar; es stand bisher jedem einzelnen Mitgliede der Versammlung das Recht zu, eine Debatte zu veranlassen. ~~We~~ Wir werden also versuchen, in der bisherigen Weise fortzufahren, sind aber gern bereit, wenn sich Änderungen notwendig machen, dazu zu schreiten.

-----

Zu Punkt 8 wird das Wort nicht gewünscht. Er gilt als stillschweigend angenommen.

9. Nachverwilligung von Kosten für Herstellung einer neuen Dampfkesselanlage auf dem Gaswerk Taubenstraße.

(Die Mehrkosten betragen 302 693,61 - 130 000 = 172 693,61 Mark).

Ohne Wortmeldungen, gilt als stillschweigend angenommen.

10. Bereitstellung von Mitteln für Ferienausflüge der Schulkinder.

(Zu dem angegebenen Zweck wird auf Antrag der Kinderschutzkommission der freien Gewerkschaften um Bewilligung eines Betrages bis zu 6000 Mark ersucht.)

Ohne Wortmeldungen, gilt als stillschweigend angenommen.

11.

11. Übernahme der Garantie für Einrichtung einer Kraftverkehrsline Braunschweig - Abbenrode.

(Die angeforderte Garantie für eine 3monatige Probefahrzeit beträgt für die hiesige Stadt 1250 Mark).

Ohne Wortmeldungen, gilt als stillschweigend angenommen.

12. Verwilligung von Mitteln für die Säuglingsfürsorge.

(Für 1920/21 werden zur Deckung eines Fehlbetrages 12 900,58 Mark,

für 1921/22 rund 30 000 Mark angefordert.)

Ohne Wortmeldungen, gilt als stillschweigend angenommen.

13. Nachverwilligung von Mehrausgaben für die Handwerker- und Kunstgewerbeschule.

(Nachzubewilligen sind <sup>für</sup> Lehrmittel und Gebrauchsgegenstände 11 600 Mark.)

Vorsitzender: Wird das Wort zu diesem Punkt gewünscht?

Stadtv.Frau G ö t z e (zur Geschäftsordnung):

Öffentlichkeit der Verhandlungen ist diese Art der Erledigung der Tagesordnung aber nicht; das nehme mir keiner übel ! Diese Art der Verhandlung dürfte doch im Publikum Befremden erregen.

Stadtv. M e y e r h o f f: Herr Dr. Jasper meinte es ja recht gut, wenn er sagte, es liege jedem Stadtverordneten vor, was in der Versammlung zu beschließen sei und ein jeder könne ja in seiner Fraktion auf die Vorberatung einwirken. Aber der Vergleich mit dem Landtag ist doch nicht ganz zutreffend. Im Landtag bekommt jeder Abgeordnete das Material gedruckt in die Hände, kann es studieren, ist also vollständig informiert oder kann sich darüber aufklären. Das ist den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung nicht ohne weiteres möglich. Wie Sie es heute hier machen, kann es unmöglich weitergehen. Das Publikum erfährt nichts davon, was verhandelt ist und Sie selbst erfahren kaum etwas davon, Sie sagen nur ja. Ich bin bald 30 Jahre hier und habe manche Erfahrungen sammeln können, aber dieses Verfahren kann ich nicht gutheißen.

Stadt v. Dr. R e g e n s b u r g e r: Ich bitte, das Verfahren insofern zu verbessern, als der Herr Vorsitzende für die Öffentlichkeit und für das Publikum, das anwesend ist, den Antrag des Rates verliest. Ich muß die Mitteilungen des Herrn ~~§~~ Dr. Jasper auch insofern berichtigen, als in der Landesversammlung die Beratungen nur bei den Bittschriften in der angegebenen Weise ~~abläuft~~<sup>verläuft</sup>, nicht aber bei anderen Beratungsgegenständen, und daß auch in der Landesversammlung künftig die Bittschriften <sup>nicht/</sup> nur nach Nummern aufgerufen werden sollen, sondern daß wenigstens der Antrag des Ausschusses zur Kenntnis gegeben werden soll, sonst kann es vorkommen, daß der betreffende Bittsteller auf der Tribüne ist und nicht einmal erfährt, daß vielleicht bei Nummer 11 seine Bittschrift erledigt worden ist.



Stadt v. F r e d e: Eine Probe auf das Exempel müßte gemacht werden, und diese Probe machen wir heute. Ich bin überzeugt, daß wir im wesentlichen wohl zu unserem früheren Verfahren zurückkehren werden. Die Ursache zu der Abänderung ist ja der berühmte „Sandkasten“ für die Hilfsschule gewesen. Die Anschaffung dieses Sandkastens war ein so weltbedeutendes Ereignis, daß allgemeines Erstaunen darob~~ge~~zeigt wurde, wie solch eine unwichtige Sache vor das Plenum gebracht werden konnte. Wir werden die Geschäfte am besten in der Weise erledigen können, daß wir unbedeutende Sachen überhaupt den Kommissionen zuweisen, über die Erledigung derselben können wir immer noch sprechen. Wir wollen einmal annehmen, daß 20 Punkte auf der Tagesordnung stehen und die Punkte sind alle ebenso wichtig oder unwichtig, wie die eben verhandelten, bei denen wir uns nicht zu äußern brauchten. Dann erleben wir das ergötzliche Schauspiel, daß in 10 Minuten die Tages-  
ord-

ordnung erledigt ist und wir nach Hause gehen.

(Zuruf: ~~Sehr~~ sehr schön !) Das können wir doch nicht machen, und worüber sollte dann die Presse berichten? Ich habe mich erkundigt und erfahren, daß die Presse das Verzeichnis der Ratsanträge nicht bekommen hat; das mußte natürlich geschehen. Ich denke mir die Erledigung in Zukunft so: Der Referent könnte kurz angeben, um was es sich handelt, und wir müssen uns beherrschen und nicht bei jedem kleinen Punkt Anlaß nehmen, eine große Debatte daran zu knüpfen. Damit ist die Sache geordnet.

V o r s i t z e n d e r : Herr Dr. Regensburger  
hat vorgeschlagen, daß durch den Vorsitzenden die  
Bekanntgabe des Ratsantrages erfolgt. Es ist das  
vielleicht zweckmäßig. Also: Punkt 13. Es sollen  
nachbewilligt werden für Lehrmittel und Gebrauchs-  
gegenstände für die Handwerker- und Kunstgewerbe-  
schule 11 600 Mark.

Ohne Wortmeldungen; gilt als stillschweigend  
angenommen.

14. Wahl von Mitgliedern für den Beirat bei  
den Braunschweigischen Strafanstalten.

Stadtv. J a h n s: Es sind in diesen Beirat von der Stadtverordnetenversammlung 5 Personen zu wählen, darunter eine Frau. Der Rechtsausschuß schlägt Ihnen vor, von jeder unserer Fraktionen ein Mitglied in den Ausschuß zu wählen: Herrn Dr. Regensburger, Herrn Dr. Jasper, Herrn Genzen und meine Wenigkeit. Zu der Wahl der in den Ausschuß zu entsendenden Frau schlug der Rechtsausschuß Frau Götze und Fräulein Wolters vor; Frau Götze wird aber hierzu noch das Wort ergreifen.

Stadtv.Frau G ö t z e: Mir ist mitgeteilt,  
daß nachher ein anderer Vorschlag gemacht ist und  
Frau Schulze gewählt werden soll. Ich verzichte  
natürlich mit Vergnügen auf die Wahl zugunsten von  
Frau Schulze.

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Herrschaften. Diese Art Bericht kann ich bei einem solchen Punkt, wie den vorliegenden, nicht als angemessen betrachten, da niemand weiß, was dieser Beirat bedeuten soll. Es muß wenigstens mit einigen Worten berichtet werden, was der Beirat zu tun hat, und wie wir dazu kommen, einen solchen Beirat zu wählen.

Stadtverordnetenversammlung: Herr Stegmann wünscht, daß ich vortrage, was der Ausschuß zu tun hat. Ich war von vornherein nicht in der Lage, hierauf näher einzugehen, sondern war vom Ausschuß nur beauftragt, darüber zu berichten, welche Personen vorgeschlagen sind. Da der Wunsch nach einer Berichterstattung geäußert ist, bin ich dazu bereit.

Die Landesversammlung hat beschlossen, versuchsweise für die Landesstrafanstalt in Wolfenbüttel und das Kreis- und Untersuchungsgefängnis in Braunschweig einen Beirat zu bilden, der ehrenamtlich an der Überwachung des Strafvollzuges und seiner Reform beteiligt sein soll. Der Beirat soll aus 7 Personen bestehen, von denen 5 von der Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig, 2 von der Stadtverordnetenversammlung in Wolfenbüttel gewählt werden. Unter den von der Stadt Braunschweig zu wählenden Mitgliedern muß sich eine Frau befinden.

Der Beirat, dessen Mitglieder zur Verschwiegenheit zu verpflichtet sind, ist befugt und gehalten,

die

die Anstalten zu besichtigen, von allen Einrichtungen<sup>n</sup> der Anstalten Kenntnis zu nehmen und sich von der angemessenen Unterbringung, Beschäftigung und Beköstigung, sowie von der vorschriftsmäßigen Behandlung der Gefangenen zu überzeugen. Die Mitglieder des Beirats dürfen zu diesem Zweck die Gefangenen in den Hafträumen aufsuchen, mit ihnen sprechen und Einsicht in die Akten des Gefängnisses nehmen; hinsichtlich der Untersuchungsgefangenen haben sie ein Eingehen auf den Gegenstand der Untersuchung zu vermeiden. Sie sind berechtigt, alles, was ihre Aufmerksamkeit erregt, insbesondere die ihnen auffallenden Mängel beim Strafanstaltsvorsteher oder bei den Aufsichtsbehörden zur Sprache zu bringen. Auf Verlangen ist ihnen über die Angelegenheiten der Verwaltung Auskunft zu geben. Der Strafanstaltsvorsteher sowie die Beamtenräte haben den Beirat in jeder Hinsicht zu unterstützen. Der Beirat hat im Staatsministerium Vorschläge für etwaige Reformen zu machen und ist bei einer Umge-  
stal-



staltung der Gefängnisordnung gutachtlich zu hören.

Das ist das Wesentlichste. Der Rechtsausschuß hat die schon genannten Herren und Frau Götze zur Wahl empfohlen. Frau Götze verzichtet aber auf die Wahl, wie sie eben erklärt hat, und auch Frau Schulze wurde vorgeschlagen. So wäre es wohl richtig, wenn vom Plenum aus Frau Schulze mit in den Beirat gewählt würde.

Stadt v. L e h n e r t (Zuruf): Müssen die  
Betreffenden auch Vorkenntnisse haben ?

V o r s i t z e n d e r: Ob die Frage ge-  
prüft ist, wie lange Vorstudien von den Mitglie-  
dern des Beirats gemacht sein müssen, weiß ich  
nicht. Weitere Vorschläge sind nicht gemacht.  
Ich nehme an, daß damit die vorgenannten Herren  
und Frau Schulze gewählt sind.

15. Abschließung von Erbbaupachtverträgen  
über städtisches Bauland.

Stadt v. R a s c h e : Meine sehr geehrten Damen  
u. Herren! Die Vorlage des Rates über den Abschluß  
von Erbbaupachtverträgen mit der Siedelungsgenossen-  
schaft Freiland ist in Ihren Händen. Ich kann mich  
deshalb in meiner Berichterstattung darauf beziehen  
und brauche in der Hauptsache mich nur mit den ein-  
zelnen Paragraphen des vorgelegten Erbbauvertrages  
zu beschäftigen.

Als Gelände für Abschluß dieser Verträge ist  
ein Teil des Flugplatzes und ein Teil des Ärkeroder-  
feldes am Mittelwege in Aussicht genommen. Ich kann  
vorweg schicken, daß der Ausschuß sich mit dem Ver-  
tragsentwurf, wie auch mit Inaussichtnahme des  
genannten Geländes einverstanden erklärt hat. Es  
ist mir aber inzwischen eine Zeitungsnummer zuge-  
schickt, in dem ein Aufsatz mit der Überschrift  
steht: „Braunschweig <sup>verzichtet</sup> ~~verzichtet~~ auf seine Zukunft

am im

<sup>im</sup>  
~~am~~ Luftverkehr," <sup>und</sup> ~~wurde~~ gegen die Verpachtung des  
Geländes vom Flugplatz Stellung genommen ist.

Um sicher zu gehen, habe ich mich beim <sup>Luft</sup>Verkehrsamt  
erkundigt, und dort ist man der Ansicht, man dürfte  
vom Flugplatze kein Stück abnehmen, da Verhandlungen  
im Gange seien, um den Flugverkehr zu beleben.

Der Platz würde dann allerdings vielleicht etwas  
weniger einbringen, als wenn Beamten- und Arbeiter-  
wohnungen dort eingerichtet werden. Der Herr auf  
dem <sup>Luft</sup>Verkehrsamt ist aber nicht der Schreiber dieses  
Artikels, doch steht er auf demselben Boden. Ich  
bin natürlich nicht Spezial-Sachverständiger, um  
über diese Frage allein entscheiden zu können, aber  
ich möchte doch empfehlen, daß wir im Prinzip diese  
Verträge annehmen, um der Siedelungsgenossenschaft  
Freiland Gelegenheit zu geben, zu bauen, daß wir  
aber den Flugplatz von dieser Verwendung ausschlie-  
ßen, bis die Sache aufgeklärt ist.

Stadt v. R ö n n e b u r g: Ich habe nicht klar verstanden, was Herr Kollege Rasche ausgeführt hat, aber ich darf namens meiner Freunde sagen, daß wir mit großer Bereitwilligkeit der Vorlage zustimmen werden, um den Wünschen der Siedler nach Schaffung von Land für ihre Bauten entgegenzukommen. Es sind hier <sup>aber</sup> zwei Interessen vorhanden, die miteinander kollidieren, und es müßte deshalb im Ausschuß und unter ~~Hinzuziehung~~ der übrigen Beteiligten klar gestellt werden, ob die Befürchtungen, die in der Zeitung ausgesprochen sind, zu Recht bestehen. Sollten wirklich die Behauptungen ~~des Artikels~~ zutreffen, daß es sich <sup>schon</sup> um eine Zukunftsfra<sup>ge</sup> ~~handelt~~ <sup>im fernsten Sinne</sup>, dann müßte die Vergebung des Geländes erst ernstlich geprüft werden, denn daß der Luftverkehr noch eine bedeutsame Rolle <sup>in der Zukunft</sup> ~~im Leben~~ spielen wird, darüber werden wir uns wohl alle einig sein. Es ist sehr gut möglich, daß wir hier in einem historischen Augenblick den Anschluß verpassen, wenn wir in dieser Sache eine Entscheidung treffen, ohne

ohne die Sachlage eingehend zu prüfen. (Sehr richtig!) Ich möchte deshalb empfehlen, den übrigen Verträgen zuzustimmen, aber den einen strittigen Punkt zur nochmaligen Prüfung an den Ausschuß zurück zu verweisen. Sollte man dann wirklich zu der Erkenntnis kommen, daß der Flugplatz für Siedelungen nicht in Betracht gezogen werden kann, <sup>so</sup>/darf ich wohl jetzt schon die dringende Bitte an den Rat der Stadt ~~ausprechen~~ <sup>vielfach</sup> - zu praktischen Vorschlägen fehlt mir der Überblick - <sup>andere</sup> für ~~passendes~~ <sup>geeignetes</sup> Bau-land zu Siedelungen ~~zu~~ <sup>zu</sup> sorgen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Gestern erst ist diese Angelegenheit im Bauausschuß vorberaten, aber dieser Artikel im „Braunschweiger ~~Kur~~ Kurier“, von dem eben die Rede war, hat bei der Beratung noch nicht vorgelegen, sodaß das Moment, das dadurch in die Sache hineingebracht ist, nicht mit hat erörtert werden können. Aber ich kann die geehrten Herrschaften doch beruhigen, denn es hat eine örtliche Besichtigung und eine Besprechung unter Hinzuziehung aller zuständigen Stellen über diese Angelegenheit stattgefunden, <sup>nachdem</sup> ~~die~~ zu einem zustimmenden Beschluß gekommen ist. Es war diese Zusammenkunft veranlaßt vom Staatsministerium, Abteilung Verkehr, und es haben daran teilgenommen Herr Regierungsrat Fischer, der die Verkehrssachen im Ministerium bearbeitet, Herr Ministerialrat Dr. <sup>Christoph</sup> ~~Küster~~, der Vorstand der Luftverkehrsstelle, Herr ~~Herr~~ Hauptmann Meersmann ~~191~~, von dem vorhin schon die Rede war, sodann ~~die Herren der früheren Inten-~~ <sup>von</sup> ~~dantur vom Reichsvermögensamt, ein Vertreter des~~

H.

~~Ministeriums~~, ein Herr aus Hannover und ein Vertreter der Siedelungsgenossenschaft Freiland. Diese Herren sind nach längeren Verhandlungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Häuser, die dort projiziert sind, kein Hindernis für den Flugverkehr bilden werden. Sie sollen errichtet werden an Stellen, an denen früher die Flugzeughallen 3 und 4 gestanden haben, und wir waren uns klar darüber, daß diese großen Flugzeughallen früher ein viel größeres Verkehrshindernis gebildet hat<sup>ten</sup>, als es die jetzt projizierten niedrigen Häuser ausmachen können. Aus dem Grunde haben wir keine Bedenken gehabt, dieser Sache näher zu treten. Wenn nun auch gestern eine Beratung über diesen Einwurf im Ausschuß nicht stattgefunden hat, so möchte ich doch erwähnen, daß ich von Herrn Regierungsrat Fischer angerufen wurde mit der Mitteilung, daß im Ministerium auf Grund dieser Zeitungsnotiz gewisse Bedenken entstanden seien darüber, ob die Gärten, die hinter diesen Häusern geplant sind, nicht etwas zu groß

wür-



würden. Gegen die Errichtung der Häuser selber aber werden nach wie vor Bedenken nicht geäußert. Früher war einmal der Gedanke geäußert, ob nicht bei ~~diesen~~ Vertragsabschlüssen Vorkehrungen getroffen werden könnten, daß diese Häuser später, wenn der Bedarf sich herausstellen sollte, zur Unterbringung von ~~Werkst~~gehörigen derjenigen Werke, die hier errichtet werden könnten, ~~ben~~ benutzt werden können. Derartiges wird sich <sup>aber</sup> schwer erreichen lassen; die Siedler werden nicht bereit sein, nach 2 - 3 Jahren ihre schönen Häuschen, die sie selbst errichtet haben, anderen Leuten zu überlassen.

Am Schlusse unserer Vorlage hat der Rat ja auch schon gesagt, daß die Erbbaupachtverträge hinsichtlich der Fläche auf dem Flugplatze zunächst noch ~~Zahl~~ garnicht abgeschlossen werden können, und zwar deswegen nicht, weil das langatmige Enteignungsverfahren, welches seit länger als einem viertel Dutzend Jahren schwebt, noch nicht zu Ende gekommen ist. Aus dem Grunde eilt die Sache ja nicht. Wenn die Herrschaften meinen, es würde bezüglich der

Flä-

Fläche auf dem Flugplatze heute nicht zugestimmt werden können, so weisen Sie die Sache ruhig zur weiteren Vorberatung an den Bauausschuß zurück; es wird damit keine Zeit verloren gehen, denn die Siedler können heute doch noch nicht anfangen, dort zu bauen. Ich glaube aber, daß Sie dem Entwurf der Erbbaupachtverträge im allgemeinen zustimmen können. Dieser würde bei allen möglichen Gelegenheiten Anwendung finden können, und zunächst würde das geschehen inbezug auf die Fläche des Ärkeröder Feldes. Welche anderen Flächen noch in Frage kommen könnten, das würde sich im Laufe der Zeit zeigen müssen.

Stadtv. M u n t e: Die Ausführungen des Herrn Stadtbaurats hat<sup>te</sup> mich schon befriedigt. Ich wollte dringend davor warnen, etwas zur Verkleinerung des Flugplatzes zu unternehmen, damit wir nicht eben den Platz verschandeln und es später bereuen. In Braunschweig haben wir den schönen Platz für verhältnismäßig wenig Geld bekommen, während z.B. in Bremen ~~nicht~~ einmal für viele Millionen etwas ähnliches ~~nicht~~ geschaffen werden kann. Man sagt: Es ist kein Unglück so groß, es ist ein Vorteil dabei. Das könnte hier zutreffen. Sie wissen, daß auf Veranlassung der Entente Deutschland alle seine Maschinen für Flugzeuge, die im Kriege gebraucht wurden, hat abschaffen müssen. Das ist für das Flugzeugwesen aber kein Unglück, denn sie waren zu schwer, so daß sie für den Flugverkehr nicht gebraucht werden können. Ich glaube, es wird gut sein, unseren Flugplatz unversehrt zu erhalten, und deshalb freue ich mich über die Erklärung des Herrn Stadtbaurats.

Stadtv. M e y e r h o f f: Nach den Erklärungen des Herrn Stadtbaurats kann ich auf das Wort verzichten.

Stadt v. Schilke: Auch ich bin der Ansicht, daß wir die Sache, den Flugplatz betreffend, zurück<sup>zurück</sup>weisen müssen. Aber da es sich um Bauland handelt, so wird die Siedlungsgenossenschaft Freiland<sup>Freiland</sup> darauf dringen, Plätze zu erhalten, um ihre Bauten ausführen zu können. In dieser Beziehung habe ich schon vor einiger Zeit mit Herrn Stadtbaurat Gebensleben über Freigabe von Bauland gesprochen und habe darauf hingewiesen, daß das Gelände hinter und vor der Bierbrauerei Streitberg zweifellos im Zwangsenteignungsverfahren zu erwerben sein würde. Wenn wir dieses Gelände freimachen könnten, dann würden wir inmitten der Stadt ein Baugelände haben, welches zweifellos den Siedlern angenehmer sein würde als der Flugplatz. Ich möchte den Rat der Stadt bitten, sich in dieser Beziehung zu unterrichten, damit wir auf diese Weise der Baugenossenschaft „Freiland“ <sup>in den künftigen Interessen</sup> Baugelände zur Verfügung stellen können.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Das erwähnte Gelände ist veräußert worden, leider aber ist uns der Kaufvertrag noch nicht zugänglich gemacht, damit wir unsererseits bezüglich unseres Vorkaufsrechts Stellung nehmen können. Es wird das jedenfalls in nächster Zeit geschehen.

V o r s i t z e n d e r: Der Herr Stadtbaurat wünscht, daß die Beratungen über den Vertragsentwurf und das Ärkeröderfeld nicht ausgesetzt werden, sondern nur die Frage der Verwendung des Flugplatzgeländes an die Baukommission zurückverwiesen wird.

Stadtv. R a s c h e : Ich komme nun zu dem  
Vertragsentwurf. (Zuruf: *Ist uns bekannt!!*)

Dann brauche ich ja nur die einzelnen Paragraphen  
aufzurufen, und wenn keine Einsprache erfolgt, kann  
ich fortfahren.

Paragraph 1, Bezeichnung des Grundstücks.  
- Paragraph 2, Gewährleistung für die Beschaffung  
des Grundstücks -, Paragraph 3, Dauer des Erbbau-  
rechts -, Paragraph 4. Dieses ist der wichtigste  
Paragraph, er handelt vom Erbbauzins. Er ist in  
3 Abstufungen zu bezahlen: Für die ersten 20 Jahre  
10 Pfg. für das qm, für die folgenden 20 Jahre 15 Pfg.  
für das qm und für die letzten 60 Jahre 20 Pfg. für  
das qm.



Stadtv. Dr. J a s p e r: Ich möchte eine Aufklärung über die Berechnung des Erbbauzins haben, denn es fehlt eine Begründung dafür. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Gründe für diese Preisfestsetzung anzuführen, denn ich möchte meine Kritik bis dahin zurückstellen. Die Preise an und für sich sagen gar nichts. Es wird nicht gesagt, ob sie im Verhältnis stehen zu dem Anschaffungspreis. Mir scheint die Bemessung insofern bedenklich, als wir die <sup>Verhältnisse</sup> ~~Preise~~ in 20 Jahren heute noch gar nicht übersehen können; es kann sein, daß er dann angemessen, zu hoch oder zu gering ist. Da diese letztere/beides, das zu unserm Vorteil und das zu unserm Nachteil, nicht wünschenswert ist, so möchte ich für richtig halten, daß eine periodische Nachprüfung des Erbbauzinses durch Sachverständige stattfindet. Es ist das wohl möglich und in einer ganzen Reihe von Verträgen auch eingeführt.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Ich werde Aufschluß geben, wie wir zu diesen Zahlen gekommen sind. Die Flächen des Ärkeröderfeldes, die in Erbbaupacht vergeben werden sollen, sind vom städtischen Tiefbauamt zu 2 Mark für das qm bewertet, und der zugrunde gelegte Erbbauzins von 10 Pfg. pro qm würde eine Verzinsung von rund 5% für die nächsten 20 Jahre ausmachen. Für die dann folgenden 20 Jahre ist eine Erhöhung um 50 Prozent vorgesehen und für die letzten 60 Jahre eine Erhöhung um <sup>ausfallende Erhöhung</sup> ~~33%~~. Nun meinte Herr Dr. Jasper, es würde zweckmäßig sein, uns nicht heute festzulegen, sondern die Beträge für die kommenden Zeiten offen zu lassen, denn man könne die Geldverhältnisse der Zukunft nicht übersehen, eine Geldentwertung könnte vielleicht eintreten und man würde dann das Land zu billig hergegeben haben. Ein Verfahren, wie es Herr Dr. Jasper wünscht, ist aber nach der Verordnung nicht zulässig, sondern darnach

müs-

müssen schon jetzt bei Abschluß des Pachtvertrages feste Zahlen genannt werden. Wegen der vermutlich eintretenden Geldentwertung hat man den Modus gewählt, wie er vorgeschlagen ist. Herr Dr. Jasper wird sich dessen entsinnen, daß wir vor längerer Zeit ein Schreiben vom Ministerium bekommen haben, in dem uns mitgeteilt wurde, daß wir in Zukunft Erbbaupachtverträge nur nach einem bestimmten Muster abzuschließen hätten. In diesem Muster, das von der Regierung aufgestellt ist, wird vorgeschrieben, daß ein fester Pachtzins für die ganzen 100 Jahre festgelegt wird. Wir hielten es im Rat der Stadt nicht für zweckmäßig, die feste Zahl <sup>für</sup> ~~von~~ 100 Jahren anzunehmen, sondern haben uns vielmehr dem Reichsmuster angeschlossen, das vom Reichsschatzministerium, von <sup>dem</sup> ~~einem~~ Referenten Dr. Glaß entworfen ist und in dem im Gegensatz zu dem Vorschlage unserer Landesregierung eine Staffelung des Erbbauzinses in <sup>stufen</sup> ~~schrittlicher~~ Weise vorgenommen ist, wie wir es getan haben. Der Rat der Stadt hat geglaubt, daß eine solche Staffelung mehr ange-  
bracht

bracht ist als eine für die ganzen 100 Jahre gleiche Normierung des Erbbauzinses. Ich habe gestern im Bauausschuß über diesen Punkt einige Ausführungen gemacht und der Bauausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Staffelung des Preises für die Stadt vorteilhafter und sicherer sei, als wenn man für die 100 Jahre immer den gleichen Preis annehmen wollte. Ich glaube, daß Herr Dr. Jasper jetzt befriedigt sein wird.

Stadtv. R a s c h e: Ich darf annehmen,  
daß der Paragraph 4 damit erledigt ist.

Wir kommen nun zu Paragraph 5: Inhalt des  
Erbbaurechts.

Stadtv. S c h i l k e : Hier steht unter I:

„Durch das Erbbaurecht erhält der Erbbauberechtigte die Befugnis, auf und unter der Oberfläche des Grundstücks Bauwerke zu errichten ~~und zu haben.~~“

Ich nehme nicht an, daß auf dem Ärkeröderfeld Braunkohle zutage tritt oder daß der Erbbauberechtigte anfängt, selber zu schürfen, aber ~~was~~ würde es nicht notwendig sein, zu sagen: „soweit dies für Wohnzwecke nötig ist“. Es könnte doch die Möglichkeit bestehen, daß jemand auf den Gedanken kommen kann, hier mineralische Schätze zu suchen.

Herr Stadtv. M u n t e übernimmt den Vorsitz.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Herr

Schilke könnte Recht haben, wenn es nicht später in Paragraph 6<sup>II</sup> hieße: „Die Baupläne für dieses Gebäude sind vor dem Beginn der Bauausführung dem Rat der Stadt zur Einsicht vorzulegen, dessen Beanstandungen Rechnung zu tragen ist. Die Baupläne dürfen ohne Zustimmung des Rates der Stadt nicht nachträglich abgeändert werden.“

Wir haben es vollständig in der Hand, zu bestimmen, was und wie gebaut werden soll. Daß auf dem Erbbaupachtgelände keine Braunkohlen erschlossen werden sollen, versteht sich von selbst, aber es gibt auch noch andere Bauwerke unter der Erde: Wassergruben, Keller, Abwasserleitung; auch die ~~Brünnen~~ <sup>Brünnen</sup> ~~Tunnel~~ liegen bekanntlich unter der Erde. Wir haben den Bau zu genehmigen. Wenn der Pächter einen Schacht von 100 Meter Tiefe abteufen will, um Blei- oder Goldgruben zu erschließen, dann würden wir das nicht genehmigen ~~bräufen~~.

Stadtv. S c h i l k e : Ich wollte nur  
darauf hinweisen, um Klarheit zu schaffen.



Stadtv. R a s c h e : Es handelt sich in dem Verträge nicht um das Mutungsrecht, sondern um das Erbbaurecht.

§ 7, Unterhaltung der Baulichkeiten -

§ 8, Benutzung der Gebäude -

§ 9, Versicherung der Gebäude, Beseitigung von Brandschäden -

§ 10, Öffentliche Lasten, Beiträge, Gebühren.

Nach Beschluß der Kommission soll in diesem Paragraphen hinter den Worten „überhaupt alle Kosten“ eingefügt werden „z.B. Straßenbaukosten“.

V o r s i t z e n d e r : Das Wort wird nicht gewünscht; ich bitte fortzufahren.

Stadtv. R a s c h e :

§ 11, Veräußerung und Belastung des  
Erbbaurechts -

§ 12, Vertragsstrafen -

(Redner ruft auch die noch folgenden Paragraphen  
des Vertragsentwurfs auf; Wortmeldungen dazu  
erfolgen nicht.)

Der Bauausschuß hat nach Prüfung die ganze  
Vorlage zur Annahme empfohlen. Als meinen per-  
sönlichen Antrag möchte ich den Vorschlag machen,  
die Sache vorläufig nur auf das Ärkeröder Feld  
zu erstrecken und die Fliegerstation einstweilen  
außer Betracht zu lassen.

V o r s i t z e n d e r :     Ich bitte die Herrschaften, die damit einverstanden sind, daß der Vertragsentwurf entsprechend dem Vorschlage der Baukommission angenommen wird, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Versammlung hat so beschlossen.

Ferner bitte ich, durch Handaufheben zu bekunden, ob Sie einverstanden sind, daß der Vertragsentwurf vorläufig nur Verwendung finden soll zu Abschlüssen von Verträgen in betreff des Ärkeröder Feldes, während der Flugplatz einstweilen noch ausgeschieden werden soll. (Geschieht.) Das ist angenommen.

16. Erhöhung des Zuschusses für den  
Verkehrsverein.

V o r s i t z e n d e r : Ich bin Mitglied des Finanzausschusses. Dort ist beschlossen, der vom Rat der Stadt beantragten Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein von 1500 M auf 4000 M zuzustimmen unter der Voraussetzung des gleich hohen Staatszuschusses.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie ersuchen, die Gewährung des erhöhten Betrages abzulehnen. Momentan, wo wir in Braunschweig mit einer solch großen Kalamität in der Wohnungsbeschaffung zu rechnen haben, wo man so weit gehen will, die Hotelzimmer zu beschlagnahmen, um Wohnungen für die hiesigen Einwohner zu bekommen, können wir nicht dazu übergehen, größere Veranstaltungen zu machen, um den Fremdenverkehr zu heben. Ich glaube, wenn wir den Zuschuß von 1500 M bestehen lassen, kann der Verkehrsverein zufrieden sein.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Wenn es sich nur darum handelte, die Gefahr abzuwehren, daß allzuviel Wohnungen durch Neuzuziehende in Anspruch genommen werden, ließe sich über das Bedenken des Herrn Vorredners wohl sprechen. Aber darum handelt es sich in der Hauptsache nicht, sondern die Bestrebungen des Verkehrsvereins richten sich in erster Reihe dahin, daß der vorübergehende Besuch Fremder <sup>in</sup> ~~nach~~ der Stadt Braunschweig durch Schilderung der wunderbaren Reize unserer altertümlichen Stadt gefördert werden soll und dahin gestrebt wird, daß der Verkehr nach unseren Vororten in zweckmäßigster Weise als bisher gestaltet wird. Es könnte sogar die Möglichkeit bestehen, daß durch diese bessere Gestaltung des Vorortsverkehrs die Wohnungen der Stadt entlastet würden, und das wäre ein Ziel, das zu erreichen wünschenswert wäre. Ich glaube doch empfehlen zu sollen, daß Sie dem Rat~~s~~vorschläge beitreten, und das um so mehr, als

daraus

daraus für den Verkehrsverein eine gewisse Wahrscheinlichkeit entstehen würde, denselben Zuschuß, den Sie ihm jetzt bewilligen, auch von dem Staate Braunschweig zu erhalten. Wir haben vom Staatsministerium Nachricht erhalten, daß man nur auf die Beschlußfassung der städtischen Behörden wartet, um sich ihr mit dem Staatszuschuß anzupassen. Würden Sie nur 1500 M Zuschuß bewilligen, so würden dem Verkehrsverein nicht nur die 2500 M von der Stadt verloren gehen, sondern auch die gleiche Summe von dem Staatszuschuß entgehen. Das scheinen keine ungefangenen Fische, sondern Wahrscheinlichkeiten zu sein, mit denen man rechnen muß. Wenn wir alle wünschen, daß <sup>sich</sup> nach den schweren Opfern des Krieges der Besuch unserer Stadt nach Möglichkeit wieder hebt, so dürfen wir dem Verkehrsverein nicht mit karger Hand gegenüberstehen.

Stadtv. R ö n n e b u r g : Ich möchte die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg mit aller Wärme unterstützen, denn es wäre ~~behr~~ bedenklich, nach den Vorschlägen des Herrn Lehnert zu verfahren. Wir müssen bedenken, daß der hiesige Verkehrsverein in den <sup>letzten</sup> ~~abgelaufenen~~ Jahren seines Bestehens eine wirklich verdienstvolle Tätigkeit entfaltet hat, für die ihm die gesamte Bevölkerung der Stadt Dank wissen sollte. Es hat sich dabei nicht nur darum gehandelt, einen Bevölkerungszu<sup>zug</sup>~~schuß~~ nach Braunschweig ~~heranzu~~holen, sondern vor allen Dingen hat sich die Tätigkeit des Vereins in jener Richtung bewegt, wie sie bereits von Herrn Stadtrat von Frankenberg <sup>gefühlt worden</sup> ~~angedeutet~~ ist. Ich möchte <sup>aber</sup> noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Der Tätigkeit des Verkehrsvereins ist es nicht zuletzt zu danken, wenn die üblen Verkehrsverhältn<sup>is</sup>se Braunschweigs den maßgebenden Stellen <sup>immer wieder</sup> zu

Ge=



Gemüte geführt sind; der Verkehrsverein hat durch seine dauernden Vorstellungen und durch das ~~überwältigende~~ Material, das er vorzulegen <sup>konnte</sup> wußte, an diesen Verhältnissen manches ~~gebessert~~. Wenn wir dagegen betrachten, was die Stadtgemeinde als ganzes zur Unterstützung dieser Tätigkeit getan hat, so kann man ~~nicht anders~~ <sup>nur</sup>, als sagen, daß der Verein nur in bescheidenem Umfange von den städtischen Behörden unterstützt worden ist. Die erbetene Summe ist in Wirklichkeit nur ein geringfügiger Betrag, der ~~dazu dienen soll~~, der Hebung des gesamten Verkehrs und damit des Geschäftslebens unserer Stadt ~~zu dienen~~ <sup>soll</sup>. Auch für die Höhe des Zuschusses macht sich die allgemeine Geldentwertung geltend, so daß er als gering bezeichnet werden kann. Vergleichen Sie einmal, was neuerdings andere Städte für Hebung des Verkehrs tun! (Sehr richtig!) Wer Gelegenheit hat, auf alle möglichen

Bahn-

Bahnhöfe zu kommen, der staunt darüber, was für  
Reklame Städte wie Halberstadt, Hildesheim - um  
einige aus der Nachbarschaft zu nennen - zu treiben  
wissen, um die Schönheit ihrer Stadt den Reisenden  
in Wort und Bild vor Augen zu führen und sie zu ver-  
anlassen, ihre Stadt aufzusuchen. Der Verkehr wird  
dadurch dorthin gelenkt und die Geschäftswelt wie  
auch die Allgemeinheit der Stadt haben den Vorteil  
davon. Braunschweig ist in der Beziehung sehr  
sparsam gewesen - ob das klug war, wage ich zu  
bezweifeln. Die Höhe des Betrages, der in diesem  
Falle aufgewandt werden soll, ist ~~ein~~ <sup>gering</sup> derartiger,  
daß wir es vor unserem Gewissen und der gesamten  
Bürgerschaft wohl verantworten können, wenn wir  
seiner Bewilligung zustimmen. Ich möchte bitten,  
der <sup>Bewilligung</sup> ~~Gewährung~~ dieses geringfügigen Betrages die  
Gewährung nicht zu versagen.

Stadtv. M e y e r h o f f : Geehrte Anwesende! Ich stehe auf dem Standpunkt des Herrn Stadtv. Rönneburg. Sie können gar nicht genug tun, um den Verkehr nach der Stadt Braunschweig zu heben. Ich fürchte nicht, daß temporell durch den Besuch der Verbandsversammlungen, die hier stattfinden könnten, so viel neue Einwohner nach Braunschweig gebracht werden, daß dadurch die Wohnungsnot noch verstärkt werden könnte. Wohl aber ist das eine Moment, das Herr Rönneburg anführte, für mich maßgebend, das ist die Hebung unseres Handels und Wandels. Wir nahen uns vielleicht der Zeit, wo Braunschweigs Großindustrie wieder aufblüht; es fängt an zu knospen, so will ich mich lieber ausdrücken. Die einzelnen Verbände, die hier tagen, werden auf die Vorzüge Braunschweigs aufmerksam. Die Kochkunst und Konservierungskunst, die Spezialitäten von Braunschweig, von Spargel und Wurst bis zur Mumme

waren

waren es, die Braunschweig begehrenswert machten. Aus meiner Praxis ist mir bekannt, daß viele meiner Verbandskollegen aus dem einen oder anderen Verbands heute noch Abnehmer von Waren aus der Stadt Braunschweig sind. Das ist der eine Punkt, und nun komme ich auf einen anderen. Es ist eben von Hildesheim gesprochen worden. Ja, wenn wir Braunschweig und Hildesheim vergleichen, müßte Braunschweig zuerst genannt werden, denn Braunschweig ist viel interessanter und zeigt <sup>viel</sup> mehr historische Stätten als Hildesheim. Wenn hier die Aufwendungen für die Hebung des Verkehrs gemacht würden wie dort, dann könnte das Braunschweiger Leben und Gewerbe viel besser aufblühen. Die Furcht, daß durch die Zuwendung, verursacht durch den gehobenen Verkehr, eine Vermehrung der Wohnungsnot eintritt, Herr Lehnert, die brauchen Sie nicht zu haben.

Stadtv. Wilh. R i e k e übernimmt den  
V o r s i t z wieder.

Stadtv. Frau G ö t z e : Das Bedenken des Herrn Lehnert wurde auch im Finanzausschuß zur Sprache gebracht, aber es wurde dort auch widerlegt. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß von mir schon in der Sitzung des Ausschusses darauf aufmerksam gemacht wurde, daß diese 4000 M keine Erhöhung des Zuschusses an den Verkehrsverein bedeuten, denn diese 4000 M sind lange nicht soviel wert als die vor dem Kriege bewilligten 1500 M. Wir müssen den Verkehrsverein unbedingt erst einmal mindestens über die nächste Zeit hinhalten, und der vorgeschlagene Zuschuß reicht nur aus, dahin zu wirken, daß das Kind nicht vollständig stirbt.

Stadtrat R a l f s : Meine Damen und Herren!  
Die Sachlage ist so, daß wir seit vielen Jahren dem Verkehrsverein aus städtischen Mitteln 3000 M bewilligt hatten und erst in der letzten Zeit, nachdem der Strich gemacht war durch die Warenhaussteuer, sind wir auf 1500 M zurückgegangen. Wenn Sie berücksichtigen, was Sie heute bei den veränderten Verhältnissen mit 4000 M bezahlen können, so ist dieser Zuschuß wirklich nicht zu hoch. Bedenken Sie, daß eine Annonce allein schon 5 - 600 M kostet! Herr Rönneburg hat mit Recht darauf hingewiesen, wie diese Ausgabe dem Handel und Verkehr dient, es ist also gewissermaßen werbendes Kapital. Wir dürfen in dieser Beziehung nicht kleinlich sein. Ich bitte, die 4 000 M zu bewilligen und damit dem Staat ein gutes Beispiel zu geben, dann kann der Verkehrsverein noch etwas schaffen.

Stadtv. J a h n s : Auch ich möchte den Antrag, diese Summe von 4000 M zu bewilligen, warm unterstützen, und möchte sogar ganz gern noch darüber hinausgehen. Es wird <sup>so</sup> viel Klage geführt über die schlechten Verkehrsverhältnisse, über die geringe Berücksichtigung der Wünsche unserer Stadt bei der Erbauung des Mittellandkanals. Alle Bestrebungen, Abänderungen in diesen Verhältnissen zu schaffen, haben wir dem Verkehrsverein zu danken. Der Verein würde keine Arbeitsfreudigkeit besitzen können, wenn wir ihm ~~die~~ beantragten Mittel nicht bewilligen würden. Um die Arbeitsfreudigkeit des Vereins zu fördern und ihm unseren Dank für seine bisherige Tätigkeit zu zollen, möchte ich bitten, die 4000 M als Mindestsatz unbedingt zu bewilligen.



In der Abstimmung wird der Bewilligung mit großer Mehrheit zugestimmt, und den Stadtverordneten von der linken Seite des Hauses, die dafür stimmen, von der gegenüberliegenden Seite lebhaft Bravo zugerufen.

*behr. Raschke - Braune*

17. Erhöhung des Zuschusses für das  
Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnen-  
seminar.

V o r s i t z e n d e r : Der Zuschuß soll für  
das Jahr 1921-22 von 3800 M auf 7000 M erhöht  
werden.

Stadtv. R ö n n e b u r g : Ich bitte um  
Berichterstattung, wenn auch nur mit einigen  
Worten.

Stadtv. Frau G ö t z e : Es liegen diesem Antrage langatmige Vorverhandlungen zu Grunde. Das Kuratorium des Kindergärtnerinnenseminars hat sich bereits im Oktober v.J. unter genauer Darlegung der Verhältnisse der Anstalt an das Staatsministerium mit dem Anheingeben gewandt, die Anstalt stadtseitig zu übernehmen, da unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen die Anstalt absolut nicht in der Lage ist, sich selbst zu erhalten. Das Staatsministerium hat sich dann unter Einhaltung einer geraumen Frist an die Stadt gewandt und angefragt, ob sie bereit sei, ihren Zuschuß zu erhöhen, denn bei der schwierigen Finanzlage des Staates liege augenblicklich nicht die Absicht vor, die Anstalt staatsseitig zu übernehmen, man wolle nur einen erhöhten Zuschuß geben, wenn die Stadt bereit sei, einen gleich hohen Zuschuß zu gewähren. Es ist hin und her verhandelt und korrespondiert, und schließlich hat

sich

sich herausgestellt, daß in der Luise Ottmerstiftung noch ein Vorrat für gemeinnützige Zwecke verfügbar ist, der zusammen mit dem bisherigen Zuschuß die nötige Summe von 7000 M ausmacht, sodaß ein dem Staatszuschuß gleicher Beitrag von seiten der Stadt gewährt werden kann. Auf diese Weise wird es möglich sein, das Kindergärtnerinnen-seminar, das als einzige derartige Anstalt im Lande Braunschweig zu erhalten nötig ist, genügend zu unterstützen, allerdings ist ausdrücklich hinzugefügt, nur für dieses Jahr. Ich bitte Sie namens des Schulausschusses, die Beihilfe zu bewilligen.

Stadtv. R ö n n e b u r g : Ich darf mir ein paar ganz kurze Bemerkungen gestatten. Es ist dringend geboten, daß die Anstalt gehalten wird. Gerade in der jetzigen Zeit, wo wir an die Arbeit für die Grundschule und den Aufbau der Einheits-  
schule herangehen und die nötigen Voraussetzungen dafür schaffen <sup>müssen</sup> ~~müssen~~, ist die Wirksamkeit dieses Kindergärtnerinnenseminars für uns unerläßlich. Wenn wir die Anstalt eingehen ließen, würden wir in absehbarer Zeit einen Ersatz mit erheblichen Mehrkosten schaffen müssen. Selbst wenn der Zuschuß, wie er beantragt ist, zur Verfügung gestellt wird, möchte ich doch den Rat der Stadt bitten, über Mittel und Wege zu sinnen, die es ermöglichen, auch in den nächsten Jahren die Anstalt am Leben zu erhalten. Ich ~~erhalte~~ hoffe, daß bei den staatlichen Stellen die gleiche Einsicht über die Notwendigkeit des Bestehens der Anstalt vorhanden ist. Wird ein erhöhter Zuschuß auch von seiten  
des

des Staates gezahlt, dann wird das ausreichen, um die Anstalt über Wasser zu halten.

Ich darf <sup>mir</sup> wohl gleich noch eine andere Anfrage bei dieser Gelegenheit ~~mir~~ erlauben. Es sind bewegliche Klagen aus den Kreisen der Kindergärtnerinnen über unzulängliche Bezahlung <sup>laut Gesetzen</sup> geführt. Vielleicht ist der Vertreter des Rates in der Lage, Mitteilungen darüber zu machen.

Stadtrat S c h a p e r : Ich glaube, daß der Staat die Absicht hat, ein Lehrerinnenseminar aufzuheben und in eine Frauenschule und Seminar für technische Lehrerinnen zu verwandeln. An dieser Schule wird dann auch die Möglichkeit für die Ausbildung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen gegeben werden können, und das wird die beste Lösung dieser Frage sein.

Zur Unterstützung der bestehenden Anstalt haben wir nicht mehr Mittel bewilligen können, denn ~~der~~ die Finanzlage unserer Stadt ist außerordentlich unklar und wir dürfen nicht immer neue Lasten auf uns nehmen. Was aber aus der Kasse der Luise Ottmerstiftung noch aufzubringen war, das haben wir zur Verfügung gestellt, und ich glaube, daß Fräulein Heyde mit dieser Summe einigermaßen zu Wege kommen wird. Ich nehme auch an, daß der eingereichte Voranschlag für die Anstalt sehr vorsichtig aufgestellt ist, um eine Bewilligung von einigermaßen genügenden Mitteln zu erlangen.

Was

Was die Besoldung der Kindergärtnerinnen anbelangt, so sind sie eingereiht in Gruppe III der Gehaltsordnung. Es war der Antrag eingereicht, sie in Gruppe IV einzureihen, aber das ist nicht angenommen, weil daneben der Beschluß gefaßt ist, daß alle Beamte aus Gruppe I - IV nach 10 Jahren eine Gruppe höher rücken können. Wenn die Kindergärtnerinnen gleich anfangs in Gruppe IV gesetzt wären, dann würden sie nach Ablauf der ersten zehn Dienstjahre in die Gruppe V gerückt sein und wären damit den Lehrerinnen gleichgestellt. Das ist nicht angebracht, denn die Lehrerinnen haben eine längere Ausbildungszeit durchzumachen und eine größere Stundenzahl zu geben. Vorläufig müssen sich wohl die Damen mit der Stellung, die sie nach der Besoldungsordnung erfahren haben, zufrieden geben. Solange sie Anwärterinnen sind, ist natürlich ihre Entlohnung nicht sehr hoch, aber ich glaube doch, daß sie, wenn sie angestellt sind, als einzelstehende Persönlichkeiten mit ihren Bezügen auskommen können.



V o r s i t z e n d e r :    Widerspruch gegen  
die Bewilligung der vorgeschlagenen Mittel ist  
nicht erhoben, es ist demgemäß dem Antrage ent-  
sprechend beschlossen.

18. Verwilligung von Mitteln für  
Anschaffung von 10 Milchkühen für das Rieselgut

V o r s i t z e n d e r : Es sollen 10 Milchkühe  
angeschafft werden und dafür der Betrag von  
120 000 M bewilligt werden.

Stadtv. Dr. B r a n d i s : Ich möchte um  
Berichterstattung bitten.

(zu Punkt 18: Anschaffung  
von Milchkühen)

Stadtv. Frau G ö t z e : Es sind der Verwaltung des Rieselgutes 10 Stück Milchkühe von überraschender Güte zum Preise von insgesamt 120 000 M angeboten worden, und da einerseits ein großer Reichtum an Futter sich auf dem Rieselgute bemerkbar macht und es andererseits wünschenswert ist, daß die Stadt in möglichst reichem Maße mit Frischmilch versorgt wird, besonders in Anbetracht der Säuglingspflege, so hat der Rat der Stadt anheimgegeben, diesen Betrag von 120 000 M für die Anschaffung zu bewilligen. Diesem Antrage hat sich die Finanzkommission angeschlossen.

Ohne Wortmeldungen; der Ratsantrag gilt als stillschweigend angenommen.

19. Beitritt der Stadt zur Vereinigung  
deutscher Wohnungsämter.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren!  
Die in Deutschland bestehenden Wohnungsämter haben sich zusammengeschlossen zu einer Vereinigung der deutschen Wohnungsämter. Der Zweck der Vereinigung ist, ihre Mitglieder bei der Durchführung der Aufgaben der Wohnungsämter zu unterstützen und zu fördern. Insbesondere hat jetzt die Vereinigung den Wohnungstausch von Ort zu Ort zentralisiert, um so den oftmals schwierig ins Werk zu setzenden Tausch der Wohnungen der von Ort zu Ort Versetzten oder aus sonstigen Gründen Verziehenden zu vereinfachen und unlauteren Machenschaften vorzubeugen. Es ist auch an die Stadt Braunschweig das Ersuchen gerichtet worden, an dieser Vereinigung sich zu beteiligen. Die Notwendigkeit, daß unsere Stadt bei dieser Vereinigung nicht zurückbleibt, brauche  
ich

ich wohl nicht zu betonen; wer Einblick in das Wohnungswesen hat, weiß, daß es unumgänglich nötig ist. Der jährliche Beitrag beläuft sich für eine Stadt in der Größe wie Braunschweig auf 100 M. Ich empfehle Ihnen, diese Kosten zu bewilligen und den Beitritt der Stadt Braunschweig zu dieser Vereinigung deutscher Wohnungsämter zu genehmigen.

V o r s i t z e n d e r : Widerspruch wird nicht erhoben; ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage an.

(Punkt 19)

20. Verkauf von Baustellen der Charlottenhöhe  
betreffend.

Stadtv. M e y e r h o f f : Es liegt in dieser Sache ein Schreiben des Rates der Stadt vor, das folgenden Inhalt hat:

Die Stadtverordneten haben vor kurzem die Bedingungen genehmigt, unter welchen die Baustellen auf der Charlottenhöhe veräußert werden sollen, und weiter, daß die Verteilung der Baustellen an die inzwischen als Bewerber aufgetretenen Personen und Firmen nach dem Vorschlage des Rates der Stadt erfolgen solle. Als demgemäß die Kaufverträge abgeschlossen werden sollten, stellte sich heraus, daß die Mehrzahl der Bewerber um deswillen ihren Antrag zurückzogen, weil die Bedingungen - insbesondere die im § 3 über das Wiederkaufsrecht der Stadt - den Bewerbern nicht zusagten. Außer der Braunschw.Baugenossenschaft haben nur 4 Reflektanten die

die Kaufverträge abgeschlossen.

Dies wird den Stadtverordneten mitgeteilt mit der Aufforderung um gutachtliche Äußerung, ob die Bedingungen nicht abzuändern sind. Die Baukommission hat sich gestern mit dieser Sache befaßt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, der Versammlung zu empfehlen, den Rat zu ersuchen, Milderungen in § 3 des Vertrages eintreten zu lassen. Als Berichterstatter des Ausschusses habe ich der Versammlung zu empfehlen, diesem Vorschlage zuzustimmen. Es ist das nötig, wenn wir nicht auf lange Zeit die Bauplätze an Hand haben wollen. Es wurde in der Kommissionssitzung gesagt, daß die Stadt das Geld aus dem Verkauf der Bauplätze nötig habe, und deshalb möchte ich bitten, sich für eine Milderung der Vorschriften im § 3 der Verkaufsbedingungen auszusprechen.

Stadtv. T o s t m a n n ! Meine Damen und Herren! Schon seinerzeit konnte man voraussehen, wenn man die Liste derjenigen, die sich für Erwerbung von Bauplätzen auf der Charlottenhöhe gemeldet hatten, durchsah, daß diese Bewerber die Bauplätze dazu erwerben wollten, um mit ihnen Spekulation zu treiben. (Sehr richtig!) Dies ist dadurch unterbunden, daß in dem Vertrage die einzelnen Bedingungen so festgelegt worden sind, daß eine Spekulation nicht möglich ist. Als nun der endgültige Abschluß stattfinden sollte, haben sich die betreffenden Bewerber zurückgezogen, denn sie sagten sich : „Wir haben ja später keine Berechtigung, über unser Grundstück zu verfügen.“ Nun ist es richtig, daß der § 3 dieser Verkaufsbedingungen etwas scharf gefaßt worden ist, so daß sich manch einer daran stoßen kann, und deshalb ist der Bauausschuß zu der Ansicht gekommen, daß der Vertragsentwurf in etwas gemildert werden könnte. Ob er aber so weit abge=  
ändert



ändert wird, daß er den Bewerbern, die jetzt zurückgetreten sind, angemessen erscheint, das bezweifle ich sehr stark, denn ein Vorkaufsrecht für die Zukunft wird sich die Stadt vorbehalten, und es würde nach Ansicht des Ausschusses nur geändert werden können, daß in der Bestimmung über die Zurückerwerbung des Grundstücks durch die Stadt, wenn es innerhalb zehn Jahren nicht bebaut ist, eine Änderung stattfindet. Damit aber, daß die Stadt sich überhaupt ein Vorkaufsrecht vorbehält, müßten sich die Bewerber abfinden, denn eine Spekulation mit den Grundstücken muß auch für die Zukunft ausgeschlossen sein. Wir brauchen nicht darauf zu drängen, daß diese Plätze jetzt verkauft werden. Wenn sich auch jetzt einzelne Bewerber zurückziehen, so garantiere ich, daß in einigen Jahren Käufer genug kommen werden, die diese Plätze recht f gern haben wollen. Wenn wir einige Jahre

weiter

weiter sind und die private Bautätigkeit wieder einsetzen kann, dann können Sie versichert sein, daß wir diese Plätze noch gut bezahlt bekommen werden, denn diese Baustellen vor dem Augusttore sind die besten, welche wir bei Braunschweig haben. Wenn auch jetzt einige Bewerber zurücktreten, obgleich sie die Plätze wohl bezahlen und auch sofort bauen könnten, so werden wir späterhin schon Liebhaber finden, die sie gern kaufen werden.

V o r s i t z e n d e r : Dem Vorschlage des Bauausschusses ist damit entsprochen.

(Punkt 20)

21. Einschaltung in das Abänderungsstatut,  
das Gewerbegericht für die Stadt  
Braunschweig betreffend.

Stadtrat V o g l e r : In einer der letzten Sitzungen sind von den geehrten Herrschaften die Anträge des Herrn Stadtverordneten Marth angenommen, welche das Abänderungsstatut für das Gewerbegericht betreffen. Nun ist von dem Vorsitzenden des Wahlausschusses eine Aufklärung erbeten über folgenden Zusatz, der nach dem Antrage des Herrn Marth zu § 7 gemacht ist:

„Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden.“

Eine öffentliche Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge ist aber in § 7 nicht vorgesehen, sondern es heißt in § 7 :

„Die

„Die Wahlvorschlagslisten werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern versehen und mit diesen sowie den Namen der drei ersten Unterzeichner spätestens vierzehn Tage vor der Wahl im Rathause öffentlich ausgelegt.“

Wir glaubten zuerst, die Sache dadurch erledigen zu können, indem wir den Worten „nach der öffentlichen Bekanntgabe“ dem Antrag Marth die Worte „gemäß § 7, Absatz 5“ hinzufügten. Es würden dadurch die Kosten gespart, die bei einer Meinungsverschiedenheit durch eine Neuwahl entstehen könnten und ebenso würde die in den Tagesblättern zu erfolgende Veröffentlichung der Wahlvorschläge, deren es drei bis fünf sein könnten, immerhin große Geldmittel erfordern. Im Rechtsausschuß ist die Sache zur Sprache gebracht und der Ausschuß hat sich dahin erklärt, daß die erwähnte Einschaltung gemacht werden soll. Nachdem hat sich der Rat der Stadt ebenfalls mit der Sache

be-

beschäftigt und glaubt, für das Wort „Bekanntgabe“ einsetzen zu müssen „Auslegung“ und dann die Einschaltung „gemäß § 7, Absatz 5“ folgen zu lassen. Wenn dies angenommen würde, wäre eine vollständige Klarstellung erfolgt, sodaß Meinungsverschiedenheiten nicht auftauchen könnten.

Das Statut ist noch nicht genehmigt, und deshalb wäre es leicht, die bezeichneten Änderungen vorzunehmen, wenn die Versammlung damit einverstanden ist. Ich bitte Sie, Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Wortmeldungen liegen nicht vor; der Antrag des Rats gilt als stillschweigend angenommen.

(Punkt 21)

22. Vorberatung der allgemeinen Grundsätze  
über die Förderung des Wohnungsbaues  
und der dazu erlassenen Ausführungsbe-  
stimmungen.

Stadt**v**aurat G e b e n s l e b e n : In der letzten Stadtverordnetensitzung, heute vor drei Wochen, haben wir uns eingehend über ~~de~~ einen Antrag Reissner unterhalten, der bezweckte, den Rat zu ersuchen, 4 Millionen Mark zu Baukostenzuschüssen bereitzustellen, damit möglichst bald eine Bautätigkeit in Gang gebracht würde. Es entwickelte sich über diesen Antrag eine außerordentlich lange Debatte, und der Erfolg ist gewesen, daß die Stadtverordneten sich grundsätzlich bereit~~er~~klärt haben, die zur Gewährung der städtischen Baukostenzuschüsse erforderlichen Mittel bereitzustellen und daß der Staat schleunigst ersucht werden sollte, die Grundsätze, unter welchen das Landesdarlehn zur Verfügung

ge-

gestellt wird, uns bekanntzugeben, schließlich daß  
Aufklärung geschaffen würde über die Höhe der  
bereitzustellenden erforderlichen Mittel. Ich habe  
sofort am Tage nach der Sitzung, am 1. April, an  
das Ministerium geschrieben, habe auf die gefaßten  
Beschlüsse hingewiesen und darauf, daß Eile außer-  
ordentlich Not täte. Schon in der letzten Sitzung  
habe ich mich dahin geäußert, daß es nicht nötig  
sein würde, diese 4 Millionen Mark <sup>sofort</sup> ~~noch vor Ablauf~~  
~~der ersten drei Wochen~~ zu bewilligen, es würde  
dazu in der <sup>naheher</sup> ~~der vorigen~~ ~~folgenden~~ Stadtverord-  
netensitzung noch Zeit sein, denn ich befürchtete,  
daß die Antwort des Ministeriums nach vierzehn  
Tagen noch nicht da sein würde. Nun ist es gut,  
daß nicht nach Verlauf von vierzehn Tagen die  
Stadtverordnetensitzung schon stattgefunden hat,  
denn erst heute morgen, drei Wochen nach unserem  
Schreiben, haben wir Antwort vom Ministerium  
bekommen. <sup>Die</sup> ~~Das~~ klingt nach der einen Seite hin

er=

erfreulich, andererseits ist das Schreiben aber doch minder erfreulich. Das Schreiben lautet folgendermaßen:

„Es werden für die in der Stadt Braunschweig beabsichtigten Neubauten 4 Millionen Mark aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommen noch 1,5 Millionen Mark für die von der Braunschw. Siedlungsgesellschaft und dem Siedler-Verband „Freiland“ beabsichtigten Neubauten, für die die genannten Gesellschaften die Zuschüsse unmittelbar bei uns beantragt haben. Die Bedingungen, zu denen die Baukostendarlehen gewährt werden, sind aus der Anlage ersichtlich.“

Sie sehen daraus, daß über meine Erwartung, die ich vor drei Wochen ausgesprochen habe, mehr bewilligt ist. Ich war damals von der Voraussetzung ausgegangen, daß uns Landesmittel nur in Höhe von 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden würden, nun bekommen wir noch 1 1/2 Millionen Mark

mehr



mehr, im ganzen also 5 1/2 Millionen.

Wir hatten ferner darnach gefragt, unter welchen Bedingungen uns diese Mittel zur Verfügung gestellt würden und haben als Antwort darauf vom Staatsministerium ein Rundschreiben bekommen, das an die Kreisdirektionen gerichtet ist; und diesmal war <sup>auf</sup> der Rat der Stadt nicht vergessen. In diesem Rundschreiben wird zunächst ausgeführt, daß als Grundlage für die Gewährung von Baukostenzuschüssen die Grundsätze dienen sollen, von denen heute vor drei Wochen mehrfach gesprochen ist und die vom Reichsarbeitsministerium erlassen sind auf Grund des § 3 des Gesetzes, betreffend die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues. Ich habe schon gesagt, daß diese Mittel in Gestalt von Darlehen unter besonderen, näher ausgeführten Umständen gewährt werden sollen. Sie sollen überhaupt nur für Kleinwohnungen mit einer Wohnfläche bis zu 70 qm; unter gewissen Umständen können auch Wohnun-  
*genüßlos sein* gen

gen bis zu 80 qm Wohnfläche bedacht werden. Die Zuschüsse werden normiert nach dem qm reiner <sup>Boden</sup> ~~Boden~~ fläche, ausschließlich Treppenhaus, und sind festgesetzt auf Beträge, die 150 - 180 M nicht übersteigen, wobei zwischen Gemeinden mit ländlichen und städtischen Bauvorhaben, zwischen eingeschossigen und mehrgeschossigen Gebäuden zu unterscheiden ist, der Einheitssatz für das qm Fläche soll in der Regel nicht mehr als 75 M betragen, aber nach näherer Anweisung der zentralen Landesbehörde kann das Darlehn auf das Doppelte der Einheitssätze erhöht werden. Die Höhe des Gemeindedarlehns wird von der obersten Landesbehörde bestimmt; es muß jedoch mindestens ein Drittel des Landesdarlehns betragen. Das Darlehn soll zu gunsten einer von der obersten Landesbehörde zu bestimmenden Stelle sichergestellt werden, die Mieten wenigstens alle 5 Jahre nachgeprüft werden und 20 Jahre nach Gewährung des Darlehns eine endgültige Regelung erfolgen

folgen, wie ich das in <sup>der</sup> ~~einer~~ früheren Versammlung schon dargelegt habe.

Zu diesen Grundsätzen sind Ausführungsbestimmungen erlassen. Daraus interessiert uns zunächst die Bemerkung, die zu Nr. 2b gemacht ist: „Der Staat legt besonderen Wert darauf, daß das Grundeigentum der zu bebauenden Flächen auf ihn übertragen wird, um seine Rechte und die von ihm vertretene Bodenpolitik zu sichern. Werden Grund und Boden der Domänen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften für Bauzwecke zur Verfügung gestellt, so hat dies grundsätzlich nach dem Erbbaurechte zu geschehen. Privateigentümer und Baugenossenschaften, die Eigentümer der erbauten Häuser bleiben, haben den Grund und Boden nach den für den einzelnen Fall noch näher zu bestimmenden Grundsätzen auf den Staat zu übertragen. Bauen Gemeinden Wohnstätten, so bleibt Regelung des Eigentums an Grund und Boden noch besonderer Vereinbarung

vor=

vorbehalten."

Die übrigen Bestimmungen sind von geringerer Bedeutung. Es wird da noch weiter ausgeführt, daß für kinderreiche Familien die Wohnfläche von 70 auf 80 qm erhöht werden soll und daß der Betrag von 165 M bzw. 180 M für das qm zur Verfügung gestellt werden soll, im drei- und mehrgeschossigen Familienhause auf 150 M bzw. 165 M, und daß für besondere Fälle das Staatsministerium sich vorbehält, die Einheitsgrenze zu erhöhen. Den Gemeinden bleibt es überlassen, die Höhe ihrer Darlehen zu bestimmen, dieses muß jedoch mindestens ein Drittel des Landesdarlehns betragen. Mit diesem Drittel ist selbstverständlich nicht auszukommen, und es bleibt uns also überlassen, die Höhe unseres Darlehns selbst zu bestimmen. Selbstverständlich muß es so hoch bemessen werden, daß sich überhaupt jemand findet, der damit bauen will. Die rentier=  
lichen

lichen Bauwerte müssen natürlich hochgeschraubt werden und die Mieten sind höher als in anderen Häusern, damit der Zuschuß der Gemeinden möglichst niedrig gehalten werden kann. Jedes Bauvorhaben wird also unter die Lupe zu nehmen sein, damit das Bauen in Gang gebracht wird. „Über die Aufbringung höherer Mittel seitens der Gemeinden ergehen nähere Bestimmungen, sobald das Reich die erweiterten Bestimmungen oder das Wohnungsabgabengesetz erlassen hat. Nach diesem Gesetz ist auch seitens der Gemeinden eine Wohnungsabgabe zu erheben.“

Die übrigen Sachen interessieren uns weniger, zurückkommen aber muß ich auf Punkt 2, aus dem hervorgeht, daß der Staat die Baukostenzuschüsse nur bewilligen will, wenn das Eigentum an Grund und Boden auf ihn übertragen wird. Als ich heute morgen in der Ratssitzung diese Angelegenheit vortrug, waren wir alle der Ansicht, daß jetzt jeder, der mit staatlicher Unterstützung bauen will, erst das

das Eigentum an Grund und Boden dem Staate übertragen muß und daß dann der Staat einen Erbbauvertrag mit ihm abschließen wird. Sie haben vorhin zugestimmt, daß mit der Freiland-Siedlungsgenossenschaft Erbbaupachtverträge abgeschlossen werden sollen. Das würde nun nicht angängig sein, sondern das Verfahren würde so sein : Wenn „Freiland“ bauen will, dann müßten wir erst den Grund und Boden an den Staat verkaufen, und erst der Staat würde dann den Erbbauvertrag abschließen. Wenn das so wäre, wie es ja aus dem Wortlaut nicht anders zu ersehen ist, dann hätte es keinen Sinn gehabt, daß wir den Erbbauvertrag durchberaten haben, denn getätigt würden solche Verträge nicht werden können. Wir waren also heute morgen der Ansicht, daß wir deswegen die allergrößten Schwierigkeiten haben würden. Nun habe ich aber heute Nachmittag noch während der Stadtverordnetensitzung Gelegenheit gehabt, mit Herrn Ministerialrat <sup>Dr.</sup> Christoph zu sprechen

sprechen, und er hat ausgeführt, daß diese Bedingungen vom<sup>Ausführlich</sup> der Landesversammlung gestellt sind. Ich hatte Herrn Ministerialrat Christoph schon vor ein paar Tagen gesagt, daß ich es für wünschenswert hielte, bevor diese einschneidenden Bedingungen gestellt würden, eine Beratung unter Hinzuziehung der Stadt stattfinden zu lassen. Heute nachmittag erklärte er, daß die Auffassung, die ich aus diesem Wortlaut entnommen habe, nicht zutreffend wäre und nicht das treffe, was ~~er seinerseits~~ gemeint <sup>frei</sup> ~~habe~~, sondern wenn jemand Baukostenzuschüsse bekommen ~~wolle~~ und es sich dabei um Privatgrundstücke handele, so müßten diese Privatgrundstücke zunächst in die öffentliche Hand gebracht werden; und zwar wäre dafür bislang vorgesehen, in die Hand des Staates. Ob das endgültig wäre, stände noch nicht fest. Es sei beabsichtigt, demnächst die Städte-Vertreter zu einer Besprechung dieser Sache einzuladen, und es sei nicht ausgeschlossen

schlossen, da Träger der ganzen Sache die Gemeinden wären, daß dabei herauskäme, <sup>daß</sup> es wäre nicht nötig, daß das Eigentum zunächst dem Staat <sup>zu</sup> übertragen werde, sondern es genügte, daß die Gemeinde Eigentümerin des Grund und Bodens wäre. Wenn es sich aber um Grund und Boden handle, der augenblicklich in öffentlicher Hand sich befände, wie z.B. das Ärkeröder Feld oder der Grund und Boden bei Broitzem, so könnte bei Inaussichtnahme von Baukostenzuschüssen auch die Stadt ihrerseits einen Erbbauvertrag abschließen; es brauche da das Eigentum nicht aus der einen in die andere öffentliche Hand übertragen zu werden. Das habe ich nun allerdings aus diesem Punkt nicht herausgelesen. Ich weiß nicht, ob ~~Sie~~ <sup>Sie auch selbst gef. empfunden haben.</sup> es empfunden haben. Jedenfalls wäre es besser, wenn das etwas deutlicher dargelegt wäre.

Sie sehen aus dieser Darstellung, wie augenblicklich die Verhältnisse liegen; ganz klar ist die Sache immer noch nicht. Der Rat war heute

Morgen



Morgen der Ansicht, daß es kaum möglich sei, schon jetzt in der Sache weiter vorzugehen, aber Eile ist doch geboten! Deshalb empfiehlt es sich, damit wir nicht die nächste Stadtverordnetensitzung abzuwarten brauchen, ehe wir mit Vorschlägen kommen, den Finanzausschuß und den Bauausschuß mit der gemeinsamen ~~eingehenden~~ Beratung dieser Angelegenheit zusammen mit den Vertretern des Rates der Stadt zu betrauen, damit wir nun endlich einmal wirkliche Klarheit über diese Angelegenheit schaffen.

Wenn das wirklich der Fall sein sollte, was ich zuerst vermutet habe, daß das Eigentum an Grund und Boden in jedem Falle erst auf den Staat übertragen werden müßte und der Staat dann erst Erbbaupachtverträge abschließt, dann würden wir erst im nächsten Jahre an das Bauen herantreten können, dann erst käme die Auflassung an den Staat, dann der Abschluß der Erbbaupachtverträge, die erst bearbeitet werden müßten, und dann könnte schließlich

lich das Bauen angehen. Sie sehen, wie lange die Sache bei uns gedauert hat, bis wir zu einem Vertragsentwurf gekommen sind - ich weiß nicht, ob der Staat schneller arbeitet, aber immerhin würden noch eine Anzahl Wochen damit ins Land gehen. Vielleicht ist meine Befürchtung unnütz, wie es ja nach dem scheint, was mir Herr Ministerialrat Christoph während der Sitzung gesagt hat, aber etwas Schriftliches darüber haben wir nicht, sondern es ist uns nur etwas mündlich mitgeteilt, was aus dem Schreiben nicht zu lesen ist.

Ich komme also zu dem Ergebnis, Sie im Namen des Rates zu bitten, den Finanz- und Bauausschuß gemeinsam mit der schleunigen Beratung dieser Angelegenheit zu betrauen. Es könnte vielleicht auch Herr Ministerialrat Christoph zu der Beratung mit hinzugezogen werden, damit er uns die nötigen Aufklärungen gibt. Es tut mir leid, daß wir in dieser Sache heute <sup>noch</sup> nichts~~erheblich~~ weitergekommen sind

sind, oder sind Sie der Meinung, jetzt schon die Millionen bewilligen zu können ? Die Zahlen werden ja von Woche zu Woche größer. Da wir mindestens ebensoviel an Zuschüssen leisten müssen wie das Land und dieses 5 1/2 Millionen Mark zur Verfügung stellt, würden wir unsererseits gleichfalls 5 1/2 Millionen zu bewilligen haben, damit die Landesmittel im vollen Umfange verwertet werden können.

So ist die Sachlage - ich bitte Sie, den Finanz- und Bauausschuß mit der Beratung zu betrauen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Über die Schluß-  
wendung des Herrn Stadtbaurat bin ich etwas er-  
staunt. Er bittet uns, den Finanz- und Bauausschuß  
mit der Beratung zu betrauen. Ich möchte Klarheit  
darüber haben, was das bedeuten soll. Soll er  
nur beraten oder entscheiden ? Soll von uns diesem  
Ausschuß eine Vollmacht übertragen werden ? Das  
wäre etwas Weitgehenderes als das Beraten. Gegen  
die Vorberatung würde ich kein Bedenken haben,  
habe aber Zweifel, ob man dem Ausschuß eine solche  
Vollmacht übertragen kann und ob Anlaß dazu vorliegt.  
Es ist auch dem Herrn Stadtbaurat in dieser Sache  
noch nicht alles klar, wie denn das Schreiben des  
Herrn Ministerialrats Christoph nicht an übermäßiger  
Klarheit leidet. <sup>Mit</sup> ~~Neben~~ der Stelle, die der Herr  
Stadtbaurat hervorgehoben hat, betreffend die  
Übertragung des Eigentums an den Staat, ist es  
nicht abgetan, mir ist noch eine andere Stelle  
aufgefallen. Ich stutzte zunächst, als ich die

Worte

Worte vernahm: „Über die Höhe des Gemeindedarlehn<sup>s</sup> bestimmt die zentrale Landesbehörde oder das Staatsministerium“ - genau weiß ich das nicht mehr. An einer späteren Stelle hat Herr Stadtbaurat ausgeführt, daß die Höhe ~~di~~ des Darlehns zu bestimmen, doch noch uns überlassen ist. Diese beiden Stellen kann ich mir vorläufig nach flüchtigem Anhören nicht ohne weiteres zusammenreimen. Es wird beliebt, in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden sehr weitgehend einzugreifen, wenn von uns verlangt wird, nach diesen Bestimmungen des Staates zu handeln. Ich bin deshalb geneigt, in dieser Sache die größte Vorsicht walten zu lassen und nicht ohne zwingenden Grund den beiden Ausschüssen eine Vollmacht zu übertragen. Es ist kein Pappenstiel, um den es sich handelt, und es ist eine ganz~~neue~~ Grundlage, die unsicher ist, auf der wir uns bewegen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich habe Ihnen namens des Rates nur zu empfehlen, den Bauausschuß und Finanzausschuß mit der Beratung zu beauftragen, nicht etwa mit den anderweitigen Vollmachten zu versehen, über städtische Gelder zu verfügen. Es mag aber dahingestellt sein, ob es nicht zweckmäßig wäre, einen bescheideneren Kredit - nicht 5 1/2 Millionen Mark - durch diese Ausschüsse zur Verfügung stellen zu lassen, um gegebenenfalls schleunigst einzugreifen, wenn Bau- und Finanzausschuß von der Notwendigkeit überzeugt sind.

Sodann möchte ich den Passus verlesen, bei dem Herr Dr. Jasper die Ohren spitzte:

„Den Gemeinden bleibt es überlassen, die Höhe ihres Darlehns zu bestimmen. Dieses muß jedoch mindestens ein Drittel des Landesdarlehns betragen. Über die Aufbringung höherer Mittel seitens der Gemeinden ergehen nähere Bestimmungen, sobald das Reich die erweiterten Bestimmungen oder das

Wch=

Wohnungsabgabegesetz erlassen hat. Nach diesem Gesetz ist auch seitens der Gemeinden eine Wohnungsabgabe zu erheben."

Ich nehme also an: Über die Möglichkeit, demnächst höhere Mittel aus dem Publikum herauszu ziehen, um die Darlehen zu decken, ergehen später nähere Bestimmungen. Ob das richtig ist, weiß ich nicht; ganz klar ist das auch nicht.

Ich wiederhole: Namens des Rats habe ich nur zu empfehlen, den Bau- und Finanzausschuß mit der weiteren Beratung zu betrauen. Ob Sie es für möglich halten, einen bescheidenen Kredit - sagen wir einmal : 1 Million Mark - diesen Ausschüssen zu bewilligen, um in eiligen Fällen, z.B. bei der Braunschw.Siedlungsgesellschaft oder bei der Braunschw.Baugenossenschaft den Wohnungsbau zu fördern, noch bevor wir eine neue Sitzung haben, das überlasse ich Ihnen.

Dem Antrag des Rates, dem vereinigten Bau- und Finanzausschuß die weitere Vorberatung zu übertragen, stimmt die Versammlung zu.

(Punkt 22)



23. Antrag Stegmann auf Instandsetzung der  
geteerten Befestigung des Fußweges am  
Bienröder Wege.

Wortlaut des Antrages siehe Seite *7. Hofst. Sitzung*.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung):  
Meine Damen und Herren! Der Fußweg des Bienröder  
Weges am Ärkeröder <sup>*ausläufer bis zum*</sup> Feld ~~und~~ (Wasserwerk vorbei  
befindet sich seit Jahr und Tag in <sup>*einem*</sup> ~~in~~ trostlose~~m~~n  
Zustande. Die obere Decke, die bekanntlich als  
Ersatz für Asphalt aus Teer und Sand hergestellt  
ist, hat sich gelöst, und so befindet sich auf dem  
Fußwege nicht erst seit neuerer Zeit Loch bei Loch.  
Ich wundere mich, daß es nötig ist, erst hier  
einen Antrag zu Stellen, damit diese Reparatur  
ausgeführt wird. Wenn ich mich recht entsinne,  
ist schon vor mindestens 3/4 Jahren das Ersuchen  
an den Rat gerichtet, hier Reparaturen vornehmen  
zu lassen, aber bisher ist darin nichts geschehen.

Wenn

Wenn es geregnet hat, <sup>nißt tief</sup> sind auf dem Fußwege <sup>Pfützen an</sup> breite Pfützen, ~~entstanden~~, die die ganze Breite des Weges einnehmen. Es ist geradezu ein Skandal, daß ein Weg für Spaziergänger nach dem Querumer Holze in dieser Beschaffenheit solange liegen bleibt. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen, damit endlich Remedur geschaffen wird. Ausbesserungen an dem Wege vorzunehmen, ist vielleicht gar nicht mehr möglich, vielleicht muß die ganze Bedeckung erneuert werden.

Der V o r s i t z e n d e überweist den  
Antrag an den Bauausschuß zur Vorberatung und  
schließt die öffentliche Sitzung.

====

Schluß der Sitzung 7 1/4 Uhr.

====

**B e r i c h t**

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu  
Braunschweig in deren Sitzung am 12. Mai 1921.

-----

**Tagesordnung:**

1. Neuregelung der Vergütungssätze für nebenamtlich erteilten Unterricht an der Fortbildungs- und an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule.
2. Bewilligung von Mitteln für Kinderspeisungen durch die Frauengruppe für soziale Arbeit.
3. Gutachtliche Äußerung zum Entwurfe einer neuen Friedhofs- und Begräbnisordnung.
4. Antrag Stegmann auf Instandsetzung der geteerten Befestigung des Fußweges am Bienröderwege.
5. Beitritt der Stadt zur Vereinigung „Deutsches Hygiene-Museum“.
6. Zuschuß zur Sterbekasse für städtische Beamte.
7. Änderung des Teilortsbauplans vom nordwestlichen Arkeröderfelde.
8. Überlassung zweier Räume im städtischen Hause Wilhelmstraße 21 an das Wirtschaftsamt der Technischen Hochschule.
9. Anschluß des Schellerschen Fabrikgrundstücks in Lehn-  
dorf an die städtische Wasserleitung.

- 2
10. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzungsarbeiten in einem Nebengebäude des städtischen Grundstücks Nickelkuik 12.
  11. Urlaubsregelung für die städtischen Beamten und Angestellten betreffend.
  12. Einrichtung eines Licht- und Luftbades neben der städt. Badeanstalt.
  13. Erhöhung der Vergütungssätze an die Schulärzte.
  14. Bewilligung von Mitteln zur Gewährung von Baukostenzuschüssen.
  15. Überlassung von Baugelände auf dem Flugplatze an die Siedlungsgesellschaft „Freiland“.
  16. Ermächtigung des Rats zur Besetzung der Stelle eines Bademeisters an der städtischen Badeanstalt.
  17. Anfrage Graf, betreffend die Beschaffung des letzthin zum Verkauf gestellten Fettes.
  18. Antrag Rönneburg, betreffend gleichen Ortszuschlag für die städtischen Beamten wie für die Reichsbeamten.

-----

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister Retenmeyer,  
Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Schaper, Stadtrat Vogler,  
sowie die Stadträte Füermann, Pinnow, Rüter.

Es fehlen die Stadtverordneten Einert, Marth, Munte,  
Dr. Regensburger, Richter, H. Rieke, Fräulein Molters.

-----

Vorsitzender Wilhelm Rieke: Ich eröffne die heutige  
Sitzung und erteile zunächst das Wort Herrn Ober-  
bürgermeister Retemeyer.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Meine hochverehrten Damen und Herren ! Die Zeiten sind so schicksalsschwer und die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes ist so dunkel, daß es eigentlich selbstverständlich ist, daß die Schicksale und die Interessen der einzelnen Personen heute vollständig in den Hintergrund zu treten haben. Gleichwohl möchte ich bitten, mir zu gestatten, Ihnen für die freundlichen Aufmerksamkeiten herzlich zu danken, die die Versammlung zusammen mit dem Rat der Stadt zur Vollendung meines 70. Lebensjahres mir erwiesen hat. Meine Damen und Herren ! Das Bibelwort sagt: Unser Leben währet 70 Jahre. Danach wäre es meine Pflicht, von dem Amte zurückzutreten, das mir von meinen Mitbürgern anvertraut ist. Wenn ich einstweilen versuche, noch an dieser Stelle zu bleiben, so treibt mich dazu hauptsächlich der eine Wunsch: daß ich versuchen möchte, die Finanzen unserer Stadt noch einmal auf eine solide Grundlage zu bringen. Ob uns und insbesondere mir das gelingen wird, hängt von der Entwicklung unseres deutschen

sehen

schen Vaterlandes wesentlich ab. Ich glaube an unser deutsches Vaterland, ich glaube, daß es wieder hochkommt, und ich glaube insbesondere an unsere Vaterstadt. Solange fleißige und tatkräftige Einwohner in unserer Stadt leben, wird sie sich wieder emporarbeiten aus der trüben Zeit, in der sie sich jetzt befindet. Aber, meine Herrschaften, eins ist dazu nötig und das möchte ich offen aussprechen. Wenn ich hier und da bei meiner Tätigkeit für die Stadt manches erreicht habe, so verdanke ich es dem glücklichen Umstand, daß, solange ich an dieser Stelle tätig bin, niemals in der Stadtverwaltung eine ernste Differenz zwischen Stadtverordneten und dem Magistrat bzw. dem Rat der Stadt ausgebrochen ist. Das ist für eine Stadtverwaltung von der allergrößten Bedeutung. Es wäre langweilig, wenn die Ansichten der einzelnen sowohl wie die Ansichten der Körperschaften stets ohne weiteres übereinstimmten; verschiedene Auffassungen müssen sein  
und



und sollen auch zur Geltung kommen, aber eins muß man dabei allerdings voraussetzen: Es müssen die beiden Körperschaften, die zusammen zu arbeiten nach dem Gesetz berufen sind, die eine von der anderen überzeugt sein, daß sie das beste der Stadt will. Solange diese Überzeugung bei den städtischen Behörden gegenseitig vorherrscht, ist mir um das Wohl unserer Vaterstadt nicht bange. Ich hoffe, daß Sie auch Ihrerseits Wert darauf legen, mit dem Rat der Stadt in schöner Harmonie wie bisher zu arbeiten zum Wohle unserer lieben Vaterstadt. (Bravo!)

V e r s i t z e n d e r: Zunächst habe ich eine Mitteilung des Rats bekannt zu geben. In einer der letzten Sitzungen war nach dem Antrage Goetze - Wolters beschlossen, den Vorstand der Pflichtfortbildungsschule durch Hinzuwahl einiger Frauen zu erweitern. Der Rat der Stadt erwidert zu diesem Antrage daß er in Erfahrung gebracht habe, daß in Kürze ein Berufsschulgesetz durch die Reichsregierung erlassen würde, nach dem auch eine Neuregelung der Zusammensetzung des Schulvorstandes der Pflichtfortbildungsschule erfolgen müßte. Wenn jetzt dem Beschlusse der Stadtverordneten Rechnung getragen würde, so könnte sehr leicht der Fall eintreten, daß hinterher eine Reduzierung in der Zahl der Schulvorstandsmitglieder stattfinden müßte. Um dieses zu vermeiden erachtet es der Rat der Stadt als ratsam, von der Durchführung des Beschlusses vorläufig abzusehen. Dagegen will der Rat der Stadt Sorge tragen<sup>n</sup> daß bei der auf Grund des zu erwartenden Gesetzes neu vorzunehmenden Regelung der Frage die Frauen

ver-

verhältnismäßig stärker im Schulvorstande der Pflichtfortbildungsschule vertreten sein werden, als das bisher der Fall gewesen ist.

In einer Eingabe bittet der Ruderverein Fortuna um Überlassung der Überreste der abgebrannten Baracke des Flugplatzes. Ich möchte diese Eingabe dem Rat der Stadt zur Erledigung überweisen.

Von der Lehrerschaft der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule wird gebeten, dem Direktor Curdt eine höhere Besoldung zuteil werden zu lassen, da sie die jetzige Besoldung nicht für angemessen halten. Ich überweise auch diese Sache dem Rat der Stadt.

Mehrere Anlieger der Schunterstraße ersuchen um möglichst sofortigen Ausbau des westlichen Teiles dieser Straße. Ein gleiches Schreiben ist an den Rat der Stadt gegangen, so daß wir dessen Stellungnahme abwarten können.

Die Ortsgruppe Braunschweig des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten ersucht um einen Beitrag von 500 M als Grundstock für ihre Vereins-  
be-

bestrebungen. Auch diese Sache überweise ich dem Rat der Stadt.

Ein Herr R. Claes, Lämmchentelch 10, erhebt Einspruch gegen die Ausübung des Vorkaufsrechts der Stadt betreffs eines Ackergrundstücks unterhalb des großen Exerzierplatzes, das er gekauft hat, um sich dort aufzubauen. Ich möchte auch diese Sache dem Rat der Stadt überweisen.

Außerdem ist eine Eingabe eingegangen, die von einer Anzahl Armenpflegern und Bezirksvorstehern unterschrieben ist und die - soweit ich gesehen habe - allen Stadtverordneten zugegangen ist. Es richtet sich gegen die Wahl der Armenpfleger, das Verfahren bei der letzten Wahl wird von den Unterzeichnern nicht als richtig angesehen. Da Sie alle das Schreiben in Händen haben, erübrigt sich hier ein Vorlesen.

Von Frau Graf ist folgende Anfrage eingegangen:  
„War dem Rat der Stadt die schlechte Beschaffenheit des Fettes, welches vergangene Woche an die Bevöl-  
ke-

kerung verkauft worden ist, schon vor der Ausgabe bekannt ?"

Von Herrn Rönneburg ist folgender Dringlichkeitsantrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, schleunigst eine Vorlage zu machen, nach welcher den städtischen Beamten und Angestellten der gleiche Ortszuschlag gewährt wird wie den Reichsbeamten.“

Außerdem liegt noch ein längerer Antrag von Herrn Dr. Jasper zu Punkt 3 der Tagesordnung (Friedhofs- und Begräbnisordnung) vor, den wir zweckmäßigerweise bei Punkt 3 der Tagesordnung behandeln werden.

Stadtverordneter R ö n n e b u r g: Ich möchte mir eine Anfrage zur Geschäftsordnung erlauben. Der Herr Vorsitzende verlas eine Eingabe der Leh-erschaft der städt. Handwerker- und Kunstgewerbe-schule und bemerkte dabei - wenn ich richtig verstanden habe - daß die <sup>Eingabe</sup>~~Sache~~ dem Rat der Stadt überwiesen werden solle. Mir ist nicht klar, ob die Behandlung solcher Eingaben, die den Stadtverordneten ~~als solchen~~ zugingen, immer in dieser Weise geschehen ist. Soweit ich unterrichtet bin, hat diese Eingabe bereits dem Rat der Stadt vorgelegen. Besteht nicht geschäftsmäßig eine Möglichkeit, daß die Stadtverordnetenversammlung als ganzes oder ein Ausschuß der Stadtverordneten sich mit diesen Eingaben befassen können?

Vorsitzender: Es war bisher Gepflogenheit, solche Eingaben dem Rat der Stadt zu überweisen. Herr Rönneburg wird diese Behandlungsweise übersehen haben, da er zu Anfang der Sitzung oft nicht anwesend gewesen ist. Wenn dann ablehnende Bescheide des Rates der Stadt erfolgt sind, haben wir die Sache so gehandhabt, daß wir - meines Wissens bis jetzt in zwei Fällen - die Sachen einem Ausschuß überwiesen haben. Zunächst sind ~~Sie~~<sup>Sie</sup> aber bisher stets an den Rat der Stadt gegangen.

Stadts. R ö n n e b u r g: Ich <sup>nehme</sup>~~empfinde~~ die Aus-  
kunft des Herrn Vorsitzenden auch mit der Zensur  
dankbar. <sup>auf</sup> Es ist mir sehr wohl bekannt, daß die  
Eingaben in dieser Weise behandelt worden sind,  
wenn sie eine neue Sache betreffen. Anders aber  
liegt es doch aber, wenn die Sache <sup>bereits vorher</sup>~~schon~~ den Rat der  
Stadt beschäftigt hat und von ihm erledigt worden  
ist. In diesem Einzelfall ist mir das bekannt,  
und darum habe ich mir die Anfrage erlaubt, wie  
mit solchen Eingaben verfahren wird. Eine abermalige  
Verweisung an den Rat würde der Erledigung nicht  
dienen, sondern nur eine erhebliche Zeitverzögerung  
oder ein Verschwinden der Eingabe im Papierkorb zur  
Folge haben, und das erscheint doch nicht erwünscht.



Stadtv. S t e g n a n n: Einige Worte in einer ähnlichen Sache. Der Herr Vorsitzende hat eine Eingabe des Rudervereins Fortuna verlesen und mitgeteilt, daß sie an den Rat der Stadt verwiesen werden solle. Ich bin der Meinung, daß in ähnlichen Fällen, wo die Eingabe bereits den Rat der Stadt passiert hat und abschlägig beschieden ist, so verfahren ist, daß die Eingabe an eine Kommission verwiesen ist. Ich bemerke hierzu, daß dieser Verein schon 3 - 4 Mal sich in dieser Sache an den Rat der Stadt gewandt hat und einen abschlägigen Bescheid erhalten hat. Deshalb bitte ich, das Gesuch an einen Ausschuß zu überweisen.

Stadtv. Dr. J a s p e r: Ich bitte, es bei der bisherigen Gepflogenheit des Hauses zu belassen. Diese Übung, die Eingaben zunächst dem Rat der Stadt zu überweisen, ist insofern sachgemäß, als die Stadtverordnetenversammlung das letzte Wort behalten will und dem Rat der Stadt, der den Vollzug hat, nicht vorgreifen soll. Aus den Mitteilungen des Herrn Vorsitzenden geht nicht hervor, daß der Gegenstand der betreffenden Eingaben schon den Rat der Stadt beschäftigt hat, und solange das nicht feststeht, können wir nicht anders verfahren, als dem Rat diese Angelegenheit überweisen. Ich möchte den beiden Herren Kollegen aber anheingeben, sich vielleicht den in den Eingaben enthaltenen Antrag zu eigen zu machen. Dann handelt es sich um einen Antrag aus dem Hause, der in geschäftsmäßigem Sinne behandelt wird.

Stadtv. R ö n n e b u r g: Ich hätte nicht das Wort in dieser Sache erbeten, wenn es sich nicht um eine <sup>w</sup>Wichtige Prinzipienfrage gehandelt hätte. Das bisherige Verfahren kommt darauf hinaus, daß Bittschriften von der Stadtverordnetenversammlung ab- geschoben werden. Wir ~~müssen~~ die Möglichkeit haben, eine uns zugehende Bittschrift wenigstens im Ausschuß zu behandeln, das ist der einzige Zweck meines Vorschlages. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorsitzende hat feststellen können, daß diese Sache bereits dem Rat der Stadt vorgelegen hat und von ihm abgelehnt ist. Es ist mir bekannt, daß dies <sup>bestimmt</sup> ~~Bitte~~/geschehen ist, und darum habe ich gegen eine nochmalige Verweisung an den Rat der Stadt Einspruch erhoben, denn ich verspreche mir davon keine sachliche Förderung der Angelegenheit. Ich würde empfehlen, die Eingabe entweder dem Schulausschuß oder dem Finanzausschuß zu überweisen.

V o r s i t z e n d e r: Nach der bisherigen Handhabung der Geschäftsordnung kann ich nach Lage der Sache nicht anders verfahren, als diese Eingabe zunächst dem Rat der Stadt zu überweisen. Dasselbe Recht, Eingaben zu machen, haben andere Bürger auch, und wenn wir alle Eingaben hier behandeln wollten, könnte es dahin kommen, daß wir in Permanenz tagen müßten, um alle Eingaben zu erledigen. Aus diesem Gesuch ist nicht zu ersehen, daß der Rat der Stadt in irgend einer Weise sich damit beschäftigt hat, und infolgedessen kann ich mit dem besten Willen nicht anders, als sie dem Rat der Stadt zu überweisen. Wenn jemand der Herrschaften anderer Meinung ist, ist es das einfachste, daß derjenige, der sich für die Sache interessiert, selbst einen Antrag stellt. Wenn dann der Antrag dasselbe wie die Eingabe enthält, können die Sachen zusammen einem Ausschuß überwiesen werden. Ob die jetzige Stadtverordnetenversammlung noch die Geschäftsordnung, wie sie bisher gehandhabt ist, zu ändern nötig hat, darüber könnte man zweierlei Meinung sein.

Stadtv. Stegmann: Auf die Eingabe des Rudervereins trifft nicht dasselbe zu wie auf die Eingabe der Lehrerschaft der Kunstgewerbeschule. Es ist in der Eingabe des Rudervereins ausdrücklich erklärt, daß sich der Verein 3 - 4 Mal in dieser Sache an den Rat der Stadt gewandt hat, und ich glaube, in einem solchen Fall wird auch Herr Dr. Jasper damit einverstanden sein, daß der Antrag an einen Ausschuß verwiesen wird. Ich halte dafür den Bauausschuß für geeignet und bitte, dementsprechend zu verfahren.

V o r s i t z e n d e r : Ich muß dem Herrn Stadtverordneten Stegmann widersprechen. Ich kann aus dieser Eingabe nicht feststellen, daß die Sache bereits dem Rat der Stadt vorgelegen hat. Es heißt hier: „Da wir schon öfter ein Gesuch an die Stadtverordneten gestellt haben, welches aber immer abschlägig beschieden ist, so bitten wir nochmals darum, doch für den Rudersport auch einmal etwas übrig zu haben.“ Mir ist nicht bekannt, daß den Stadtverordneten ein derartiges Gesuch vorgelegen hat. Wohl weiß ich, daß Eingaben gekommen sind über die Verteilung der fünftausend Mark zu Sportzwecken, bei der dieser Klub zu kurz gekommen ist. In dieser Angelegenheit hat er aber den Stadtverordneten noch kein Gesuch vorgelegt, und aus dem Gesuch kann ich nicht entdecken, daß vom Rat der Stadt die Sache abschlägig entschieden ist. Ich kann also auch diese Sache nach der bisherigen Form der Geschäftsordnung nicht anders behandeln.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Bezüglich der letzterwähnten Eingabe kann ich Ihnen aus dem Gedächtnis nicht sagen, ob dem Rat der Stadt ein derartiger Antrag vorgelegen hat. So viel ist mir aber bekannt, daß der Ruderklub Fortuna sich mehrmals an uns gewandt hat; er reflektierte dabei aber auf ein anderes Gebäude, ich glaube auf ein kleines Bretterhaus, das <sup>bei</sup> ~~an~~ der Markthalle <sup>steht</sup> ~~stand~~. Ich könnte mich aber darin auch irren, denn ich kann hier nicht sofort aktenmäßig feststellen, ob uns ein derartiger Antrag wie in der heutigen Eingabe <sup>schon</sup> einmal beschäftigt hat.

Stadtrat S c h a p e r: Ein Gesuch<sup>e</sup>, ~~von~~ dem Direktor Curdt nachträglich Dienstjahre zur Anrechnung zu bringen, hat~~te~~ dem Rat der Stadt vorgelegen, einmal ein solches von dem Herrn Direktor Curdt selbst und sodann von der Lehrerschaft der Handwerker- und Kunstgewerbeschule; sie sind aber vom Rat der Stadt abschlägig beschieden worden.



V o r s i t z e n d e r : Mögen die Herren, die Interesse an der Sache haben, bitte Anträge stellen, dann geht die Sache ihren Weg an die Ausschüsse.

Von Herrn S o h i l k e ist ein Antrag eingegangen, der folgenden Wortlaut hat:

Die Stadt Braunschweig ist nach Verordnung des Reiches in die Klasse B gekommen. Die städtischen Beamten erhalten dadurch rückwirkend auch vom 1. April 1920 erhöhte Bezüge. Für die Angestellten der städtischen Behörden kommt jedenfalls eine Erhöhung der Bezüge in Frage. Die beim Rate der Stadt tätigen Angestellten (also neben den festangestellten Beamten) müssen nach Anerkennung der höheren Ortsklasse jedenfalls mit entsprechender Erhöhung bedacht werden. Der Rat der Stadt wird ersucht, zu dieser Angelegenheit mit aller Beschleunigung Stellung zu nehmen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Neuregelung der Vergütungssätze für nebenamtlich erteilten Unterricht an der Fortbildungs- und an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule.

V o r s i t z e n d e r: Wird vom Schulausschuß Berichterstattung gewünscht ? - Das ist nicht der Fall.

Es sollen statt der bisher gezahlten Sätze für die Jahresstunde von 180 Mark im 1.- 3.Dienstjahre, 220 Mark im 4.- 6.Dienstjahre und von 260 M in den folgenden Dienstjahren (weibliche Lehrkräfte auf allen Stufen 20 Mark weniger) einheitlich für männliche und weibliche Lehrkräfte rückwirkend vom 1.Oktober 1920 an 360 Mark, 400 Mark und 440 Mark für die Jahresstunde gezahlt werden.

Wortmeldungen liegen nicht vor, Widerspruch wird nicht erhoben, es ist somit dem Antrage gemäß beschlossen.

2. Bewilligung von Mitteln für Kinderspeisungen durch die Frauengruppe für soziale Arbeit.

Es wird beantragt, 10 000 Mark für Kinderspeisungen  
in

in der Kinderspeiseanstalt am neuen Petritore 9,  
in der Volksküche und in den Kaffeehallen zur  
Verfügung zu stellen.

Ohne Wortmeldungen; der Ratsantrag gilt als ange-  
nommen.

24<sup>6</sup>

3. Gutachtliche Äußerung zum Entwurfe einer neuen  
Friedhofs- und Begräbnisordnung.

Stadtv. Dr. J a s p e r: Ich möchte um mündli-  
che Berichterstattung über diesen Punkt bitten.

24<sup>7</sup>

Stadtv. Warendorf: Über die ungünstige Finanz-  
lage des Stadtkirchenverbandes und insbesondere  
des von diesem unterhaltenen Hauptfriedhof<sup>es</sup> haben  
wir uns im Rechtsausschuß eingehend ausgesprochen.  
Es ist bekannt, daß die Ausgaben für den Friedhof  
bedeutend gewachsen sind und deshalb haben wir ja  
auch schon im vorigen Jahre einer Erhöhung der Ge-  
bühren bei Begräbnissen zugestimmt. Es hat sich  
nun herausgestellt, daß im Laufe des Jahres trotz

der

der erhöhten Gebühren ein weiteres größeres Defizit in der Friedhofskasse entstanden ist. Das Rats-schreiben sagt darüber: „Die kirchlichen Behörden vertreten die Ansicht, daß bei der Schuldenlast des Stadtkirchenverbandes, die zurzeit rund 2 800 000 M betragen, die Einnahmen des Hauptfriedhofes so gesteigert werden müssen, daß sie die Ausgaben decken, und zwar einschließlich der Zinsen und der Tilgungsbeträge für das rund 900 000 Mark betragende Anlagekapital. Die Rechnung der Friedhofskasse schloß im Jahre 1919/20 mit einem Fehlbetrage von 111 728 Mark ab (ohne Einstellung von Zinsen und Tilgungsbeträgen) und Ende März d.J. ergab sich bereits ein Fehlbetrag von 153 516 Mark, der infolge der letzten Erhöhung der Löhne - um jährlich etwa 60 000 Mark - noch weiter steigen wird.“ In dieser Spielart geht es weiter, sodaß zu ersehen ist, daß die Ausgaben des Friedhofes nur gedeckt werden können durch eine weitere Erhöhung der Gebühren, und hierfür wird uns eine Unterlage gegeben, die  
der

der Stadtkirchenverband uns unterbreitet hat. Es ist bekannt, daß rechtlich wir nicht in der Lage sind, darüber Beschluß zu fassen, und in dem Ratschreiben heißt es dann auch: „<sup>Da</sup>~~Besch-~~die kirchliche Satzung nach § 125 der Kirchengemeindeordnung nach Anhörung der städtischen Behörden erlassen werden soll, so geben wir anheim, zu dem Entwürfe sich gefälligst äußern zu wollen.“ Das heißt also: Wir sollen ein Gutachten abgeben, inwieweit wir den Entwurf für recht und gut befinden.

Die Gebühren in der neuen Vorlage sind derartig vorgeschlagen, daß im Gegensatz zu früher auch die Gebühren für Gräber 3.Klasse erheblich teurer werden. Wir hätten bei der letzten Erhöhung die Beerdigungen dritter Klasse insofern mehr berücksichtigt, als wir die Gebühren hierfür nur in geringer Weise oder gar nicht erhöht hatten, während dieses Mal vorgeschlagen wird, für Anweisung eines Einzelgrabes 3.Klasse statt 6 Mark 30 Mark<sup>k</sup> zu erheben und für ein derartiges Kindergrab statt

1 Mark 10 Mark. Die Gebühren für Ver<sup>setz</sup>legung eines Einzelgrabes zweiter und erster Klasse sind wohl auch gesteigert, aber doch nicht prozentual in der Höhe wie in der 3. Klasse. Nun wußten wir von vorn herein, daß es ohne Erhöhung der Gebühren nicht abgehen werde, wenn die Arbeiterlöhne und sonstigen Ausgaben für den Friedhof gedeckt werden sollen. Aus diesem Grunde kommen die vorgeschlagenen Zahlen zustande, und im Rechtsausschuß waren wir uns auch insofern einig, als wir die später aufgeführten Zahlen unter I 2 einstimmig annahmen, nur für die dritte Klasse war ein Antrag gestellt, statt der Erhöhung auf 30 Mark eine solche auf 15 Mark anzunehmen, also nur eine Erhöhung um die Hälfte des Vorgesprochenen. Nun teilte der Rat der Stadt mit, daß die Beerdigungen dritter Klasse nicht so erheblich gewesen sind. Es sind das im ganzen 700 gewesen, während wir bei den Gräbern <sup>2.</sup> 2. und 1. Klasse <sup>Zusammen</sup> mit der Zahl 2000 - 2300 zu rechnen haben, sodaß die Herabsetzung der Gebühr für die ~~3.~~ 3. Klasse nicht groß zu Gewicht schlägt. Außerdem trifft die Erhöhung

zu-

zumeist nicht die Leute, die eine Schonung nötig hätten. Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß selbst die Schichten, die nicht zu den mittleren zählen, lieber ihre Angehörigen darben lassen und die höheren Gebühren für die 2. Klasse bezahlen, als ihre Angehörigen 3. Klasse begraben lassen.

Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die Ausgaben für den Hauptfriedhof vom Stadtkirchenverband hauptsächlich aus den Kirchensteuern bestritten werden und daß zu den Kirchensteuern nur die ~~Bei-~~<sup>beitr-</sup>träge, die dem Stadtkirchenverbände angehören, also die Dissidenten, werden zu diesen Steuern nicht herangezogen. Man sagt mit Recht: Es ist ein eigentümlicher Zustand, daß z.B. Dissidenten oder sonst aus der Kirche ~~Ausgetretene~~ für dieselben Gebühren beerdigt werden wie diejenigen, die schon vorher durch die Kirchensteuern zu den Unkosten des Friedhofes beigetragen haben. Wir haben uns über diese Frage unterhalten, sind aber zu keinem Beschluß gekommen, weil wir diese Frage nicht mit einem kirchlichen

Streit-

Streitpunkt beenden wollten. Der ~~Seh~~ Beschluß des Rechtsausschusses lautete deshalb bei der Abstimmung dahin, daß wir empfehlen, die Sätze, wie sie vorgeschlagen werden, anzunehmen.

Ich weiß nicht, ob es gewünscht wird, daß ich die vorgeschlagene Satzung vorlese. Ich bin dazu bereit, denn ich weiß nicht, ob Sie die Tabelle zur Hand haben. Jedenfalls hat<sup>ten</sup> aber Ihre Vertretungen aus der Fraktion das Verzeichnis in der Hand gehabt, und sie sind somit in der Lage, ihren Mitgliedern darüber Mitteilung zu machen; soweit das nicht schon geschehen ist, wäre auch ich dazu bereit.



Stadt. Dr. J a s p e r : Meine Damen und Herren! Das Verhältnis der Stadt zu dem Friedhofswesen ist leider nach Lage der Gesetzgebung gegenwärtig nicht so geregelt, wie es sein sollte oder wie es den Wünschen meiner Freunde entsprechen würde. Der Herr Berichterstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß wir nicht in der Lage sind, endgültig die Gebühren hier festzustellen, sondern daß wir uns zu dem Vorschlage der Friedhofsverwaltung, vertreten durch den Kirchenkassenverband, nur gutachtlich äußern können. Diesem Wunsche nach einer Äußerung muß natürlich von uns nachgekommen werden, und da muß ich sagen, daß nach den Mitteilungen des Herrn Berichterstatters und den sonstigen Mitteilungen, die ich <sup>aus</sup> in dem Ausschuß erhalten habe, die Art und Weise der Regelung nicht den Wünschen entspricht, die wir an eine soziale Ausgestaltung dieses Gebührenwesens stellen. Der Kirchenkassenverband hat bei der Regelung den Grundsatz vorangestellt, daß, entsprechend den größer gewordenen

Aus-

Ausgaben, zu denen auch die Löhne und Vergütungen gerechnet werden, eine erhöhte Einnahme geschaffen werden muß. Meine Freunde und ich erkennen an, daß dieser Grundsatz berechtigt ist und daß der Betrieb des Friedhofs so aufgezogen werden muß, daß er in sich selber wirtschaftlich gestaltet wird. Es sollen keine Überschüsse herausgewirtschaftet werden, aber umgekehrt kann es der Kirche nicht zugemutet werden, daß sie aus anderen Einnahmequellen Zuschüsse zur Friedhofsunterhaltung beitragen soll, weil die Kirche mit diesen Aufgaben für die Zukunft kaum mehr betraut werden soll. Wenn man sich dann aber die Anwendung dieses Grundsatzes <sup>na</sup> näher vergegenwärtigt, so muß doch auffallen, daß hier ganz verschiedenartig vorgegangen ist. Es hat der Herr Berichterstatter bereits hervorgehoben, daß eine Erhöhung für die Anweisung eines Einzelgrabes 3. Klasse von 6 auf 30 Mark vorgeschlagen wird, daß also die Gebühren in dieser Klasse verfünffacht werden sollen oder daß 400 Prozent aufgeschlagen werden sollen, und für ein Kin-  
der-

dergrab 3.Klasse soll sogar der zehnfache Betrag genommen werden, während bei der Verleihung von Gräbern zweiter und erster Klasse eine Steigerung in dem Maße nicht vorgesehen ist. Ich weiß: Es ist im Ausschuß geltend gemacht, daß der Vergleich in sofern nicht stimme, als inzwischen schon eine Steigerung der Gebühren in der 2.und 1.Klasse stattgefunden habe. Ich will diesem Einwurf dadurch begegnen, daß ich hinsichtlich der Gebühren 2.und 1. Klasse zurückgreife auf die Gebühr, die vor dieser Zwischensteigerung vor einem halben Jahre gegolten hat. Da finde ich für die Verleihung eines Grabes zweiter Klasse eine Gebühr von 50 Mark aufgeführt, dem jetzt eine solche von 125 Mark als neue entgegengestellt werden muß und bei der ersten Klasse würde die Steigerung von 120 Mark auf jetzt 300 Mark eintreten. Das sind Zuschläge von weniger als 200%, aber keineswegs 400% wie in der dritten Klasse. Das scheint mir den sozialen Gedanken, der auch im Begräbniswesen verwirklicht werden soll, durchaus nicht

nicht zu entsprechen. Wenn man schon verschiedenartige Zuschläge belieben wollte, dann müßte man doch die Zuschläge umgekehrt staffeln, das heißt, in den höheren Klassen höhere Zuschläge als in den geringeren Klassen nehmen. Ich gebe aber zu, daß das zu Härten führen könnte und man sich vielleicht begnügen könnte mit einer Einrichtung, wonach gleichmäßige Zuschläge genommen werden. Sodann muß natürlich nachgeprüft werden, ob die Zuschläge dem ersten Grundsatz, nämlich Wirtschaftlichkeit des Betriebes in sich, Rechnung tragen. Die Zahlen, die der Herr Berichterstatter erwähnte, etwa 2100 Beerdigungen, von denen 700 auf die 3. Klasse entfallen sollen, die überwiegende Zahl von rund 1000 auf die 2. Klasse und nur 400 auf die erste Klasse, sind auch mir genannt, und ich habe sie meinen Berechnungen zu Grunde gelegt. Darnach erscheint es mir ausreichend, wenn man nicht in der 3. Klasse diese ungeheure Erhöhung der Gebührensätze vornimmt, sondern eine gleichmäßige, indem man durch die Bank 200 vom Hundert aufschlägt. Das würde bedeuten, daß

in

in der 3. Klasse statt der bisherigen 6 Mark 18 Mark gezahlt werden, in der 2. Klasse statt nunmehr 125 Mark - wie es vorgeschlagen wird - 150 Mark und in der ersten Klasse statt der vorgeschlagenen 300 Mark 360 Mark. Die anderen Gebührensätze würden dementsprechend zu behandeln sein. Daß das Grab für ein Kind auf das 10fache gesetzt werden soll, ist an sich nicht zu verstehen, es würde aber finanziell nicht so sehr zu Buche schlagen. Ich habe einen Spielraum von 40 - 50 000 Mark zur Deckung der Abwanderung vorbehalten und auch die sonstigen Ansätze berücksichtigt. Auf diese Weise würde man einer gerechteren Gebührenstaffelung näherkommen als das bisher geschehen ist.

Sodann wurde mir auch bekannt, wie das auch der Herr Berichterstatter erwähnt hat, daß die Friedhofsverwaltung auf dem sehr einseitigen Standpunkt steht, daß nämlich die ~~Kirchen~~-fremden Personen anders behandelt werden sollen als die ~~Kirchen~~ angehörigen Personen. Ich gebe zu, daß nach Lage der

Ge-

Gesetzgebung die Kirchenverwaltung in einem formellen Rechte ist. Wir sind nach Lage der Gesetzgebung gezwungen, der Landeskirche Begräbnisplätze für ihre Zwecke zur Verfügung zu stellen, aber die Kirche ist formell nicht gehalten, kirchenfremde Personen unterzubringen; sie kann von diesen kirchenfremden Personen formellen Rechts andere Sätze erheben. Ich glaube, es braucht nur ausgesprochen zu werden, daß dieses geschehen kann, um die Widersinnigkeit dieses Verhältnisses zwischen weltlicher und kirchlicher Gemeinde darzulegen. (Sehr richtig!) Es ist das übrigens bezeichnend für den Geist, der in der Landeskirche vorhanden ist, daß man mit diesen Grundsätzen ernsthaft umgehen kann. Man will das Gute in der Gesetzgebung bis auf das J=Tipfelchen für sich ausnutzen und weiß den weltlichen Gelegenheiten für sich sehr gut nachzugehen. Ich halte es für angebracht, unser Gutachten dahin auszudehnen, daß wir Wert darauf legen, daß ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit

keit

keit zur Landeskirche und ihrem Bekenntnis die gleichen Gebührensätze für alle auf dem Hauptfriedhofe zu beerdigenden Personen angewandt werden, und glaube, daß eine solche Stellungnahme vielleicht dem christlichen Gedanken näher kommt als die ~~des~~ andere.

Nachdem ich dargetan habe, wie unsehr das Verhältnis der Kommune zu dem Friedhofs Wesen ist, möchte ich die Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen und gleichzeitig bitten, daß die verehrte Versammlung auch darauf geht, mit etwas mehr Nachdruck Abhilfe dieses Mißstandes zu begehren. Das Hindernis für eine Besserung liegt meiner Auffassung nach in der Landesgesetzgebung, die uns zwingt, der Landeskirche diese Begräbnisplätze zur Verfügung zu stellen, ~~das~~ <sup>was</sup> uns zwingt, die Verwaltung dieser Begräbnisplätze in der Regel den Kreisen zu überlassen, die mit diesen Angelegenheiten nichts zu tun haben ~~sollten~~.

Neben dieser gutachtlichen Äußerung in 4 Punkten

ten

ten habe ich mir erlaubt, vorzuschlagen, einen Antrag anzunehmen, in dem wir den Rat ersuchen, sich an das Staatsministerium und an die Landesversammlung zu wenden mit der Bitte, daß diese landesgesetzlichen Vorschriften beseitigt werden mögen. Ich nehme an, daß jetzt, wo Kirche und Staat doch in unmittelbar naher Zeit getrennt werden sollen, auch auf kirchlicher Seite grundsätzliche Bedenken nicht mehr vorhanden sein werden. Das wird um so weniger der Fall sein, als das Friedhofswesen jetzt der Kirche ein Schmerzenskind zu werden beginnt, und sie nicht mehr besondere Einkünfte daraus zu gewinnen hoffen kann. Diese weltliche Seite wird den kirchlichen Herren vielleicht einleuchten, und ich hoffe deshalb, daß, auch ohne daß das Eingreifen der Landesgesetzgebung abgewartet zu werden braucht, es vielleicht in Wege der gütlichen Verhandlung möglich sein wird, daß Stadt und Kirchenkassenverband sich darüber verständigen, daß - möge die Landesgesetzgebung sein, wie sie wolle - der Kirchenkassenverband zugesteht, daß



daß die Verwaltung des Friedhofes auf die weltliche Gemeinde übergeht. Wir haben uns darüber schon wiederholt unterhalten und der Herr Oberbürgermeister hat schon angedeutet, daß jetzt die Abneigung auf kirchlicher Seite nicht mehr so groß sei wie früher. Nachdem wirtschaftlich diese Verhältnisse anders liegen, ist vielleicht jetzt die gegebene Stunde, um diese Differenz zu beseitigen.

Ich möchte Ihnen weiter als Antrag vorschlagen, daß wir den Rat ersuchen, sofort die Verhandlungen mit dem Kirchenkassenverbande aufzunehmen, damit wir uns schiedlich friedlich verständigen und wir die Verwaltung des Zentralfriedhofes bekommen ohne Rücksicht auf die Landesgesetzgebung. Die Landeskirche wird gewisse Wünsche haben, beispielsweise hinsichtlich der Teilnahme der Geistlichen an den Begräbnissen usw. Es ist selbstverständlich, daß die Stadt keinerlei Interesse hat, demgegenüber engherzig aufzutreten; die Kirche soll da durchaus frei ihres Amtes walten können. In erster Linie ist  
für

für uns das Begräbniswesen eine gesundheitliche Frage, die in die Hand der weltlichen Behörden gelegt werden müßte.

Ich bitte Sie also, das Gutachten zu erstatten, daß wir auf eine soziale Staffelung Wert legen, eine Steigerung sämtlicher Gebühren um 200 v.H. als ausreichend erachten und daß wir im übrigen eine grundsätzliche Änderung hierbei geführt zu sehen wünschen.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r: Was zunächst die Erhöhung der Gebühren nach Prozentsätzen betrifft, so hat der Herr Vorredner ohne Frage recht, wenn er konstatiert, daß die Regelung, wie sie vorgeschlagen<sup>wird</sup>, bei den verschiedenen Klassen ungleich ist. Es ist das lediglich die Folge davon, daß bei der im vorigen Frühjahr vorgenommenen Erhöhung auf Wunsch der Stadtverordnetenversammlung die dritte Klasse unverändert geblieben ist. Die Herrschaften werden sich des Umstandes erinnern, daß sie diesen Wunsch aussprachen. Ich bin für diesen Wunsch entschieden eingetreten, bin aber heute zweifelhaft, ob das richtig gewesen ist, und zwar deshalb, weil die Verhältnisse sich so entwickelt haben, daß, wenn man heute einigermaßen das Rechte treffen will, man nicht umhin kann, die Sätze der 3. Klasse wesentlich zu erhöhen. Es ergibt sich das schon daraus, daß auch Herr Dr. Jasper den dreifachen Betrag für angemessen hält. Ich bitte, auch nicht zu übersehen, daß insbesondere die Familiengräber, die mit 60 und 125 Mark pro qm ausgeworfen sind

sind, zum großen Teil <sup>nur</sup>erheblich teurer verkauft werden, und zwar auf Grund der Bemerkung: „Für Gräber in hervortragender Lage oder mit gärtnerisch besonders ausgestatteter Umgebung wird nach Ermessen des Friedhofsausschusses ein angemessener Zuschlag erhoben“. Von dieser Bestimmung hat der Friedhofsausschuß in weitgehendem Maße Gebrauch gemacht, weil nicht zu bestreiten ist, daß allerdings auf dem hiesigen Hauptfriedhofe sehr schön gelegene Plätze vorhanden sind, die sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Da hat die Friedhofsverwaltung denn auch eine entsprechende Bezahlung verlangt.

Wenn man nun fragt, weshalb denn diese starke Erhöhung der Gebühren vorgenommen werden soll, dann ist der Grund nicht der, daß die Kirche glaubt, auf diese Weise, indem sie die Gebühren für Gräber dritter Klasse so gewaltig erhöht, aus ihrer üblen Lage herauszukommen (der Herr Berichterstatter hat schon gesagt, daß es sich hierbei nur <sup>um</sup> 700 Gräber im ganzen Jahre handelt), <sup>nun</sup>aber die Besorgnis ist nicht von der Hand zu weisen, daß bei der vorge-  
schla-

schlagenen und erforderlichen starken Erhöhung der Gebühren für die übrigen Gräber, eine erhebliche Abwanderung nach den Gräbern dritter Klasse stattfinden wird, wenn die Gebühren dafür im Verhältnis so niedrig bleiben. Wir haben dasselbe gesehen bei der Grabpflege. Wir haben auf Wunsch der Arbeiter die Gebühren für die Grabpflege erheblich gesteigert, und die Folge davon ist gewesen, daß von Jahr zu Jahr die Aufträge an die Friedhofsverwaltung mehr und mehr zurückgehen. Insbesondere werden die Leute bei den höheren Gebühren auf die teuren Gräber verzichten und sich mit den Gräbern niedrigerer Klassen begnügen. Von den 724 Gräbern 3. Klasse, die im vorigen Jahre vergeben sind, entfallen <sup>übrigens</sup> nicht weniger als 139 auf solche <sup>Leute</sup> ~~Leute~~, die auf Kosten der Stadt begraben werden. Kann die Stadt es verantworten, daß sie da, wo sie selbst eintreten muß, von dem in schwerer Bedrängnis stehenden Stadtkirchenverbande verlangen, der Stadt diese Plätze billiger abzugeben? Es kommt weiter in Betracht, daß von den übrig bleibenden 585 Grabstellen 3. Klasse  
aus

aus dem vorigen Jahre nicht weniger als 280 Kindergräber sind, und die Gebühr hierfür ist niedriger bemessen, nämlich auf 10 Mark. Die dann noch bleibenden 305 Gräber 3.Klasse entfallen auf alle möglichen Gruppen von Einwohnern. Nur 60 von diesen 305 sind an Arbeiter *V* vergeben, alles andere sind Personen aus anderen Ständen. Ich muß es Ihnen überlassen, ob Sie unter diesen Umständen der Ansicht sein können, daß die Gebühren 3.Klasse zu hoch bemessen sind. Ich glaube, Herr Dr.Jasper beantragte, dafür 18 Mark vorzuschlagen. Ich bin selbstverständlich bereit, wenn demgemäß beschlossen werden sollte, dem Stadtkirchenausschuß einen solchen Antrag zu unterbreiten.

Dann ist Herr Dr.Jasper auf die Gebühren für die Personen zu sprechen gekommen, die nicht das Recht haben, auf dem Hauptfriedhof begraben zu werden, und da hat er den unglücklichen Vertretern der Kirche bitter Unrecht getan. Die Gebühren für Gräber werden in einfacher Höhe für die Angehörigen der

Kir-

Kirche bemessen, aber in der Friedhofs- und Begräbnisordnung steht ausdrücklich die Bestimmung, daß auch andere als Angehörige der Landeskirche zugelassen werden sollen, unter welchen Bedingungen, das entscheidet der Friedhofsausschuß, und bisher hat er regelmäßig dahin entschieden, daß, <sup>für</sup> ~~so weit~~ <sup>sofern</sup> ~~außen~~ <sup>hier</sup> ~~stehende~~ hier begraben werden sollen - und deren Zahl ist verhältnismäßig groß; es ist gerade so, als ob die Schönheit unseres Friedhofes die Toten anzieht -, <sup>in Ansehung</sup> ~~für~~ diejenigen, die <sup>hier</sup> ~~hier~~ wohnen <sup>aber</sup> ~~und~~ das ~~Best~~ Recht haben, auf einem anderen Friedhof begraben zu werden, die doppelte Gebühr erhoben werden soll. Dagegen ist doch nichts einzuwenden. Es bleiben nun noch die Dissidenten. Diese müssen nach der Friedhofsordnung aufgenommen werden, die Kirche hat diese Verpflichtung übernommen. Bei der Beratung dieser Vorlage im Ausschuß des Stadtkirchenrats ist diese Frage gestreift worden, und ich habe mich gefreut, dabei zu hören, daß zwei Herren von der Geistlichkeit ausdrücklich erklärt haben: Wir halten den

Zeit-

Zeitpunkt nicht für geeignet, die Frage aufzuwerfen, ob die Dissidenten nicht mehr zugelassen werden sollen. Im Rechtsausschuß bin ich es gewesen, der diese Frage angeschnitten hat, um zu hören, wie der Ausschuß darüber dachte; daß sie heute erörtert werden sollte, war nicht meine Absicht. Ich komme nicht darüber hinaus, daß ich, wenn ich gerecht bleiben will, sagen muß: diejenigen, die Kirchensteuern zahlen, welche auch mit dazu verwandt werden, daß der Friedhof erhalten wird, haben einen rechtlichen und moralischen Anspruch darauf, den Fernstehenden gegenüber sagen zu können: Wenn ihr keine Kirchensteuern zahlt, dann ist es nicht mehr als recht und billig, daß ihr für Plätze auf dem Hauptfriedhofe mehr bezahlt als wir. Vorläufig aber steht diese Frage gar nicht zur Erörterung, weil die Kirche nicht die Absicht hat, sie zur Entscheidung zu bringen.

Weiter hat Herr Dr. Jasper die Frage der Verstadtlichung des Hauptfriedhofes angeschnitten. Ich

nache



machte kein Hehl daraus: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es für die Kirche, ~~von~~ rein wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkte aus betrachtet, das Richtige wäre, zu sagen: „Übernehmt ihr den Hauptfriedhof!“ Ich habe verschiedentlich in den Vorberatungen der Kommission versucht, das zu erreichen, es ist mir nicht gelungen. Die Vertreter der Kirche hängen an dem Friedhofe, und es blieb nur der Weg übrig, einen Zwang dadurch auszuüben, daß die bekannte Vorschrift der Kirchengemeindeordnung geändert wird, wonach die Kirche die Aufgabe hat, die Toten unter die Erde zu bringen. Aber ich glaube kaum, daß das zum Ziel führen würde, denn was würde die Folge sein, wenn die Verhandlungen nicht zu einer gütlichen Vereinbarung gelangen und die städtischen Behörden nichts mit der Kirche zu tun haben wollen? Die Gemeinde müßte einen eigenen kommunalen Friedhof anlegen, und was das heute kostet, wissen Sie. Wenn man sich auf den Standpunkt stellen sollte, zu glauben, daß die Stadt billiger

ar-

arbeiten könnte als die Kirche, dann wäre das verfehlt. Sehen Sie bitte sich die Gebühren der anderen Städte, z.B. die von Hannover, an, wie sie in den letzten Jahren fortwährend in die Höhe geschraubt werden mußten, und zwar auch die Gebühren für die einzelnen Arbeitsleistungen, während wir uns auf den Standpunkt gestellt haben: Wir wollen nur das bezahlt haben, was wir wirklich ausgegeben haben, nur die baren Auslagen. Im übrigen ist es interessant, daß die ganze Sache ins Rollen gekommen ist durch die Verhandlungen mit unseren Arbeitern. Die Kirche sagt: „Wir können nicht mehr bezahlen,“ und darauf wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der mit klaren Worten aussprach: „Die Kirche muß die Gebühren erhöhen, um die Arbeiter angemessen bezahlen zu können“. Wir haben die Löhne der Arbeiter für den Friedhof - und deren Zahl ist verhältnismäßig groß - so erhöht, wie der Schlichtungsausschuß entschieden hat, nun kommen die Folgen hinterher. Zu dem sonstigen Defizit kommt die Ausgabe für die erhöhten Löhne hinzu, und alles dieses

kann

kann nicht anders gedeckt werden als durch eine Erhöhung der Gebühren. Weiter ist zu beachten, daß die Frage der Kirchensteuer noch im Dunkel liegt. Wir haben keine Möglichkeit gehabt, mit dem Finanzamt ein Abkommen darüber zu treffen, wie in dieser Sache verfahren werden soll. Kurz und gut, die Finanzlage der Kirche ist augenblicklich eine traurige, und deshalb ist es zu verstehen, wenn die Gebühren für die Begräbnisse jetzt erhöht werden sollen.

V o r s i t z e n d e r: Es ist jetzt an der Zeit, erst einmal den von Herrn Dr. Jasper eingebrachten Antrag zu verlesen. Er lautet:

„ Die Stadtverordneten erstatten ihr Gutachten zu dem Entwurfe einer Friedhofs- und Begräbnisordnung wie folgt:

1) Die Gebührenordnung ist so zu bemessen, daß angemessene Vergütungen und Löhne den Angestellten und Arbeitern gewährt werden können und daß der Betrieb sich aus sich erhält.

2) Der vorgelegte Entwurf belastet die 3. Klasse unverhältnismäßig hoch und wirkt dadurch unsozial.

3) Eine gleichmäßige Steigerung sämtlicher Gebühren um 200 v.H. für die Dauer der Teuerung scheint angemessen und ausreichend.

4) Von Personen, die nicht der Landeskirche angehören, dürfen nur dieselben Gebühren erhoben werden wie von den Angehörigen der Kirche.”

Weiter beantragt Herr Dr. Jasper:

„Die

„Die Stadtverordneten ersuchen den Rat der Stadt

1/ Beim Staatsministerium und der Landesversammlung dahin vorstellig zu werden, daß das Begräbniswesen ausschließlich Sache der politischen Gemeinde werden möge und daß die Landesgesetzlichen Vorschriften aufgehoben werden, durch die die politischen Gemeinden verpflichtet sind, der Landeskirche Begräbnisplätze zur Verfügung zu halten,

2/ Mit dem Kirchenkassenverbande Verhandlungen einzuleiten, daß der Zentralfriedhof und seine Verwaltung alsbald auf die Stadt übergehe.“

Stadt v. S t e g a n n: Meine Damen und Herren ! Nach den ausführlichen Darlegungen des Herrn Dr. Jasper kann ich mich sehr kurz fassen. Bereits im Rechtsausschuß habe ich den Antrag gestellt, daß von einer derartigen Erhöhung der Gebühren für Gräber 3. Klasse Abstand genommen werden solle, und hatte beantragt, daß der Sprung nicht von 6 Mark auf 30 Mark, sondern auf höchstens 15 Mark gemacht werden sollte. Ich hoffe, daß der Kirchenkassenverband, nachdem er in dieser Beziehung unseren Wünschen im vorigen Jahre nachgekommen ist, das auch in diesem Jahre tun wird, allerdings ist seitens des Herrn Oberbürgermeisters eine diesbezügliche Hoffnung nicht gelassen worden. Die Sitzung des Rechtsausschusses war schwach besucht, er hat meinen Antrag abgelehnt. Ich bitte Sie aber heute nochmals, diese Vorlage nicht anzunehmen. Nachdem nun aber der Antrag des Herrn Dr. Jasper vorliegt, möchte ich von der Stellung eines formellen Antrages, wie ich ihn mir vorgenommen hatte

hatte, absehen, sondern voll und ganz den Antrag Jasper ~~mit allen seinen Folgen~~ unterstützen. Ich hoffe, daß auch meine Fraktionsgenossen, die den Antrag bisher nicht gekannt haben, für den Antrag Jasper stimmen werden. Daß die Gebühren der 3. Klasse niedriger sein müssen, als in dem Entwurfe vorgesehen, ist klar. Wenn man sich die Verhältnisse vergegenwärtigt, die bei einem Begräbnis eintreten, so muß man daran denken, daß dem Tode meist eine längere Krankheit vorhergeht, durch deren Kosten die Ärmsten am meisten getroffen werden. Wenn man hört, daß von 2200 Beerdigungen in hiesiger Stadt nur 700 zur dritten Klasse gehören und ein Teil davon noch von der Armendirektion bezahlt wird, so muß man sich wundern. Es beweist das, daß in weiten Kreisen ein Vorurteil gegen Beerdigungen dritter Klasse besteht, ich möchte sagen: ~~Ein~~ Dünkel, selbst im Tode noch besser zu sein als die andern, was man kaum verstehen kann. Man ersieht aber auch daraus, daß die Einnahmen aus den Beerdigungen dritter Klasse nicht

so sehr groß sind und ihre Ernüchterung nicht zu Buche schlägt. Nur die Ärmsten sind es, nur 300, die übrig bleiben, und nur die würde man mit einer solchen hohen Gebühr dritter Klasse treffen. Die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, daß eine Abwanderung aus den anderen Klassen nach der 3. Klasse stattfinden würde, kann ich nicht teilen, denn dieses Vorurteil gegen Beerdigungen dritter Klasse und diese Dünkelhaftigkeit wird bestehen bleiben. Im übrigen sind wir der Meinung, daß das ganze Klassensystem, wie es besteht, fallen müßte; das habe ich schon im vorigen Jahre bei Begründung unseres Antrages ausgeführt. Es gehört ein solches System nicht in unsere Zeit. Auf Schritt und Tritt begegnet man den Klassengegensätzen, und so kann man es verstehen, daß sie sich auch im Tode noch äußern. Jedenfalls hat der große Gleichmacher Tod es nicht fertiggebracht, auf seiner eigenen Domäne Gleichheit zu schaffen. Christlich ist das Dreiklassensystem durchaus nicht. Ich glaube bestimmt, wenn der Herr und Heiland der Gläubigen kommen und das ansehen würde, dann würde



er auf unserer Seite stehen und mit Feuer und Schwert dazwischen fahren, damit dieses Klassensystem beseitigt würde.

Bezüglich der Dissidenten bin ich der Meinung, daß so verfahren wird, wie von Herrn Dr. Jasper beantragt wird. Der Friedhofsausschuß hat ja bis jetzt noch keinen Beschluß gefaßt, daß die Dissidenten besondere Gebühren zahlen sollen, aber der Herr Oberbürgermeister hat durchblicken lassen, daß man mit einem solchen Beschluß ungeht. Das würde eine Bestrafung bedeuten für diejenigen, die aus der Kirche austreten, und gerade weil in letzter Zeit eine erhebliche Bewegung in dieser Richtung hin innerhalb der Landeskirche stattfindet und stattgefunden hat, deswegen scheint die Kirche geneigt, zu sagen: Zahlst du keine Kirchensteuern, so sollst du beim Scheiden aus dem Leben eine höhere Gebühr für dein Begräbnis bezahlen. Also eine Strafe für den Austritt aus der Kirche will man dadurch einführen.

In

Im übrigen freue ich mich über die heutige  
Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion.  
Als wir gelegentlich der früheren Beratung der  
Gebührenordnung den Antrag stellten, das ganze  
Friedhofswesen auf die Stadt zu übernehmen und  
der Rat dagegen auftrat, ist unser Antrag leider  
gegen unsere Stimmen abgelehnt worden. Ich freue  
mich, daß unsere sozialistischen Brüder von der  
anderen <sup>Fakultät</sup> ~~Fraktion~~ jetzt diesen Antrag einbringen,  
und so bitte ich, nicht den Antrag des Rechts-  
ausschusses anzunehmen, sondern den Antrag des  
Herrn Dr. Jasper.

Stadtver. J a h n s : Meine Damen und Herren !

Ich wollte eigentlich noch weitere Ausführungen zu diesem Punkt der Tagesordnung machen, sie sind mir aber im großen und ganzen vom Herrn Oberbürgermeister schon vorweggenommen, so daß ich mich darauf beziehen kann. Auf eins aber möchte ich noch hinweisen. Unter VII sind die Gebühren für Benutzung der Kapelle zur Veranstaltung einer Trauerfeier aufgeführt, und zwar für den Hauptraum bei Wahl eines Einzelgrabes 3.Klasse mit 15 Mark, bei Wahl eines Einzelgrabes 2.Klasse mit 20 Mark und bei Wahl eines Einzelgrabes 1.Klasse oder eines Familiengrabes 30 Mark. Die Ausschmückungskosten werden extra berechnet. Ich weiß nicht einzusehen, daß hierbei ein Unterschied gemacht werden müßte, ob ein Sarg aufgestellt wird, der 3., 2. oder 1. Klasse beigesetzt wird, und warum für die erste Klasse bei Benützung der Kapelle ein höherer Betrag bezahlt werden soll. Für Benutzung des Nebenraumes der Kapelle wird von allen Klassen der gleiche Betrag von 6 Mark erhoben, aber für den Haupt-

raum

raum soll ein Unterschied gemacht werden. Für bessere Plätze auf dem Friedhof mag man ja eine höhere Gebühr nehmen, aber daß man hier eine unterschiedliche Berechnung eintreten läßt, wo dasselbe geboten wird, vermag ich nicht einzusehen.

Stadt. W a h r e n d o r f : Die Ansichten der sozialdemokratischen Partei sind allerdings auch bei der Sitzung d im Rechtsausschuß vorgetragen worden, als aber der Herr Oberbürgermeister seine Gründe vorgetragen hatte, machten sich die Vertreter dieser Partei auch diese Gründe zu eigen und so ist der Beschluß im Rechtsausschuß zustande gekommen. Ich muß mich deshalb wundern, daß heute ein anderer Antrag eingebracht wird und die sozialdemokratischen Vertreter sich total anders aussprechen als im Ausschuß.

Nun meinte Herr Dr. Jasper, der prozentuale Aufschlag in der 1., 2. und 3. Klasse sei verschieden. Das ist ja tatsächlich der Fall, aber ich bitte zu bedenken, zu welchen Riesenzahlen wir z.B. bei der Erhöhung der Beamtengehälter hätten kommen müssen, wenn wir bei jedem früheren Gehalte die gleichen Prozente aufgeschlagen hätten. Eine solche Ausrechnung würde unendliche Schwierigkeiten machen und wir kämen aus dem Rechnen garnicht heraus. Der Rechts-

aus-

ausschuß hat sich eingehend mit der Sache befaßt und ganz zuletzt einmütig den Beschluß gefaßt, der vorgeschlagenen Gebührenordnung zuzustimmen. & Uns kann es hauptsächlich doch nur darauf ankommen, daß eine wirtschaftliche Führung der Verwaltung ermöglicht wird, und irgendwo muß doch das Geld herkommen.

Stadt.Dr. J a s p e r: Ich glaube, der Herr Berichterstatter stellt sich ein schlechteres Schulzeugnis aus, als er verdient, wenn er meinte, er könnte durch die Prozentrechnung nicht durchfinden, da für jede Einzelgebühr ein neues Rechenexempel gemacht werden müßte. Sie sagen, statt der 6 Mark sollen 30 Mark genommen werden, statt 50 Mark 125 Mark und statt 120 Mark 300 Mark. Bei jedem Satze nehmen Sie einen anderen Prozentsatz. Ich weiß nicht, was das anders ist als Willkür. Demgegenüber greife ich die Anregung des Herrn Jahns auf, der kritisierte, daß eine Staffelung in den einzelnen Klassen bei Benutzung der Kapelle für eine Trauerfeier vorgenommen wird. Es wäre meinen Wünschen entsprechend, wenn hierbei gleichmäßig verfahren würde. Ich glaubte aber, den Wünschen Ihrer Kreise in gewissen Umfange entgegenzukommen, wenn ich meinen Antrag an das Bestehende anlehnte. Die Ordnung, die Sie geschaffen haben, wollte ich als der damaligen Zeit entsprechend zugrunde legen und nur der

Teu-

Teuerung der Zeit Rechnung tragen durch angemessene Aufschläge, wie das bei anderen Gelegenheiten auch geschehen ist. Das ist zwar nicht durchgreifend, nicht ideal, sondern geschieht nur in Anlehnung an das geschichtlich ~~ge-~~<sup>wordene</sup> ~~der~~ Herr Oberbürgermeister und auch Herr Stegmann hat in gewissem Umfange anerkannt, daß unter unsern Mitbürgern noch sehr der Drang nach einer Klasseneinteilung besteht, und auch diesem Wunsche muß man Rechnung tragen.

Im übrigen bin ich durch die Ausführung des Herrn Oberbürgermeisters nicht anderer Auffassung geworden. Ich glaubte zum Teil auch mehr einen Vertreter des Kirchenkassenkollegiums zu hören als den Vertreter unserer Stadtgemeinde. Der Herr Oberbürgermeister hat angeführt, daß die Familiengräber zum größten Teil mit anderen Sätzen angesehen würde, als in dem Gebührenverzeichnis vorgesehen ist. Ich freue mich dessen und möchte darauf hinweisen, daß mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt ist, daß infolge des Vorhabens einer anderen Gebührenregelung ein gewisser Andrang nach

Fa-



Familiengräbern vorzuherrschen scheint. Man meint, die Gebühren werden mit einer weitergehenden Teuerung auch weiter gesteigert werden und nimmt ein Familiengrab, damit man einer weiteren Steigerung enthoben ist. Es ist das eine gewisse wirtschaftliche Vorsorge, die vielleicht von den zuständigen Herren auf der anderen Seite beachtet werden muß. Wenn ich gesagt habe, <sup>der</sup> ~~das~~ Herr Oberbürgermeister sei auf die Seite der Kirchenkasse getreten, so bezog sich das darauf, daß er meinte, die Stadt müßte eigentlich für die Armen, die auf Stadtkosten zu beerdigen sind, der Kirchenkasse mehr überweisen, als die Gebühr beträgt. In dem wirtschaftlichen Interesse unserer Stadt liegt das nicht; ich sehe nicht ein, warum wir höhere Gebühren zahlen sollten als jeder d einzelne. Bei der ganzen Bewertung des Verhältnisses scheint der Herr Oberbürgermeister zu wenig zu beachten, daß doch der Grund und Boden für den Friedhof von der Stadt angeschafft ist. Als wir eine der letzten Anschaffun-  
gen

gen machten, regte ich an, man möchte das nicht der anderen Seite zur Verfügung stellen, sondern da der Bedarf augenblicklich befriedigt sei, das neu zu beschaffende Gelände in städtischer Regie zu behalten suchen und einen gemischten wirtschaftlichen Betrieb einrichten. Das erklärte aber der Herr Oberbürgermeister für faktisch unmöglich. Ich bedauere, daß es nicht geschehen ist. Gewisse Schwierigkeiten sind dabei allerdings vorhanden und die möchte ich durch den ersten Teil meines Antrages beseitigt wissen.

Zum Wort gemeldet habe ich mich aber hauptsächlich, um eine Richtigkeits-Stellung vorzunehmen. Die 200 v.H., die aufgeschlagen werden sollen, sind nicht gemeint, als von den ~~4~~ letzten Gebührensätzen zu nehmen, sondern von den früher erhobenen, die in der Vorlage schwarz gedruckt sind. Daneben haben Sie die roten Zahlen, die für die Zwi-  
schen-  
erhöhung eingetragen sind, die die 3.Klasse nicht in demselben Umfange traf. Ich wollte mit dieser

Fas-

Fassung meines Antrages dem Vorwurf begegnen, daß die Zwischenerhöhung andere prozentuale Zuschläge nötig mache. Auch der Herr Oberbürgermeister führte an, daß damals die 3. Klasse nicht erhöht sei, und weil das durchgesetzt ist, werde die prozentuale Erhöhung ganz anders wirken.

Dieser Einwand wird hinfällig, wenn man zurückgreift auf den früheren <sup>a</sup>Allgemein<sup>-en</sup>stand, der in schwarz gedruckt ist und davon <sup>a</sup>Allgemein<sup>-en</sup>zuschläge von 200 v.H. festsetzt. Dann ist die Zwischenerhöhung unberücksichtigt geblieben und finanziell ein ausreichendes Ergebnis erzielt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper veranlassen mich, darauf hinzuweisen, daß ich bedauerlicherweise sagen muß : Zwei Seelen wohnen in meiner Brust. Ich bin durch Gesetz, nicht nur Kirchen- sondern auch Staatsgesetz, verpflichtet, als Vorsitzender des Stadtkirchenausschusses die Geschäfte des Stadtkirchenverbandes zu verwalten. Ich kann nicht sagen: „Ich bin nur der Oberbürgermeister der Stadt,“ sonst würde ich meine andere Verpflichtung verletzen. Ich muß versuchen, auszugleichen, und es ist schwer, in solchen Fällen die rechte Mitte zu finden. Wenn mir das nicht immer gelingt, so frage ich : Wo ist ein Mensch, dem alles gelingt ?

Die Festsetzung der verschiedenen Gebühren für die verschiedenen Klassen bei Benutzung der Kapelle hängt damit zusammen, daß die Vertreter der Kirche, die natürlich auch einen gewissen

Ge-

Geschäftssinn haben, sich auf den Standpunkt gestellt haben: Wenn einige Leute in der Lage sind, für ihr Begräbnis mehr zu bezahlen, wenn sie auf dem Friedhofe durch Aufführung von Denkmälern, die 30 000 M kosten, zeigen, daß sie viel Geld ausgeben können, dann können auch wir sie bei dieser Gelegenheit stärker besteuern als die andern. Das ist ein Grundsatz, gegen den Sie nichts werden sagen können.

Nun hat Herr Dr. Jasper die Frage der Erwerbung des Grund und Bodens ~~auf~~ für die Friedhöfe gestreift, und da möchte ich erinnern an das alte Wort : Interdum dormitat bonus Homerus - „Zuweilen schläft selbst der ~~große~~ Homer.“

Meine Herrschaften, nicht die Stadt hat den Grund und Boden des Hauptfriedhofes bezahlt, sondern die Kirche. Allerdings hat sie ihn nicht bar bezahlen können, und daher rührt ihre gewaltige Schuldenlast, denn sie hat eine Erweiterung nach der

der anderen vornehmen müssen. Zum Teil sind die für den Grundbesitz nötigen Kapitalien bezahlt durch die Summen, die für die dauernde Unterhaltung der Gräber eingezahlt sind, und die hiernach erwachsene Verpflichtung wäre natürlich auch eine solche, die die Stadt übernehmen müßte. <sup>von</sup> Die Beteiligung bei der Anschaffung des Grund und Bodens hat sich darauf beschränkt, daß sie bei der ersten Anschaffung einen Zuschuß von 300 000 M geleistet hat, ~~und~~ der Staat hat <sup>4000</sup> ~~40 000~~ M zugeschossen, weil ein Sektionszimmer eingerichtet ist. Im Laufe der Jahre ist aber für den Friedhof über 1 Million Mark aufgewandt, sodaß man nicht sagen kann, die Stadt habe der Kirche den Friedhof zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Jasper beantragt, dem zuzustimmen, daß die alten Sätze um 200 % erhöht werden. Herr Dr. Jasper ist doch Finanzmann, und ich frage ihn : Will er die Verantwortung dafür übernehmen, daß

die

die Friedhofsverwaltung, weil sie kein Geld mehr hat, erklärt: Wir können nicht weiter wirtschaften. Es ist im vorigen Jahre <sup>1919/20</sup> ~~trotz der erhöhten~~ ~~Gebühren~~ ein Defizit von mehr als 111 000 M entstanden, das ungeachtet der im März beschlossenen <sup>am</sup> ~~Gebührenerhöhung~~ <sup>des letzten Rechnungsjahres</sup> ~~Ende dieses Jahres~~ auf 153 000 M gestiegen ist. Dazu kommt noch die Erhöhung der Löhne um jährlich 60 000 M, sodaß demnächst mit einer Unterbilanz von 220 000 M <sup>müß</sup> gerechnet werden ~~muß~~. Eine Gebührenerhöhung ist also unter allen Umständen nötig. Wir haben hin und her überlegt, in welcher Weise sie vorgenommen werden soll. Die vorgeschlagenen Sätze <sup>sind</sup> nicht willkürlich gewählt, sondern es ist maßgebend gewesen, daß wir die Gebühren in den unteren Klassen nicht zu stark erhöhen. In früheren Jahren sind — wenn ich nicht irre — 80 - 90 000 M für Löhne ausgegeben, und jetzt zahlen wir wohl 470 000 M Zuschuß zur Unterhaltung des Friedhofes. Wohin soll das führen?

Es

Es ist mir unangenehm, daß wir fortwährend mit diesen Gebührenerhöhungen kommen müssen, aber wir können doch <sup>im Friedhof</sup> ~~die Sache~~ nicht zugrunde gehen lassen. Auch wenn Sie dem Antrage Jasper zustimmen, muß ich <sup>klären</sup> ~~erinnern~~, daß ich beim besten Willen nicht der Kirche anheimgeben kann, mit einer so geringen Gebührenerhöhung sich einverstanden zu erklären, aber ich will, wenn Sie es wünschen, versuchen, ein Übereinkommen anzustreben, nach dem der Friedhof auf die Stadt übergeht, denn das halte ich für beide Teile wünschenswert. Nachdem der Grundsatz der Kommunalisierung der Friedhöfe in das Reichssozialisierungsgesetz aufgenommen ist, kann es sich nur um die Frage drehen : Soll um den Hauptfriedhof ein Kampf zwischen der ~~politischen~~ Gemeinde und dem Kirchenverbande entbrennen, oder wollen sich die beiden zuständigen Organe schiedlich friedlich auseinandersetzen.

Ich



Ich würde dafür sein, daß man in aller Ruhe überlegt, unter welchen Bedingungen die Kirche ihre Rechte aufrechterhalten und doch mit der Stadt zu einem guten Einvernehmen kommen kann, nachdem ein Abkommen getroffen wird, durch das der Friedhof an die Stadt abgetreten ~~werden~~ *wird.*

Stadtv. S t e g m a n n : Ich möchte zu den Worten des Herrn Jahns bemerken, daß es selbstverständlich nicht unserm Ideal entspricht, daß diese klassenweisen Beträge beibehalten werden. Nach unseren Grundsätzen fordern wir Übernahme des <sup>er</sup>Gesamtbeerdigungswesens auf Kosten der Gesamtheit. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nicht ganz verwirklicht werden, wir müssen uns bescheiden mit dem, was möglich ist.

Der Herr Oberbürgermeister sieht zu schwarz, wie ich glaube. Wenn die Erhöhung der Gebühren nach dem Antrage des Herrn Dr. Jasper durchgeführt wird, so wird die Kirchengemeinde dabei kein schlechtes Geschäft machen; ich glaube kaum, daß das Ergebnis ungünstiger ausfällt als bei den von der Kommission angenommenen Vorschlägen.

Nun Herr Warendorf. Er sagte, die sozialistischen Vertreter hätten ihre Ansicht nach der

Kommissions-

Kommissionsberatung geändert. Das muß ich für meine Person ablehnen. Ich habe den Antrag gestellt, die Gebühr für die 3.Klasse auf 15 M zu erhöhen, und denselben Antrag wollte ich auch hier stellen. Weil nun aber der Antrag des Herrn Dr. Casper weitgehender ist, trete ich dafür ein, und dieses Recht müssen Sie mir zugestehen. Soviel ich weiß, haben die Vertreter der Rechtssozialisten in der Kommissionssitzung nicht anders als ich gestimmt, von Herrn Bartels z.B. weiß ich, daß er mit mir gestimmt hat. Ich bitte, nicht derartige Äußerungen in die Welt zu setzen, die man nicht beweisen kann.

V o r s i t z e n d e r : Herr Jahns hat seine Anregung in einem Antrage formuliert. Er lautet:

„Für die Benutzung des Hauptraums der Kapelle sind einheitliche Gebühren für Bestattungen 1. - 3. Klasse in Ansatz zu bringen.“

In der Abstimmung melden sich für den Antrag des Rechtsausschusses 12 Stadtverordnete, für den Antrag Jasper 15.

V o r s i t z e n d e r : Ich glaube, die Annahme des Antrages Jasper schließt den Antrag des Herrn Jahns nicht aus, der sich nur auf einen kurzen Abschnitt der Ordnung bezieht.

Der Antrag Jahns wird von der Versammlung angenommen.

4. Antrag Stegmann auf Instandsetzung der  
geteerten Befestigung des Fußweges am  
Bienroder Wege.

V o r s i t z e n d e r : Die Baukommission  
hat beschlossen, zu beantragen: die geteerte  
Befestigung des fraglichen Fußweges bis zum Wasser-  
werk ist zu erneuern.

Ohne Meldungen zum Wort; stillschweigend  
angenommen.

5. Beitritt der Stadt zur Vereinigung  
„Deutsches Hygiene-Museum“.

V o r s i t z e n d e r : Der Beitritt wird  
vom Finanzausschuß empfohlen und der Jahresbeitrag  
ist auf 150 M festgesetzt.

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.

6. Zuschuß zur Sterbekasse für städtische  
Beante.

V o r s i t z e n d e r : Es wird vom Rat der Stadt beantragt, den diesjährigen Zuschuß von 200 M noch über den 1. April 1922 hinaus bis auf weiteres zu gewähren. Der Finanzausschuß hat zugestimmt.

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.

7. Änderung des Teilortsbauplans vom nord-  
westlichen Aerkeröderfeld.

V o r s i t z e n d e r : Es wird um Zustimmung zu der vorgeschlagenen, im Plane vermerkten Änderung ersucht. Der Plan ist dort ausgehängt. Der Bauausschuß empfiehlt die Genehmigung.

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.

8.

8. Überlassung zweier Räume im städtischen  
Hause Wilhelmstr.21 an das Wirtschaftsamt  
der Technischen Hochschule.

V o r s i t z e n d e r : Die im Hause Wilhelmstr.21 belegenen beiden Räume - Küche und Speiseraum - sollen bis auf weiteres dem Wirtschaftsamt der Technischen Hochschule für die Speisung minderbemittelter Studenten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Zur Instandsetzung der Räume sind 1300 M erforderlich. Der Bauausschuß hat dem Antrage zugestimmt.

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.

9. Anschluß des Schellerschen Fabrikgrund-  
stücks in Lehdorf an die städtische  
Wasserleitung.

V o r s i t z e n d e r : Es handelt sich um

den

den Anschluß der auf Lehdorfer Feldmark liegenden Schellerschen Tinten- und Farbenfabrik. Der Anschluß wird befürwortet unter der Bedingung, daß Scheller einen um 60 % höheren Wasserpreis zahlt als die hiesigen Einwohner. Die Finanzkommission hat dem Antrage zugestimmt.

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.

10. Nachverwilligung von Kosten für Instand-  
setzungsarbeiten in einem Nebengebäude  
des städtischen Grundstücks Nickelnkulk 12.

V o r s i t z e n d e r : Die Kosten der Instandsetzung des fragl. Gebäudes betragen 6777,12 M während nur 6600 M verwilligt waren. Es sind daher 177,12 M nachzuverwilligen. Die Baukommission hat keine Einwendungen zu machen.

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.



11. Urlaubsregelung für die städtischen  
Beamten und Angestellten betreffend.

Stadtv. J a h n s : Meine verehrten Damen und Herren ! Das Reich hat für das Jahr 1921 Grundsätze aufgestellt bezüglich der Gewährung von Erholungsurlaub für seine Beamten, und durch das Staatsministerium ist für das Land Braunschweig eine gleichartige Bestimmung erlassen. Diese Grundsätze gehen davon aus, daß einesteils das Alter des betreffenden Beamten für die Länge des Urlaubs maßgebend sein soll, und es sind dafür Grenzen beim 30. und 40. Jahre gesetzt, und ~~das~~ <sup>soll</sup> andernteils die Besoldungsgruppe, zu der der Beamte gehört, mit bestimmend sein ~~soll~~. Nach dem hiernach aufgestellten Verzeichnis würden je nach den vorliegenden Umständen 21 - 42 Tage, also 3 - 6 Wochen Urlaub zu gewähren sein. Die städtischen Beamten und Angestellten haben nun in einer Eingabe

ge-

gebeten, sie inbezug auf Urlaubsgewährung nicht schlechter zu stellen als die Beamten und Angestellten des Reiches und des Staates und einem gleichartigen Tarif die Zustimmung zu geben. Man mag über die Urlaubszeiten denken, wie man will - ist doch selbst vom Beamtenrat Einspruch erhoben gegen die Art der Berechnung des Urlaubs, indem man nicht anerkennen will, daß den Beamten der höheren und höchsten Besoldungsgruppen ein bedeutend längerer Urlaub gewährt werden soll als den unteren Beamten - , so muß man doch den Standpunkt einnehmen, daß die städtischen Beamten nicht schlechter zu stellen sind als die Reichs- und Staatsbeamten und man deshalb dem Ersuchen der städtischen Beamten stattgeben solle. Es handelt sich nur um eine einstweilige Bestimmung für dieses Jahr. Der Rechtsausschuß war bei der Abstimmung über das Gutachten, das vom Rat der Stadt in dieser

Sache

Sache verlangt wird, nicht einig; die Hälfte seiner Mitglieder war für und die Hälfte gegen die Annahme der Vorschläge, einige Mitglieder haben sich überhaupt der Abstimmung enthalten. Die Entscheidung muß also dem Plenum überlassen bleiben. Ich für meine Person bitte, den Anträgen der Angestellten stattzugeben.

Stadtv. S t e g m a n n : Der Herr Vorredner hält es für selbstverständlich, daß die städtischen Beamten den Reichs- und Staatsbeamten gleichgestellt werden, und auf den ersten Blick hat das auch etwas für sich; immerhin müssen doch aber die vorliegenden Verhältnisse mit berücksichtigt werden. Im Rechtsausschuß war man sich darüber einig, daß diese Neuregelung zweifellos erhebliche Schwierigkeiten mit sich ~~begr~~ bringen würde; wenn die Ferien für die Beamten auf 3 - 6 Wochen ausgedehnt werden, so wird es wohl kaum möglich sein, daß eine gegenseitige Aushilfe und Vertretung auf eine solche lange Dauer stattfinden kann. Allerdings haben die Beamten zugesagt, dies machen zu wollen, aber ein Teil der Beamten, unter ~~d~~ ihnen die Ratsdiener, haben auch bereits erklärt, daß sie unter keinen Umständen sich gegenseitig vertreten könnten. Sie verlangen also für die Urlaubszeit Vertretung, und ich zweifle nicht daran, daß in verschiedenen

Büros

Stadtv. R e i s s n e r : Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Ihnen vom Herrn Berichtserstatter auferlegte Entscheidung wird Ihnen nicht schwer werden. Sie haben gehört, daß es sich lediglich um eine Gleichstellung der städtischen Beamten und Angestellten mit denen des Reiches und Staates handelt, und wie da zu entscheiden ist, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Es werden dieselben Arbeiten von den Kommunalbeamten verlangt, und deshalb müßten sie genau so bezahlt werden und auch der Erholungsurlaub ihnen in der gleichen Weise gewährt werden wie den Reichs- und Staatsbeamten. Ich bitte Sie, zu beschließen, daß die Kommunalbeamten bezüglich der Gewährung von Erholungsurlaub den übrigen Beamten gleichgestellt werden.

Büros dasselbe verlangt werden wird. Mögen es vorläufig auch nur einzelne sein, so werden sich doch später andere diesem Verlangen anschließen. Man muß die Dinge betrachten, wie sie wirklich liegen. Wenn jemand 4 - 6 Wochen aus seinem Büro ausscheidet, wird es kaum möglich sein, daß auf eine so lange Zeit die Kollegen ihn vertreten, und so wird Arbeit liegen bleiben oder es muß eine Vertretung angenommen werden, was der Stadt eine ganze Summe Geld kosten muß: Überhaupt kann mir das neuaufgestellte System nicht gefallen, während ich dem jetzigen System, bei dem nach dem Alter des Beamten die Feriendauer bemessen wird, mehr zugeneigt bin. Jetzt soll es nicht nur nach dem Alter, sondern auch nach der Gehaltsgruppe gehen, und jede höhere Gruppe längere Ferien haben. So sind nach den Besoldungsgruppen 4 Klassen eingeteilt, deren Ferien verschieden lang sein sollen. Ich dagegen meine, daß die Beamten, mögen es nun

untere

untere oder obere Beamte sein, wenn sie in demselben Alter stehen, auch die gleich lange Urlaubsdauer bekommen müssen, wie es bisher gewesen ist. (Sehr richtig!) Nun ist noch zu bedenken, daß die Beamten nicht allein für die Stadt Dienst tun, sondern wir sind bereits dazu übergegangen, auch den städtischen Arbeitern Ferien zu gewähren. Diese Forderung müssen wir erheben, daß ihnen in gleicher Weise Erholungsurlaub gegeben wird, und da die Arbeiter noch weniger wie die Beamten einander vertreten können, so wird die ganze Einrichtung ein gewaltiges Stück Geld kosten. ~~Es wird~~ <sup>Ein</sup> Gasarbeiter, der während seiner Arbeit in einer ungesunden Atmosphäre steht oder ein Arbeiter, der sich auch bei schlechtem Wetter draußen plagen muß, <sup>hat</sup> den Erholungsurlaub eigentlich nötiger haben als jemand, der bei seiner Arbeit im warmen Büro sitzt. Wenn Sie dem Antrage der Beamten und Angestellten zustimmen, verlangen wir, daß die Urlaubs-

ge=

gewährung auch auf die Arbeiter ausgedehnt wird.

Auch wenn wir vor der Wahl stehen und gesagt werden

wird: „Da seht ihr, was für Beamtenfreunde die

*Unabhängigen*  
~~Sozialdemokraten~~ sind“, so soll uns das nicht

anfechten. Uns können Sie nicht den Vorwurf machen,

daß wir Reaktionäre sind. Die Sozialdemokraten

sind von jeher dafür eingetreten, daß das Ferien-

system eingeführt wird. Vorher war es nur für die

*Sonne folgen die unteren Beamten nicht*  
~~oberen Beamten vorhanden, erst seit dem letzten~~

~~Jahrzehnte sind die unteren Beamten mit in diese~~

~~Vergünstigung einbezogen. Es ist nichts dabei zu~~

~~tachen, erst seit etwa 10 Jahren bürgert es sich~~

*in den oberen Kreisen der Beamten und der Luftflotte*  
~~langsam ein, aber es ist noch nicht ganz durchge-~~

~~führt. Seit einigen Jahren <sup>F</sup>ist es in die Arbeiter-~~

~~kreise gekommen, zuerst bei den Buchdruckern,~~

und wir Sozialdemokraten und die freien Gewerk-

schaften sind dafür eingetreten. Der Vorwurf, daß

wir uns in dieser Sache *nicht* beamtenfreundlich gezeigt

hätten, kann uns also nicht treffen. Doch als

Stadt-

*Erzwingt die Unabhängigkeit, nachdem man auf  
in die Arbeiterkreise ist.*



Stadtverordnete haben wir die Pflicht, darauf zu sehen, daß die Interessen der Stadt vertreten werden und nicht Summen bewilligt werden, die die Stadt nicht leisten kann. Ich erinnere daran, daß in der vorigen Sitzung, als wir den Baukontrolleur anstellen wollten, uns die Sparsamkeitstheorie gepredigt wurde, hier aber wollen Sie ~~das~~ ~~ausgeben~~ <sup>sonst eine große Summe aufgeben.</sup> ohne ~~weiteren~~ Bedenken. Ob die verlängerten Ferien den Beamten oder der Stadt viel Nutzen bringen werden, möchte ich bezweifeln. Zahlreiche Beamte sind der Meinung, daß es durchaus praktisch ist, wie es bisher gewesen ist, und daß dieser Zustand beizubehalten wäre. Wir werden <sup>also</sup> dafür eintreten, daß das Feriensystem, wie es bisher <sup>iblich</sup> ~~bestanden hat~~, vorläufig weiter bestehen bleibt.

Stadtv. R e i s s n e r : Ich habe nochmals um das Wort gebeten, um darauf aufmerksam zu machen, daß gerade bei den Verkehrsanstalten des Reiches, bei der Post und Eisenbahn, es ohne weiteres möglich ist, diesen verlängerten Urlaub durchzuführen. Wieviel mehr muß es dann bei der inneren Stadtverwaltung möglich sein. Woher sollten denn die vielen Vertretungen kommen? Ich will über das System, wie es vom Reiche in die Welt gesetzt ist und über seine Vorzüge und Mängel nicht sprechen. Ich bitte nur, die Kommunalbeamten nicht immer und immer wieder schlechter zu stellen als die Reichs- und Staatsbeamten. (Sehr richtig!)

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte diejenigen, die dafür sind, die Ferien so zu gewähren, wie es in der Reichsverordnung vorgeschrieben ist, die Hand zu erheben.

(Geschicht.)

Das sind 9 Stimmen - die Minderheit.

Stadtv. J a h n s : Die Stadtverordneten sollen keinen Beschluß fassen, sondern nur gutachtlich gehört werden. -

Ich bitte um die Gegenprobe bei der Abstimmung, es könnten sich manche der Stadtverordneten der Stimme enthalten haben.

89<sup>b</sup>

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß die Gewährung der Ferien in der bisherigen Form weitergehalten wird, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das sind 18 Stimmen.

12. Einrichtung eines Licht- und Luftbades  
neben der städtischen Badeanstalt.

V o r s i t z e n d e r : Die Kosten für das im Anschluß an die sog. Zivilbadeanstalt im Bürgerpark auszuführenden Bades belaufen sich auf 29 000 M., um deren Bewilligung vom Rat ersucht wird. Der Bauausschuß hat seine Zustimmung gegeben.

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.

13. Erhöhung der Vergütungssätze an die  
Schulärzte.

V o r s i t z e n d e r : Der Vergütungssatz für die Schulärzte soll rückwirkend vom 1. Oktober 1920 ab auf 2,50 M im Jahre für das zu Überwachende Schulkind festgesetzt werden. Der Schulausschuß stimmt dem Antrage zu.

Stadtv. R ö n n e b u r g : Ich kann mich mit dem Vorschlage, der in dieser Sache gemacht worden ist, nicht befreunden und möchte mich dafür aussprechen, daß anstelle der nebenamtlichen schulärztlichen Betätigung ein anderes Verfahren gesetzt wird, nämlich die Anstellung von festen Schulärzten. Die Stadt Helmstedt ist bereits dazu übergegangen, einen Schularzt im Hauptamt anzustellen, und nach meiner Auffassung <sup>ist es nötig,</sup> ~~rechtfertigt es~~ ~~sich daraus,~~ <sup>daß</sup> ~~wenn~~ auch wir zu einer ähnlichen Maßnahme schreiten. Nehmen wir an, daß in Braunschweig 4 Schulärzte hauptamtlich angestellt werden, so erfordert das nach dem heutigen Stande der Besoldungsverhältnisse einen jährlichen Betrag von 120 - 125 000 M., und diese Summe würde wirklich zweckentsprechend angewandt sein. Von der jetzigen Art der Betätigung der Schulärzte verspreche ich mir so gut wie gar nichts, sie ist im wesentlichen unwirksam. Sie läuft auf eine Beobachtung der

Kinder

Kinder hinaus, mit der uns nur in ganz unwesentlichem Maße gedient ist. Wenn Sie berücksichtigen, daß das Schulwesen der Stadt Braunschweig heute einen Etat hat, der an 10 Millionen Mark grenzt, so würde die ärztliche Überwachung der städtischen Schulkinder - es sind zwischen 15 - 16 000 - die Aufwendung der ebengenannten Summe sehr wohl rechtfertigen. Ich denke mir die Sache so, daß einem jeden der angestellten Ärzte ein bestimmter Bezirk zugewiesen wird und er dann die regelmäßige Untersuchung und Überwachung der Kinder sehr wohl ausführen kann, daneben auch die Untersuchung der Kinder, deren Versickung auf das <sup>Land</sup> Dorf oder in Heilbäder stattfinden soll. Sodann muß der Schularzt an bestimmten Stunden in der Woche für die Eltern zu einer Besprechung zur Verfügung stehen. Wenn wir das System voll ausbauen wollten, dann müßte zu dieser schulärztlich dauernden Überwachung hinzukommen ein gewisser Behandlungszwang, denn erst

erst dann kann man sich dauernd Erfolg von dieser Einrichtung versprechen. Wenn irgendwie der Zeitpunkt gegeben war, auf diesem Gebiete Durchgreifendes zu schaffen, soweit es unsere Verhältnisse zulassen, dann ist es gerade die jetzige Zeit, in der der Gesundheitszustand der Kinder bestimmter Kreise so traurig ist, wie es in langen Jahren nicht der Fall gewesen ist. Will man wirklich den vorhandenen überaus großen Miß- und Notständen abhelfen, so ist das nur auf dem vorgeschlagenen Wege möglich. Ich bitte Sie, Gelegenheit zu nehmen, über die bisherige schulärztliche Tätigkeit mit Lehrern zu sprechen, die sie längere Zeit beobachtet haben, dann werden Sie hören, daß einzelne Schulärzte in dem engen Rahmen, der ihnen gezogen ist, sich weitgehend bemühen, den Aufgaben ihres Amtes gerecht zu werden. Aber selbst das allergrößte Bemühen, den besten Willen vorausgesetzt, läßt

ihnen



ihnen ihre jetzige Bezahlung und der jetzige Umfang ihrer sonstigen Tätigkeit - da die schulärztliche Tätigkeit nur nebenbei ausgeübt wird - nicht Zeit und Raum genug für ein ersprießliches Schaffen. Sehr oft aber ist die ärztliche Überwachung in der jetzigen <sup>eine solche</sup> Form, daß weite Kreise der Lehrerschaft jenes harte Urteil fällen, daß *man* von der bisherigen Betätigungsweise eine praktische Wirkung ~~man~~ sich überhaupt nicht versprechen kann. Deswegen müßte in Überlegung gezogen werden, etwas zu schaffen, von dem man sich eine Wirkung versprechen kann.

Stadtrat S c h a p e r : Herr Rönneburg hat den Erfolg der Tätigkeit der Schulärzte in Frage gestellt oder ganz verneint. Dem muß ich widersprechen. Ich habe lange in der Schule gestanden und weiß, daß viele Wünsche der Lehrerschaft bezüglich der Tätigkeit der Schulärzte nicht erfüllt worden sind. Aber ich muß doch sagen, daß ich ~~in der Zeit, wo ich mit Schulärzten zusammen-~~  
~~gearbeitet habe,~~ ihrer Tätigkeit <sup>nur</sup> viel Erfolg zusprechen muß; sie ha~~ben~~<sup>ben</sup> der Schule viele und große Dienste erwiesen. Die Lehrerschaft wünscht vom Interesse der Schulkinder aus, daß vom Schularzt die Mängel in der Gesundheit nicht bloß festgestellt werden, sondern daß sie auch beseitigt werden möchten - das habe ich in meiner Vorlage eingehend ausgeführt - , und dieser Wunsch ist durchaus berechtigt. Aber es liegt keine Möglichkeit vor, ihn zu erfüllen. Auch ein Schularzt im Hauptamt würde

würde die Kinder nicht behandeln; die Ärzte sträuben sich mit aller Entschiedenheit dagegen. Ich habe durch den Deutschen Städtetag eine Umfrage in dieser Sache veranstalten lassen und habe Material aus ganz Deutschland erhalten. Es geht daraus hervor, daß in keiner einzigen Stadt die Schulkinder von den Schulärzten behandelt werden; nur in Chemnitz dürfen die Schulärzte die Kinder dann behandeln, wenn Verlausung oder eine ansteckende Krankheit vorhanden ist, sonst aber nicht. Ich habe auch selber mit verschiedenen Ärzten und Vertretern von Ärztevereinigungen gesprochen; alle sagen sie: „Auf eine Behandlung ~~der Minderjährigen~~ ~~durch die Schulärzte~~ lassen wir uns nicht ein, auch wenn das von einem gewissen Standpunkt aus zu wünschen wäre, wir würden sonst den schärfsten Widerspruch bei unseren Berufskollegen erfahren.“ Ich glaube, daß eine ärztliche Behandlung solcher Schulkinder, die dafür vom Schularzt bezeichnet werden

werden, sich nur erreichen läßt, wenn die Familienversicherung bei der Krankenkasse in erweitertem Maße durchgeführt wird. Diesen Gedanken habe ich ja auch in der Vorlage zum Ausdruck gebracht.

Bei der Beantwortung der Umfrage, die der Deutsche Städtetag erlassen hat, sind verschiedene Gutachten abgegeben über das System der Schulärzte im Neben- und im Hauptamte. Darunter befindet sich ein längeres Gutachten von einem Medizinalamte, in dem behauptet wird, daß das System der <sup>neben</sup> ~~haupt~~-amtlichen Schulärzte auch vom Standpunkt der Tätigkeit der Schulärzte aus durchaus vorzuziehen sei. Ich habe das auch in der Vorlage mit angeführt. Ein Schularzt kann nicht mehr als 100 Untersuchungen an einem Tage vornehmen, weil das Unterscheidungsvermögen für feinere Geräusche an Herz und Lungen mit der Zunahme der hintereinander ausgeführten Untersuchungen immer mehr schwindet. Es weist dieses Gutachten ferner darauf hin, daß Schulärzte im

Hauptamt

Hauptamt wohl in kleinen Städten angebracht seien, wo sie zugleich das Amt eines Stadtarztes versehen und in der sozialpolitischen Fürsorge mit tätig sein können. Das würde also für Helmstedt passen, aber nicht für Braunschweig. Ich glaube auch, daß die Tätigkeit der Schulärzte bei uns dadurch erfolgreicher gestaltet worden ist, daß wir Schulpflegerinnen angestellt haben - allerdings haben wir davon noch nicht genug. Sie sollen bei der Untersuchung der Schulkinder zugegen sein, sollen sich das Urteil notieren, welches der Arzt über den Gesundheitszustand des Kindes fällt. Wenn eine ärztliche Behandlung des Kindes sich als notwendig erweist, sollen sie in das Elternhaus gehen und von dem Ergebnis der ärztlichen Untersuchung Mitteilung machen, zur Aufsuchung eines Arztes auffordern oder angeben, welche Behandlung mit dem Kinde im Elternhaus vorzunehmen ist, daß vielleicht das Kind viel liegen muß, daß es viel Milch trinken

soll

soll usw. (Zuruf: Wenn sie da ist!) Ich hoffe, daß unsere Milchquellen in Zukunft stärker fließen als bisher. Es ist also zu erwarten, daß wir mit dem System der Schulpflegerinnen in Verbindung mit den Schulärzten gute Erfahrungen machen werden.

Sodann hat Herr Rönneburg die finanzielle Frage angeschnitten und hat angegeben, wieviel wir für Schulärzte im Hauptamt ausgeben müßten. Bei der vorgeschlagenen Aufbesserung der nebenamtlichen Schulärzte kommen wir auf einen Kostenpunkt von 40 000 M., für hauptamtliche Schulärzte aber müßten wir, wie Herr Rönneburg erwähnt hat, ungefähr 120 000 M. ausgeben, also wesentlich mehr. Wenn wir die Schulärzte so besolden, wie wir in der Vorlage vorgeschlagen haben, dann können wir auch von ihnen verlangen, daß sie voll und ganz ihre Pflicht tun. Sie tun das heute schon, aber im Unterbewußtsein denken sie <sup>sie</sup> mehr an ihre Privatpraxis, als für ihre Tätigkeit in der Schule gut ist.

Wenn

Wenn wir ihnen aber eine ausgiebige Bezahlung zubilligen, dann glaube ich, daß sie ihr V Interesse mehr der Schule widmen als bisher, und so möchte ich empfehlen, daß Sie der Vorlage zustimmen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Meine verehrten Herrschaften ! Wenn man über den Wert oder Unwert einer bestimmten Einrichtung im Zweifel ist, dann kommt es darauf an, diese Einrichtung eine Feuerprobe bestehen zu lassen. Ich sollte meinen, die Einrichtung der nebenamtlichen schulärztlichen Tätigkeit, wie wir sie jetzt haben und wie sie von Herrn Kollegen Schaper verteidigt worden ist, hat vor kurzem die Feuerprobe durchgemacht, als es darauf ankam, in ganz kurzer Zeit ~~bei den~~ <sup>über 30000</sup> ~~die~~ Vorbereitungen zu den Quäker-Speisungen eine Anzahl von 1000 /Schulkindern untersuchen zu lassen. Ich hätte sehen mögen, welches papierne Ergebnis wir erreicht hätten, wenn wir die unglücklichen 4 oder 6 hauptamtlichen Schulärzte mit dieser Sache hätten betrauen müssen. Gerade dadurch, daß wir eine große Anzahl verschiedener Ärzte gewissermaßen als vorgeschobene Posten in den verschiedensten Stadtbezirken, bekannt mit den verschiedenen

Familien



Familien und Schulkindern, besaßen, vermochten wir dieser Aufgabe so rasch und in einer Weise nachzukommen, die sich im großen und ganzen in den ersten 4 Wochen der Quäker-Speisung ~~an~~ für die ausgewählten Kinder als ein besonderer Segen erwiesen hat, und ich kann nicht umhin, der großen Mühe, die sich die Ärzte dabei gegeben haben, aufrichtige Anerkennung zu zollen. Es kommt weiter hinzu, daß viele Ärzte von Zeit zu Zeit von unserem vielerfahrenen, leider seit einiger Zeit erkrankten Stadtarzte unterstützt werden, der sich der Unterweisung der Schulärzte mit besonderem Eifer widmet, und daß wir auf diese Weise mit einer möglichst großen Anzahl von Ärzten in der Schulgesundheit~~en~~ und Wohlfahrtspflege die innigste Fühlung halten. Herr Rönneburg nimmt es mir nicht übel, aber ich habe die Empfindung oder Besorgnis, als ob er ein Prinzip in diesem Falle etwas zu einseitig ver-

fech-

~~fehlt.~~  
~~fehlt.~~ Man muß das Gute wollen um des ~~Guten~~  
~~Willens~~ und es nicht um des Prinzips willen tun.  
Unsere Erfahrung spricht dafür, daß sich mit einer  
großen Zahl von Ärzten, die in frischer, fortge-  
setzter Berührung mit allen Bevölkerungskreisen  
in den Wohnungen der verschiedensten Stadtbezirke  
stehen, mehr erreichen läßt, als wenn man die  
schulärztliche Pflege gewissermaßen auf Draht  
zieht.

V o r s i t z e n d e r : Herr Stadtv.

Stegmann hat folgenden Antrag gestellt :

„Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich für hauptamtliche Anstellung von Schulärzten und erbittet vom Rat baldigst eine diesbezügliche Vorlage.“

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Was Herr von Frankenberg eben sagte, ist zweifellos richtig : man soll <sup>das bittet Rönneburg</sup> ~~die ärztliche Schul-~~  
~~erfüllen mit großer Hülfs-~~  
~~pflege nicht aufrecht ziehen. Aber trotzdem~~  
glaube ich mit Herrn Rönneburg, daß es gut sein wird, wenn wir hauptamtliche Schulärzte anstellen. Meine Partei ist seit Jahrzehnten für Anstellung von Schulärzten eingetreten und hat das jetzige System nur als einen Notbehelf betrachtet. Daß es ein Notbehelf ist, davon lasse ich mich auch durch die eben gehörten Ausführungen nicht abbringen. Es wird dieser nebenamtlichen Tätigkeit hier ein Lob gesungen, aber wenn man längere Zeit beobachtet hat, wie selten die schulärztlichen Untersuchungen stattgefunden haben, so scheint es mir unzweifelhaft, daß man dies Loblied etwas einschränken muß. Die Herren haben eine Privatpraxis, und deshalb ist es begreiflich, daß sie die Schulpraxis nicht so ausgiebig ausüben, wie es sein müßte. Die Gegen-  
gründe

gründe, die in der Ratsvorlage vorgebracht sind, haben etwas Bestechendes für sich. Es wird gesagt, daß dem angestellten Arzte, der an einem Tage 100 Untersuchungen ausführen soll, das <sup>Gefühl</sup>~~Gefühl~~ für die Herztöne verloren gehe. Ich glaube doch, daß solche Schulärzte, die festangestellt sind, ihre Tätigkeit so einrichten können, daß sie nicht gewissermaßen Akkordarbeit verrichten. Neben ihren Untersuchungen haben sie doch eine Anzahl anderer Arbeiten auszuführen, schriftliche Arbeiten und solche, wie sie Herr Rönneburg angeführt hat, sodaß ich glaube, daß der oben angeführte Grund nicht stichhaltig ist. Wenn in dieser Sache etwas Gutes geschaffen werden soll, kann es nur dadurch geschehen, daß hauptamtliche Ärzte angestellt werden. Es mag sein, daß bei den Untersuchungen für die Quäkerspeisungen die Schulärzte tüchtig beigeprungen sind und daß man auch ein gutes Resultat erzielt hat. Wenn nun aber die Untersuchun-  
gen

gen auch wirklich 14 Tage länger gedauert hätten, so hätte das der Sache doch keinen Abbruch getan. Bedauerlich ist es, daß die Schulärzte wohl Untersuchungen vornehmen, aber nicht die geringsten Anordnungen geben und daß sie <sup>keine</sup> Behandlung vornehmen dürfen. Es gibt eine ganze Anzahl Eltern, denen es genügt, wenn sie eine Anweisung vom Arzt bekommen: Ihr Kind hat diese oder jene Krankheit. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, können andere Eltern das nicht ausführen, was die Schulärzte anordnen. Jedenfalls müßten die Schulärzte in leichten Fällen in der Lage sein, die Behandlung vornehmen zu können, vor allen Dingen in solchen Fällen, wo eine Salbe verschrieben wird oder ein leichtes Medikament, Tee oder dergl. Bei schweren Krankheiten will ich <sup>gerne</sup> ja gar keine Behandlung durch den Schularzt verlangen. Wenn die hauptamtlich angestellten Schulärzte wirklich Erfolg haben sollen, müßte eine Regelung erfolgen, <sup>nach der</sup> ~~die~~ bis zu einem

einem gewissen Grade auch die Behandlung durch den Schularzt vorgenommen wird. Ich bitte Sie, den Ratsantrag abzulehnen und meinen Antrag anzunehmen.

Stadtv. R e c t e r : Der Schulausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung sich des langen und breiten mit der Vorlage beschäftigt und ist zu dem Resultat gekommen, Ihnen zu empfehlen, dieser Vorlage zuzustimmen. Was die Frage der hauptamtlichen Beschäftigung der Schulärzte betrifft, so steht die sozialdemokratische Partei seit langen Jahren auf dem Standpunkt, daß sie zu fordern ist, und wenn die ärztliche Überwachung der Schulkinder gut wirken soll, ist die feste Anstellung von Schulärzten das Richtige. Aber das Ding hat doch auch noch eine andere Seite. Auch wenn wir Schulärzte im Hauptamt anstellen und es bleibt bloß bei einer oberflächlichen Untersuchung der Schulkinder, eine Behandlung aber bleibt ausgeschlossen, dann haben wir damit nichts gewonnen. Wenn heute der Schularzt nach einer Untersuchung vorschreibt, das und das muß geschehen, und die Eltern sind bei den heutigen teuren Preisen nicht imstande, das alles



alles zu bezahlen, dann ist dem Kinde auch damit nicht geholfen. Dasselbe tritt auch bei den heutigen Verhältnissen ein. Viele werden untersucht und es wird den Eltern anheimgegeben, Maßnahmen zur Gesundung des Kindes zu ergreifen; aber es verzögert sich und die Kinder werden immer schwächer. Deswegen ist schon den Schulpflegerinnen der Auftrag gegeben, die Eltern auf alle mögliche Weise zu zwingen, daß in solchen Fällen etwas für die Kinder geschieht. Es kommt auch in Betracht, daß bei einer hauptamtlichen Anstellung der Schulärzte, die die Kinder nicht nur untersuchen, sondern auch behandeln sollen, <sup>wir</sup>~~wie~~ bei 16 000 Kindern nicht mit 4 Ärzten auskommen werden. Wir müßten wohl die doppelte Zahl davon haben, und dann würden 240 000 M an Kosten dabei herauskommen, während die nebenamtlich beschäftigten Schulärzte demnächst der Stadt im Kostenpunkt auf 39 000 M zu stehen

kommen

kommen gegen früher auf 15 000 M. Ich möchte der  
Versammlung anheimgeben, alle diese Momente in  
Überlegung zu ziehen. Ich persönlich bin der  
Ansicht, daß die hauptamtliche Anstellung von  
Schulärzten das bessere wäre, aber der Schul-  
ausschuß hat der Vorlage zugestimmt.

Stadtv. R ö n n e b u r g : Herr Stadtrat von Frankenberg meinte, ich verfechte wohl die Ansicht, die ich vertreten habe, um des Prinzips willen. Ich erlaube mir, dieser Auffassung zu widersprechen. Das Gegenteil von dieser Annahme ist der Fall; aus den Erfahrungen, die ich im Schuldienst gesammelt habe, habe ich den Eindruck gewonnen, daß die jetzige Handhabung in der schulärztlichen Überwachung der Kinder keinen wesentlichen Nutzen bringt. Ich habe es so und so oft erlebt, daß der Schularzt in meine Klasse kam. „Guten Morgen! Nun, wie geht es Ihren Kindern?“ Dann ging der Arzt durch die Bankreihen, sah sich die Kinder an und in 5 Minuten war die Sache abgemacht. Von einer solchen Tätigkeit verspreche ich mir das Allergeringste - oder versprechen Sie sich etwas davon, wenn heute der Schularzt einen Ausschlag, Läuse oder Krätze bei einem Kinde feststellt und nicht sagen darf : du mußt Zinksalbe gebrauchen

oder

oder dieses oder jenes. Wer rettet denn hier das Prinzip, derjenige, der sagt: „In dieser Weise nützt die Sache nichts“, oder derjenige, der um des Prinzips <sup>Willen</sup> ~~halber~~ den Mund verschließt, wenn er reden müßte. Selbstverständlich sind die Herren an ihre Instruktion gebunden, und ich verkenne die Schwierigkeiten, die ihnen entgegenstehen, auf keinen Fall. Ich möchte aber widerstreiten der Wertung der Gutachten, die von anderen Orten gegeben sind. Wollen Sie wirklich Gutachten haben, dann fragen Sie die Lehrerschaft, dann bekommen Sie Gutachten aus der Praxis. Nun aber sprach Herr Stadtrat von Frankenberg von der Feuerprobe, die das System der nebenamtlichen Schulärzte bei der Auswahl der Kinder für die Quäkerspeisung bestanden hat. Ja, meine Herrschaften, die Feuerprobe <sup>hat</sup> ~~haben~~ damals die Lehrerschaft bestanden, nicht aber die Ärzte, denn die Lehrer haben

die

die grundlegende Hauptarbeit geleistet; <sup>Bin</sup> haben sich die Kinder auf ihren körperlichen Zustand angesehen und die in Betracht kommenden herausgesucht. Der Schularzt hat dann die <sup>V</sup>Vorgeschlagenen sich halb ausziehen lassen, hat sie <sup>Kinder</sup>geprüft und dann sein zustimmendes oder ablehnendes Urteil abgegeben.

Was nun die Zahl der hauptamtlich anzustellenden Schulärzte betrifft, so haben wir 16 000 Schulkinder in der Stadt Braunschweig, es sind jetzt wohl ~~auch~~ etwas weniger. Stellen Sie 4 Schulärzte an, so <sup>hat</sup>~~bekommen~~ jeder 4000 Kinder zu behandeln. Dann hat er, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, den Vormittag frei für die Untersuchung von 13 Kindern. Ich glaube nicht, daß das eine Überlastung bedeutet und daß bei der Untersuchung einer solchen Zahl von Kindern keinesfalls ~~er~~ außer stande wäre, die Herztöne wahrzunehmen und darnach seine Feststellungen zu <sup>treffen</sup>~~machen~~, sondern <sup>ich</sup> bin der Meinung,

daß

daß ihm dann am Vormittag auch noch Zeit zu Spezialuntersuchungen bleibt und es eingerichtet werden kann, daß er am Nachmittag für die Eltern mit ihren Kindern in besonderen Fällen zu sprechen ist. Jedem Schularzt muß eine Schulpflegerin beigegeben werden. Der Arzt stellt fest, das und das liegt vor, ~~und die~~ Schulpflegerin geht ins Haus, sieht sich die ~~Lage der~~ Dinge an Ort und Stelle an, prüft die ganzen Verhältnisse und zieht daraus die nötigen Lehren für das Kind, die sie dem Arzt unterbreitet. Kommen dann noch Besprechungen von Arzt, Lehrern, Eltern und Schulpflegerinnen hinzu, so muß das einen heilsamen Einfluß ausüben. Es muß allerdings für jedes Kind, das erkrankt ist, ein <sup>Franken</sup> ~~Merkt~~blatt angelegt werden, das Aufschluß über alle einschlägigen Sachen gibt und den Nachweis ermöglicht, was dem Kinde fehlt, <sup>so daß</sup> ~~und~~ man den Eltern sagen kann: <sup>Die</sup> ~~Die~~ und die Verantwortung ruht auf ~~Die~~, wenn Du nicht die nötigen Maßregeln ergreifst.

Wird

Wird so verfahren, dann ist zu erwarten, daß aus der schulärztlichen Tätigkeit etwas Ursprüngliches herauswächst, nicht aber, wenn der Arzt nur feststellt : „Seitliche Rückgratverkrümmung - es muß etwas geschehen.“ Wenn der Schularzt durch kleine Mittel nicht ~~selber~~ <sup>wenigstens</sup> helfen kann, dann muß er die Kinder und ihre Eltern auf einen solchen Weg führen, <sup>durch den</sup> ~~wo~~ sie zu dem rettenden Ziele kommen, ~~und das wäre~~ m.E. nur auf diesem Wege der hauptamtlichen Anstellung von Schulärzten zu erreichen. Wenn Sie dem Schularzt noch eine Krankenschwester <sup>bei</sup> ~~zugeben~~ könnten, dann kämen wir vielleicht auch mit einer geringeren Zahl von Schulärzten aus. Niemals war es nötiger als jetzt, für die Kinder in gesundheitlicher Beziehung etwas zu tun. Bei allen unseren Einrichtungen - das will ich Herrn Stadtrat Schaper gern konzedieren - müssen wir zwar weitgehende Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt nehmen. Wenn wir jedoch nicht bei dem, was jetzt

noch

noch unser einziger Schatz ist, bei unserer Jugend,  
das Nötige anwenden, wo soll es dann geschehen?  
Da wir einen Personaletat für die Volksschulen  
von 10 Millionen haben, so werden Sie mir zugeben,  
daß eine Summe von 100 - 200 000 M für schulärzt-  
liche Untersuchungen der Kinder in einem sehr  
bescheidenen Verhältnis zu dem <sup>Aufwands</sup> ~~ganzen~~ steht. Gerade  
jetzt sind Tuberkulose und andere Lungenkrankheiten  
in einem erschreckenden Maße verbreitet, und die  
Gefahr einer Verlausung ist in einem Maß eingerissen,  
daß dadurch die Schularbeit stark beeinträchtigt  
wird. Wenn wir <sup>die Sache</sup> ~~das Ding~~ so anfangen, wie ich es  
gewünscht habe, dann glaube ich auch, daß der  
Schularzt in sehr lebendiger Wechselwirkung mit  
der Praxis des Lebens steht, daß er tiefreichende  
Einblicke zu nehmen Gelegenheit hat und ~~er~~ nicht  
zu befürchten braucht, in Einseitigkeit zu erstarren  
und aus der Praxis nichts ~~zu~~ lernen <sup>zu können</sup> ~~bekommen~~.

Auch



Auch er wird die Wohnungen in der Stadt kennen lernen; <sup>Wenn</sup> wir ihm eine so geringe Kinderzahl zuweisen, wird er dazu ebenso wie der in der freien Praxis arbeitende Arzt ausreichende Gelegenheit haben. Ich komme nicht zu meinen <sup>Forderungen</sup> ~~Werten~~, weil ich den Schulärzten, ~~w~~ die jetzt antieren, irgendwelche Vorwürfe ~~m~~achen will, denn ich weiß sehr wohl, daß hier der Knüppel beim Hunde ist. Die Herren können unter Berücksichtigung der Instruktion, der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit und der bereitgestellten außerordentlich bescheidenen Mittel nicht mehr schaffen. Davon kann man nicht mehr verlangen <sup>sein</sup> ~~als~~ bisher, das gebe ich zu. Aber weil wir auf diesem Wege nicht erheblich weiter ~~k~~ommen können, halte ich ein Vorgehen, wie es Herr Stegmann vorgeschlagen hat, für sachgemäß und unterstütze seinen Antrag aufs wärmste.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich verkenne nicht, daß Herr Rönneburg auf diesem wichtigen Gebiete Erfahrungen gesammelt hat, und verspreche mir in der Tat von einem zielbewußten Arbeiten solcher Lehrer, wie Herr Rönneburg einer ist, und den Schulärzten, welche nebenamtlich tätig sind, einen außerordentlichen Erfolg, aber eine solch kurzgefaßte Unterredung zwischen den beiden, wie sie uns Herr Rönneburg dargestellt hat, sollte doch auch von seiten des Lehrers kaum vorkommen. Im Laufe der Wochen hat jeder Lehrer und jede Lehrerin Gelegenheit, die anvertrauten Schüler zu beobachten und <sup>bei</sup> darunter manches zu erfahren, was sich zur Mitteilung an den Schularzt eignet. Wenn die Unterredung so kurz verlaufen ist, so liegt die Schuld wohl nicht ausschließlich auf seiten des Schularztes, sondern könnte auch bei dem betreffenden Lehrer / oder Lehrerin zu suchen sein,

ohne

ohne daß ich damit diesen zu nahe treten will.  
Meines Dafürhaltens ist das Drängen nach Annahme  
hauptamtlicher Schulärzte sehr hinderlich einer  
anderen sehr wichtigen Forderung auf dem sozial-  
politischen Gebiet, <sup>sie</sup> ~~das~~ für die Gesundheitspflege  
des Volkes durchzuführen empfohlen wird und auf  
<sup>sie</sup> ~~das~~ mein Herr Kollege Schaper schon hingewiesen  
hat. Wir brauchen bitter notwendig die erweiterte  
Einführung der Familienversicherung bei den  
Krankenkassen. Wir halten diesen wichtigen Schritt  
nur auf, fallen der Reichsregierung in die Arme,  
verzögern die Einführung dieser Einrichtung um  
eine wichtige Etappe, wenn wir darauf drängen, daß  
hauptamtliche Schulärzte angestellt werden. Es  
ist bei den meist Beteiligten damit untrennbar der  
Hintergedanke verbunden: diese Schulärzte werden  
dann wohl auch die Behandlung erkrankter Schulkinder  
übernehmen. Das aber ist und bleibt die Aufgabe  
der Kassenärzte bei der Familienversicherung.

Die

Die Ärzte haben ihre Bedenken gegen diese Art Krankenversicherung fallen gelassen, aber in dem einen Punkt muß man den Ärzten doch recht geben, nämlich wenn sie sich sowohl bei der Einrichtung der schulärztlichen Überwachung wie bei der Säuglingsfürsorge auf den Standpunkt gestellt haben, daß die dort tätigen Ärzte nur berufen sein sollen, den ersten Rat und Anregungen zu geben, während die Behandlung den privaten Ärzten oder den Krankenkassenärztlichen Stellen überlassen bleiben soll. Ich glaube, daß wir damit weiterkommen, als wenn wir eine nicht allzu große Zahl von hauptamtlichen Schulärzten annehmen, denen die Arbeit rettungslos über dem Kopfe zusammenschlägt.

Stadtv. F r e d e : Wir haben im Schulausschuß das Für und Wider recht reiflich erwogen.

Herr Rönneburg fordert die hauptamtliche Tätigkeit der Schulärzte, weil er meint, daß es damit zu einer besseren Überwachung der Kinder kommt und daß sich daran leichter eine Behandlung erkrankter Kinder anschließen wird als bei dem jetzigen Zustande. Wenn es sich nur darum handelt, eine dringliche Behandlung vorzunehmen oder in leichteren Fällen einzugreifen - er redete von einer Salbe, die sofort verschrieben werden könnte - dann sehe ich nicht ein, warum das nicht bei dem gegenwärtigen Zustande auch erreicht werden kann. Ich glaube nicht, daß die Forderung nach Schulärzten im Hauptamte hiermit unbedingt begründet werden kann. Es wird sich im wesentlichen darum handeln, daß die Überwachung der Schulkinder durch die Schulärzte im Hauptamt eine verstärkte sein wird. Dazu muß ich sagen, daß das Beispiel,

das

das Herr Rönneburg angeführt hat, allerdings hier und da wohl sich zugetragen hat, und gerade das hat die Anhänger dieses Gedankens bewogen, der Forderung beizutreten, die Herr Rönneburg erhoben hat. Es ist zuzugeben, daß die Tätigkeit der Schulärzte ungleichmäßig ausgeübt wird. Es gibt Schulärzte, die recht sorgfältig vorgehen und es sich gehörige Mühe kosten lassen, aber ich glaube auch unterrichtet zu sein, daß hier und da auch eine oberflächliche Handhabung der ganzen Tätigkeit stattfindet. Nun sagt Herr Rönneburg, das sei nicht anders möglich, der Knüppel sei bei dem Hande. Wenn wir aber auch Beweise davon haben, daß gewisse Ärzte nicht so vorgehen, wie sie müßten, so ist doch wohl zu sagen, daß die Möglichkeit einer besseren Überwachung auch bei dem gegenwärtigen System gegeben ist. Ich glaube, wenn wir etwa 4 Ärzte im Hauptamt anstellen,

daß

daß dadurch allein die Überwachung nicht eingehender wird als beim gegenwärtigen System - zwingend notwendig ist diese Annahme nicht. Treffen wir bei Anstellung von hauptamtlichen Schulärzten gerade solche, die es ernst meinen, dann haben wir eine Verbesserung erreicht. Haben wir aber Ärzte angestellt, von denen nachher gesagt wird, daß sie ihre Schuldigkeit nicht tun, so ist der Beweis dafür ungeheuer schwer. Es muß die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Tätigkeit der nebenamtlichen Schulärzte jetzt, wo wir für das Kind 2,50  $\text{M}$  im Jahr bewilligen, eine umfassendere wird und die Ärzte sich mehr Zeit nehmen. Ich deute nochmals darauf hin, daß die Hoffnungen, die Herr Rönneburg an die Anstellung von Schulärzten im Hauptamt stellt, durchaus nicht hinreichend begründet sind. Ich befürchte, daß wir mit Schulärzten im Hauptamt schlechte Erfahrungen machen könnten und auch der ganze

Schul=

Schulausschuß - es ist keine verschiedene Meinung vorhanden gewesen - hat dieser Befürchtung Ausdruck gegeben, indem er sagt: wir treten dem Antrag des Rates bei. Nachdem wir reiflich nach beiden Richtungen Erwägungen angestellt haben, sind wir im Schulausschuß der Meinung gewesen, daß das Beste in dem gefunden wird, was der Rat vorgeschlagen hat.



Stadtv. L e h n e r t ! Verehrte Anwesende!

Die letzten Ausführungen von Herrn Frede veranlassen mich, auch ein paar Worte zu der Sache zu sagen. Herr Frede meinte, wenn wir den Satz von 1 M auf 2,50 M erhöhen, so werde das die Ärzte dazu bringen, mehr als bisher ihre Schuldigkeit zu tun. Diese Bemerkung riecht mir zu sehr nach Geld, es war ein unglücklicher Zungenschlag von Herrn Frede und im Interesse der Ärzte hätte er lieber eine solche Äußerung nicht tun sollen. Ich stelle mich auf den Standpunkt des Antrages, der von Herrn Stegmann gestellt worden ist und den Herrn Rönneburg als Lehrer unterstützt hat. Auch wenn wir glauben, daß die Schulärzte momentan voll und ganz ihre Schuldigkeit tun und sie noch mehr dazu angespornt werden, wenn sie für das Kind demnächst eine höhere Bezahlung bekommen, so gibt es doch bei einem Etat, der mit 10 000 000 M balanciert, keinen Ausschlag, wenn wir im Interesse

unserer

unserer Jugendlichen 200 000 ~~M~~ statt 39 000 ~~M~~ ausgeben. Es muß unbedingt in dieser Sache etwas geschehen, was von Nutzen ist. Eigenartig ist es, daß die Ärzte sagen, sie dürften als Schulärzte nicht einmal ein kleines Rezept verschreiben, weil der Verein es verboten hat, der die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen hat, *und ihn beiseite stellen würde.* Auch deshalb **stehe** ich auf dem Standpunkt, daß wir dazu übergehen müssen, im Interesse der Allgemeinheit Schulärzte im Hauptamt anzustellen, die ein liebevolles Herz für die Jugend mitbringen. Stellt es sich heraus, daß sie nicht in der gewünschten Weise den Kindern gegenüber handeln, so sind wir nicht an sie gebunden, sondern es kann in den Anstellungsvertrag eine Klausel eingefügt werden, damit sie entlassen werden können wie andere Arbeiter auch, wenn sie ihre Arbeit nicht so tun, wie es sich gehört.

Bei der Abstimmung über den Kommissionsantrag wird dieser zunächst dem Anschein nach abgelehnt. Auf Anregung des Stadtv. Dr. Jasper, der die Zählung bezweifelte, wird die Abstimmung wiederholt, und hierbei werden 20 Stimmen für den Kommissionsantrag abgegeben. Darauf wird auch, einer Anregung des Stadtv. Rönneburg folgend, über den Antrag Stegmann abgestimmt und dabei *auch* dieser Antrag angenommen.

128<sup>b</sup>

Stadtv. F r e d e übernimmt den Vorsitz.

14. Bewilligung von Mitteln zur Gewährung  
von Baukostenzuschüssen.

Stadtv. R e i ß n e r : Meine Damen und Herren ! In einer Ihrer letzten Sitzungen, am 31. März d.J., haben Sie den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, daß für die Förderung der Bautätigkeit auch in diesem Jahre wieder erhebliche Mittel von der Stadt zur Verfügung gestellt werden sollen, welche als Baukostenzuschüsse in Ergänzung der vom Reiche und vom Staate in Aussicht gestellten Kapitale gewährt werden sollen. Seinerzeit, als ich diesen Antrag stellte, waren die Verhältnisse noch nicht genügend geklärt, um die Sache endgültig regeln zu können. Es fehlten noch die Ausführungsbestimmungen zu den von der Reichsregierung erlassenen allgemeinen Grundsätzen über die Förderung des Wohnungsbaues. Diese Ausführungsbestimmungen sind inzwischen unterm

21. April vom Staatsministerium erlassen worden und dem Rat der Stadt zugegangen. In der letzten Sitzung ist nun von den Stadtverordneten beschlossen worden, es solle dem Finanz- und Bauausschuß gemeinsam die weitere Vorberatung überwiesen werden. Die beiden Ausschüsse sind diesem Ersuchen nachgekommen, haben sich in einer langen Sitzung darüber ausgesprochen und sind schließlich zu dem Resultat gekommen, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Vorlage auszuarbeiten, die uns nun mit dem Datum des 9. Mai zur Beratung zugegangen ist. Es ist eine lange Vorlage geworden, zu der der Finanz- und der Bauausschuß - diesmal aber in getrennten Sitzungen - Stellung genommen haben. Ich werde Ihnen das Hauptsächlichste aus der Vorlage mitteilen.

Die Hauptbedenken, die zuerst noch betreffs der Ratsvorlage bestanden, sind in den beiden erwähnten Sitzungen hinfällig geworden. Eins

dieser

dieser Hauptbedenken bestand darin, daß der Staat in seinen Ausführungsbestimmungen gesagt hatte, er lege besonderen Wert darauf, daß das Grundeigentum der zu bebauenden  $\frac{1}{2}$  Flächen auf ihn übertragen werde. Auch die Bürgermeisterkonferenz hat hiergegen Stellung genommen, und es ist deshalb beschlossen worden, den Staat zu ersuchen, diesen Punkt der Ausführungsbestimmungen fallen zu lassen.

Die Ratsvorlage schließt sich im allgemeinen an die Reichs- und staatlichen Bestimmungen an. Wesentlich ist, daß die Beihilfe nicht mehr wie früher als verlorener Zuschuß gezahlt werden soll, sondern als sog. Beihilfedarlehn, das heißt : die vom Reich, Land und Stadt aufgewandten Mittel werden als letztstellige Hypothek auf die zu erbauenden Häuser eingetragen. Bei dieser Unterstützung sollen Klein-Wohnhäuser und Klein-Wohnungen

be-

berücksichtigt werden, und zwar im Flach- und Hochbau - vorzugsweise soll allerdings der Flachbau bedacht werden. In Rechnung gestellt werden soll <sup>eine</sup> für Grundfläche der Wohnung von 70 bis höchstens 80 qm. Was an Wohnfläche darüber hinausgeht, soll keinen Zuschuß bekommen. Die Zuschüsse werden in derselben Höhe wie im vorigen Jahr bewilligt werden, also 150 - 180 M pro qm Wohnfläche, aber das Staatsministerium ist befugt, diese Sätze zu 2 verdoppeln. Der Rat der Stadt steht auf dem Standpunkt, daß es, um die Wohnhaus-Bautätigkeit zu beleben - was unbedingt erforderlich ist - , notwendig sein wird, die Verdoppelung des Zuschusses für die Stadt Braunschweig in jedem Falle vorzunehmen, und schlägt weiter vor, dann auch das Gemeindedarlehn ebenso hoch zu bemessen wie das Staatsdarlehn. Nach den Ausführungsbestimmungen soll die Höhe des Gemeinde-

darlehns

darlehns mindestens ein Drittel des Staatsdarlehns betragen, aber der Staat hat in seinen Ausführungsbestimmungen die Festsetzung der Höhe des Gemeindedarlehns den Gemeinden überlassen. Da uns vom Staat eine Summe von 5 1/2 Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt ist, so würde unter der Voraussetzung, daß die Stadt 100 % des Staatszuschusses zahlt, die Stadt zu ihrem Teile ebenfalls 5 1/2 Millionen Mark zuschießen müssen. Mit Hilfe dieser 11 Millionen Mark können dann in der Stadt 200 Wohnungen  $\frac{1}{2}$  beschafft werden. Es muß anerkannt werden, daß es erhebliche Mittel sind, die hier aufgewandt werden sollen, aber wenn man die Zahl der Wohnungsuchenden in Betracht zieht, die zurzeit in der Stadt Braunschweig <sup>über</sup> 2000 betragen, dann ist es herzlich wenig, wenn 200 Wohnungen neu geschaffen werden. Doch die Aufbringung der ungeheuren Mittel ist an sich so schwer, daß man mit diesem Wenigen zufrieden

sein



sein muß.

Bei Gewährung der genannten Mittel würden für eine 70 qm große Wohnfläche in dem Mehrfamilien-  
hause vom Staate 23 100 M Darlehn gezahlt werden,  
und von der Stadtgemeinde dasselbe, für 70 qm im  
Flachbau 25 200 M vom Staat und von der Stadt  
wiederum dasselbe.

Der Antrag des Rates am Schlusse seines  
Schreibens lautet:

„Falls die Stadtverordneten sich unserer Auf-  
fassung anschließen, werden wir beim Staats-  
ministerium die entsprechende Abänderung der  
braunschweigischen Ausführungsbestimmungen bean-  
tragen.

Wir ersuchen die Stadtverordneten ergebenst,  
sich hierüber gefälligst gutachtlich zu äußern  
und im übrigen den Betrag von 5 1/2 Millionen Mark  
zur Gewährung von Baukostenzuschüssen mit der Maß-  
gabe zu bewilligen, daß der Wohnungsausschuß

be-

bevollmächtigt wird, die Höhe des Baukostenzuschusses in jedem einzelnen Falle festzusetzen."

Dies letztere ist auch bisher üblich gewesen und hat sich bewährt. Der Wohnungsausschuß ist paritätisch zusammengesetzt; er besteht aus 8 Mitgliedern , von denen 4 Vermieter und 4 Mieter sind, auch gehören ihm 2 Ratsmitglieder an.

Bezüglich der Aufbringung der Gemeindezuschüsse verweist der Rat auf das Reichsgesetz über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues vom 12. Februar 1921. Darnach sind die Länder verpflichtet, zur Förderung des Wohnungsbaues in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 zusammen mindestens 30 M auf den Kopf der Bevölkerung aufzuwenden. Zur Deckung dieser Beträge haben die Länder von 1921 bis längstens 1940 eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude zu erheben, die von dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Anstelle solcher Abgaben können auch Zuschläge

zu

zu bestehenden oder neu einzuführenden Steuern vom Grundvermögen erhoben werden.

Damit nun auch die Gemeinden die von ihnen gewährten Baukostenzuschüsse decken können, haben sie zu den von den Ländern zu erhebenden Abgaben nach Angabe der Landesbehörde Zuschläge zu erheben. Diese Zuschläge werden, wenn die Gemeindedarlehen den Landesdarlehen gleichkommen, 100 % erreichen müssen. Die Grundsätze für die Bemessung und Erhebung dieser Abgaben und Zuschläge sind bislang noch nicht erledigt, ihr Erlaß ist aber wohl bis 1. Juli d.J. zu erwarten. Vorerst bleibt daher den Gemeinden nichts anderes übrig, als im Anleihewege die erforderlichen Mittel sich selbst zu beschaffen, während den Ländern zur Deckung ihrer Ausgaben aus Reichsmitteln Vorschüsse gegen 5 %ige Verzinsung zur Verfügung gestellt worden sind.

Der Rat der Stadt ersucht schließlich, den Finanzausschuß zu ermächtigen, die Bedingungen

für

für die Aufnahme der Anleihen mit ihm zu vereinbaren.

Wie eine Besprechung mit einem Regierungsvertreter vor einigen Tagen ergeben hat, ist damit zu rechnen, daß die Änderungen in den Ausführungsbestimmungen des Staates, die vom Rat der Stadt vorgeschlagen werden und womit sich auch die Bürgermeisterkonferenz beschäftigt hat, jedenfalls von ihm vorgenommen werden. Auch ~~z~~ für die Aufbringung der Bauunterstützungen wird sich der Staat insofern interessieren, als er den Anträgen der Gemeinden auf Hergabe von Kapitalien jedenfalls entsprechen wird.

Ich sagte den Herrschaften schon, daß sich Finanz- und Bauausschuß in mehreren Sitzungen mit dieser wichtigen ~~Vfrage~~ Vorlage beschäftigt haben. Sie haben beschlossen, den Anträgen des Rates der Stadt zuzustimmen. Ich bitte im Auftrage dieser Ausschüsse die verehrten Anwesenden, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Stadtv. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren ! Endlich sind wir soweit gekommen, die Mittel zu bewilligen, um bauen zu können. Die Summe die bewilligt werden soll, ist die gleiche, wie sie vom Staate gezahlt werden soll, also 100 %. Wenn man nun bedenkt, daß hier in der Vorlage gesagt wird, der Flachbau solle in erster Linie bevorzugt werden, so kann man darüber zweierlei Meinung sein. Wenn man den Zuschuß dafür betrachtet so erscheint er nach meiner Ansicht ziemlich niedrig, denn Flachbauten stellen sich erfahrungsgemäß bedeutend teurer als Mehrfamilienhäuser. Infolgedessen wird denjenigen, die den Flachbau fördern, oder denjenigen, die ein Einfamilienhaus bauen lassen, eine große Last dadurch auferlegt, daß noch ein großer Prozentsatz des Baukapitals übrig bleibt, den der Betreffende verzinsen muß. Ich hatte die Absicht, dieserhalb den Antrag zu

stellen

stellen, daß der Prozentsatz für die Stadt auf 125 % erhöht würde, aber ich bin darüber eines besseren belehrt worden. Es ist stets von den Anhängern der Flachbauten gesagt worden, daß sich solche billiger stellten als die Wohnungen in einem Mehrfamilienhause, und so sehe ich mich nicht veranlaßt, diesen Antrag zu stellen. Was eine Wohnung in einem Mehrfamilienhause kostet, das weiß ich, und ich kann auch feststellen, daß diese Zuschüsse, die es pro Wohnung in einem Mehrfamilienhause gibt, nämlich 46 000 M., genügen. Es wird dann dem Wohnungsinhaber nicht schwer fallen, die Miete aufzubringen, damit das rentierliche Kapital verzinst werden kann. Ob das bei Flachbauten möglich ist, kann ich nicht sagen. Da stets von den Anhängern des Flachbaues behauptet worden ist, daß sich die Flachbauten billiger stellen als andere, müssen sie sich damit abfinden, daß sie nicht mehr Zuschuß bekommen, als hier

fest-

festgesetzt ist.

Wenn wir nun glauben, daß diejenigen, die bauen wollen, schon in den nächsten Tagen Baugelder von den 11 Millionen Mark in Empfang nehmen können, so ist das meiner Ansicht nach nicht zu verwirklichen, denn so schnell geht die Karre nicht. Wenn Sie richtig zugehört haben, dann werden Sie vernommen haben, daß noch Verhandlungen mit der Regierung getroffen werden müssen, damit die Bedingungen, unter denen Zuschüsse gewährt werden sollen, weitgehender gestaltet werden und zwar in der Hinsicht, daß das Baugelände nicht erst dem Staate aufgelassen werden soll. Diese Verhandlungen werden einen ganzen Zeitraum in Anspruch nehmen; man weiß ja, daß, wenn Behörden miteinander in dieser Weise verkehren, das nicht in einigen Tagen zu erledigen ist. Darauf wird sich der Wohnungsausschuß damit befassen, wer denn nun auf Grund dieser neuen Bedingungen die

Gelder

Gelder haben soll. Darnach wird das Wohnungsamt die Anträge, die dort schon ein Vierteljahr lagern, dem Siedlungsamt übergeben, und dieses wird die Anträge prüfen und sie dem Rat der Stadt wieder überweisen. Dies wird erfahrungsgemäß auch nicht in einigen wenigen Tagen erledigt, sondern man kann fest darauf rechnen, daß über die Prüfung von hier durch das Siedlungsamt und dann hier wieder her einige Wochen, wenn nicht Monate hingehen. Wenn dies alles geschehen ist, bekommt der Betreffende, der einen Zuschuß vom Rat der Stadt haben soll, die Nachricht : „Sie bekommen auf das beantragte Haus so und so viel, Sie haben die Verpflichtungserklärung zu unterschreiben und dann diese Summe als Hypothek eintragen zu lassen. Darauf können Sie das Geld bekommen.“ Darüber gehen wieder Wochen hin, und unter Umständen, wenn sie auf dem Grundbuchamte viel zu tun haben, sogar Monate, und so kann es kommen, daß ein Vierteljahr, wenn



es nicht 4 Monate sind, verfließt, ehe das Geld, das bewilligt ist, ausgezahlt werden kann. Um aber die Bautätigkeit nicht lahm zu legen, ist eine schnellere Erledigung nötig. Es ist schon jetzt von seiten der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft gesagt worden, daß sie in den nächsten Tagen ihre sämtlichen Arbeiten einstellen wolle, weil sie kein Geld mehr habe. (Hört, Hört!) Dasselbe trifft zu bei der Braunschw. Baugenossenschaft. Wir haben jetzt ca. 2 Millionen von unserem eigenen Gelde verbaut und haben noch keinen Pfennig Zuschuß bekommen. Um solches Einstellen der Bautätigkeit nicht eintreten zu lassen, müßte der Rat der Stadt sagen: Wenn die Eintragung <sup>nur mit</sup> geschehen ~~ist~~, und vom Siedlungsamt <sup>keine</sup> ~~nicht~~ Nachricht <sup>gewirkt</sup> ~~gekommen~~ ist, so bekommt die betr. Siedlungsgesellschaft, Baugenossenschaft oder überhaupt diejenigen, die mit der Bautätigkeit angefangen haben, so und so viel Geld, damit die Bautätigkeit nicht eingestellt

zu

zu werden braucht. Es muß dabei gleichgültig sein, ob diese Zuschüsse ins Grundbuch eingetragen sind oder nicht : die Stadt hat das Wohnungsamt und das Stadtbauamt, und die Beamten mögen sich überzeugen, daß tatsächlich das betr. Haus gebaut ist und tatsächliche Arbeit geschaffen ~~ist~~, auf die bisher kein Geld gegeben ist. Das würde genügen, um dem Betreffenden einen Zuschuß zu geben, damit die Bautätigkeit nicht aufgehoben <sup>wird</sup> und in Bälde Wohnungen fertiggestellt werden können. Wir haben durch die Baugencssenschaft schon eine ganze Reihe von Wohnungen ziemlich fertiggestellt, die in den nächsten Wochen und Monaten bezogen werden können, aber es wird nicht möglich sein, sie ganz fertig zu bringen, wenn uns nicht bald Zuschüsse gegeben werden. Dasselbe trifft bei der Siedlungsgesellschaft zu. Auch die Freiland-Gesellschaft hat Häuser in Angriff genommen und ist nicht auf Rosen

gebettet, weil sie nicht Geld genug hat. Hier muß etwas geschehen, wenn tatsächlich Ernst mit der Beschaffung von Wohnungen gemacht werden soll.

Ich möchte bitten, den Rat der Stadt zu ersuchen, keine Rücksicht darauf zu nehmen, ob die Hypotheken schon in das Grundbuch eingetragen sind, sondern einfach die Häuser abschätzen zu lassen und dann den Gesellschaften einen Vorschuß zu geben, damit die Gesellschaften weiter arbeiten können.

144<sup>b</sup>

Herr Stadtv. Wilh. R i e k e übernimmt den  
V o r s i t z wieder.

**Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :** Der Herr Vorredner hat zunächst davon gesprochen, es wäre in unserer Vorlage davon die Rede, daß jetzt mehr der Flachbau gefördert werden solle. Das war ein Mißverständnis, das zwischen Herrn Reißner und Herrn Tostmann besteht. Daß der Flachbau mehr gefördert werden soll, steht in den Grundsätzen, die vom Reiche herausgegeben sind. Das Reich stellt für Gewährung der Landesdarlehen die Bedingung, daß in erster Linie Flachbauten unterstützt werden. Wir in Braunschweig werden hierbei eine Mittellinie einschlagen, und das haben wir früher schon getan. Wir sind nicht solche Enthusiasten, daß wir meinen, nur der Flachbau macht uns glücklich, sondern sind der Ansicht, daß sich auch im Hochbau gut und glücklich leben läßt. Wir haben in vergangenen Jahre eine größere Menge Hochbauten unterstützt; die Braunschweigische Baugenossenschaft hat solche gebaut, und Sie wissen alle, daß es nette und gesunde Wohnungen sind.

sind. Aber die Braunschweigische Baugenossenschaft beabsichtigt in diesem Jahre, auch auf den Flachbau mit überzugehen, und das ist auch ganz gut, denn es gibt eine Menge Leute, die sich vor allem im Flachbau wohl fühlen, und zwar weil sie dabei eine größere Gartenfläche mit bekommen. Die Siedlungsgesellschaft, die Heimstättengesellschaft und die neue Siedlungsgenossenschaft Freiland treten energisch dafür auf, für ihre Mitglieder solche Flachbauten mit größeren Gärten herzustellen. Also auch diesen Bestrebungen werden wir in gewissem Umfange Rechnung tragen.

Nun meint Herr Tostmann, die Flachbauten seien teurer als die Hochbauten, wenn man <sup>das</sup> ~~den~~ Quadratmeter Wohnfläche in Rücksicht zieht. Darüber sind sich die Gelehrten noch nicht einig; es läßt sich eben bei gutem Willen alles beweisen: man hat bewiesen, daß der Hochbau billiger ist als der Flachbau und hat auch das Umgekehrte bewiesen. Beides

ist

ist geglückt oder mißgückt. Nach den Reichsbestimmungen scheint es so, als ob der Flachbau teurer sein könnte als der Hochbau, sonst würde man die Zuschüsse zu den Flachbauten nicht höher bemessen als zu den Hochbauten. - zu den Hochbauten sollen für 70 qm Wohnfläche 23 100 Mark und zu den Flachbauten bei derselben Wohnfläche 25 100 Mark Zuschuß gegeben werden, - aber der Grund dafür könnte auch der sein, daß man durch diese höhere Bewilligung für Flachbauten einen Anreiz geben will, Flachbauten auszuführen. Wie schon gesagt, werden wir die goldene Mittelstraße einschlagen.

Sodann brachte Herr Tostmann seine Meinung *hierauf* zum Ausdruck, daß in absehbarer Zeit nicht daran zu denken sei, daß der Staat und die Stadt die Gelder zur Auszahlung bringe; wenn wir uns in einem Vierteljahr wiedersehen würden, dann wären wir darin noch ebenso weit wie heute. Darin sehen Sie denn doch zu schwarz, Herr Tostmann. Morgen nachmittag

tritt

tritt der Wohnungsausschuß zusammen - früher ging es nicht, denn heute abend wird keine Zeit mehr dazu sein. In dieser Sitzung des Wohnungsausschusses werden sofort die sämtlichen Bauprojekte, die uns vorgelegt sind, durch ~~Beraten~~ und Beschluß gefaßt, in welchem Maße wir die einzelnen der vorgelegten Bauobjekte beglücken wollen. Sie sehen, nicht erst in 2 Monaten, sondern morgen schon ~~all~~ soll das geschehen, in den nächsten 24 Stunden ist das schon erledigt. (Bravo! Zuruf: Dann zahlen Sie aber noch nicht!) Der Wohnungsausschuß hat sich schon immer auf den Standpunkt gestellt: „Wir wollen nicht auf jeden Fall erst die Erfüllung der Formalitäten abwarten, mag auch das Vaterland darüber zu Grunde gehen, sondern wir wollen auch schon vorher zahlen.“ Hoffentlich gelingt es uns, auch die Regierung zu veranlassen, Vorschüsse zu leisten.

Herr Dr. Jasper meinte vielleicht eben ent-  
rüstet:

rüstet. Es sind noch Verhandlungen mit der Regierung nötig, namentlich dergestalt, daß wir nicht auf die Bedingungen der Regierung, wie sie jetzt noch gestellt sind, eingehen können. Die Regierung hatte bekanntlich verlangt, es solle das Eigentum an Grund und Boden erst auf den Staat übertragen werden, und wir verlangen, daß diese Bedingung fällt. Ich habe gestern Gelegenheit genommen mit dem Vertreter der Regierung, Herrn Regierungsrat Spangenberg darüber zu sprechen, und er sagte mir, daß Herr Minister Örter sich unserer Ansicht, daß diese Bedingung gemildert werden müsse, voll angeschlossen habe. (Zuruf Dr. Jasper: Alles ungefangene Fische!) Ich hoffe, daß wir auf die Regierung einwirken können, daß sie ihre Bedingungen so schnell wie möglich, in einigen Tagen, abändert, damit mit dem Bauen begonnen resp. fortgefahren werden kann. Eine große Menge von Bauten <sup>ist</sup> ~~sind~~ schon längst in Angriff genommen. So haben die Braunschweigische

Bauge-



Baugenossenschaft und ebenso die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft mit Bauen angefangen. (Zuruf: Aber das Geld ist alle!) Diese Gesellschaften haben sich an uns gewandt mit der Bitte, ihnen Vorschüsse zu zahlen, und ich glaube, daß der Wohnungsausschuß beschließen wird, ihnen auf die angefangenen Bauten Vorschüsse zu gewähren. So hat die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft vor einigen Wochen geschrieben, wenn wir ihr nicht sofort 400 000 M zahlten, wäre sie gezwungen, ihre Bauhandwerker (sie baut in eigener Regie) zu entlassen. ~~Man~~als konnten wir ihnen Mittel nicht zur Verfügung stellen, weil uns die Mittel von den städtischen Behörden noch nicht bewilligt waren. Heute bewilligen Sie solche, und da wird es Sache des Wohnungsausschusses sein - wenn Sie ihn heute, wie ~~das~~ beantragt wird, dazu bevollmächtigen -, über diese Mittel zu verfügen. Wir haben ebenso bei der vorigen Bauperiode verfahren und werden das wohl in der Zukunft auch so machen

Nun

Nun war vorhin die Rede davon, daß diese 5 1/2 Millionen, die vom Staat bewilligt seien nicht viel bedeuteten, es könnten nur 200 Wohnungen davon gebaut werden. Ich habe während der Sitzung in einer Zeitschrift gelesen, daß der Siedlungsausschuß in Berlin den Entschluß gefaßt hat, weitere 3 Milliarden für den Wohnungsbau beim Reiche anzufordern. Die jetzt zur Verteilung kommenden Unterstützungen sind Bestandteile der Bewilligung des Reiches von 1 1/2 Milliarden. Wenn die beantragten 3 Milliarden vom Reiche auch noch bewilligt würden, dann würden uns auf Grund der früheren Berechnung von dem Lande noch 11 Millionen bewilligt werden, und wir wären in die ~~glückliche~~ Lage versetzt, noch weitere 11 Millionen von seiten der Stadt für diesen Zweck zu bewilligen. Das wollte ich eben nur noch mitteilen, um zu zeigen, welche Aussichten uns noch gegeben sind. Es ist wirklich schlimm - nicht daß das Geld zur Verfügung gestellt wird, aber daß es aufgebracht werden

werden muß. Das letztere ist der wunde Punkt bei der Sache, und wie der überwunden werden soll, darüber sind die Gesetze bekanntlich noch nicht erlassen.

**Stadt.** **L e h n e r t :** In der vorigen Woche haben die Vorstandsmitglieder der Freiland-Gesellschaft und unserer Genossenschaft eine Sitzung abgehalten, in der dargelegt wurde: Wenn wir nicht so rasch wie möglich Geld ihnen zur Verfügung stellen würden, dann müßte die Bautätigkeit eingestellt werden. Ich habe dazu gesagt, daß in der heutigen Stadtverordnetensitzung Beschluß darüber gefaßt würde. Herr Baumeister <sup>57</sup> ~~Weise~~ erklärte, indem er das Antwortschreiben vom Rat der Stadt vorlegte: Wenn wir noch bis Pfingsten hinkommen, dann ist das das höchste, dann sind wir Matthäi am letzten." Uns geht es genau so. Wenn wir fort und fort nur die von uns zur Verfügung gestellten Mittel hereinbauen und keine Unterstützung haben, dann wissen wir nicht, wohin das gehen soll. Seitdem wir die Sicherheitshypothek auf unsere 2 Häuser bestellt haben, sind 6 Wochen verflossen, aber Geld haben wir dafür keinen Pfennig bekommen. Der Herr Stadtbaurat zuckt

mit

mit den Achseln und meint wohl, er habe selber nichts zur Verfügung, ~~und~~ das glaube ich gern. Aber wenn Sie der Anregung des Herrn Tostmann folgen, dann wird es leichter sein, die Gelder zur Auszahlung zu bringen. Es muß rascher gearbeitet werden zwischen der Regierung und dem Rat der Stadt. Ich habe in einer früheren Sitzung scherzweise gesagt, man solle doch einen eigenen Postboten anstellen, der zwischen Rathaus und Regierungsgebäude die Übertragung der Nachrichten besorgt. Bei der Freiland-Gesellschaft und uns kommen 200 Bauarbeiter in Betracht. Wenn diese nicht in den nächsten Wochen brotlos sein sollen, dann muß dazu getan werden, daß uns rasch Mittel zur Verfügung gestellt werden, und dazu ist der Antrag des Herrn Tostmann besonders geeignet, da so viele fachmännische Beante im Rathause vorhanden sind, die bei einem Hause, das im Rohbau fertig ist, *beurteilen können*, wieviel man darauf bewilligen kann, ohne daß eine

Sicher-

Sicherheitshypothek eingetragen ist. Wir haben schon 800 Mark für solche Eintragungen bezahlt, aber keinen Pfennig Geld von dem Zuschuß bekommen. Ich möchte ersuchen, daß mehr Tempo eingesetzt wird in dem Verkehr zwischen Stadt und Staat, damit das Baugewerbe nicht vollständig brach zu liegen braucht. Wir haben nicht mehr die Lohnarbeit, sondern wollen, daß auch hier mehr nach dem Grundsatz der Akkordarbeit gearbeitet wird und ein schnelleres Tempo einsetzt.

Stadtv. Br. J a s p e r : Die Kritik des Herrn Lehnert finde ich an sich begreiflich, kann aber nicht finden, daß die Lage durch den Lauf der Zeit und die bisherigen Verhandlungen besser geworden ist. Ich hätte zu dieser Sache kein Wort gesagt, wenn mich die Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Gebensleben nicht auf den Plan gerufen hätten. Wenn so gewirtschaftet werden soll, wie Herr Stadtbaurat Gebensleben sagt, würde ich meinerseits keinen Pfennig zu der Sache bewilligen. Er sagte: Wenn mit dem Bau begonnen wird, werden wir das Geld hergeben. Ich halte es für bedenklich, daß vom Ratstisch aus eine derartige Erklärung abgegeben wird. Die Erklärungen über Hergabe städtischer Gelder, sind doch vorsichtiger zu behandeln. Man kann nicht jedem Geld geben, der einen Bau beginnt. Ich habe mir sofort diese Ausführungen angemerkt, und es fiel ja auch auf, daß ich etwas länger wurde und daß es den Eindruck machte, als ob ich Einspruch einlegen würde.

Die

Die Herren Lehnert und Tostmann wissen, daß bei der Behandlung der ganzen Sache an verschiedenen Stellen gesündigt worden ist und es lange gedauert hat, ehe alle zuständige<sup>en</sup> Stellen unter einen Hut kommen können. Bei dem Reich fing es an, ebenso ging es weiter bei den weiteren Verhandlungen im Lande und wir selbst wollen nicht ohne Fehl uns hinstellen. Daß wir aber, unbesehen, ob der Betrag wirtschaftlich verwendet wird, die Millionen ausgeben, nur um das Gefühl der Befriedigung zu haben, daß etwas geschieht, das geht mir zu weit. Wie unfertig die Angelegenheit ist, geht daraus hervor, daß der Wohnungsausschuß beauftragt werden soll, die Bewilligungen vorzunehmen, ohne daß ihm Weisungen und Richtlinien mitgegeben werden können, und das in einem Augenblicke, wo keine Gewißheit vorhanden ist, daß die Regierung des Landes <sup>in</sup> irgend einer Beziehung den Wünschen zustimmt, die in weitem Maße und mit Recht vom Ausschuß erhoben werden, sondern nur

auf



auf die Äußerung eines Regierungsrats hin, daß er erfahren habe, ein Minister stimme zu. Das ist doch etwas zu unbefangen. Man lasse sich doch wenigstens etwas schwarz auf weiß geben, so ist das schon etwas mehr, obgleich auch darauf nicht ganz zu bauen ist. Die ganze Angelegenheit muß als eine Geldsache behandelt werden, und darin hört bekanntlich die Gemütlichkeit auf, da muß es reell zugehen und nicht nur nach dem guten Herzen.

Meine Freunde stimmen im übrigen dem Ausschuß-Antrage zu. Wir hatten bisher das Zutrauen zu den Stellen, die in dieser Sache mitwirken, daß sie die Bedenken in der Praxis mit verarbeiten würden. Ich bin nur frisch geworden durch die Ausführungen des Herrn Stadtbaurats. Ich hoffe, daß die Verhandlungen mit der Landesregierung, die notwendig sein werden, dahin führen, daß dem Wunsche Rechnung getragen werden kann, den ich angeregt habe, daß das Baugelände nicht ohne weiteres dem Staate übertragen

gen

gen werden muß, aber auch daß das Vorkaufsrecht  
uns gesichert wird, wie wir es im Ausschuß bespro-  
chen haben.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich möchte zunächst einen Vorwurf des Herrn Lehnert zurückweisen, der meinte, es wäre seitens des Rates in dieser Sache zu langsam gearbeitet. In der letzten Sitzung habe ich diesen Vorwurf zurückgewiesen und muß ihn auch heute wieder zurückweisen. Diejenigen, die etwas tiefer in den Gang der Verhandlungen eingedrungen sind, werden mir recht geben, daß unsererseits alles geschehen ist, was ~~hätte~~ geschehen <sup>konnte</sup> ~~können~~, um die Sache zu fördern. Aber es ist doch im ganzen so langsam gearbeitet, daß diese Vorlage mit dem besten Willen nicht früher gemacht werden konnte.

Herr Dr. Jasper scheint ganz und gar nicht im Bilde zu sein, er hat total mißverstanden, um was es sich handelt. Ich habe in der vorigen Sitzung gesagt: Die Braunschweigische Baugenossenschaft und die Siedlungsgesellschaft haben auf ihr Risiko eine größere Anzahl Häuser gebaut, und diese

diese sind im Rohbau fertig. An der Raabestraße sehen Sie Häuser, auf denen schon das Dach sich befindet, und Herr Tostmann sagte, auf diese nahezu fertigen Häuser bitte ich, Geld zu geben. Es handelt sich also nicht darum, denen Geld in den Schoß zu werfen, die anfangen wollen, Häuser zu bauen. Ist damit ein Risiko verknüpft? Ich kann darüber hinaus Herrn Dr. Jasper beruhigen, indem ich anführe, daß es sogar zulässig ist, Zuschüsse zu geben, bevor mit dem Bau der Häuser begonnen wird. Nach den Bestimmungen der Regierung können schon zum Erwerbe der Baustellen, zum Ankauf der Baumaterialien Vorschüsse gewährt werden. Bis zur Beendigung des Rohbaues können 75% der Baukostenzuschüsse ausgezahlt werden, so weitherzig ist man. Wie weit wir aus städtischen Mitteln Vorschüsse zur Verfügung stellen werden, wird in jedem Falle vom Wohnungsausschuß vorsichtig geprüft werden. Es wird da nicht etwa mit vollen Händen gegeben werden, sondern es wird eine sorgfältige

tige

tige Prüfung stattfinden: Was ist bislang fertiggestellt, wieviel ist ausgebaut, wieviel können wir zahlen? Dabei werden wir so vorsichtig wie irgend möglich vorgehen. Was ich vorhin gesagt habe, bezog sich nur auf die nahezu fertiggestellten Bauten. Die Herren Lehnert und Tostmann haben mich darin wohl nicht mißverstanden sondern meine Angaben richtig aufgefaßt.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r : Es tut mir leid, sagen zu müssen, daß ich auf einen etwas anderen Standpunkt stehe, als es eben ausgeführt ist. Ich habe die Auffassung, daß der Wohnungsausschuß ermächtigt sein soll, in jedem einzelnen Falle die Summe für ein bestimmtes Bauvorhaben zu bewilligen, aber erst dann, nachdem diese große Geldaktion mit dem Ministerium zusammen endgültig geregelt ist. Ich hatte mir vorgenommen, um die Sache zu fördern, morgen im Wohnungsausschuß den Antrag zu stellen, daß wir uns an das Ministerium wenden und sagen: Die Stadt hat ihre Schuldigkeit voll getan, sie muß aber erst Geld aufnehmen, und um das in Gang zu bringen, seid gefälligst so freundlich, uns ~~aus~~<sup>von</sup> 5 1/2 Millionen Mark einen Vorschuß zu geben, dann folgen wir nach. Das wäre der richtige Weg, denn zunächst muß die Sache formell mit dem Ministerium in Ordnung gebracht werden. Wir könnten unter Umständen Vorschüsse zu Bedingungen

gen

gen bewilligen, die nachher dem Ministerium nicht passen. Ein solches Vorgehen, wie es vorhin als richtig bezeichnet wurde, hat der Rat bis jetzt noch nicht beschlossen. Ich weiß nicht, ob die Versammlung in der Ermächtigung des Wohnungsausschusses so weit gehen will - ich habe Bedenken dagegen.

Stadt v. S c h i l k e : Daß die Frage vorher mit dem Ministerium geregelt werden muß, halte ich für selbstverständlich. Wir können kein Geld weggeben, wenn die Rechtslage noch schief und unsicher ist. Ich habe mich aber hauptsächlich zum Wort gemeldet, um über Höhe der Baukostenzuschüsse etwas zu sagen. Herr Tostmann führte aus, daß er nicht die Courage habe, 125% der vom Staat gezahlten Baukostenzuschüsse von der Stadt zu verlangen, er habe sich darüber eines anderen belehren lassen, daß Zuschüsse in dieser Höhe nicht durchgeführt werden können, oder wenigstens sei der Versuch dazu gemacht. Wir haben gesehen, daß es notwendig ist, das Bauen in weitgehendem Maße zu fördern, und so ist es selbstverständlich, daß wir alle diejenigen, die ein Mehrfamilienhaus oder ein kleines Familienhaus bauen wollen, in jeder Weise unterstützen. Es sind die Kreise, die finanziell schwach sind, die uns im Siedlungswesen tatkräftig zu Hilfe kommen, die selbst mit



mit Hand anlegen, um ihren kleinen Bau möglichst billig zu gestalten. Wenn wir diesen Kreisen - und dazu gehören auch die Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften usw. - Mittel in die Hand geben wollen, muß es in weitgehender Weise geschehen, und ich bin deshalb der Ansicht, daß wir überlegen sollten, ob wir von Stadtseiten nicht den Baukostenzuschuß über die beantragten 100% hinaus bemessen sollten. Jedenfalls möchte ich aus alle den Gründen, die früher schon erwähnt sind, aus ethischen Momenten - doch darüber brauche ich mich ja nicht mehr auszulassen - alle diejenigen, die ein Eigenheim volkswirtschaftlich wohnlich zu gestalten sich bemühen, in weitgehender Weise gefördert sehen, um den Wohnungsbau dadurch noch mehr zu fördern. Wir sehen, daß Stadtoldendorf über das gewöhnliche Maß hinausgegangen ist, ohne abzuwarten, ob der Staat dazu etwas leistet, und daß dieser Ort damit ein Siedlungswesen hervorgebracht hat, das die Wohnungsnot dort vollständig beseitigt hat. Das soll uns als Beispiel

Beispiel dienen, etwas zu leisten, was den Baulustigen und Siedlern die Möglichkeit gibt, wirklich schnell zum Ziele zu kommen. Ich möchte deshalb den Antrag stellen,

den Baukostenzuschuß, soweit er von der Stadt zu leisten ist, auf 125% festzulegen.

(Zuruf: Wer bietet mehr?).

Stadt v. L e h n e r t : Ich habe den städtischen Beamten keinen Vorwurf machen wollen, wenn ich vorhin erklärt habe, man solle etwas mehr Tempo dahinter setzen. Der Herr Stadtbaurat hat in einer der früheren Sitzungen erklärt, daß ein Schreiben vom 19. Februar vom Reichsarbeitsministerium eingelaufen sei, das erst im April zu Händen des Rates gelangt ist. Da liegt die Schuld nicht an dem Rate, denn nur durch Zufall hat der Herr Stadtbaurat Kenntnis von diesem Schreiben erhalten. Daß ein schnelleres Tempo eingesetzt werden muß seitens des Staatsministeriums und daß seitens seines Dezernenten sehr langsam gearbeitet wird, dafür haben wir den Beweis. Der Rat der Stadt hat den Überteurungszuschuß schon am 4. und 5. April gewährt, aber vom Ministerium liegt die Rechnung noch da und der Rat hat heute noch keine Antwort, ob das Ministerium diesen Überteurungszuschuß bewilligen will. Der

Kardi-

Kardinalpunkt liegt bei diesen Verzögerungen gegenüber im Regierungsgebäude (Zuruf des Stadtverordneten Rönneburg) Sie haben ja etwas mehr Erfahrung darin; ich bin noch nicht a.D. geworden. (Klingel des Vorsitzenden). Sie wissen darin ungefähr Bescheid, haben die Schule durchgemacht und sind ja in der Räterepublik bewanderter als ich.

169<sup>b</sup>

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte sich zu mäßigen, sonst können wir bei diesem Punkte noch einige Stunden verweilen.

Stadt v. R e i ß n e r : Wenn wir von Herrn Tostmann und von Herrn Lehnert gehört haben, daß die Baugenossenschaft, die Siedlungsgesellschaft und auch die Siedlungsgenossenschaft Freiland mit ihren Bauten begonnen haben - wozu es ja auch die allerhöchste Zeit ist - und daß schon Häuser fertiggestellt sind, so kann ich nur bedauern, daß jetzt immer noch verschiedene andere Bedenken aufsteigen. Es wird gesagt: Soll jetzt schon bewilligt werden oder sollen wir warten, bis wir vom Staat Geld bekommen, oder sollen wir erst den ganzen Sommer darüber hingehen lassen, denn dahin wird es vielleicht noch kommen. Es ist von Herrn Tostmann angeregt, die formellen Bedenken etwas zurücktreten zu lassen. Was die Besitzübertragung inbetrreff des Grund und Bodens an den Staat, die Eintragung der Sicherungshypothek in das Grundbuch und die Erteilung des formellen Bescheides anbelangt, so sind das doch Sachen, die zurückgestellt werden können.

können, wenn man bedenkt, daß es die höchste Zeit ist, daß die Errichtung der Wohnbauten begonnen werden muß, sonst geht der Sommer ins Land und wir kommen nicht weiter. Schon über ein Vierteljahr unterhalten wir uns über diese Sache. Erst lag es am Reich, daß es nicht weiter kam, es kam mit seinen „allgemeinen Grundsätzen“ nicht heraus, dann hat es am Staat gelegen, von dem die „Ausführungsbestimmungen“ fehlten, nun haben der Finanz- und Bauausschuß in mehreren Sitzungen sich über die Sache unterhalten und auch das Plenum hat sich in mehreren Sitzungen mit der Sache beschäftigt, aber immer noch kommt es zu Bedenken und eine Auszahlung findet nicht statt. Ich bitte die Herrschaften: Stellen Sie die Bedenken zurück und stimmen Sie dem Antrage des Rates zu.

Stadt v. R ö n n e b u r g : Ich kann das, was Herr Reißner eben sagte, nur unterstreichen, und auch der Kritik des Herrn Lehnert habe ich nichts hinzuzufügen, er hat das vortrefflich gesagt. Ich wundere mich aber, daß Herr Lehnert von einer Räte-republik redet, der Herr Minister <sup>Lein Paulsen</sup> Oerter, spricht immer von einer ~~sozial~~demokratischen Republik. (Glocke des Vorsitzenden). Zustimmen muß man, daß die Verhandlungen über die Baukostenzuschüsse sich ~~etwas~~ reichlich weit ausgedehnt haben, und man sollte erwarten, daß man sich endlich einig wird über die Grundsätze, nach denen die Verteilung erfolgen soll.

Herr Stadtbaurat ~~Geheles~~ Lebensleben und Herr Tostmann berührten die Frage der Kosten des Flachbaus im Verhältnis zum Hochbau. Wir wollen uns heute lieber nicht darüber streiten, denn es läßt sich hüben und drüben etwas Treffendes anführen.

ren.

ren. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Flachbau mindestens nicht teurer ist <sup>wie</sup> ~~als~~ der des Mehrfamilienhauses, besonders wenn man die Bezeichnung Flachbau nicht begrenzt auf das Einfamilienhaus, sondern auch Kleinfamilienhäuser für 2 - 3 Familienhäuser <sup>dabei einbezogen</sup> ~~mit ins Auge faßt~~. Wenn Herr Stadtbaurat Gebensleben zusagt, man wolle bei der Verteilung der Mittel für Flachbau und Mehrfamilienhaus halbpakt machen, so würde ich mich damit einverstanden erklären können, aber nicht, wenn <sup>eine ähnliche</sup> ~~die~~ Verteilung beabsichtigt <sup>ist</sup> ~~würde~~ unter ~~Be-~~  
~~rufung auf den Vorgang~~ <sup>von</sup> bei der früheren Verteilung der ersten 2 Millionen Baukostenzuschüsse, wo in einem meiner Auffassung nach nicht richtigen Verhältnis verfahren ist. Dabei ist der Flachbau erheblich zu kurz gekommen. Ich möchte dem das Wort reden, daß eine paritätische Behandlung dieser beiden Bauarten stattfindet.

<sup>den Vorfall</sup>  
Für ~~die Ausführungen~~ des Herrn Schilke, daß

in



in der Stadt ein etwas erhöhter Zuschlag gezahlt werden müßte, läßt sich das Folgende geltend machen: Es ist zweifellos, und auch Herr Tostmann wird das bestätigen, daß die Baukosten in der Stadt Braunschweig erheblich höher sind, als in den Landorten und kleinen Städten. Es liegt das in den wirtschaftlichen <sup>Verhältnissen</sup> ~~Lage~~ der größeren Städte, die höhere Löhne bedingen <sup>...</sup>, und demgemäß müßte auch der Zuschlag höher bemessen werden. Ich glaube, daß <sup>sich</sup> ~~durch~~ solche Betrachtungen der Antrag des Herrn Schilke gerechtfertigt erscheint.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Herr Stadtbaurat  
Gebensleben sagte, ich hätte ihn mißverstanden,  
wenn ich davon spreche, daß aus seinen Worten her-  
vorging, daß schon von Beginn des Hausbaues an  
Baukostenzuschüsse gegeben werden wollen. Es klang  
aber nachher doch so an, als ob er vor Beschaffung  
der Baumaterialien schon Vorschüsse geben wollte.  
Doch freue ich mich, wenn wir darin einig sind,  
und meinerseits nur ein Mißverständnis vorgelegen  
hat. Ich halte es für richtig, daß so vorgegangen  
wird, wie es der Herr Oberbürgermeister angab, und  
nicht aus gutem Herzen heraus etwas versehen wird,  
was nachher der Allgemeinheit sehr übel zu stehen  
kommen kann.

Stadt v. I o s t m a n n : Ich wollte mit meinen Ausführungen von vorhin, in denen ich sagte, daß meinen Erfahrungen nach der Flachbau sich teurer stellt als das Einfamilienhaus, dartun, daß die Folge davon sein müßte, daß für den Flachbau ein höherer Zuschuß als 100% gegeben werden müßte. Herr Rönneburg sagt dagegen: „Der Flachbau stellt sich nicht teurer als das Mehrfamilienhaus“, und so kann ich mich nicht davon überzeugen, daß der Satz dafür höher gestellt werden müßte. Eine Wohnung mit 70 qm Wohnfläche, wie sie die Braunschweigische Baugenossenschaft baut, kostet fix und fertig hergestellt 54 - 56000 Mark. Nach der Vorlage würden wir pro Wohnung 46000 Mark Zuschuß bekommen, also pro Wohnung noch 10000 Mark zu verzinsen haben, was bei einer Berechnung zu 6% 600 - 650 Mark ausmacht. Wenn sich der Flachbau auch nicht teurer stellt, aber auf die 70 qm bei dem Flachbau ein Zuschuß von 50000 Mark kommt, so würde der betreffende

fende

fende Erbauer nur 6000 M zu verzinsen haben, also eine sehr billige Wohnung bekommen - wenn zutrifft, daß der Flachbau nicht teurer zu stehen kommt. Sie als Lehrer mußten dieses Rechenexempel doch gleich im Kopfe ausrechnen können. Ich bringe diese Zahlen nur vor, um damit zu beweisen, daß es nicht richtig ist, wenn Herr Rönneburg meint, daß ein Flachbau dasselbe kostet wie die Wohnung im Mehrfamilienhause des Hochbaues. Herr Rönneburg, wenden Sie sich an Ihren Nachbar, Herrn Reißner, der wird Ihnen genau sagen können, was der Flachbau kostet. Ich glaube, Herr Reißner hat ein derartiges Projekt in Bearbeitung. Wahrscheinlich wird er das auch einreichen und wird auf eine ganz andere Rechnung gekommen sein als Sie, nämlich auf meine Rechnung, wonach das Einfamilienhaus heute auf mindestens 75000 M zu stehen kommen wird. Wenn die Häuser billiger hergestellt werden, dann können Sie versichert sein, daß es solche sind, die die Dauer nicht durch-  
nachen.

machen, die man eigentlich von ihnen verlangen müßte; in einer gewissen Zeit werden sie zu Schutthäufen geworden sein. Wer Bescheid weiß, der wird mir zugeben, daß derjenige, der ein stabiles Einfamilienhaus bauen will, heute 75000 M dafür ausgeben muß.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich freue mich, daß zwischen Herrn Dr. Jasper und mir kein Mißverständnis mehr herrscht, nur in einem Punkt sind wir nicht ganz klar. Ich wäre immer noch dabei, auch vor Beginn der Bauausführung Geld herzugeben. Ich habe schon gesagt, daß nach den Grundsätzen der Regierung es wohl möglich ist, den Bauenden staatliche Vorschüsse zu geben, noch bevor sie mit dem Bauen selbst begonnen haben. So hat die A.V.G. (= Abfallverwertungsgesellschaft) mehrere hunderttausend Mark vom Staate ausbezahlt bekommen, bevor der erste Spatenstich gemacht ist. Ob wir in dieser Beziehung den Bauenden ebenso entgegenkommen wollen, hängt vom Wohnungsausschuß ab.

Nun hat Herr Tostmann Ausführungen über Flachbau und Hochbau gemacht, und ich will nicht weiter darüber sprechen, aber auf eins möchte ich hinweisen, nämlich daß ganz gute Erfahrungen mit dem Flachbau gemacht worden sind. Wir haben ein ganz

nettes

nettes Material darüber zusammen, denn sämtliche Abrechnungen über die Erbauungen der Kleinhäuser der Siedlungsgesellschaft stehen uns zur Verfügung, ebenso die Abrechnungen der Baugenossenschaften und sonstiges Material. Wir werden demnächst eine sehr nette Übersicht darüber Ihnen vorlegen können, welche Kosten für die einzelnen Bauten erwachsen sind. Soviel steht fest, daß die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft mit den Einfamilienhäusern in finanzieller Beziehung ganz gut gefahren ist.

1896

In der Abstimmung werden die Anträge des Rates der Stadt gemäß dem Antrage des Ausschusses angenommen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich denke, wir wollen das Weitere so handhaben, daß der Wohnungsausschuß in jedem Falle prüft, welche Zuschüsse bewilligt werden sollen. In früheren Jahren hatte der Wohnungsausschuß bezüglich der Flachbauten beschlossen, diese sollten zwar die höheren staatlichen Zuschüsse bekommen, aber von der Stadt sollten keine höheren Zuschüsse gewährt werden als für Hochbauten. Das war nicht von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, sondern der Wohnungsausschuß hatte diesen Grundsatz aufgestellt. Nun will Herr Schilke den Flachbau von der Stadt aus noch mehr unterstützen als den Hochbau. (Zuruf: Die Unterstützung überhaupt!). Ich glaube, Sie stehen sich besser wenn Sie diesen <sup>Entscheidung</sup> ~~diesem~~ den Wohnungsausschuß überlassen. Dort werden die ganzen Anschläge vorgeführt und man bekommt ein genaues Bild darüber, welche Zuschüsse erforderlich sind. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß in beiden Fällen mit 100% städtischem Zuschuß auszukommen sein ~~werden~~ <sup>wird</sup>.



V o r s i t z e n d e r : Der Antrag des Herrn  
Schilke lautet:

„Die stadtseitig zu leistenden Baukostenzuschüsse werden auf 125% der vom Staate gegebenen festgelegt.“

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich möchte bemerken, daß der Beschluß über die Höhe der jeweiligen Baukostenzuschüsse durch die eben stattgefundene Abstimmung schon gefaßt ist. Es steht in dem Antrag des Rates als ein Grundsatz der Parität, daß wir ebenso/viel aussetzen wie das Land, und das schließt aus, daß eine andere Regelung in Bezug auf die Höhe der Zuschüsse vorgenommen wird, wie das Herr Schilke will.

Stadt v. R ö n n e b u r g : Daß mit der Annahme des Kommissionsantrages auch die Höhe des Zuschusses festgelegt ist, hätte doch vor der Abstimmung deutlich präzisiert werden müssen, und es wäre richtiger gewesen, wenn der weitergehende Antrag zuerst zur Abstimmung gekommen wäre. Ich glaube, daß auch jetzt noch manche <sup>Mitglieder</sup> ~~aus~~ der Versammlung bereit sind, dem Antrage Schilke zuzustimmen. Auch wir haben ja dem Antrage des Ausschusses zugestimmt, und sollte der Antrag Schilke nicht angenommen werden, so stellen wir uns auf den <sup>Stand</sup> ~~Stand~~ des Kommissionsantrages. Ich bitte bei dieser Sachlage den Vorsitzenden, die Abstimmung noch einmal vorzunehmen, und zwar zuerst über den Antrag Schilke, dann über den Ausschußantrag.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich möchte meinerseits empfehlen, so vorzugehen, wie es parlamentarisch allein richtig ist, nämlich zu sagen: Wir bewilligen die Zuschüsse, die der Rat fordert, und ersuchen ferner den Rat, darüber hinauszugehen und nicht nur 100 sondern 125 Prozent der staatlichen Zuschüsse stadtseitig zu gewähren. Dann haben auch wir noch ein Wort bei der Sache mitzureden. Wie sie sich weiter entwickeln wird, ist <sup>allerdings</sup> mir (heute noch) vollständig schleierhaft.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Würde  
der Antrag Schilke angenommen, dann müßten sie heu-  
te nicht 5 1/2 Million Mark, sondern vielleicht  
7 Millionen *bewilligen*.

Ich wiederhole, daß nach meiner Überzeugung mit den  
Zuschüssen, wie sie vom Rat beantragt sind, auszu-  
kommen ist.

Stadt v. S c h i l k e zieht seinen Antrag  
zurück.

186<sup>e</sup>

15. Überlassung von Baugelände auf dem  
Flugplatze an die Siedlungsgesell-  
schaft „Freiland“.

Stadt v. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren! Es handelt sich um eine Angelegenheit, die schon einmal in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung gestanden hat: Um Überlassung von Baugelände an die Siedlungsgesellschaft „Freiland“ und zwar auf dem Flugplatze bei Broitzzen. Das Erbbaurecht für Gelände auf dem Arkeröder Felde ist schon in der vorigen Versammlung der genannten Gesellschaft überlassen, aber die Siedlungsgesellschaft Freiland hatte auch Antrag auf Überlassung von Baugelände in Erbbaupacht auf dem Flugplatz gestellt, und hiergegen war von verschiedenen Seiten Widerspruch erhoben worden, vor allen von seiten der Fluggesellschaft, die glaubt, daß ihr Betrieb dadurch benachteiligt würde, wenn auf den Flugfelde auf den 13 Baustellen, um die es sich heute handelt,

Häuser

Häuser hingestellt werden. Es ist deshalb die Entscheidung über diesen Antrag erst einmal zurückgestellt worden, damit sich der Bauausschuß an Ort und Stelle überzeugen konnte, ob durch den Bau der Häuser tatsächlich ein Hindernis für das Flugwesen entstehen würde. Der Bauausschuß hat sich dieser Aufgabe unterzogen, und ich habe für die Herrschaften die Pläne ausgehängt, damit sie sich von der Situation überzeugen können. Auf dem ausgestellten Plane erscheint der Platz, wohin die Häuser gestellt werden sollen, nur als ein kleines Pünktchen. Der Flugplatz ist 400 Morgen groß und abgetreten werden sollen vielleicht 3 Morgen zu Bauzwecken. Der Bauausschuß ist bei seiner Besichtigung zu dem Resultat gekommen, daß die Fläche unbedenklich in Erbbaupacht weggegeben werden kann. Selbst wenn das Flugwesen verdreifacht werden würde, würde das kein Hindernis sein, diese Häuser an den bezeichneten Platz zu bauen. Es wurde aber der Wunsch ausgesprochen, daß die-

sen



sen Häusern nicht zuviel Gartenland zu eigen beigegeben würde, im Höchstfalle 1/4 Morgen, und daß die hintere Grenze dieser Gärten nicht über den befestigten Weg hinausragen soll.

Im übrigen aber könnte den dortigen Bewohnern ein Teil Gelände in kurzfristige Pacht gegeben werden. Der Bauausschuß empfiehlt Ihnen darnach, unter den eben angegebenen Bedingungen den Abschluß eines Erbbaupachtvertrages mit der Siedlungsgesellschaft Freiland bezüglich des bezeichneten Geländes auf dem Flugplatze heute zuzustimmen.

Stadt. S c h m i d t : Es mag richtig sein, daß die Ansicht des Bauausschusses, nachdem er sich durch den Augenschein überzeugt hat, daß eine Beeinträchtigung des Flugwesens durch den Bau der Häuser auf dem Flugplatze nicht ~~beeinträchtigt~~ <sup>schaffenden</sup> wird, richtig ist. Richtiger aber wäre es gewesen, wenn man die Fachkreise gehört hätte, die diese Flugeinrichtungen in Schwung bringen wollen und die der Meinung sind, daß dieser Platz in Zukunft zu einem internationalen Knotenpunkt des Flugwesens werden soll. In diesen Kreisen besteht der starke Verdacht, daß Braunschweig in seinem Flugwesen beeinträchtigt werden würde, wenn eine größere Landfläche vom Flugplatz abgetrennt wird. Ich hätte also gern gesehen, wenn man die Ansicht der Sachverständigen über diese Seite der Angelegenheit in Erfahrung gebracht hätte.

Stadt<sup>landsch</sup> G e b e n s l e b e n : Ich habe schon in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß das Staatsministerium bereits eine Kommission veranlaßt hat, eine <sup>B</sup>esichtigung des Flugplatzes ~~in-  
betreff dieser Verwendung~~ vorzunehmen. Zu dieser Besichtigung waren erschienen die Herren Regierungsräte Dr. Christoph und Fischer, der Leiter der Luftverkehrsstelle, Herr Hauptmann Mersmann, der also Sachverständiger ist, zwei Herren der Militärverwaltung und schließlich einige Herren von der Siedlungsgesellschaft Freiland und ich. Wir haben uns lang<sup>e</sup> und breit über alles in Betracht kommende unterhalten und waren übereinstimmend der Ansicht, daß diese paar Häuser zwischen den beiden Barrikaden, der hohen Flugzeuggasse und dem <sup>N</sup>gssenschen hohen Gehöfte, wirklich kein Hindernis für den Flugverkehr bildet. Ich habe das schon in der vorigen Sitzung ausgeführt, aber es wurde dem nicht ohne weiteres zugestimmt, sondern für wünschenswert gehalten, daß

die

die Herren und Damen vom Ausschuß - Frau Schulze war auch mit dabei - sich durch den Augenschein überzeugten, um was es sich handelt. Auch diese Herrschaften sind übereinstimmend der Ansicht, daß hier wirklich von einem Hindernisbilden *für den Flugverkehr nicht die Rede sein kann,* denn zwischen den beiden erwähnten hohen Gebäuden kam sowieso nicht mit Flugzeugen gelandet werden. Doch wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die Gärten nur halb so groß werden sollten, als sie ursprünglich von „Freiland“ geplant sind, und daß sie über die befestigte Straße vor der Flugzeughalle nicht hinausragen sollen. Gleichwohl sollen aber dahinterliegende Flächen von Jahr zu Jahr auf kurze Zeit den Anwohnern als Gartenland verpachtet werden. ~~Nir waren gestern allerdings nicht flugtechnisch gerüstet, aber ich glaube doch, daß die Herrschaften das auch so richtig beurteilen konnten.~~

**Stadt v. T o s t m a n n :** Nach meiner Ansicht braucht man dort hinaus keine Sachverständigen zu schicken. Man muß bedenken, daß dort, wo die Wohnhäuser hingebaut werden sollen, früher 2 Flughallen gestanden haben. Was für ein Flugverkehr ist hier während des Krieges gewesen, und doch haben die Hallen nicht im Wege gestanden. Heute, wo bei dem Flugpostverkehr nur einzelne Fahrzeuge ankommen, scheiden solche Bedenken ganz und gar aus; das kann jeder Laie beurteilen, daß dieses kleine Plätzchen wohl übrig sein kann.

Stadt v. Frau S o h n l z e : Ich kann nur bestätigen, was der Herr Vorredner ausgeführt hat, und wenn die Herrschaften an Ort und Stelle sich begeben wollten, würden sie zu derselben Ansicht kommen. Hinderlich könnte höchstens das Haus sein, das nach Broitzem zu steht. Allerdings war ich auch der Ansicht, daß es nötig ist, den Siedlern nicht zuviel Gartenland zuzugeben; 1/4 Morgen muß für jedes Haus genügen.

Der Vergebung des fraglichen Geländes in Erbbau-  
pacht stimmt die Versammlung zu.

194 <sup>6</sup>

16. Ernächtigung des Rates zur Besetzung  
der Stelle eines Bademeisters an der  
städtischen Badeanstalt.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Der Bademeister unseres Freibades, Herr Sauerbier, will seine Stelle verlassen, und einen geeigneten anderen Herrn hat der Rat der Stadt bisher nicht finden können. Da die Sache eilt, hat der Rat gebeten, ihm das Vertrauen zu schenken, daß er, sobald ein geeigneter Bewerber sich findet, die Stelle selbständig besetzt.

In den Vorverhandlungen hat sich ferner herausgestellt, daß die bisherige Vergütung für den Bademeister nicht ausreicht, und deshalb richtet der Rat an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Bademeister künftig eine Vergütung von monatlich bis zu 600 M gezahlt wird und denselben außerdem das Recht eingeräumt

räumt wird, für die Vorleiherung einer Badehose eine Gebühr von 30 Pfennig zu erheben.

Ich bitte, in beiden Punkten dem Ratsantrage zuzustimmen.

Ohne Wortmeldungen; gilt als stillschweigend angenommen.

196<sup>b</sup>

(Punkt 16).



17. Anfrage Graf. betreffend die Beschaffen-  
heit des letztthin zum Verkauf gestellten  
Fettes.

Wortlaut der Anfrage      siehe Seite 9 dieses  
Berichts.

Stadtv. Frau G r a f : (Zur Begründung):

Aus meiner Anfrage geht deutlich hervor, daß es mir  
darauf ankommt, festzustellen, ob der Rat der Stadt  
die Beschaffenheit des Schmalzes, das in der ver-  
gangenen Woche ausgegeben wurde, gekannt habe, be-  
vor es an die Bevölkerung ausgegeben wurde. Ich  
glaube, es ist einer ganzen Anzahl von Hausfrauen  
betreffs dieses Fettes genau so gegangen wie mir.  
Es mußte einem geradezu Übel, Bedauern und Entrü-  
stung ankommen, wenn man darüber nachdächte, daß man  
in den letzten Jahren nicht gewußt hat, was man  
den Angehörigen auf den Tisch bringen sollte, weil  
kein Fett zur Verfügung stand, und daß wir unsere

Männer

Männer bei ihrer schweren Arbeit mit Marmelade zur Arbeit schicken mußten, während heute, nachdem in jedem zweiten Laden wieder Lebensmittel ausgestellt sind und es vor allen Dingen Schmalz in großen Mengen überall zu kaufen gibt, auch der Rat der Stadt die Zeit für gekommen hält, seine Waren ~~alle~~ an den Mann zu bringen. Der Preis für das in Frage stehende Fett ist allerdings etwas geringer als für ~~anderes~~ <sup>solch</sup> ~~das~~ <sup>schlechtes</sup> es in den übrigen Geschäften zu kaufen gibt, aber ~~dafür~~ ließ seine Qualität darauf schließen, daß es aus einer Zeit stammt, die ~~so~~ <sup>fast</sup> weit zurück liegt, ~~daß~~ <sup>an seiner Zeit, vor</sup> es wirklich im Interesse der Volksernährung und Volksgesundheit ~~geschehen~~ <sup>geschehen</sup> wäre, wenn der Rat der Stadt es ~~in der früheren Zeit~~ ausgegeben hätte. Heute ist es so alt, daß es niemand mehr kaufen will. Ich habe mich in mehreren Geschäften erkundigt, ob dort das Schmalz gekauft wurde, und fast überall ist mir gesagt

worden:

worden: „Wir werden es nicht los.“ Nur die Ärmsten der Armen, die bei der Teuerung <sup>keine Möglichkeit</sup> ~~keine~~ Existenzmöglichkeit haben, haben dieses alte Zeug ~~noch~~ gekauft. Es ist gewiß sehr lobens- und anerkennenswert, wenn jemand das Geschick hat, sparsam zu haushalten; wenn die Sparsamkeit aber soweit geht, daß die Sachen so lange zurückgehalten werden, bis sie für den menschlichen Genuß nicht mehr brauchbar sind, so ist das unwirtschaftlich, und in dieser <sup>in Falle</sup> ~~in dieser Weise~~ kann das Vorgehen des Rates ~~in diesem Falle~~ bezeichnet <sup>werden</sup>. Wenn der Rat die Beschaffenheit des Schmalzes <sup>vor der Herausgabe</sup> gekannt hat, ~~bevor er es herausgegeben hat~~, dann wäre es meiner Ansicht nach richtiger gewesen, wenn er es unserer Bevölkerung nicht <sup>anbietet</sup> angeboten hätte, sondern ~~es hätte~~ <sup>abgelaufen</sup> den Weg gehen lassen, den es ~~in den Fällen noch~~ <sup>noch</sup> jetzt gehen muß, ~~wo es nicht abgenommen wird.~~

Stadtrat V o g l e r : Das Fett, das ausgegeben worden ist, ist nicht etwa ein neuer Einkauf, sondern es handelt sich um Restbestände. Schmalz war es übrigens nicht. Um zum Sommer bei der knappen Butterrationalierung den Leuten Fett anzubieten, ist der vorhandene Restbestand auf dem Wege der Rationierung zum Verkauf gestellt. Wir haben niemanden gesagt, er müsse dieses Fett nehmen, und es wird Anweisung erfolgen, daß das Fett von denen zurückgenommen werden soll, die es nicht haben annehmen wollen<sup>n</sup>. Wie der Talg beschaffen ist, haben wir gewußt. Er ist bei der Firma Reineke umgebraten und von unseren Sachverständigen für einwandfrei erklärt worden. Daß es nicht erste Qualität war, ist selbstverständlich, denn im Handel wird ~~der~~<sup>für</sup> Talg 10,50 bezahlt und dieses Fett ist für 8,50 Mark abgegeben. Da es sich um Restbestände handelt, haben wir ~~es~~ versucht, es in der Markthalle abzusetzen. Von verdorbener Ware kann nach Angabe unserer Sachverständigen nicht die

die Rede sein. Verschiedene mir bekannte Herren haben erklärt, daß es in ihren Haushalt verwandt worden, aber keiner davon krank geworden sei. Als verwertungsfähig ist der Taig also auf jeden Fall anzusehen. Wir müssen uns auf unsere Sachverständigen verlassen, die ihren Beruf nicht umsonst gelernt haben.

Ohne weitere Besprechung.

201<sup>b</sup>

18. Antrag Rönneburg. betreffend gleichen  
Ortszuschlag für die städtischen Beam-  
ten wie für die Reichsbeamten.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 10 dieses  
Berichts.

Stadt v. R ö n n e b u r g (Zur Begründung):  
Es wird den geehrten Damen und Herren bekannt sein,  
daß vom Reiche aus die Stadt Braunschweig in das  
Ortsklassenverzeichnis anders eingereiht ist, so  
daß sie jetzt zur Ortsklasse B nach dem neuen Beamten-  
besoldungsgesetz gehört. Nach dieser Eingruppierung  
haben die in Braunschweig und Umgebung wohnenden  
Reichsbeamten bereits ihre Bezahlung, entsprechend  
der neuen Ortsklasse, bekommen. Wie ich erst jetzt  
in Erfahrung gebracht habe, ist auch bereits vom  
Staatsministerium Anweisung gegeben, in gleicher  
Weise die entsprechenden Beträge <sup>an die</sup> ~~den~~ braunschwei-  
gischen Staatsbeamten zur Auszahlung zu bringen.

Das

Das ist möglich, weil im Staatsbeamtenbesoldungs-  
gesetz ein Paragraph aufgenommen worden ist, in  
dem es heißt, daß die Einreihung der einzelnen Orte  
und Städte des Landes nach dem Vorgehen des Reiches  
~~den nachher~~ erfolgen soll. Leider ist diese Bestimmung im  
städtischen Statut nicht getroffen, sondern hier ist  
ausdrücklich festgesetzt ~~worden~~, daß über eine ander-  
weitige Eingruppierung durch die städtischen Behör-  
den jeweilig entschieden werden mußte. Daß dies ge-  
schehen ist, habe ich schon früher bedauert, und  
~~heute könnte~~ eine anders gefaßte Bestimmung <sup>heute</sup> <sup>früher</sup> uns eine  
Arbeit ersparen. Da es zweifellos als gerechtfertigt  
erscheint, daß die städtischen Beamten und An-  
gestellten mit dem gleichen Maß gemessen werden wie  
die Reichs- und Staatsbeamten, die auch Einwohner  
unserer Stadt sind, so rechtfertigt sich wohl ganz  
von selbst mein Antrag, daß der Rat der Stadt er-  
sucht werden möge, uns möglichst bald eine Vorlage  
zugehen zu lassen, die sich dem Vorgehen des Reiches

und

und Staates in dieser Beziehung anschließt. Ich würde erfreut und dankbar sein, wenn vom Rat der Stadt aus die Zusage gegeben würde, daß er diesem Antrage ~~zustimmen wird~~ und womöglich das Verfahren hierbei abzukürzen bereit ~~ist~~ <sup>ist</sup> ~~set~~. Es wäre wünschenswert, daß wir in dieser Sache schnell zu ~~Rande~~ <sup>Rande</sup> kämen.

Mit diesem Antrage möchte ich zugleich eine Bitte ~~verbinde~~ <sup>verbinden</sup>. Es ist mir aus den beteiligten Kreisen mitgeteilt worden, daß Zahlungen aus länger zurückliegenden Beschlüssen in der Beamtensoldungsfrage in einzelnen Fällen noch nicht erfolgt seien, so daß die Betroffenen schon längere Wochen auf die Auszahlungen haben warten müssen. Ich möchte dem Wunsche <sup>Ausdruck</sup> geben, daß, falls noch einige Rückstände vorhanden sein sollten, für schleunige Abhilfe Sorge getragen wird.

Die Versammlung beschließt die dringliche Behandlung des Antrages. (Antrag Rönneburg).

204 <sup>6</sup>



Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Herr Stadtverordneter Rönneburg hat den Rat ersucht, eine Erklärung abzugeben, damit das Verfahren in dieser Sache abgekürzt werde. Die Erklärung abzugeben, bin ich in der Lage. Am vorgestrigen Tage ist uns - wieder durch Zufall - von einer Anweisung des Ministeriums Kenntnis geworden, in der es heißt, daß beabsichtigt würde, ein Reichsgesetz zu erlassen - vorläufig ist es noch nicht erlassen - wonach die Stadt Braunschweig in Klasse B des Ortsklassenverzeichnisses und Rünigen in Klasse D einrangiert werden sollen. Wir haben auch Nachricht bekommen, daß der Staat eine Verfügung erlassen hat, auf das künftige Reichsgesetz hin, auf Grund der Entschließung des Reichstages vom 18. März in dieser Sache ohne weiteres vorzugehen. Ich habe den Sachverhalt heute morgen in der Ratssitzung vorge-  
tragen und der Rat hat beschlossen, gleichfalls dem-  
entsprechend zu verfahren, weil wir auf dem Stand-  
punkt

punkt stehen, daß wir nicht uahin können, da wir uns bisher im allgemeinen nach den Sätzen des Reiches und des Staates gerichtet haben, das auch in diesem Falle zu tun. Nachdem nun Herr Rönneburg seinen Antrag gestellt hat, hat es kaum Zweck, eine große Vorlage deswegen einzubringen. Wenn Sie sich heute schlüssig <sup>en</sup> machen, die städtischen <sup>Länder</sup> ~~Behörden~~ bezüglich der Ortsklasse ebenso zu behandeln wie die Reichs- und Staatsbeamten, und wenn Sie auch hier wieder den ungewöhnlichen Weg beschreiten, eine Zurückdatierung bis zum 1. April 1920 vorzunehmen - diese Zurückdatierungen der Gesetze und Ausführung derselben ist mir etwas Schreckliches -, so wäre damit die Sache in Ordnung.

Im übrigen möchte ich dazu folgendes bemerken: Wenn im Staat nach der Verfügung des Staatsministeriums, die vom 4. dieses Monats datiert und an sämtliche Staatsbehörden erlassen ist, jetzt schon Auszahlungen erfolgen, dann gratuliere ich dazu.

Ich

Ich habe mich erkundigt, wie das möglich war. Die einzelnen Behörden zahlen aus nach ihrem Ermessen, und ob es richtig ist oder nicht, wird hinterher geprüft. Daß der Staat eine einheitliche Anweisung zur Zahlung in drei Tagen fertig bekommt, ist etwas Außergewöhnliches. Es müssen doch die einzelnen Verhältnisse geprüft werden, wieviel Kinder vorhanden sind, wieviel die Zulage in der und der Periode gewesen ist, wie der Ausgleichszuschlag in jedem Falle gestanden hat. Bei jedem dieser Posten muß ein Ansatz gemacht und ein neuer Maßstab zu Grunde gelegt werden. Die Beamten, die mit dieser Arbeit im Rathause betraut sind, haben voll und ganz ihre Schuldigkeit getan, aber sie hat doch eine derartige Zeit erfordert, daß man fragen könnte: Liegt jetzt Veranlassung vor, diese Sache vorweggehen zu lassen oder lieber damit zu warten, bis <sup>die</sup> Prüfung der Gehaltsreform beendet ist; wir sind ja angewiesen, sofort das neue Statut vorzu-  
legen.

legen. Ich will versuchen, die neue Gehaltsdeputation möglichst schnell zusammen zu berufen, um mit ihr an die *Neue* Ordnung zu gehen. So viel beträgt der Unterschied, der sich aus der neuen Eingruppierung der Orte Braunschweig und Rünigen gegenüber der früheren ergibt, doch nicht, daß wir damit nicht warten könnten. Sollten aber die Stadtverordneten der Ansicht sein: „Es muß sofort erledigt werden“, so werden wir dem zustimmen.

Stadt v. R ö n n e b u r g : Die Antwort des Herrn Oberbürgermeister in ihrem ersten Teile befriedigt mich durchaus, und ich glaube, daß es eine wesentliche Abkürzung sein wird, wenn wir verfahren, wie der Herr Oberbürgermeister ~~angegeben~~ <sup>vorgefllagen</sup> hat. Aber in einem Punkte irrt sich der Herr Oberbürgermeister, wenn ich recht im Bilde bin, nämlich indem er meint, daß die neue Eingruppierung irgend welche Rückwirkung hat auf die Kinderzulagen usw.; die Kinderzulagen sind doch nach den Altersklassen abgestuft, ich müßte mich sonst erheblich irren. Weiter schlug der Herr Oberbürgermeister vor, daß wir mit der Berechnung und Auszahlung bis zur Revision des Besoldungsgesetzes warten möchten, in finanzieller Beziehung sei doch für den einzelnen der Unterschied nicht erheblich. Dagegen glaube ich, daß es sich doch um ziemlich namhafte Beträge auch für den einzelnen handelt. Nach meinen Überschlagen ergibt sich für einen Beamten der mittleren Besol-

denes-

ungsgruppe eine Nachzahlung von 925 Mark für die Zeit vom April 1920 an. Wann wird zur Revision des Besoldungsstatuts kommen und vor allen Dingen, wann wir sie abschließen, ist noch eine offene Frage, ~~und~~ <sup>Wenn</sup> wir ferner in Rechnung setzen, daß die neuen politischen Verhältnisse vielleicht noch eine wirtschaftliche Rückwirkung haben können, vor allen Dingen auf den Geldwert - wir müssen doch mit der Möglichkeit rechnen, daß eine weitere Entwertung der deutschen Mark eintritt -, so würde eine um 2 - 3 Monate hinausgezögerte Auszahlung eine erhebliche Beeinträchtigung der <sup>Stellfläche</sup> Beamten bedeuten. Deshalb möchte ich bitten, heute einen Beschluß herbeizuführen, daß der Rat der Stadt ermächtigt wird, im Sinne des Reiches und Staates vorzugehen.

Stadt v. P a p e n b e r g : In dem einen Punkt irrt sich Herr Rönneburg: Die Klasse B, wie sie jetzt für die Stadt Braunschweig festgesetzt ist, bezieht sich auch auf die Teuerungs- und Kinderzulage; in beiden Punkten kommen die Beamten höher. Die Teuerungszulage kommt von 65 auf 67% und die Kinderzulage von 100 auf 125~~½~~ Mark. (Zuruf Rönneburg: Richtig, ich habe mich geirrt!). Dem Herrn Oberbürgermeister muß ich zugestehen, daß die Aufstellung der Berechnung nicht so einfach ist. Ich weiß, daß in der Post die Beamten wochenlang damit beschäftigt waren, die Sache auszurechnen; trotz der schon vorgenommenen Vorarbeiten, hat es vierzehn Tage gedauert, bis die Sache ins gleiche gebracht <sup>war</sup>. Zu der Sache selbst habe ich zu sagen: Wenn eine Änderung in der Ortsklasse für die städtischen Beamten geradeso wie bei den Reichsbeamten und Staatsbeamten vorgenommen wird, dann muß auch die Zurückdatierung stattfinden. Ich stehe durchaus auf dem

Standpunkt

Standpunkt, daß man diese Sache gleichmäßig für alle Beamten behandeln soll. Es gibt immer Unzufriedenheit, wenn die eine Beamtenart so und die andere anders behandelt wird. Schon aus Gerechtigkeitsgefühl möchte ich bitten, wenn es möglich ist, diese Sache für die städtischen Beamten heute zu regeln.



Stadt. Dr. J a s p e r : Ich kann mich nicht entschließen, einem derartigen Beschlusse heute zuzustimmen. Es ist durchaus richtig, daß bezüglich der städtischen Beamten und Angestellten Rücksicht auf die Klassen der anderen Beamten zu nehmen ist, und es ist auch zuzugeben, daß unsere Beamten zum Teil die Zulage, die eine andere Ortsgruppierung mit sich bringt, sehr wohl vertragen können. Aber es handelt sich doch noch um ungefangene Fische. Es hat noch nicht im Reichsgesetzblatt gestanden, vom Reich ist noch keine Verfügung darüber erlassen, daß den Angestellten andere Sätze zu zahlen sind, und es ist noch gar nicht abzusehen, ob es überhaupt dazu kommen wird. Und zweitens haben wir - Herr Rönneburg sagt „leider“, ich sage „mit Fleiß“ - damals die Sache so gefügt, daß wir nicht gehalten sind, automatisch alles das nachzumachen, was andere beschließen, weil es immer unangenehm ist,

ist, für die Kosten aufzukommen, die andere verursacht haben. Wir sollen den Haushalt der Stadt in Ordnung halten, aber im Reiche beschließen sie, und dann sollen wir einfach soundsoviel bezahlen. Das läßt sich ja in manchen Fällen nicht vermeiden, wo es aber vermeidbar ist, wollen wir uns das Recht vorbehalten, zu prüfen, ob die Gründe für das Vorgehen des Reiches für uns stichhaltig sind. Ob man anerkennen muß, daß vom 1. April 1920 an nachgezahlt werden soll, das scheint mir persönlich sehr fraglich zu sein. Überhaupt ist bei jedem neuen Gesetze die Nachwirkung unangenehm, z. B. bei dem Pächtergesetz haben wir uns darüber unterhalten. Wie soll ~~da~~ eine geordnete Haushaltsführung der Stadt möglich sein? Wir stehen am Ende des Haushaltsjahres, und die Steuern sind auf Vorschuß eingegangen. Jetzt wird eine Ausgabe, rückwirkend auf das vorige Jahr, das ziemlich abgeschlossen ist, zu Lasten der städtischen Steuereinnahmen bewilligt, deren Höhe wir augenblicklich

lich

lich nicht kennen. So können wir bei den finanziellen Verhältnissen der Stadt schlechterdings nicht verfahren, ich wenigstens mache das nicht mit. Ich verlange, daß der Rat uns nachweist, wie die Wirkung sein wird, und wie er die Deckung dafür schaffen will.

V o r s i t z e n d e r : In einem anderen, diese Sache betreffenden Antrag von Herrn Schilke steht: „Die Stadt Braunschweig ist nach Verordnung des Reiches in die Ortsklasse B gekommen. Die Staatsbeamten erhalten dadurch rückwirkend auch vom 1. April 1920 erhöhte Bezüge. Für die Angestellten der Staatsbehörden kommt ebenfalls eine Erhöhung der Bezüge in Frage. Die beim Rate der Stadt tätigen Angestellten (also neben den festangestellten Beamten) müssen nach Anerkennung der höheren Ortsklasse ebenfalls mit entsprechenden Erhöhungen bedacht werden.“

Von dem Herrn Oberbürgermeister wird das in Frage gestellt. Wann ist die Grundlage für diesen Antrag gefallen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Die Sachlage geht aus diesem Schreiben des Staatsministeriums vom 4. Mai an die sämtlichen Staatsbehörden und Dienststellen hervor:

„Nach einem Schreiben des Reichsministers der Finanzen vom 25. v. Mts. hat der Reichsrat in seiner Sitzung vom 25. April 1921 die Einbringung des Gesetzentwurfs, betreffend die vorläufige neue Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses an den Reichstag zugestimmt. Auf Grund der Entschließung des Reichstages vom 18. März 1921 ersuchen wir, den Gehaltszahlungen an die Beamten schon jetzt das in der Anlage beigelegte neue Ortsklassenverzeichnis für das Land Braunschweig zugrunde zu legen und die Auszahlung der Unterschiedsbeträge seit 1. April 1920 unverzüglich vorzunehmen.“

Ich kann das nur dahin verstehen: „Es ist zwar noch nicht Gesetz geworden, aber wir wollen annehmen, daß es Gesetz wird.“ Es scheint mir, als ob der

Reichstag

Reichstag inzwischen einen Beschluß gefaßt hat.  
(Zuruf: Hat er!). Uns ist das Gesetz über Änderung  
des Ortsklassenverzeichnisses noch nicht zugegangen.

Stadt v. R e i ß n e r : Es dreht sich darum, ob das Gesetz schon erlassen ist. Tatsächlich ist es noch nicht erlassen, aber der Reichstag hat dem Gesetz zugestimmt; vor etwa acht Tagen hat es in den Tageszeitungen gestanden. Um diese Frage offen zu lassen, möchte ich empfehlen, zu beschließen: den Rat zu ermächtigen, sobald das Reichsgesetz erlassen ist, die Ortszuschläge für die städtischen Beamten entsprechend den durch das Reichsgesetz abgeänderten Ortszulagen für die Reichsbeamten zu ändern.

Die Sache liegt in Wirklichkeit so, daß Braunschweig in die Ortsklasse B gekommen ist, das Geld ist schon überwiesen. (Hört, hört!). Der Reichstag hat beschlossen, es sollten verschiedene Orte, wo es notwendig erschien, in eine höhere Ortsklasse versetzt werden, ehe es Gesetz wurde, und darauf sind, wie ich glaube, 7000 Orte durch den Reichstagsausschuß in die höhere Klasse versetzt

setzt und eine endgültige Regelung bis zum 1. Oktober erfolgt. Im Reichspostamt hier ist die Sache erledigt; Braunschweig, Gliesmarode und andere Orte sind bereits in die höhere Klasse eingereiht und die Gelder ausbezahlt.



Stadt v. J a h n s : Bezüglich der braunschweigischen Staatsbeamten möchte ich erwähnen, daß die Beträge ausgerechnet sind und voraussichtlich morgen oder einige Tage später verteilt werden. Da den Reichs- und Staatsbeamten die Bezüge der Ortsklasse B gewährt werden, so sehe ich nicht ein, daß die Stadt bezüglich ihrer Beamten aus Mückenfängeret eine Ausnahme macht und dadurch die Sache vielleicht nachher nicht perfekt wird.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Wenn der Herr  
Vorsitzende über diese Sache abstimmen lassen will,  
so bezweifle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

V o r s i t z e n d e r : Beschlußfähig ist die Versammlung nach der Geschäftsordnung nicht mehr. Es sind 18 Stadtverordnete anwesend und zur Beschlußfassung gehören 2/3 der Versammlung.

Stadt v. R e i ß n e r : Während des Krieges sind über die Beschlußfähigkeit andere Beschlüsse gefaßt, und darnach haben wir uns gerichtet.

V o r s i t z e n d e r : Es ist das erste Mal,  
daß die Beschlußfähigkeit angezweifelt ist. Nach  
der Geschäftsordnung ist eine Abstimmung nicht  
möglich. - Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/4 Uhr.

-----

## B e r i c h t

Über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu  
Braunschweig in deren Sitzung am 31. Mai 1921.

---

### Tagesordnung:

1. Antrag Rönneburg, betr. gleichen Ortszuschlag  
für die städtischen Beamten wie für die Reichs-  
beamten.
2. Sicherung der Markthalle gegen Einbruch.
3. Zuschuß an den Verkehrsverein.
4. Aufhebung der städtischen Kaninchenzuchtanstalt.
5. Erhebung von Zuschlägen zur Wanderlagersteuer.
6. Bewilligung eines stadtseitigen Zuschusses aus  
Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zur Ausführung  
von Okerdurchstichen.
7. Bewilligung der Kosten für bauliche Änderungen  
im Ratheuse.

8. Antrag des Landwirts Claheß auf Abstandnahme von Ausübung des stadtseitigen Verkaufsrechts bezüglich eines Grundstücks am Lämmchenteiche.
9. Herstellung eines festen Fußbodens in der Schulturnhalle Bültenweg.
10. Herstellung eines gemauerten Kanals in der Solzdahlumerstraße.
11. Herrichtung einer Wasserleitung auf dem Bienröder Wege.
12. Erweiterung eines Stallgebäudes auf dem Rieselgute Steinhof und Vermehrung der Milchviehherde dort.
13. Entwurf über den Umbau des ehemaligen Residenzbades am Friedrich Wilhelmplatz.
14. Zuschuß zu den Kosten für Entsendung von Schulkindern aufs Land und in Heilbäder.
15. Aufnahme eines Rechtsstreits (Rasmussen).
16. Vergebung von städtischen Bauarbeiten für das laufende Etatjahr.
17. Unterstützung des Flüchtlingsfürsorgevereins

bei

bei Aufstellung von Baracken.

18. Anfrage Stegmann, betr. Beschaffung einer  
Werkstätte bezw. einer Verkaufsstelle für  
Blindenarbeiten.

=====

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister  
R e t e m e y e r, Bürgermeister M e y e r ,  
Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g , Stadt=  
baurat G e b e n s l e b e n, Stadtrat S c h n a =  
p e r , Stadtrat V o g l e r sowie Stadtrat  
R ü t e r .

Es fehlen die Stadtverordneten Meyerhoff,  
H.Rieke und Fräulein Wolters.

=====



V o r s i t z e n d e r : Ich eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst möchte ich Ihnen bekanntgeben, warum zu diesem außergewöhnlichen Tage nochmals eine Sitzung der Stadtverordneten von mir einberufen worden ist. Ursprünglich bestand bei mir nicht die Absicht, nach dem wenig rühmlichen Schlusse der letzten Sitzung nochmals die geehrten Damen und Herren zusammenzubitten, aber es häuften sich in der vorigen Woche die Beratungsgegenstände dermaßen an, daß es der Herr Oberbürgermeister für geraten hielt, noch eine Sitzung abzuhalten, um mit den noch im Amte befindlichen Stadtverordneten die dringendsten Vorlagen zu erledigen, weil der Zusammentritt der neuen Stadtverordnetenversammlung nicht so schnell gehen wird und auch nicht gleich ein arbeitsfähiges Haus vorhanden ist. Mit der Ansetzung dieser Stadtverordnetensitzung dem Landtage das Sterbeglöcklein zu läuten, der Gedanke wird

wird weder dem <sup>für</sup> Oberbürgermeister gekommen sein, noch ist das bei mir der Fall. Ein so großes Interesse bringe ich diesem Parlamente nicht entgegen, sondern mir ist der Landtag ziemlich gleichgültig. Es sind also lediglich die städtischen Interessen für die Einberufung der heutigen Sitzung maßgebend gewesen.

Die Herrschaften werden sich erinnern, daß in der letzten Sitzung eine Eingabe von der Lehrerschaft der Kunstgewerbeschule, betreffend die Besoldung des Direktors Curdt eingegangen ist, die dem Rat der Stadt überwiesen ist. Der Rat antwortet auf diese Eingabe den Stadtverordneten folgendes:

„Der Direktor Curdt von der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule ist am 1. April 1918 unter Anrechnung von 3 Besoldungsdienstjahren mit einem Gehalt von jährlich 5400 M - das waren 200 M

mehr

mehr als der Gehaltshöchstsatze der Lehrer an der Anstalt betrug - angenommen worden. Nach der Besoldungsordnung vom 20. Dezember 1920 sind die Kunstgewerbelehrer in Gruppe X eingereiht, der Direktor in Gruppe XI, er kann auf Beschluß der städtischen Behörden nach Vollendung des zehnten Jahres des Besoldungsdienstalters in Gruppe XII einrücken. Curdt steht gegenwärtig im 7. Besoldungsdienstjahre und bezieht ein Grundgehalt von jährlich 12 500 M., während gleichaltrige Lehrer der Anstalt bereits das Höchstgrundgehalt ihrer Gruppe in Höhe von 12 600 M. erhalten. Das Dienst-einkommen Curdts ist also zurzeit etwas geringer als das von gleichaltrigen Kunstgewerbelehrern. Curdt wird aber die höchstbesoldeten Lehrer der von ihm geleiteten Anstalt schon nach Ablauf von 2 Jahren allein im Grundgehalt um 700 M. jährlich überholen, er wird sie ganz beträchtlich überholen, wenn er in Gruppe XII der Besoldungs-  
ordnung

ordnung einrücken sollte.

Deshalb und um keinen Berufungsfall zu schaffen, haben wir ein an uns gerichtetes Gesuch des Direktors Curdt um nachträgliche Anrechnung von Besoldungsdienstjahren wie ein gleiches Ersuchen der Lehrerschaft der Handwerker- und Kunstgewerbeschule abschlägig beschieden und verharren auf diesem ablehnenden Standpunkt auch gegenüber der an die Stadtverordneten gerichteten Eingabe dieser Lehrerschaft."

Weiter ist ein Gesuch eingegangen, unterzeichnet von Justizrat Engelbrecht und Dr. Viereck, in dem sie als Mitglieder der Deputation für das städtische Archiv darum ersuchen, daß der hiesige Stadtarchivar, der auch die Stadtbibliothek mit verwaltet, besser besoldet werde. Eine gleiche Eingabe ist auch an den Rat der Stadt gegangen, sodaß wir auch in diesem Falle dessen Stellungnahme abwarten können.

Die

Die Braunschw. Farbwerke klagen darüber, daß sie nicht zu Lieferungen von Anstrichmaterialien für die Stadt herangezogen werden, während das bei auswärtigen Lieferanten geschehen sei. Sie ersuchen um Nachricht darüber, daß ihre Eingabe seitens der behördlichen Stellen Berücksichtigung findet. Ich überweise auch diese Eingabe dem Rat der Stadt.

Schließlich ist noch eine Einladung eingegangen zu einer Tagung des Deutschen Gesundheitsfürsorgetages in Berlin am Sonnabend, den 25. Juni im Hörsaal der medizinischen Poliklinik der Charitee, Luisenstraße. Für diejenigen, die sich für die Sache interessieren, lege ich das Schriftstück auf dem Tisch des Hauses zur Einsichtnahme nieder.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Rönneburg, betreffend gleichen Orts-  
zuschlag für die städtischen Beamten wie  
für die Reichsbeamten.

V o r s i t z e n d e r : In der vorigen Sitzung mußte wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses eine Abstimmung über den Antrag unterbleiben. Wünscht heute noch jemand das Wort zu dem Antrage ?

Der Antrag des Herrn Rönneburg lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, schleunigst eine Vorlage zu machen, nach welcher den städtischen Beamten und Angestellten der gleiche Ortszuschlag gewährt wird wie den Reichsbeamten.“

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich habe am Schluß der vorigen Sitzung die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt, weil von den Mitgliedern des Hauses - es waren bereits annähernd 1/2 0 geworden - nur noch ein Drittel anwesend waren und weil eine Klarheit darüber, was sachlich der Antrag wollte, mit dem besten Willen nicht zu erzielen war. Es war selbst dem Antragsteller und seinen Freunden die Tragweite des Antrages nicht bewußt; ich erinnere an die Streitfrage, ob bei Annahme des Antrages auch andere Zulagen als die Ortszulage irgendwie gesteigert wurde und von welchem Zeitpunkt an die höheren Zulagen gewährt werden sollten, vor allen Dingen war keine Klarheit zu gewinnen, welche finanziellen Lasten das für die Stadt mit sich bringen würde - um Aufklärung darüber habe ich damals vergeblich gebeten. Ich wiederhole heute diese Bitte an die Vertreter des Rats, daß ich darüber Klarheit haben

haben möchte, welche finanzielle Wirkung die Durchführung des Antrages haben würde.

Inzwischen ist die Sachlage insofern eine veränderte geworden, als tatsächlich das betreffende Reichsgesetz verabschiedet ist. Aus dem Wortlaut dieses Gesetzes ist aber zu entnehmen, daß auch diese Regelung keine endgültige, sondern nur eine vorläufige ist, das heißt: es ist möglich, daß bei der endgültigen Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses eine andere Eingruppierung der Stadt Braunschweig stattfindet. Im übrigen ist das Gesetz so gefaßt, daß ab 1. April 1920 nachgezahlt werden soll. Aber gerade, weil es sich um eine Nachzahlung für eine erhebliche Zahl von Monaten handelt - es würden doch 14 Monate in Betracht kommen, für die rückwirkend nachgezahlt werden müßte - halte ich es für möglich, daß ein nicht unerheblicher Betrag für die Gesamtheit herauskommt, und halte es deshalb für nötig, daß wir

über



Über die Tragweite dieses Beschlusses vollkommene Klarheit haben auch insofern, daß wir wissen, wie die Deckung aufgebracht werden soll. Der Abschluß des Haushaltsjahres 1920/21 ist uns zwar noch nicht bekannt, ich weiß nicht, inwieweit er dem Herrn Oberbürgermeister bekannt ist, daß es aber nicht ein rosiger Abschluß werden wird, ist uns allen wohl bekannt. Daß wir rückwärts die Einnahmen der Stadt steigern könnten, scheint mir zweifelhaft, die neue Ausgabe würde also nur eine Belastung des laufenden Jahres zu gunsten des früheren Jahres bedeuten, und ich glaube, wir haben im laufenden Jahre schon genug finanzielle Nüsse zu knacken. Ich bitte deshalb, diese Frage möglichst vom Rats-tische aus zu klären.

Zweitens bitte ich, vom Rate aus Aufklärung darüber zu geben, wie weit die Nachprüfung der Besoldungsordnung überhaupt gediehen ist. Unsere Besoldungsordnung wie die des Landes ist bekannt-

lich

lich nur eine vorläufige, beide sollen nachgeprüft werden. Es sind nun zwischendurch vom Reiche aus gewisse Maßnahmen getroffen, die unsere Bewegungsfreiheit noch mehr einengen als früher. Wir haben das bekannte Sperrgesetz vom Dezember v.J., das in der Praxis darauf hinausläuft, daß auch in den Nebenbezügen und in der Eingruppierung die Städte nicht zu Gunsten ihrer Beamten von den Besoldungsvorschriften für die gleichwertigen Beamten des Reiches abweichen dürfen. Es wäre deshalb möglich, daß hierin gewisse Schwierigkeiten entstehen, da wir bekanntlich in manchen Dingen abgewichen sind, zum Teil zu Gunsten, zum andern Teil zu Ungunsten der Beamten. Wenn diese Angelegenheit bald zur Nachprüfung kommen würde, so würde es sich fragen, ob man nicht diese ganz die Vergangenheit betreffende Angelegenheit solange ruhen lassen sollte, & bis diese Gesamtnachprüfung und endgültige Festsetzung der Besoldung durchgeführt

führt

führt ist, und ob man nicht nur für die Zukunft, meinetwegen vom Beginn dieses Jahres an diese Bezüge gewährt, denn wenn durch die Nachprüfung das Ergebnis erzielt werden sollte, daß die Beamten zurückzahlen müßten, so wäre das unangenehm für alle Beteiligten.

Ehe ich persönlich endgültig zu dem Antrage Stellung nehme, möchte ich über diese Fragen Aufklärung haben. Im übrigen sind auch meine Freunde durchaus der Meinung, daß wir dem Vorgehen des Reiches Rechnung tragen müssen, daß wir uns anpassen müssen an die Entwicklung, aber wir dürfen darüber nicht vernachlässigen, gegeneinander abzuwägen unsere Verpflichtungen den Beamten gegenüber gegen das Wohl der Stadt; dazu sind wir da.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Meine Damen und Herren! Ich habe schon in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen, daß die Ermittlung der Summe, die sich ergibt, wenn wir die Sätze der Ortsklasse B anwenden, keine kleine Arbeit ist, und in dieser Zeit waren wir mit der Etataufstellung dermaßen beschäftigt, daß es uns nicht möglich gewesen ist, daneben noch diese Arbeit zu erledigen. Ich bin also nicht in der Lage, Herrn Dr. Jasper Auskunft zu geben, wieviel Mehrkosten entstehen würden, wenn wir vom 1. April 1920 an diese Erhöhungen auszahlten. Daß es einen ziemlich erheblichen Betrag ausmachen wird, wissen wir ohne weiteres; Herr Rönneburg wies ja schon in der letzten Sitzung darauf hin, daß es sich in manchen Fällen um eine Mehrzahlung von ungefähr 1000 M handeln würde.

Was die Frage der Nachprüfung der Gehaltsreform

be=

betrifft, so haben wir vom Ministerium Anweisung bekommen, so schnell als möglich das neue Statut vorzulegen. Wir sind dazu bereit, aber wir halten es (für unbedingt) erwünscht, wenn es irgend anginge, mit der Nachprüfung zu warten bis dahin, daß der Landtag seine Besoldungsordnung der in Aussicht gestellten Nachprüfung unterzogen hat. Es ist erklärlich, daß unsere Beamten fortwährend Vergleiche ihrer Besoldungssätze mit denen des Staates anstellen, und es wäre nicht angebracht, daß wir, nachdem wir unsere Besoldungsordnung reformiert und das zweite Statut erlassen haben, eine dritte Satzung machen müßten, wenn der Landtag seine Nachprüfung erledigt hat. Nachdem ich dem Beamtenausschuß <sup>mitgeteilt</sup> nahegelegt hatte, <sup>4</sup> ihre Gehaltsdeputation <sup>zusammen</sup> zusammenzuberufen, damit die Prüfung in Angriff genommen werden kann, <sup>hat der Ausschuß</sup> habe ich erfahren, daß sie gebeten haben, einstweilen noch mit der Sache zu warten, damit <sup>er</sup> sie Vorschläge machen können.

Unter

Unter diesen Umständen dürfte es geraten sein, einstweilen die weitere Reform auf sich beruhen zu lassen. Sollte aber die Stadtverordnetenversammlung anderer Ansicht sein und meinen, daß wir diese Nachprüfung sofort vernehmen - es kommt aber nunmehr wohl auf die neue Stadtverordnetenversammlung an - , dann bin ich gern bereit, die Sache vorzubereiten.

V o r s i t z e n d e r :    Herr Rönneburg,  
sind Sie einverstanden, die Regelung der Angelegen-  
heit der neuen Stadtverordnetenversammlung zu  
überlassen ?

Stadtv. R ö n n e b u r g : Ich halte  
meinen Antrag aufrecht. Das Reichsgesetzblatt  
hat das vom Herrn Dr. Jasper erwähnte Gesetz unterm  
21. Mai veröffentlicht. ~~Am~~ <sup>Am</sup> 12. Mai ist es vom  
Reichspräsidenten und Reichsschatz<sup>finanz</sup>minister unter-  
schrieben worden, und so liegt der Regelung auch  
in der Stadt nichts <sup>mehr</sup> ~~im~~ Wege. Ich halte es nicht  
für glücklich, daß in diesen Fragen die Initiative  
immer von der Stadtverordnetenversammlung <sup>gesehen</sup> ~~erschaf-~~  
fen werden muß, sondern hätte es gern gesehen,  
wenn vom Rat aus die nötigen Schritte <sup>tan werden</sup> ~~geschritten~~  
<sup>wären</sup> ~~seien~~. Nachdem jetzt aber Zweifel über das  
~~Zustandekommen des Gesetzes~~ nicht mehr vorhanden  
sind, sollten wir uns doch wirklich schnell  
darüber verständigen können, daß die städtischen  
Beamten mit dem gleichen Maße gemessen werden  
müssen wie die Staatsbeamten im Lande Braunschweig  
und im Reiche. Eine längere Hinauszögerung der  
Neuregelung würde eine erhebliche Benachteiligung

der



der städtischen Beamten bedeuten, für die Stadt selbst aber keinen Gewinn darstellen. Ich möchte ~~das~~ <sup>Erfahrung</sup> ~~erster~~ <sup>erneut</sup> damit belegen, daß ich darauf hinweise, daß bei einer Auszahlung, die vielleicht erst einige Monate später erfolgt, in der Regel schon eine weitere Geldentwertung eingetreten ist. Darum halte ich es für geboten, daß auch die Stadt sich <sup>nur</sup> ~~den~~ einmal vorliegenden Notwendigkeiten nicht mehr verschließt, denn meiner Auffassung nach ist es eine Notwendigkeit, daß die städtischen Beamten und Angestellten in gleicher Weise bezahlt werden, wie das bei dem Staat der Fall ist. Die Lehrer in der Stadt Braunschweig haben gleich den Staatsbeamten die neuen Bezüge bereits bekommen. Der Ansicht kann ich mich nicht anschließen, daß wir erst Wochen hindurch Untersuchungen und Erhebungen anstellen müssen, wobei wir zuletzt doch zu dem Ergebnis kommen, daß die Ortszuschüsse <sup>liegen</sup> ~~in~~ in gleicher

Weise

Weise gezahlt werden müssen und bei der nur eine Benachteiligung der in Frage kommenden Beamten, die <sup>für mich</sup> nicht auf Rosen gebettet sind, herausspringt. Anpassen den Verhältnissen im Reich und Staat müssen wir uns schließlich doch; das hat im letzten Grunde auch Herr Dr. Jasper zugegeben.

Wenn Herr Dr. Jasper bemängelte, daß von mir bei Stellung meines Antrages nicht angegeben werden konnte, welche Belastung für die Stadt aus diesem Antrage erwächst, so gebe ich zu, daß das der Fall war, aber es ist in vielen Fällen dem Antragsteller nicht möglich, das im voraus anzugeben. Es wird jedem einzelnen von Ihnen schon so gegangen sein, daß er bei Stellung <sup>eines</sup> ~~des~~ Antrages von sich aus nicht übersehen konnte, welche Belastung für die Stadt bei Annahme des Antrages herausspringen würde.

Über die Nachprüfungsfrage brauchen wir uns wohl eben den Kopf nicht zu zerbrechen, sondern

können

können das den neuen Stadtverordneten überlassen;  
In der Hinsicht stehe ich auf dem Standpunkt des  
Herrn Oberbürgermeisters. <sup>Man</sup> sollte die Nachprüfung  
der Besoldungsordnung in der Stadt erst vornehmen,  
~~wenn~~<sup>nachher</sup> der Staat darin vorweggegangen ist. Daß diese  
Sache im Staate noch nicht erledigt ist, ist wohl  
zu bedauern, hat aber verschiedene Ursachen, die  
es verständlich erscheinen lassen. - Ich möchte  
also bitten, meinem Antrage zuzustimmen, damit  
endlich diese Frage einer glücklichen Lösung zuge-  
führt werde.

In Verbindung mit dieser Sache möchte ich  
hinweisen auf etwas, das <sup>nur</sup> in weiterem Zusammenhang  
mit ihr steht. Wir hatten in der Sitzung vom  
17. März uns damit einverstanden erklärt, daß bei  
der Anrechnung der Dienstzeit der Militäranwärter  
die ursprünglich in der Besoldungsordnung enthal-  
tenen Härten abgeschafft <sup>sein</sup> würden. Es kam darnach

eine

eine Nachzahlung von Bezügen in Betracht, die ~~sind~~  
aber trotz des Beschlusses der Versammlung bis  
jetzt noch nicht erfolgt<sup>ist</sup>. Ich möchte bei dieser  
Gelegenheit den Rat der Stadt bitten, Auskunft  
zu geben, wie es mit dieser Sache steht und,  
falls ich recht unterrichtet bin, dafür zu sorgen,  
daß den betreffenden Militäranwärtern baldigst  
ihr Recht werde.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich möchte zunächst der Auffassung entgegentreten, die Herr Rönneburg zu erkennen gegeben hat damit, daß er meinte, der Rat halte es für angemessen, sich von der Versammlung in dieser Sache schieben zu lassen. Daß diese Auffassung unrichtig ist, kann Herr Rönneburg aus folgender Erklärung entnehmen. Sobald uns die Nachricht zuing, daß das Reichsgesetz geändert werden sollte, daß der Reichsrat den Beschluß gefaßt hätte, daß Braunschweig in die Ortsklasse B aufgenommen werde, habe ich dem Rat der Stadt Mitteilung davon gemacht und erklärt, <sup>da</sup> daß wir meiner Ansicht nach nicht umhin könnten, ~~nachdem~~ <sup>da</sup> das Gesetz in kurzem zu erwarten <sup>ist</sup> ist, unseren Beamten dieselben Sätze zuzubilligen, die das Reich bzw. der Staat seinen Beamten gewährt. Das ist, wenn ich nicht irre, an dem Donnerstag/morgen gewesen, an dem die

letzte

letzte Stadtverordnetensitzung stattfand, und am Nachmittag stellte Herr Rönneburg seinen Antrag, ebenso vorzugehen, der das traurige Schicksal hatte, daß über ihn nicht abgestimmt werden konnte, weil die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war. Ich glaube - ich kann mich ja in dieser Annahme irren - , wenn es das vorige Mal zur Abstimmung gekommen wäre, so wäre der Antrag abgelehnt. Unter diesen Umständen habe ich Bedenken getragen, meinerseits nochmals dem Rat vorzuschlagen, doch in der Sache vorzugehen. Bereit zu der Neuordnung bin ich durchaus, besonders wenn die Stadtverordneten auch der Ansicht sein sollten, daß wir mit der Reform der Beschlungsordnung, also mit der Nachprüfung vorläufig noch etwas warten können.

Was die Militäranwärter betrifft, so ist es vollkommen richtig, daß wir den von Herrn Rönneburg erwähnten Beschluß gefaßt haben, der Rat

hat

hat den Antrag dazu ja selbst eingebracht. Aber  
ehe wir diesen Beschluß ausführen konnten, wurde  
in einer Sitzung <sup>im</sup> des Ministeriums <sup>über die</sup> diese Sache  
<sup>zurückgegriffene Maßnahme</sup> ~~lang und breit~~ beraten und uns <sup>haben</sup> eröffnet, daß die  
wesentlich zu Gunsten unserer Beamten erlassene  
Bestimmung (hört, hört!), daß das bisherige Dienst-  
alter identisch sein soll mit dem Besoldungs-  
dienstalter, auf keinen Fall beibehalten werden  
könnte. (Hört, hört!) Es verstieße das gegen die  
Reichsbesoldungsordnung. Das habe ich anerkennen  
müssen und habe mir die Frage vorgelegt : Was  
wird kommen, wenn wir den Beschluß der städtischen  
Behörden jetzt ausführen ? Dann müssen wir den  
neueingetretenen Militäranwärtern die in Aussicht  
genommene Vergünstigung zubilligen, aber die  
älteren Beamten kommen insofern in eine eigene  
Lage, als wir denen von Rechts wegen, <sup>sonst</sup> ~~weil~~ sie  
Militäranwärter gewesen sind, dieselbe Vergünstigung

zu-

zubilligen müßten, da sie aber mit erhöhtem Dienstalter von uns versehen sind, müssen wir - wenn es nicht zu Rückzahlungen kommen soll - bei ihnen wieder eine Abrechnung von etlichen Dienstjahren eintreten lassen. Das ist unhaltbar; ich habe schon mit dem Beamtenausschuß darüber verhandelt, aber es ist bisher kein Ausweg gefunden, wie wir die Sache einrichten können. Das ist der Grund, weshalb diese Sache nicht zur Erledigung gebracht worden ist. Derartige Schwierigkeiten haben sich bei der Gehaltsreform herausgestellt, die kaum zu überwinden sind. Es ist also nicht Mangel an Arbeitslust, was uns dazu gebracht hat, nicht so schnell vorzugehen.

Im übrigen liegt die Sache so, daß es eines ausdrücklichen Beschlusses der städtischen Behörden bedarf, wenn für die städtischen Beamten die Sätze der Ortsklasse B angenommen werden sollen.

Ohne



Ohne weiteres können wir aus der Änderung des Reichsgesetzes nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß wir auch in der Stadt die Sätze der höheren Ortsklasse zu geben haben. Ich will es also Ihnen überlassen, einen Beschluß zu fassen. Nehmen Sie den Antrag an, so wird der Rat Ihnen folgen und das Nötige sofort veranlassen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Auch mir war bekannt geworden, daß unser Beschluß hinsichtlich der Militäranwärter nicht durchgeführt war, und ich hatte schon Gelegenheit genommen, beim Herrn Oberbürgermeister darüber vorstellig zu werden. Ich habe dieselbe Antwort erhalten, wie sie eben gegeben worden ist. Ich habe die Sache weiter dahin verstanden, daß es nicht möglich sei, den Beschluß jetzt durchzuführen, sondern es sollte in Kürze die Gehaltsreform zu einem Abschluß gebracht werden und dabei eine Regelung auch dieser Frage stattfinden. Es war das einer der Fälle, an die ich vorhin dachte, als ich sagte, es beständen in unseren Sätzen Abweichungen zu Gunsten der Beamten. Ich habe bei der Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister den Eindruck gewonnen, daß es auch ihm im Interesse der Beamten und der Stadt wünschenswert erschien, daß die Besoldungs-

reform

reform endgültig zum Abschluß gebracht wird. Diesen Abschluß möchte ich entgegen den heutigen Ausführungen des Herrn Rönneburg und des Herrn Oberbürgermeisters als dringend wünschenswert bezeichnen schon mit Rücksicht darauf, daß im Landtage eine Verabschiedung der Besoldungsreform so bald nicht zu erwarten ist. Der Herr Vorsitzende Rieke hat ja zu Anfang der Verhandlungen einige Worte der Landesversammlung gewidmet, die ich bei der Geschäftslage nicht gleich beantworten konnte. Ich möchte aber in diesem Zusammenhange doch in gewissen Umfange die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden zurückweisen. Es geht zu weit, wenn man der gesetzgebenden Versammlung des Landes nachsagt: „Was die macht, geht uns gar nichts an“, sondern gerade dieser Fall der Besoldungsordnung zeigt uns, wie wesentlich für uns auch das Taten der Landesversammlung ist. Wenn durch die Obstruktion gewisser Herren die Arbeitsfähigkeit der

der Landesversammlung in Frage gestellt wird, dann werden auch ihre Leute - sie rechnen sich ja die Beamten ausdrücklich zu - den ihnen dafür gebührenden Dank zu wissen haben. Wir sollten das weniger vom Gesichtspunkt des persönlichen Für oder Wider das Wohl der Beamten ansehen, sondern einfach die Folgerungen aus den Vorkommnissen im Landtage ziehen, wo, wie da nach<sup>der</sup> Laune jener Herren die Dinge liegen, ein arbeitsfähiges Haus nicht zusammenkommt, und sollten fragen : Liegt es im Interesse der Stadt, daß wir abwarten wollen, bis dort wieder einmal ein anderer Wind weht. Dann kommen wir der Ansicht näher, daß wir jetzt auf eine baldige Reform bei uns drängen, und zwar umsomehr, da bei anderen Gelegenheiten wir immer getreten werden, wir sollen uns den Vorschriften des Reichssperrgesetzes anpassen.

Ich komme auf den Antrag zurück und bedauere, daß der Rat keine Veranlassung genommen hat,

die

die finanzielle Tragweite desselben irgendwie zu prüfen. So sehr im Geld schwimmen wir in der in der Stadt doch wahrhaftig nicht, daß ohne weiteres nach dem Antrage bewilligt werden muß, auch kann ich nicht anerkennen, daß rückwärts die Notlage der Beamten so groß ist. (Hört, hört!) In der Vergangenheit haben die Herren gelebt, für die Zukunft gestehe ich zu, daß wir die Sätze der Ortsklasse B annehmen. Eine Notlage aus der Vergangenheit heraus kann ich nicht anerkennen, und die Tragweite des Antrages hätte nach 3 Wochen wohl übersehen werden können. Es muß auch geprüft werden, ob denn ein Beschluß der städtischen Behörden so ohne weiteres wirksam ist. Der Herr Oberbürgermeister meinte, er genüge, ich glaube aber, nach dem Sperrgesetze muß auch dieser Beschluß, da er eine Abänderung bedeutet, die Genehmigung der zuständigen ministeriellen Stelle

haben

haben, und damit entstehen Weiterungen, sodaß mindestens eine sachgemäße Prüfung der Verhältnisse hätte erfolgen müssen. Ich bedaure, daß die Stadtverwaltung in dieser Frage nicht das tut, was sie sonst immer zu tun pflegt.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe eingangs der Versammlung nicht gesagt, daß ich der gesetzgebenden Körperschaft keine Achtung entgegenbringe, sondern habe gesagt, so hoch stehe der Landtag in meiner Achtung nicht, daß ich bei Einberufung dieser Stadtverordnetensitzung auf die Tagung der Landesversammlung Rücksicht zu nehmen mich genötigt sah. (Sehr richtig!) Ich bin der Auffassung : jedes Parlament muß danach sehen, sich die Achtung der Einwohnerschaft zu verschaffen, und ob das die Landesversammlung getan hat, darüber kann man mindestens zweierlei Meinung sein. (Hört, hört!)

Stadtv. F r e d e : Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß eine sofortige Einreihung der städtischen Beamten in die Ortsklasse B nach dem Vorgehen des Reiches und des Staates nicht zu umgehen ist. Wir sind also dafür. Wir sind ferner der Auffassung, daß für den Abschluß der Beamtenbesoldungsreform das Vorgehen des Staates abzuwarten ist, weil es ein unhaltbarer Zustand wäre, wenn der Staat zu anderen Ergebnissen käme, die für die Beamten günstiger wären, als die Regelung, die wir eintreten ließen. Dann würden wir nolens volens den staatlichen Sätzen nachfolgen müssen, weil wir auf den Zustand im Staat bezug nehmen müssen. Reich und Staat kommen in dieser Sache zuerst, dann die Gemeinden, nicht umgekehrt. Aber das Reich kann sich nicht zu endgültigen Entschlüssen ermannen und der Staat tut es auch nicht.

Aus



Aus der Meinungsäußerung des Herrn Vorsitzenden habe ich nicht entnommen, daß er etwa die Beschlüsse des Landtages für minderwertig oder nicht beachtlich hingestellt hätte, wie es Herr Dr. Jasper meint, sondern ich habe ihn in dem Sinne verstanden, wie es der Herr Vorsitzende eben selbst erklärt hat.

36

Der Antrag Rönneburg wird von der Versammlung angenommen.

---

V o r s i t z e n d e r : Ein weiterer Antrag in dieser Sache von Herrn Schilke kann heute nicht beraten werden, da der Antragsteller nicht anwesend ist.

2. Sicherung der Markthalle gegen Einbruch.

V o r s i t z e n d e r : Es wird beantragt, daß

- a) vor den Fenstern der beiden Absträume  
zwei Eisenstäbe angebracht werden  
(Kosten 1080 M),
- b) die beiden Türen an der Ostseite durch  
Anbringung von Eisenblechen und Sicher-  
heitsschlössern gesichert werden (Kosten  
770 M),
- c) ein gut geschulter Wachhund angeschafft  
werde.

Wird Beratung beantragt ? - Das ist nicht  
der Fall. Die Versammlung hat dem Antrage gemäß  
beschlossen.

----

Herr Stadtrat von Frankenberg wünscht, daß  
einige Punkte der Tagesordnung vorweggenommen  
werden, da er hernach zur Feststellung des Wahl-

er-

ergebnisses die Versammlung verlassen muß.

Wenn kein Einspruch erhoben wird, werde ich in dem Sinne verfahren.

### 3. Zuschuß an den Verkehrsverein.

V o r s i t z e n d e r : Der am 21. April bewilligte Zuschuß von 4000 M soll auch dann gewährt werden, wenn der Staat nicht 4000 M, sondern nur 2000 M zuschießt.

-----

Wortmeldungen liegen nicht vor, der Antrag gilt als stillschweigend angenommen.

### 4. Aufhebung der städtischen Kaninchen- zuchtanstalt.

V o r s i t z e n d e r : Die vorhandenen 24 Häsinnen nebst einigen jungen Tieren sollen

zum

zum Preise von 400 M., die Käfige zum Preise von 700 M., 3 vorhandene Rammler aber unentgeltlich an den hiesigen Kaninchenzüchterverein abgegeben werden.

----

Ohne Wortmeldungen; der Antrag gilt als stillschweigend angenommen.

5. Erhebung von Zuschlägen zur Wanderlagersteuer.

Stadto. M u n t e : Nach dem Gesetz über die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes hat die Stadt Braunschweig, da sie mehr als 12000 Einwohner hat, das Recht, für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes 500 M Steuer zu erheben. Gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 26. April 1921 ist die Stadt nunmehr aber berechtigt, zu diesem Steuerbetrage einen Zuschlag zu erheben, der 50 v. H. nicht übersteigen darf. Der Rat der Stadt schlägt vor, in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt und die unangenehme Konkurrenz, die den hier seßhaften Geschäften durch die Wanderlager gemacht wird, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen und die Steuer auf wöchentlichen ~~750 M~~ festzusetzen.

In Finanzausschuß ist des längeren über diesen Antrag gesprochen und im allgemeinen ist er zur An-  
nahme

nahme gelangt, nur ist empfohlen worden, eine Ausnahme zu machen für den Fall, daß Wanderlager kommen, die sich in der Hauptsache mit dem Verkauf von notwendigen Lebensmitteln befassen. Mit dieser Einschränkung habe ich Annahme des Ratsantrages seitens des Finanzausschusses zu empfehlen.

Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube nicht, daß das Feilbieten von Lebensmitteln im Wanderlagerverkehr eine irgendwie nennenswerte Bedeutung haben wird. Wenn deshalb die geshrte Versammlung auf die angeführte <sup>stärker</sup> Bemerkung Wert legen sollte, so wird der Rat der Stadt darüber nicht unglücklich sein. Im übrigen hat in einem nicht unwichtigen Punkte, der mit unseren Beziehungen zur Landbevölkerung und der Viehhaltung zusammenhängt, die Landesversammlung schon eine Einschränkung geschaffen, indem sie das Feilbieten von Kleinvieh, Schweinen, Ziegen, Gänsen usw. nicht als unter das Wanderlagergewerbe fallend bezeichnet hat. Ich würde also bitten, der Ratsvorlage, wenn es nicht anders geht, auch mit der Einschränkung, wie sie der Ausschuß wünscht, zuzustimmen.

-----  
Ohne weitere Wortmeldungen; Der Vorsitzende nimmt die Zustimmung der Versammlung zu dem Ratsantrage im Sinne des Ausschusses an. (Punkt 5.)

6. Bewilligung eines stadtseitigen  
Zuschusses aus den Mitteln der  
Erwerbslosenfürsorge zur Ausfüh-  
rung von Okerdurchstichen.

Stadt v. R e i ß n e r : Es bietet sich Gelegen-  
heit, zur Beschäftigung der Erwerbslosen eine  
durchaus zweckmäßige Gelegenheit zu schaffen und  
zwar durch Herstellung von Okerdurchstichen zwischen  
Veltenhof und Watenbüttel, wie sie der ausgehängte  
Plan zeigt. Die Sache steht, wenn auch nur <sup>als</sup> ~~in einem~~  
~~losen~~ Zusammenhang mit dem Kanalbau. In der Vor-  
aussetzung, daß der Mittellandkanal südlich an  
den Rieselfeldern vorbei/geführt wird, soll ein  
Stichkanal für den Anschluß des Braunschweiger Ha-  
fens an den Mittellandkanal von Watenbüttel bis  
Oelper nördlich der Cellerstraße zwischen Straße  
und Oker durchgeführt <sup>werden.</sup> ~~Wird.~~ Wegen der Führung des  
Kanals sind Verhandlungen gepflogen mit der ~~her-~~  
~~zoglichen~~ Staatsregierung und Herrn Baurat Nagel.

Es



Es ist dabei festgestellt worden, daß bei einer Okerregulierung in dieser Gegend, bei der die vielen Serpentinien fortfallen, an neuem Gelände 38000 qm gewonnen werden, und das ist in Bezug auf die Volkswirtschaft schon sehr wertvoll. Sodann wird durch Ausführung der Arbeit Gelegenheit zur Beschäftigung von Erwerbslosen an rund 7000 Arbeitstagen geschaffen. Wie ich schon sagte, ist die Arbeitsgelegenheit durchaus zweckmäßig, denn bekanntlich sind <sup>Erd-</sup>~~andere~~ Arbeiten geeignet für alle diejenigen, die arbeiten wollen, ohne daß eine besondere Fertigkeit dabei vorausgesetzt zu werden braucht. Es ist errechnet worden, daß die Kosten insgesamt 1 250 000 M betragen werden. Hierzu könnten Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 405 000 M Reichszuschlag genommen werden und von der Stadt würden 67 500 M beizusteuern sein. - Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, dem Ratsantrage zuzustimmen, der darauf hinausgeht, sich mit der Be-  
willigung

willigung eines Zuschusses von 67 500 M aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge einverstanden zu erklären. Wir waren in der Finanzkommission alle der Ansicht, daß es durchaus zweckmäßig ist, wenn diese Arbeit ausgeführt wird. Da diese Frage in losem Zusammenhange mit der Kanalbaufrage steht, so möchte ich mir bei dieser Gelegenheit die Anfrage an den Rat der Stadt erlauben, wie es zur Zeit mit der ganzen Kanalbaufrage und mit der Anlage des Braunschweiger Hafens steht.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Herrschaften, Sie wissen, daß der lange Streit, ob die Nord-, Süd- oder Mittellinie des Mittellandkanals gebaut werden soll, nun endgültig zu Gunsten der Mittellinie entschieden ist. Jedenfalls wird zweifellos diese Mittellinie zur Ausführung kommen, die Erdarbeiten für das Teilstück Misburg - Peine sind schon im Gange und ebenso wird schon der Stichkanal nach Hildesheim gebaut. Demnächst würde noch das Stück Peine - Braunschweig - Magdeburg in Angriff zu nehmen sein, aber es ist noch Entscheidung zu treffen über drei Variationen in der Führung des Kanals und zwar in der Nähe von Braunschweig, nämlich über eine nördliche, eine südliche und eine mittlere Linie im engeren Sinne. Die erste soll <sup>nördlich</sup> ~~südlich~~ des Rieselfeldes vorbeigeführt werden, die zweite <sup>südlich</sup> ~~nördlich~~ davon, etwa 9 km von der Stadt entfernt und die dritte quer durch das Rieselfeld, was ihn um 2 km näher an die Stadt bringen

bringen würde. Die Abteilung für Vorarbeiten hat sich mit diesen Entwürfen eingehend beschäftigt, voraussichtlich wird es dahin kommen, daß die südlichste Linie zur Ausführung kommt, die also am meisten nach der Stadt Braunschweig zu gedrückt wird, so daß wir einen Stichkanal von nur etwas über 2 km Länge bekommen. Auf jeden Fall haben wir uns in einer Eingabe an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin und auch an das Braunschweigische Staatsministerium mit der dringenden Bitte gewandt, dafür zu sorgen, daß diese Linie, die möglichst weit nach Braunschweig zu verdrückt wird, zur Ausführung gebracht wird, und in dieser Richtung haben auch im Reichsverkehrsministerium Verhandlungen zwischen dem Braunschweigischen Staatsministerium und den Berliner Stellen stattgefunden, die das Ergebnis gehabt hat, <sup>hau</sup> daß zwar noch Erhebungen zu machen seien, <sup>aber</sup> voraussichtlich dem Wunsche der ~~Stadt~~ Braunschweiger Rechnung getragen werden könnte.

könnte. Es war uns bei dieser Verhandlung gleichzeitig anheingegen, dafür zu sorgen, daß die <sup>Plan für</sup> Erbauung des Braunschweiger Hafens so schnell wie möglich in Angriff genommen <sup>wurden</sup> ~~wäre~~. Wir haben ~~den Brief, der uns dieses schon vor 4 Wochen anheingegen sollte,~~ nicht abgewartet, <sup>mit</sup> sondern schon vor längerer Zeit die Bearbeitung des Hafensprojektes in die Hand genommen; in großen Linien ist es fix und fertig. Vorgelegt haben wir es Ihnen noch nicht, weil die ganzen Verhandlungen noch nicht so weit gediehen sind. Wir sind sogar noch weiter gegangen und haben vor einigen Wochen an die Regierung geschrieben, daß wir bereit wären, den Stadtverordneten zu empfehlen, die Erdarbeiten für den Hafen zur Beschäftigung von Arbeitslosen möglichst schnell in Gang zu bringen, wenn uns Gewißheit gegeben werden könnte, daß unseren Wünschen entsprechend der Stichkanal nur 2 km lang würde, und wenn uns der Zeitpunkt angegeben werden könnte, zu welchem die Arbeit an dem Hauptkanal

kanal

kanal in Angriff genommen würde. Sollte das z. B. erst in zehn Jahren geschehen, dann wäre es verkehrt, jetzt schon den Hafen zu bauen. Der Rat der Stadt hat also hier die Initiative ergriffen und empfohlen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiten bald in Angriff genommen werden können. - Mehr kann ich heute nicht mitteilen. Wenn wir weitere Nachrichten bekommen, werden wir mit den Stadtverordneten noch zu verhandeln haben, ~~wird~~<sup>nur</sup> ~~wirden~~ das Projekt vorlegen und Sie werden Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. Ich habe in dieser Sache nur den Wunsch, daß die Stellen in Berlin flott arbeiten, damit wir unsererseits möglichst schnell zu einem Hafen kommen.

Ohne weitere Wortmeldungen; der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Ratsantrage an.

(Punkt 6).

2. Bewilligung der Kosten für bauliche  
Änderungen im Rathause.

V o r s i t z e n d e r : Es sollen bauliche  
Änderungen im Armenbüro vorgenommen werden, die  
Kosten in Höhe von 2500 K erfordern.

Ohne Wortmeldungen; der Antrag des Rates gilt als  
stillschweigend angenommen.

8. Antrag des Landwirts Claheß auf Abstand-  
nahme von Ausübung des stadtseitigen  
Vorkaufsrechts bezüglich eines Grund-  
stücks an Lämmchenteich.

Stadtverordn. R e i c h e r t : Vor einigen Wochen hatte der Finanzausschuß zugestimmt, daß die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch macht bezüglich eines Stückes Land am Lämmchenteich, dessen Besitz von Frau Major Hörstel auf den Landwirt Rudolf Claheß übergegangen war, und das Staatsministerium hat der Ausübung des Vorkaufsrechts zugestimmt. Daraufhin hat unterm 3. Mai der Landwirt Claheß sich nochmals mit einer Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gewandt, von der Ausübung des Vorkaufsrechts <sup>hierfür</sup> der Stadt Abstand zu nehmen. Er begründet seinen Wunsch damit, daß er vor den Kriege eine kleine Landwirtschaft gehabt habe, daß ihm aber das von ihm früher von der Kammer gepachtete Land wegen der



der Anlage des neuen Güterbahnhofes abgenommen sei und er nun weiteres Land haben müsse, damit er seinen Unterhalt erwerben kann. Der Finanzausschuß ist mit dem Rat der Stadt der Ansicht, daß der Antrag des Landwirts Clahe<sup>s</sup> abzulehnen ist, ~~vielmehr~~ das fragliche Stück Land mit Rücksicht auf seinen geringen Preis und mit Rücksicht auf die günstige Lage desselben, wodurch es sich zur Anlage von Kleingärten eignet, in den Besitz der Stadt übergehen müsse.

Stadt. **J a h n s** : Meiner Ansicht nach liegt in diesem Falle eine Notlage des Antragstellers vor. Der Mann ist Landwirt und hat keine Existenz, wenn ihm das Land genommen wird, so daß man sagen kann, daß er das Land unbedingt nötig hat. Das Land, was er noch an Rautheimerwege besitzt, wird demnächst zum Bahnterrain. Ich glaube deshalb, man sollte den Mann kein Hindernis in den Weg legen, das Grundstück zu erwerben. Wenn die Existenz eines Mannes auf dem Spiele steht, sollte man ihm entgegenkommen, und aus dem Grunde möchte ich bitten, ihm das Land zu lassen und auf das Vorkaufsrecht zu verzichten.

Stadtbaurat Ge b e n s l e b e n : Die Existenz des Landwirts Clahe ist durch den Erwerb des fraglichen Grundstücks seitens der Stadt absolut nicht gefährdet, denn wir haben vor, ihm das Land zu verpachten, solange er lebt. Mehr kann er nicht verlangen. Wir wünschen ihm ein recht langes Leben. Wenn er noch 30 Jahre tätig ist, soll er in der ganzen Zeit das Land haben.

Stadt v. M a r t h : Auch ich bin der Auffassung, daß die Stadt genügend entgegengekommen ist, wenn man den Betreffenden das Land auf Lebenszeit verpachtet, denn damit ist seine Erwerbsfähigkeit gesichert. Wir müssen versuchen, soweit es möglich ist, Land, das zum Verkauf gestellt wird, für die Stadt zu erwerben. Dann muß man aber auch verlangen, daß alle Käufe, die im Interesse der Stadt liegen können, dem Rat der Stadt zur Entscheidung über die Ausübung des Verkaufsrechtes unterbreitet werden, und das scheint mir in dieser Zeit nicht immer der Fall gewesen zu sein. Verschiedene Verkäufe sind in der Nähe des Flugplatzes vorgekommen, ohne daß diese von mir gewünschte Voraussetzung zutrifft. Vielleicht ist der Rat der Stadt in der Lage, Auskunft über diese Käufe zu geben; es wurden die Namen Bösche und andere genannt.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Es ist ganz selbstverständlich, daß jeder Verkauf von Grund und Boden ~~den~~ Rat der Stadt zur Äußerung darüber vorgelegt wird; das Grundbuchamt hat entsprechende Anweisung bekommen und kann die Umschreibung nicht eher vornehmen, bis vom Rate Mitteilung gemacht wurde, daß die Stadt auf das Vorkaufsrecht verzichtet hat. Aus dem Grunde halte ich es für ausgeschlossen, daß Verkäufe vorgekommen sind, ohne daß wir Stellung dazu genommen haben, mir ist wenigstens kein derartiger Fall bekannt. Herr Marth meint vielleicht Verkäufe ~~den~~ <sup>am</sup> Flugplatz in Broitzen, <sup>oder</sup> das zumeist auf Broitzener Feldmark liegt. Bezüglich dieses Broitzener Stückes haben nicht wir das Vorkaufsrecht, sondern die Gemeinde Broitzen. Ob ein solcher Irrtum vorliegt, kann ich nicht feststellen.

Stadt v. M a r t h : Es handelt sich um ein Grundstück Blatt 5 Nummer 4 am Lehnwege, 52,95 a groß, das dem Rechnungsrat Bösche hier verkauft ist und dessen Verkauf dem Rat der Stadt nicht vorgelegt sein soll.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Diese Angelegenheit hat den Rat der Stadt beschäftigt. Soweit ich eben aus dem Stegreif sagen kann, haben wir aus formellen Gründen Abstand davon nehmen müssen, unser Vorkaufsrecht auszuüben. Ich weiß nicht, ob wir die Sache zu spät vom Notar bekommen haben oder woran es gelegen hat, es ist aber um 1 - 2 Tage die gesetzte Frist versäumt, und aus diesen formellen Grunde haben wir vom Ankauf Abstand nehmen müssen.

Stadt v. G e n z e n : An der Uferstraße hat ein Herr Harms einen Morgen Land gekauft, und auch da ist das Vorkaufsrecht der Stadt nicht ausgeübt. Das fällt um so mehr auf, da dieser Herr, nachdem er das Land aufgekauft hatte, die Pacht auf das 3 - 4fache~~Ø~~gesetzt hat. Früher sind für den Morgen 45 - 48 M Pacht/ bezahlt worden und jetzt müssen die Pächter 125 - 135 M Pacht~~Ø~~ geben. Sie sind allerdings selbst nicht ohne Schuld, daß sie nun diese Pacht bezahlen müssen, denn sie hätten bis zum 1. Mai die Entscheidung des Pachteinigungsamtes anrufen können. Auch in diesem Falle hätte die Stadt die Verpflichtung gehabt, das Vorkaufsrecht auszuüben.



Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Auch diesen Fall kann ich aus dem Stegreif nicht genau beantworten. Ich vermute, daß der Verkaufspreis so hoch vereinbart war, daß für uns der Ankauf nicht zweckmäßig war. Es ist nicht möglich, daß ich alle Verhältnisse bei diesen Ankäufen im Kopfe behalte, denn es handelt sich um viele hundert Fälle. Es würde deshalb zweckmäßig sein, wenn die Herren in solchen Fällen, wo sie Zweifel haben, sich zu mir bemühten, dann würde ich in der Lage sein, sie an Hand der Akten aufzuklären. Oder die Herren hätten mich vor der Sitzung über die Absicht, eine solche Anfrage zu stellen unterrichten können, dann wäre ich zu einer genaueren Auskunftserteilung bereit gewesen, so aber, bin <sup>nicht</sup> ich dazu imstande.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich möchte zwecks Aufklärung über diese Käufe bitten, den gegenwärtigen Punkt der Tagesordnung zu verlassen und Herrn Stadtbaurat Gelegenheit zu geben, sich über die Einzelheiten zu unterrichten, damit nachher darüber berichtet werden kann. Jedenfalls werden wir doch noch einige Stunden zu verhandeln haben.

Dem Antrage des Bauausschusses auf Ablehnung des Antrages Clahes stimmt die überwiegende Mehrheit der Versammlung zu.

9. Herstellung eines losen Fußbodens in der  
Schulturnhalle Bültenweg.

V o r s i t z e n d e r : Die Kosten für  
Herstellung dieses losen Fußbodens belaufen sich  
auf 12700 M.

-----

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenom-  
men.

10. Herstellung eines gemauerten Kanals  
in der Salzdahlumerstraße.

V o r s i t z e n d e r : Nach dem vorgelegten  
Projekt sind zur Ausführung 366000 M erforderlich,  
die in den Voranschlag 1921-22 eingestellt sind.

-----

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.

11. Herrichtung einer Wasserleitung auf  
dem Bienröderwege.

V o r s i t z e n d e r : Die Leitung soll  
gelegt werden vom Wasserwerk bis zum geplanten Hau-  
se Nummer 6 der Braunschweigischen Baugenossenschaft.  
Der Kostenanschlag ~~bleibt~~ sieht dafür 55000 M vor.

-----

Ohne Wortmeldungen; stillschweigend angenommen.

12. Erweiterung eines Stallgebäudes auf dem  
Rieselgut Steinhof und Vermehrung der  
Milchviehherde dort.

V o r s i t z e n d e r : Um den Bestand an  
Milchkühen auf dem Rieselgute noch weiter steigern  
zu können, wird die Erweiterung eines vorhandenen  
Fohlenstalles in Vorschlag gebracht. Der erforderli-  
che

che Anbau soll massiv ausgeführt werden, die Kosten betragen 30000 M.

Stadt v. R e i ß n e r : Ich möchte noch mitteilen, daß an dem Tage der Sitzung des Bauausschusses, die über diese Angelegenheit beschlossen hat, der Blitz in einen Diemenschuppen eingeschlagen hat, ein Pferd erschlagen und einen Mann gelähmt hat. Der Gutsverwalter macht deshalb darauf aufmerksam, daß es zweckmäßig wäre, wenn das ganze Gut Steinhof mit Blitzableiteranlagen versehen würde. Der Rat der Stadt hat beschlossen, das Städtische Hochbauamt zu bitten, diese Gebäude darauf/hin zu besichtigen und eine entsprechende Vorlage zu machen.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Ratsvorlage an.

(Punkt 12).

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich möchte bitten, mir zu gestatten, im Anschluß an diese Vorlage im Namen des Rates einen Antrag zu stellen, der bereits im Finanzausschuß vorberaten ist und dort Billigung gefunden hat. Wenn wir diese Erweiterung des Fohlenstalles vornehmen, wird es möglich sein, das gesamte Jungvieh, das in Steinhof aufgezogen wird, in diesem Stalle unterzubringen. In dem Kuhstall, der nach Ihrem Beschluß umgebaut werden soll, würden in ganzen <sup>58</sup> ~~48~~ Stück <sup>Rindvieh</sup> ~~Milchkühe~~ unterzubringen sein, <sup>darunter</sup> ~~ferner~~ 3 Ochsen und 2 Bullen, ~~so daß in ganzen 53 Stück Rindvieh untergebracht werden können.~~ Nun haben wir <sup>jetzt</sup> 39 Milchkühe und es <sup>sonst</sup> ~~würden~~ noch 14 Milchkühe <sup>sein</sup> ~~untergestellt~~ werden können, wenn dieser Anbau fertig ist. Es war in Aussicht genommen, die teuren Anschaffungen durch Zukauf einzustellen, dafür Jungvieh aufzuziehen und ~~so~~ die Milchviehherde auf den richtigen Bestand zu bringen.

bringen. Nun ist <sup>aber</sup> in letzter Zeit die Zwangswirtschaft in Bezug auf Milch aufgehoben und es besteht die Besorgnis, daß demnächst Mangel an Milch eintreten ~~wird~~. Ob überhaupt die Zeiten schon wieder bald bevorstehen, in denen so viel Milch wie vor dem Kriege in die Stadt hereinkommt, kann man bezweifeln, und deshalb ist der Wunsch gerechtfertigt, stadtseitig sobald als möglich alles zu tun, was nötig ist, um die Milchproduktion auf dem Rieselgute weiter zu steigern. Wenn wir das durch Zukauf von Milchvieh tun wollen, so müssen wir uns darüber schleunigst entscheiden, weil wir dann nicht soviel Gras von den Okerwiesen wie bisher verkaufen dürfen. Da der Verkauf der Grasernte regelmäßig in dieser Zeit vorgenommen zu werden pflegt, so würde es zweckmäßig sein, daß die Stadtverordneten sich über den Antrag des Rates schlüssig machen, die Milchviehherde jetzt wieder durch Ankauf zu vermehren. Da eine gute Milchkuh

heutzutage



heutzutage 11 - 12000 M kostet, so handelt es sich um ein erhebliches Objekt. Ich glaube aber, daß in finanzieller Beziehung der Ankauf sich nicht ungünstig stellen wird, denn der Preis der Milch ist jetzt verhältnismäßig hoch; auch die Verwaltung des Rieselgutes ist der Ansicht, daß das Exempel über die Rentabilität des Anlage<sup>Kapitals</sup> nicht ungünstig abschließen wird. Im übrigen aber möchte ich davon Abstand nehmen, Ihnen die Berechnung vorzuführen, weil ich der festen Überzeugung bin, daß sie sofort angegriffen werden wird, und will mich deshalb auf die Anführung der beiden Tatsachen beschränken, daß die Zuführung von <sup>saure</sup>Milch für die unterernährten Kinder der Stadt Braunschweig in allerhöchstem Grade wünschenswert ist und daß wir auf dem Rieselgute gewaltige Mengen von Futter für Milchvieh ernten. Diese beiden Tatsachen haben den Rat veranlaßt, sich über <sup>den</sup> ~~die~~ finanziellen Bedenken hinwegzusetzen und Ihnen heute durch mich zu empfehlen, zuzustimmen,

daß

daß wir alsbald noch weitere 14 Milchkühe anschaffen und die dafür nötigen Mittel aus den laufenden Erträgen des Rieselgutes nehmen. Augenblicklich ist allerdings der Bestand der Kasse des Rieselgutes nicht so hoch, daß wir daraus die ganze Ausgabe bestreiten könnten, aber ich hoffe, daß die Einnahmen so steigen werden, daß wir wenigstens ohne großen Defizit die Rechnung des laufenden Jahres abschließen werden. Abgetragen werden kann die Schuld natürlich nicht von heute auf morgen; aber wenn das Kapital sich erträglich verzinst und durch die Anschaffung Nutzen für die Stadt geschaffen wird, indem die Milchzufuhr nach der Stadt dadurch vergrößert wird, dann soll man sich <sup>bei der jetzigen Notlage</sup> über die finanziellen Bedenken hinwegsetzen. Ich bitte um Bewilligung der Mittel.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Der Finanzausschuß hat zu diesem Vorschlage bereits Stellung genommen, hat ihn gebilligt aber die Ausgabe limitiert auf einen Betrag von 170 000 M.

V o r s i t z e n d e r : Ich nehme das ~~Einver-~~  
ständnis der Versammlung damit an, daß nach dem  
Beschluß des Finanzausschusses bis zu 170 000 M.  
für diese Anschaffungen verbandt werden können.

(Punkt 12).

13. Entwurf über den Umbau des ehemaligen  
Residenzbades am Friedrich Wilhelmsplatze.

Stadt. R a s e h e : Die ausgearbeiteten Pläne, zu denen der Rat der Stadt grundsätzliche Zustimmung beantragt, sind dort ausgestellt; ich möchte noch einige Worte dazu sagen, wie das Projekt entstanden ist. Als das Grundstück des früheren Residenzbades zum Verkauf stand, war die Gefahr nahe daß die Stadt diese Badegelegenheit verlor. Um dies<sup>s</sup>e zu vermeiden, übernahm die Stadt das Grundstück, und es wurde beschlossen, es wieder instand zu setzen. Trotzdem die Schwimmbäder so schlecht zu temperieren waren, wollten wir anfangs nur die medizini<sup>s</sup>chen

nischen

nischen Bäder ~~neu~~ herrichten ~~lassen~~ und das andere in der Weise bestehen lassen, wie es war. Für diesen Zweck waren 150 000 M bewilligt. Bei näherer Untersuchung aber stellte sich heraus, daß mit den anderen Bädern in ihrem alten Zustande nichts anzufangen war. Alle Kosten, die für eine einstweilige Instandsetzung aufgewandt worden wäre, würde<sup>n</sup> als weggeworfenes Geld anzusehen ~~gewesen~~ sein. Das Schwimmbad war vor allem nicht groß genug und eine Reinigung war nur möglich, wenn das Bassin ausgepumpt <sup>werden</sup> ~~war~~. Deshalb kam man zu den neuen Vorschlägen. Sie sehen vor, daß man die beiden Hallen abreißt und die medizinischen Bäder bestehen läßt. Mit dem Material dieser beiden

beiden alten Hallen führt man dann einen Neubau auf, der die nötigen Dimensionen hat. Das neue Schwimmbad wird eine Länge von 25 m und eine Breite von 11 m bekommen, also die Maße <sup>erhalten</sup> bekommen, wie sie die modernen Bäder überhaupt haben, z. B. die in Hamburg und Jena. Auch der alte Dachstuhl kann zu dem Neubau gebraucht werden. Die Kosten hierfür werden sich im ganzen auf 1 100 000 M stellen, während die Kosten für das gesamte Projekt auf 1 500 000 M geschätzt sind.

Der Rat der Stadt bittet, zu dem Entwurf prinzipiell Stellung zu nehmen, um später einen genauen Kostenanschlag vorlegen zu können. In der Bauausschußsitzung wurde dem Antrage des Rates zu-

gestimmt, aber es wurde angeregt, mit den Arbeiten für den Umbau der medizinischen Bäder alsbald zu beginnen. Dazu würde <sup>nötig</sup> sein, für die Abbrucharbeiten und für den Umbau in den alten Gebäuden eine Summe von 220 000 M und für den Umbau der Betriebsanlagen eine Summe von 138 000 M, im ganzen 358 000 M, sofort zu bewilligen. Die Bewilligung der weiteren Ausgaben wird zu erfolgen haben, nachdem ein genaues Projekt und Kostenanschlag dafür aufgestellt <sup>find</sup> ~~ist~~. Der Bauausschuß ist einstimmig dafür, in dieser Weise vorzugehen. Ich bitte Sie auch meinerseits, das vorgelegte Projekt grundsätzlich zu genehmigen und die Summe von 358 000 M sofort zur Verfügung zu stellen, damit mit den Arbeiten begonnen werden kann.



Stadtv. M a r t h : Meine Freunde legen Wert darauf, dass so rasch wie möglich mit dem Umbau der medizinischen Bäder begonnen wird. Braunschweig befindet sich hier in einer Zwangslage, denn wir haben hier tatsächlich keine ausreichende Gelegenheit zu medizinischen Bädern. Nur ein solches Bad befindet sich auf der Wilhelmstraße, das Puhst-sche geht ein. Deshalb ist es dringend nötig, daß diese Summe für den Umbau der medizinischen Bäder in früheren Residenzbade bereitgestellt wird. Ich möchte dringend bitten, diese Angelegenheit zu beschleunigen. Nach meinem Dafürhalten gibt der Entwurf die günstigsten Vorschläge, die gemacht werden könnten; mehr läßt sich aus finanziellen Gründen nicht ausführen. Wir können uns also mit dem Projekt, wie es vorgelegt ist, grundsätzlich einverstanden erklären.

Stadtv. E i n e r t : Auch ich möchte mich dahin äußern, daß unbedingt Wert darauf zu legen ist, daß die Instandsetzung der medizinischen Bäder <sup>zu reparieren</sup> in Angriff ~~genommen wird~~. Nicht nur <sup>bei der Instandsetzung</sup> ~~in den beteilig-~~ ~~ten Kreisen~~, die die Bäder nötig haben, sondern auch in den weitesten Kreisen der Stadt ist man erstaunt darüber, wie es möglich war, daß das Bad ein volles Jahr lang hat brach liegen können, ohne daß die Sache <sup>in Angriff genommen</sup> ~~in Angriff genommen~~ worden ist. Ich möchte die dringende Bitte aussprechen, daß wenigstens zum Winter ~~in Aussicht steht, daß~~ die medizinischen Bäder des früheren Residenzbades wieder benutzbar sind.

Stadt. Frau G ö t z e : Ich hatte angenommen,  
daß auch an ein Schwimmbad für Frauen gedacht war.  
Leider sehe ich, daß nur ein Bassin vorgesehen ist,  
und das finde ich sehr bedauerlich.

Bürgermeister M e y e r : Die Benutzung des Schwimmbades ist so gedacht, daß es für Männer und Frauen zu verschiedenen Zeiten geöffnet ist. Es müßten also die Männer für gewisse Zeiten von der Benutzung des Bades zu Gunsten der Frauen zurücktreten und umgekehrt.

V o r s i t z e n d e r : Widerspruch gegen <sup>n</sup> den Antrag des Bauausschusses ist nicht erfolgt, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit wäre die Vorlage den Anträgen des Bauausschusses entsprechend genehmigt.

(Punkt 13).

14. Zuschuß zu den Kosten für Entsendung  
von Schulkindern aufs Land und in  
Heilbäder.

V o r s i t z e n d e r : Es wird zu dem genannten Zweck ein Zuschuß von 42 000 M beantragt.

-----  
Ohne Wortmeldungen; stillschweigend genehmigt.

15. Aufnahme eines Rechtsstreits (Rasmussen).

Stadt v. Dr. R e g e n s b u r g e r: Der Kapitän a. D. Rasmussen, ein norwegischer Staatsangehöriger, willt ~~er~~ zum Besuch seines Sohnes, des <sup>Ingenieurs</sup> ~~Inspektors~~ Rasmussen in Braunschweig. Der alte Herr ist an einem Wintertage (15. Januar 1921), als er den Straßenübergang Steinweg - Ritterbrunnen passieren wollte, gefallen, und zwar - wie er angibt - indem er auf einer sogenannten Glisseke ausgerutscht ist. Dabei hat er sich eine erhebliche Verletzung am Oberschenkel zugezogen, einen ~~sogenannten~~ Schenkelknochenhals-Bruch, was für den 80 Jahre alten Herrn besonders unangenehme Folgen hat. Er hat nun die Stadt wegen Ersatzes der ihm entstandenen Arzt- und sonstigen Heilungskosten in Anspruch genommen und einen Zahlungsbefehl von 760 M 75 ¢ nebst 39,90 Mark Kosten gegen die Stadt erwirkt. Der Rat der Stadt hat form- und ~~fr~~istgerecht Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl erhoben und ersucht die Stadtverordneten, im streitigen Verfahren diesen Prozeß aufzunehmen. Beim Tiefbauamt hat der Rat Ermitt-  
te-

telungen angestellt, wie es mit dem Streuen der betreffenden Stelle gehalten ist, da Herr Rasmussen geltend gemacht hat, daß das Bestreuen nicht ordnungsmäßig stattgefunden habe. Soweit es möglich war, Feststellungen in der gedachten Richtung zu treffen, hat sich ergeben, daß ein Verschulden der in Betracht kommenden Beamten offenbar nicht vorliegt. Sodann ist vom Herrn Kapitän Rasmussen bzw. dessen Sohne, der auch persönliche Verhandlungen mit dem Herrn Oberbürgermeister geführt hat, behauptet worden, es könnten einige 50 Zeugen angegeben werden, die bestätigen könnten, daß an der Stelle nicht ordnungsmäßig gestreut gewesen sei. Trotz Aufforderung durch den Rat hat der Anspruch Erhebende irgendwie beachtliche Zeugen<sup>hören</sup>~~heranziehungen~~ nicht vorgenommen.

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Angelegenheit befaßt und ist zu der Meinung gekommen, daß die Stadt den Prozeß aufnehmen soll. Zunächst erscheint es keineswegs bewiesen, daß die Streupflicht der Stadt verletzt ist. Der Beweis in dieser Richtung liegt ~~dem Herrn~~  
Ras-

Rasmussen ob, und es ist kaum anzunehmen, daß er ihn in schlüssiger Weise wird erbringen können. Die Frage hat auch eine grundsätzliche Bedeutung für die Stadt. Solche Schadenfälle können unter Umständen öfter vorkommen. Selbst wenn kurz vor dem Augenblicke, in dem der Sturz vorgekommen ist, der Übergang nicht mit Sand bestreut gewesen wäre, würde man darauf nicht ohne weiteres auf <sup>nur</sup> Ersatzpflicht der Stadt schließen können. Wenn sonst ordnungsmäßig gestreut ist, kann man nicht verlangen, daß die Personen, die das Streuen besorgen, mit dem Sandkasten hinter jedem Kinde herlaufen, das, nachdem es den Sand entfernt hat, eine neue Glissecke anlegt. Aus diesen Gründen empfiehlt der Ausschuß, der Aufnahme des Prozesses durch die Stadt zuzustimmen.

8'3<sup>h</sup>

Ohne Wortmeldung<sup>en</sup>, stillschweigend angenommen. (Punkt 15)



16. Vergebung von städtischen Bauarbeiten für das laufende Etatjahr.

Stadtver. I o s t m a n n: Der diesjährige Etat, also für 1921-22, liegt uns noch nicht vor, und die darin ausgeworfene Summe hat noch nicht bewilligt werden können. Nun stellt der Rat der Stadt den Antrag, zu beschließen, daß die Bauarbeiten, die für das laufende Jahr vorgesehen sind, jetzt vergeben werden sollen. Das wird auch damit begründet, daß die Arbeiten in den Schulen ausgeführt werden müssen, wenn die Schulferien im Gange sind, und daß auch die übrigen Arbeiten zumeist im Laufe des Sommers ausgeführt werden müssen. Deshalb beantragt der Rat, die Vorarbeiten für Vergebung der städtischen Bauarbeiten schon jetzt vorzunehmen. Der Bauausschuß hat sich mit dem Antrage beschäftigt und empfiehlt die Genehmigung.

846  
Ohne Wortmeldung, <sup>sen</sup> stillschweigend angenommen.

(Punkt 16)

17. Unterstützung des Flüchtlingsfürsorgevereins  
bei Aufstellung von Baracken.

Stadt v. J a s p e r: Der Verein für Flüchtlingsfürsorge hat in Verbindung mit dem Roten Kreuz den Wunsch geäußert, in der Stadt Braunschweig noch mehr Unterkunftstellen für Flüchtlinge zu schaffen, und zwar sollen sie in Barackenform hergestellt werden im Anschluß an das Kasernement-Gelände auf der Korfesstraße. Der Verein hat nun gebeten, ihm 4 Baracken vom Flugplatz unentgeltlich zu überlassen und uns ganz wesentlich an den Kosten des Abreißens dieser Baracken und ihres Wiederaufbaues zu beteiligen. Der Rat der Stadt ist nur in beschränktem Umfange dem Wunsche, dieses an sich löbliche Bestreben zu unterstützen, nachgekommen und schlägt vor, dem Verein 1. das Baugelände zur Aufstellung dieser Baracken, soweit es zurzeit zur Verfügung steht, unentgeltlich zur ~~Vereins~~ Verfügung zu stellen, und zweitens die Baracken selber zur Verfügung zu stellen, d.h. zu gestatten, daß sie auf

daß sie auf dem Flugplatze abgerissen werden und vom Roten Kreuz, resp. dem Fürsorgeverein auf der Korfesstraße wieder aufgebaut werden.

Der Finanzausschuß, der diesen Vorschlag vorberaten hat, empfiehlt, diesem Antrageß des Rates in beiden Punkten zuzustimmen mit der selbstverständlichen Maßgabe, daß die auf unserm städtischen Grund und Boden errichteten Bauwerke, die auch von uns hergegeben werden, dauernd unser Eigentum bleiben und dem Verein nur zur Benutzung für die Dauer dieser Flüchtlingsfürsorge unentgeltlich überwiesen werden. Wir glaubten damit sachlich dem löblichen Zwecke dieses Vereins ~~gegenüber~~ genügend Entgegenkommen gezeigt zu haben.

Stadt v. M a r t h: Die Bestrebungen, für die Flüchtlingsfürsorge, neue Unterkunftsräume zu schaffen, und zwar nicht auf dem Flugplatze, sondern auf einer andern Stelle, kann nur begrüßt werden, denn es hat Bedenken, die Flüchtlinge nach dem Flugplatze hinzubringen, wo schon eine große Anzahl von Familien zusammengedrückt wohnen. Aber ich habe insbesondere auch Bedenken gegen die Wahl des Platzes an Kasernengebäude auf der Korfesstraße, weil auch dort schon eine ganze Anzahl Familien wohnen. Ich möchte anheimgen, einen anderen passenden Platz zu suchen, so daß nicht eine große Anzahl dieser Barackengebäude auf einem Platze zusammenstehen. Wir haben auf dem Flugplatze gesehen, welche unleidlichen Zustände es gibt, wenn viele von diesen Bauten zusammenstehen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Gewisse

Bedenken liegen allerdings gegen die Anhäufung solcher Bauten auf einem Platze vor. Wir müssen beachten, daß auf der Korfesstraße schon über 100 Familien Unterkommen gefunden haben. Aber ich glaube, doch die vorhandenen Bedenken zerstreuen zu können, indem ich darauf hinweise, daß es möglich ist, einen zweiten Zugang zu dem Platze von der Kastanienallee aus zu schaffen und eine Trennung der Gebäude in der Weise vorzunehmen, daß die Bewohner des einen Teiles der Baracken angewiesen werden, ihren Zu- und Abgang von der Korfesstraße aus zu nehmen, während die anderen Bewohner dementsprechend nach der Kastanienallee zu abgeleitet werden. Ich glaube, Herr Marth hat im Augenblick wohl nicht an diese Möglichkeit gedacht. Wir haben sie im Wohnungsausschuß schon einmal erwogen, aber damals die Ausführung nicht für zweckmäßig gehalten. ~~Es handelt sich nachher aber in den Fachwerkhäusern mit Holzverankerung, wie sie dort errichtet~~  
~~Man aber~~ <sup>erst angefertigt werden sollen,</sup> ~~werden, um weitere 20 Familien, und dann wird es an~~

der

der Zeit sein, einen Zugang nach der Kastanienallee aufzumachen.

89<sup>b</sup>

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses an.

(Punkt 17).

18. Anfrage Stegmann, betreffend Beschaffung  
einer Werkstätte bezw. einer Verkaufsstelle  
für Blindenarbeiten.

Wortlaut des Antrages ~~siehe Seite~~ <sup>unten</sup> dieses Berichts.  
Stadt v. Stegmann (zur Begründung): Seit etwa  
2 Jahren bemüht sich die hiesige Blindenvereinigung,  
eine Produktivgenossenschaft ins Leben zu rufen, in  
der Blinde in für sie geeigneten Arbeiten ausgebildet  
werden, z.B. in Korbmacherarbeiten, Stühleflechten <sup>Stuhlmanufaktur</sup> usw.  
Solche Genossenschaften bestehen in anderen Bundes-  
staaten bereits, z.B. in Hessen, Baden, Sachsen und  
Hamburg und wirken segensreich. In Braunschweig haben  
die Blinden in dieser Beziehung wenig Entgegenkommen  
gefunden. fast an allen Stellen sind sie mit

lungsgegenstände, aber es fehlt ihnen an Räumen und deswegen <sup>habe</sup> sie sich mit einer Bitte an den Rat der Stadt gewandt. Die Antwort darauf scheint etwas lange zu dauern, und deshalb möchte ich anfragen, ob der Rat der Stadt schon der Frage näher getreten ist, wie den Wunsche der Blinden entsprochen werden kann, ihnen Werkstättenräume und eventl. eine Verkaufsstelle zu beschaffen. Jedenfalls liegt es nicht nur im Interesse der Blinden, sondern auch im Interesse der Stadt, daß sie diesen Ärmsten ihrer Mitbürger entgegenkommt, die bestrebt sind, mit dahin zu wirken, daß die Blinden nicht der Armenpflege anheimfallen, sondern selbst imstande sind, das Geld für ihren Unterhalt zu verdienen. Wie ich zu meinem Bedauern gehört habe, ist die hiesige Blindenanstalt aufgehoben <sup>worden</sup> und ihre Insassen <sup>für</sup> nach Hannover <sup>gebracht worden</sup> ~~gelesen~~, während die hiesige Anstalt in anderer Weise besetzt ist. Die Räume dieser Anstalt wären geeignet gewesen, ~~wo für den angestrebten Zweck. Vielleicht die Werkzeuge für die Arbeiten der Blinden hätten untergebracht werden können, und es läßt sich vielleicht~~  
die



die von mir eben erwähnte Maßnahme noch rückgängig machen. Wenn das nicht möglich ist, dann möchte ich den Rat der Stadt bitten, daß er Werkstättenräume für die Blinden und auch eine Verkaufsstelle für ihre Arbeiten - ~~sonst~~ wenn es auch kein Laden ist, sondern nur ein selbständiger, geeigneter Raum - beschafft.

Bürgermeister Meyer: Die Anfrage des Herrn Stegmann betrifft einen Gegenstand, der nicht allein städtische Interessen, sondern auch das Interesse des ganzen Landes betrifft. Wir haben von dem Wunsche der Blinden in dem Zusammenhange Kenntniss bekommen, daß Verhandlungen geführt wurden über die eventuelle Unterbringung der bisher in der hiesigen Blindenerziehungsanstalt befindlichen Zöglinge in einer anderen Anstalt. Die Blindenerziehungsanstalt in Braunschweig, eine milde Stiftung, war durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der jetzigen Zeit gezwungen, für die Erziehung und Unterhaltung der blinden Kinder einen anderen Weg einzuschlagen, sie war nicht mehr in der Lage, die Ausgaben des Betriebes zu bestreiten. Es ist mit Zustimmung der Regierung der Ausweg gewählt, die Kinder nach einer größeren Anstalt - nach Hannover - Kirchrode - in Pflege zu geben. Dadurch ist das hiesige Grundstück der Blindener-  
zie-

ziehungsanstalt freigeworden. Als die Blinden von diesem Freiwerden des Anstaltsgebäudes erfuhren, haben sie sich an den Rat wie an die Regierung gewandt und gebeten, man möchte ihnen für die von Herrn Stegmann bezeichneten Zwecke Anstaltsräume überweisen. Darauf einzugehen war nicht angängig, da auch die Stadt und das Ministerium den Wunsch hatten, das Grundstück für von ihnen verfolgte Zwecke überwiesen zu bekommen. Die Stadt hält das Grundstück als für geeignet zur Unterbringung des Krüppelheims, für das anfänglich das Villengrundstück auf der Charlottenhöhe in Aussicht genommen war. Für einen Zweck kann das Gebäude der früheren Blindenerziehungsanstalt nur überwiesen werden. Überweisen wir es als Krüppelheim, dann kann es nicht noch den Blinden überlassen werden. Die Unterbringung des Krüppelheims erscheint uns als das Dringlichere, und zwar um so mehr, als die Fürsorge für die Blinden nicht vorzugsweise eine städtische, sondern eine Landesaufgabe ist.

Es

Es scheint deshalb richtig, wenn Herr Stegmann die Herren, die auf eine Unterstützung der Blinden in dieser Hinsicht rechnen, mit ihren Wünschen an das Ministerium verweist.

Stadt v. S t e g m a n n: Ich kann dem, was der Herr Bürgermeister ausgeführt hat, nicht zustimmen, sondern meine, daß die Unterstützung der Blinden in der von mir gewünschten Weise wohl eine städtische Sache sei. Die Stadt hat ein lebhaftes Interesse daran, daß den Blinden, die zweifellos in ihrer größten Zahl der Armenpflege zur Last fallen würden, soweit geholfen wird, daß sie ihr Brot selbst verdienen können. Wenn diese Räume weggegeben sind, dann muß es möglich gemacht werden, andere Räume für die Blinden zu beschaffen. Wir haben doch auch für die Studentenspeisung zwei Räume frei gemacht, und so wird der Rat, wenn er dazu bereit ist, auch für die Blinden etwas Passendes finden. Ich bitte die Sache nicht so aufzufassen, als ob sie uns nichts angehe. Es handelt sich um bedauernswerte Mitbürger, an deren Wohlergehen und Arbeitsfähigkeit die Stadt wohl ein Interesse hat. Ich bitte, ihnen zu helfen, soweit es möglich ist.

Stadt. M a r t h: Ich kann Herrn Stegmann nur beipflichten. Wenn die Blinden, die sonst der Armenpflege zur Last fallen, auf diese Weise lohnende Arbeit leisten können, so wäre das sehr zu wünschen. Die Stadt muß in der Lage sein, ihnen einige Räume zu dem genannten Zwecke freizumachen. Für alle möglichen Sachen werden von den städtischen Behörden Mittel ausgeworfen, da muß auch für die Blinden ebenso wie für die Krüppel von seiten der Stadt aus Eingesprungen werden.

Bürgermeister Meyer: Es scheint ein Irrtum über die Bedeutung meiner Worte unterlaufen zu sein. Ich habe erklärt, daß dem Wunsche der Blinden auf Überlassung von Räumen in der früheren Blindenerziehungsanstalt nicht nachgegeben werden konnte, da das Gebäude bereits vergeben ist. Damit habe ich aber den Wünschen der Blinden im allgemeinen nicht entgegengetreten wollen. Wenn Sie einen diesbezüglichen Antrag an den Rat richten, wird er dazu Stellung nehmen. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Blindenerziehungsanstalt bekanntlich nicht für erwachsene Blinde bestimmt war; für die Erwachsenen <sup>über</sup> gibt es eine Blindenanstalt, und ~~in dem~~ <sup>hier</sup> ~~Falle~~ ist die Regierung die Aufsichtsbehörde. Auch muß ich der von den Vorrednern geäußerten Ansicht ~~nicht~~ widersprechen, daß es sich in der von dem Antrage berührten Sache um eine städtische Angelegenheit handele, denn die Blindenvereine vertreten nicht nur die städtischen Einwohner, sondern, soweit meine Kenntnis reicht, auch Leute aus dem Lande Braunschweig. Deshalb meine ich, daß das ganze mehr eine Landesangelegenheit ist.

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann den Worten des Herrn Bürgermeisters hinzufügen, daß die Stadt seit einer längeren Reihe von Jahren einen segensreich wirkenden Verein, den Blinden-Fürsorgeverein, eine Beihilfe gewährt, wovon Sie sich demnächst bei der Etatberatung überzeugen können. Dieser Blindenfürsorgeverein wirkt, wie die Blinden selber, dahin, daß die Blinden die ihnen nützliche Unterweisung finden und hinterher durch eigene Tätigkeit Erwerb finden, so daß sie - was auch Herr Marth anstrebt - nicht der Armenpflege zur Last fallen.



Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Anfrage ist damit erledigt.

Somit wären wir am Schluß der öffentlichen Sitzung angelangt. Heute ist gleichzeitig auch unsere Wahlperiode zu Ende. Über unsere Tätigkeit in den 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren, während deren wir dazu berufen waren, Beschlüsse über die Geschicke der Stadt zu fassen, darf ich wohl sagen, daß von allen Seiten das Bestreben maßgebend gewesen ist, dem Wohle der Stadt zu dienen, nur zu diesem Zwecke hier zu arbeiten und Beschlüsse zu fassen. Mancher mag mit großem ~~Hoffnung~~ <sup>en</sup> in Jahre 1919 hier in den Saal eingezogen sein, doch hat es sich auch <sup>oft</sup> ~~er~~ gezeigt, daß die Verhältnisse mächtiger sind als der Wille der einzelnen Personen. Wir haben hier oft Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt, haben Wünsche geäußert, die zweifellos zum Wohle der Gesamtheit dienen, aber leider nicht in dem Umfange durchgeführt werden konnten, wie es der Wille war. Wenn in diesen 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren nicht mehr getan worden ist, so ist es meines

meines Erachtens nicht das Versehen oder die Schuld der Stadtverordneten.

Ich will nur zwei Sachen herausgreifen, die uns wiederholt beschäftigt haben, die aber, soweit ich unterrichtet bin, heute noch keine Erledigung gefunden haben. Einmal die Frage des Schulgeldes. Sie werden sich erinnern, daß der Rat der Stadt bereit war, einem lange gehegten Wunsche der Stadtverordneten entsprechend, die Schulgeldfreiheit durchzuführen, wenn dafür eine andere Regelung des Schulgeldes in den höheren Schulen erfolgen würde. Ein Antrag, der sagt, es möge darauf hingewirkt werden, daß eine Staffelung der Schulgeldsätze in den höheren Schulen stattfinden möge, harret heute noch in Schoße einer anderen Stelle der Entscheidung. Ich erinnere an die Frage der Baukostenzuschüsse. Wie häufig ist von allen Seiten des Hauses über die Wohnungsnot geklagt und über die Arbeitslosigkeit. Die Belebung des Baumarktes hätte beiden Übeln bis zu einem gewissen Grade abhelfen können. Von Seiten  
der

der Stadtverordneten und von Seiten des Rats - ich spreche das offen aus - ist, soweit ich orientiert bin, getan, was in diesen Sachen geschehen konnte. Aber auch in dieser Frage ist noch keine Entscheidung in der Form gefallen, wie wir sie wünschen. Wenn in den letzten Tagen es anders geworden sein sollte, würde ich mich gern berichtigen und gern anerkennen. Nunmehr kann mit vollen Segeln diesen Zielen zugesteuert werden. Ich spreche wohl in Ihrer aller Sinne, wenn ich sage: Es ist bedauerlich, daß diese Wünsche, die hier wiederholt und laut ausgesprochen sind, noch heute ihrer Erfüllung harren. Wir sind natürlich nicht in der Lage, ein schnelleres Tempo in die Erledigung solcher Fragen hineinzubringen. Wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, rechtzeitig Anträge gestellt, rechtzeitig den Anträgen zugestimmt, aber die Ausführung müssen wir wohl oder übel den dazu berufenen Organen überlassen. Von dieser Stelle aus möchte ich heute den Wünsche Ausdruck geben, daß doch in Zukunft solche Fragen und Vorlagen,  
die

die so sehr das Interesse der städtischen berühren, an manchen Stellen eine etwas schnellere Erledigung finden, damit ~~damit~~ das ~~Wa-~~ Wohl der Stadt gedient wird. Wenn ich schließlich für die Zukunft noch den Wunsche Ausdruck gebe, daß auch in Zukunft bei allen Beratungen und Beschlüssen lediglich das Wohl der Stadt als Richtschnur dienen möge, so glaube ich ganz in Ihrem Sinne zu sprechen, und mit diesem Wunsche schließe ich die öffentliche Sitzung. (Bravo !!)

Schluß der Sitzung 6<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

